

SPD der **Weimarer Zeit** Band II

LINKSOPPOSITION IN DER

Die Sozialisierung ist da!

Das Kohlsyndikat

wird sofort sozialisiert. Dadurch gewinnt das Reich, d. h.

das ganze Volk

noch vor der Sozialisierung der Gruben selbst
maßgebenden Einfluß
auf die gesamte Kohlen- und Schwerindustrie.

Die Sozialisierung des Kalibergbaus

ist in schnelligster Vorbereitung.

Das allgemeine Sozialisierungs-gesetz

das der Nationalversammlung vorgelegt ist,

begründet

an Stelle der früheren krankenhaften Privatwirtschaft

die deutsche Gemeinwirtschaft.

Das Reich, d. h. wir alle,

regeln diese deutsche Gemeinwirtschaft.

Das Reich wird dafür sorgen,

daß überall nach den Forderungen des Gemein-
Interesses, nirgends im kapitalistischen Privatinteresse
gewirtschaftet wird.

Und das ist Sozialismus!

Das Reichsministerium.

ERNST WOLOWICZ

**LINKSOPPOSITION IN DER SPD
VON DER VEREINIGUNG
MIT DER USPD 1922 BIS
ZUR ABSPALTUNG DER SAPD 1931**

Herausgegeben vom Bundesvorstand der Jungsozialisten
Ollenheuerstr. 1, 5300 Bonn 1

Copyright: Ernst Wolowicz

Druck: Druckerei M. Wehle, Hauptstr. 240
5305 Witterschlick/Bonn

3. Die Periode der Regierung der Großen Koalition unter Reichskanzler Hermann Müller (ab 28.6.1928)

3.1. Die Auseinandersetzung in der SPD über die Bildung der Großen Koalition und deren Regierungsprogramm

Die Reichstagswahlen am 20.5.1928 brachten den Oppositionsparteien SPD und KPD einen großen Erfolg, während alle Regierungsparteien Stimmen verloren. Die SPD konnte ihren Stimmenanteil von 26,0% auf 28,7% steigern (153 Reichstagssitze statt bisher 131) und erzielte damit das zweitbeste Wahlergebnis seit dem Beginn der Weimarer Republik. Die KPD verbesserte sich von 8,9% auf 10,6% (54 Sitze statt bisher 45). Alle Bürgerblockparteien verloren Mandate: die DNVP hatte die stärksten Verluste (73 Sitze statt bisher 103), die DVP ging von 51 Sitzen auf 45 zurück, die BVP von 19 auf 16 und das Zentrum von 69 auf 62. 1)

In der Erklärung der Ursache des Wahlerfolges der SPD waren sich beide Parteiflügel einig. Der "Vorwärts" schrieb: "Der Ruck nach links ist zweifellos eine Folge der Bürgerblockpolitik." 2) Die "Leipziger Volkszeitung" sah in dem Ergebnis ein Zeichen dafür, daß die SPD "mit der Politik der scharfen Opposition auf dem richtigen Weg ist...". 3)

Gleich nach den Wahlen entbrannte der durch den Wahlkampf etwas in den Hintergrund gedrängte Konflikt in der SPD um die Alternative Regierungsbeteiligung oder Opposition im Reichstag erneut mit voller Schärfe.

Der "Vorwärts" beschränkte sich zunächst darauf, Berichte rechter und linker SPD-Parteizeitungen zu diesem Thema kommentarlos abzu drucken. Am 27.5. ergriff er aber in einem wahrscheinlich von Stampfer stammenden Leitartikel mit der Überschrift "Der Sieg verpflichtet, Aufgaben der Sozialdemokratie nach dem 20. Mai" offen Partei für die

Bildung einer Koalitionsregierung unter Führung der SPD. 4) Begründet wurde diese Position damit, daß sich die neugewonnenen Wähler der Partei sich sofort wieder von der SPD abwenden würden, da sie sich bei einem Verbleiben der SPD in der Opposition die Frage stellen würden, "ob es denn überhaupt einen Zweck hat, sozialdemokratisch zu wählen, wenn nachher doch wieder alles beim alten bleibt." Die SPD dürfe nicht vor den ohne Zweifel gewaltigen Schwierigkeiten der Führung einer Koalitionsregierung zurückschrecken. Wichtig sei es v.a., daß sie durch geeignete "Persönlichkeiten" in der Regierung vertreten sei. Sie müsse auch klar erkennen, daß sie in einer Koalition nicht alle ihre Ziele durchsetzen könne. Sie dürfe aber mit der Beteiligung an der Regierung nicht warten, bis sie allein regieren könne: "Bis dahin kann sie aber nicht beiseite stehen, nicht sich den Aufgaben der Wähler entziehen, die der Wille der Wähler ihr gestellt hat."

Auf diesen Artikel reagierte das "Sächsische Volksblatt" mit einer scharfen Replik unter der Überschrift "Der 'Vorwärts' für Regierungsbeteiligung - Ohne Sicherung und Garantien, nur Persönlichkeiten!" 5) Dies wurde von ihm mit der Begründung abgelehnt: "Die Klassengegensätze und die vorhandenen Klassenkräfte lassen sich gerade in der Reichspolitik nicht von noch so starken Einzelpersönlichkeiten aus der Welt schaffen oder verschieben." Die Mittelparteien würden nur mit der Absicht eine Koalition mit der SPD eingehen, die SPD zu kompromittieren und zu schwächen und bald Neuwahlen zu erzwingen, "in die dann die Sozialdemokratie unter ungünstigen Umständen und belastet mit einer für das Proletariat unfruchtbaren Koalition ziehen muß." Bieligk brachte diese Meinung der Linken auf die Formel: "Wichtiger als zu regieren mit der Bourgeoisie ist die Aufgabe, die Macht der sozialistischen Bewegung, die Macht der ganzen Arbeiterklasse so zu stärken, daß sie ausreicht, die Herrschaft der Bourgeoisie zu brechen." 6)

Da eine Weimarer Koalition wegen der fehlenden Mehrheit unmöglich war, konzentrierte die SPD-Linke ihre Angriffe auf die bevorstehende große Koalition. Sie war davon überzeugt, daß sich in dieser Koalition - wie schon 1923 - in allen entscheidenden Fragen die bürgerlichen Parteien gegenüber der SPD durchsetzen würden. Das "Sächsische Volksblatt" erklärte: "Der Kampf geht um den Inhalt unserer Republik. Und bei diesem Kampf sind die Interessen und die Aufgaben der Sozialdemokratie denen der bürgerlichen Parteien und vor allem denen der das Großkapital vertretenden Deutschen Volkspartei vollkommen entgegengesetzt. Angesichts dieser Tatsache könnte bei dem Übergewicht der bürgerlichen Parteien im Reichstag und damit in der Koalition und angesichts der Schwächung der Sozialdemokratie durch das Dasein der Kommunisten eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei nur auf Kosten der proletarischen Forderungen, auf Kosten der Sozialdemokratie gehen." 7)

Levi wandte sich gegen das von der Parteimehrheit verwendete Argument, daß die SPD durch ein Verbleiben in der Opposition die Übernahme von Verantwortung scheue. Nach seiner Meinung bestand die Verantwortung der SPD v.a. in der Stärkung der eigenen Macht und damit der Macht der Arbeiterklasse: "Verantwortung - brauchen wir nicht zu übernehmen - die haben wir kraft unserer Zahl. Uns aber scheint die wahre Verantwortung, die auf lange Sicht und im Hinblick auf die Entwicklung der Klasse, nicht zu liegen in einer Teilnahme an einem Regiment, das unsere Kraft in der Wurzel trifft. Die wahre und große Verantwortung tragen wir in der Opposition." 8) Nur durch eine Oppositionspolitik gegen die bürgerlichen Parteien könne die SPD Wähler der bürgerlichen Parteien und der KPD für sich gewinnen und damit langfristig die bürgerliche Mehrheit im Reichstag brechen. Auch als Oppositionspartei könne sie durch außerparlamentarische Mobilisierung ihrer Anhänger die bürgerliche Regierung zu Konzessionen an die Arbeiterschaft zwingen,

wie das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung gezeigt habe.

Der "Vorwärts" reagierte auf die Kritik von "verschiedenen sächsischen Parteiblättern" mit der Klarstellung, daß er sich nicht für den Eintritt von SPD-Ministern in ein Koalitionskabinett ohne Bedingungen ausgesprochen habe. 9) Die SPD müsse natürlich Mindestforderungen aufstellen. Sie dürfe aber nicht eine lange Regierungskrise provozieren, da sie sonst unbewußt "das Spiel der Diktatur und des Faschismus" spiele. Der "Vorwärts" äußerte also die Befürchtung, daß die Gefahr einer Rechtsdiktatur drohe, falls nicht bald eine mehrheitsfähige Regierung gebildet werde. Die Abhaltung eines von der SPD-Linken geforderten außerordentlichen Reichsparteitages erklärte er für überflüssig, da dieser wahrscheinlich ohnehin der Reichstagsfraktion die Entscheidung über eine Regierungsbeteiligung überlassen würde.

Der "Vorwärts" war sich sicher, daß in der SPD-Mitgliedschaft "die weitaus Überwiegende Meinung" die sei, sich an der Regierung zu beteiligen. Er wies auf den Kieler Parteitagebeschuß hin, der die Regierungsbeteiligung als rein taktische Frage erkannt habe, die nur dadurch beantwortet werden könne, indem die Partei von Fall zu Fall prüfe, ob sie eher in der Regierung oder in der Opposition die Interessen der Arbeiterklasse durchsetzen könne. Zur Zeit scheine die Vertretung der Wünsche der Arbeiterschaft eher in der Regierung möglich. Zudem könnten die Repräsentanten der SPD im Regierungsapparat einen "Schulungsprozeß" durchmachen, der sie auf ihre Arbeit in der angestrebten Alleinregierung der SPD vorbereite.

Auf diese offen erklärte Bereitschaft der Parteiführung, das Projekt einer großen Koalition zu unternehmen, antwortete die SPD-Linke mit einer Darstellung der ihrer Meinung nach durch diese Regierung entstehenden Folgen für die Partei und die Arbeiterklasse.

Seydewitz war überzeugt, daß in dieser Regierung die

SPD in allen wichtigen Fragen sich gegenüber den bürgerlichen Koalitionspartnern nicht durchsetzen können. Er schrieb in einem Artikel in der "Volkszeitung für das Vogtland": "Die Massen werden nicht verstehen, wenn angesichts dieses Kräfteverhältnisses die Sozialdemokratie in die Regierung mit den bürgerlichen Parteien geht und den Eindruck erweckt, als übe sie die politische Vormacht aus, in Wirklichkeit aber doch im Gegensatz zu den Wahlversprechungen nichts für das Proletariat Wesentliches erreichen kann, und mit ihrem Namen eine Regierungspolitik deckt, die in der materiellen Wirkung nichts anderes ist, als die Politik des bekämpften Bürgerblocks." 10)

Auf einer Funktionärsversammlung der SPD-Unterbezirks Groß-Leipzig wurde nach Referaten von Bieligg und Liebmann mit großer Mehrheit ein Beschluß gegen die Regierungsbeteiligung der SPD gefaßt, der die Argumentation der SPD-Linken in dieser Frage gut widerspiegelte: "In der gegenwärtigen Periode der Stabilisierung des Kapitalismus schließen sich die verschiedenen Schichten der kapitalistischen Klasse immer mehr zusammen. In einer Front führen sie den Kampf gegen die Arbeiterschaft mit dem Ziel, ihr steigende Lasten aufzuerlegen und die Ausbeutung zu verschärfen. Der Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise treibt sie zur Kartell- und Monopoldiktatur, zu Preis- und Zollerhöhungen, zu immer schärferer Sozialreaktion und schließlich zu einer imperialistischen Politik, die trotz Völkerbund und trotz der Friedensphrasen kapitalistischer Staatsmänner die Kriegsgefahr immer stärker werden läßt. In dieser Situation halten die Funktionäre der Parteigenossenschaft Groß-Leipzigs die Voraussetzungen des Kieler Parteitagebeschlusses für eine Koalition nicht für gegeben." 11)

Max Adler prophezeite in einem Grundsatzartikel im "Klassenkampf" als unvermeidbare Folgen einer großen Koalition den Verlust vieler Wähler an die KPD und die "äußerste Verschärfung der Richtungsgegensätze in der Partei

selbst." 12) Die SPD werde in einer solchen Regierung keine der grundlegenden Ziele der Arbeiterschaft durchsetzen können und dadurch einen massiven Vertrauensverlust erleiden: "Indem sie (die Regierungsbeteiligung - E.W.) die Partei mit den Regierungssorgen eines bürgerlichen Staates belastet, die Verantwortung für alle Arten einer dazu gehörenden Verwaltung auf eine Partei überwälzt, deren Lebens- und Entwicklungsinteresse doch die Überwindung der bürgerlichen Staatspolitik und Verwaltung ist, lähmt sie nicht nur die Freiheit der Aktion des Proletariats, sondern gelangt nur zu oft in Situationen, die dem einfachen Proletarier geradezu unverständlich und nicht selten als Verrat seiner sozialistischen Überzeugungen erscheinen müssen." Auch in der Opposition könne sie durch Ausübung von Druck auf die bürgerliche Regierung Reformen im Interesse der Arbeiterklasse erzwingen. Nur in der Opposition werde sie neue Anhänger für ihre Partei aus den Reihen der kommunistischen und Zentrums-Arbeiter gewinnen. Wie Seydewitz appellierte er an die SPD: "Sie strebe nicht danach, durch den Anschein größerer Machtgewinnung in ihrer Hand in Wirklichkeit machtloser zu werden."

In der Ausgabe des "Klassenkampf" vom 1.6.1928 erschienen neben Adlers Grundsatzartikel noch Aufsätze von Rosenfeld, Düwell und Thomas, die seine Grundthesen näher erläuterten. 13)

Doch all diese Bemühungen der SPD-Linken, die Regierungsbeteiligung zu verhindern, waren ohne Erfolg.

Am 6.6. beschloß der Parteiausschuß der SPD auf seiner Sitzung in Köln mit großer Mehrheit, daß die SPD die Führung bei der Regierungsbildung übernehmen solle. Dies wurde so begründet: "In dem Ergebnis der Reichstagswahlen hat das deutsche Volk den Willen bekundet, daß die Sozialdemokratische Partei die Führung der Regierungsbildung übernimmt. Der Parteiausschuß erklärt sich damit einverstanden, daß die Fraktion die notwendigen Verhandlungen hierfür einleitet." 14)

Der "Vorwärts" berichtete, daß dieser Beschluß eine "an Einmütigkeit grenzende Mehrheit" erhalten habe. 15) Der vom Parteivorstand für die Parteizeitungen herausgegebene "Sozialdemokratische Pressedienst" behauptete, daß auch die sächsischen Vertreter für diesen Beschluß gestimmt hätten und stellte erleichtert fest: "Der einstige Streit um das Koalitionsproblem ist ein für allemal überwunden." 16)

Die linke "Leipziger Volkszeitung" bezweifelte jedoch den Wahrheitsgehalt dieser Meldung und berichtete, daß mindestens vier der sechs sächsischen Vertreter gegen die Bildung der großen Koalition gestimmt hätten. 17) Der "Klassenkampf" erklärte sogar: "Die sächsischen Vertreter im Parteiausschuß haben ohne Ausnahme gegen die von der Parteiausschlußmehrheit angenommene EntschlieÙung gestimmt." 18)

Die Mehrheit des Parteiausschusses lehnte den Antrag der Linken ab, einen außerordentlichen Reichsparteitag einzuberufen, der über die Regierungsbeteiligung entscheiden sollte. Damit blieb dies wie bisher der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand überlassen.

Der "Vorwärts" begrüÙte natürlich dieses Ergebnis der Parteiausschußsitzung und kündigte an, daß es das Ziel der SPD in der Regierungsarbeit sein werde, "für die Masse des arbeitenden Volkes herauszuholen, was herauszuholen ist." 19) Die Beschlüsse des Parteiausschusses stieÙen auf den energischen Protest der SPD-Linken.

Bieligk äußerte die Vermutung, daß die Parteiführung bereit sein werde, drei oder vier Minister in ein ohne festes Regierungsprogramm zustandegekommenes Kabinett der Persönlichkeiten zu entsenden, die einer Mehrheit von bürgerlichen Ministern gegenüberstehen würden. Er verurteilte dieses Nachgeben gegenüber den bürgerlichen Parteien: "Wir sehen schon jetzt ein gewisses Zurückweichen der Sozialdemokratischen Partei vor den Vorstößen der kapitalistischen Parteien. Einmal der Verzicht auf Bindungen und zum anderen der Verzicht auf die der Partei zukommende

Stärke in der Regierung." 20)

Levi betonte, daß die SPD-Linke nicht prinzipiell gegen Koalitionen mit bürgerlichen Parteien sei, wenn in entscheidenden Fragen vorübergehend gemeinsame Interessen bestünden. Dies sei in Deutschland aber zur Zeit nicht der Fall: "Wo ist sie (Gemeinsamkeit der Interessen von SPD und Mittelparteien - E.W.)? Sicherung der Republik? Die Frage ist gelöst. Aber dann deren 'Ausbau'? Schulgesetz? Strafgesetz? Wehrreform? Verwaltungsreform? Achtstundentag? Schlichtungswesen? So viel Fragen so viele Gegensätze." 21)

Der Bezirksvorsitzende von Chemnitz-Erzgebirge Karl Böchel mußte allerdings zugeben, daß die Linke mit ihrer Ablehnung der großen Koalition in der Partei relativ isoliert war: "Wer wollte leugnen, daß der größte Teil der Partei, ja wenn man von Sachsen, Thüringen, Breslau und einigen anderen Oppositionsbezirken absieht, die erdrückende Mehrheit bis tief in die Arbeiterschaft hinein gewillt ist, der Koalitionstaktik zu folgen." 22) Dies werde sich aber mit den - wegen der Zuspitzung der Klassengegensätze - zu erwartenden Schwierigkeiten der großen Koalition bald ändern. Er appellierte mit diesem Argument an die Angehörigen der Parteiopposition, nicht aus Enttäuschung über die Entscheidung des Parteiausschusses die Partei zu verlassen: "Wenn die proletarische Armee einen, nach unserer Meinung falschen Weg einschlägt, dann splintern sich nicht einige Teile ab und führen einen von vornherein aussichtslosen Kampf auf eigene Faust, sondern sie bleiben bei der Truppe und sorgen durch Warnen, Mahnen und erhöhte Wachsamkeit in der Kritik dafür, daß der gefährliche Marsch nur unter den größten Sicherungen erfolgt."

Am 11.6. tagte erstmals die neue Reichstagsfraktion der SPD. Sie faßte zur Regierungsbildung keinen eigenen Beschluß, was der "Vorwärts" zurecht als Billigung der Entscheidung des Parteiausschusses interpretierte. In den

16-köpfigen Fraktionsvorstand wurde als einziger Linker Aufhäuser gewählt, obwohl die linke Minderheit etwa 1/6 der Fraktion ausmachte. Die Vertreter des linken Flügels kamen wie bisher fast alle aus Sachsen, Thüringen, Berlin und Halle-Merseburg. 23)

Reichspräsident Hindenburg beauftragte am 12.6. H. Müller, einen der drei SPD-Vorsitzenden, mit der Regierungsbildung. Müllers erklärtes Ziel war die Bildung einer Regierung der großen Koalition aus Vertretern der SPD, DDP, DVP, BVP und des Zentrums. Der "Vorwärts" war zuversichtlich, daß dieses Vorhaben gelingen werde. 24) Auch mit der DVP werde eine Einigung möglich sein, da gerade die beiden DVP-Minister in der Bürgerblockregierung der SPD wenig Anlaß zur Kritik geboten hätten und sich Stresemann "durch geschickte Adaptierung der von der Sozialdemokratie empfohlenen Außenpolitik" eine angesehene politische Position erworben habe. Sollte aber wider Erwarten keine große Koalition möglich sein, sei eine "Weimarer Koalition" aus SPD, DDP und Zentrum anzustreben, die von der BVP oder der Bauernpartei toleriert werden solle. Hauptdifferenzpunkt in den Verhandlungen wurde schnell der Wunsch der DVP, auch an der preußischen Regierung beteiligt zu werden. Die SPD-Reichstagsfraktion lehnte es am 14.6. aus "staatsrechtlichen Gründen" einstimmig ab, auf die Regierung Braun Druck zur Umbildung des Kabinetts auszuüben. 25)

Die Verhandlungen wurden vertraulich geführt, so daß über ihren Inhalt lange Zeit nichts bekannt wurde. Die SPD ging in sie mit einem 17-Punkte-Programm, das im wesentlichen die Forderungen des SPD-Wahlaufzuges enthielt. 26) Ein von der linken Minderheit der SPD-Reichstagsfraktion vorgelegtes 15-Punkte-Programm erhielt in der Fraktion keine Mehrheit, da es für die bürgerlichen Parteien kaum akzeptable Forderungen enthielt, wie den Abbau der Zölle, die Reform der Reichswehr, die Senkung des Reichswehretats auf 500 Millionen Reichsmark und eine umfassende politische Amnestie. 27)

Erst kurz vor dem Scheitern der Verhandlungen gab der "Vorwärts" am 21.6. die wichtigsten Differenzen zwischen SPD und DVP bekannt: die Regierungsumbildung in Preußen, die gesetzliche Verankerung des Achtsturentages, den Inhalt des Reichsschulgesetzes und den Bau der Panzerkreuzer. 28)

Einen Tag später erklärte H. Müller die Verhandlungen über die Bildung einer großen Koalition für gescheitert. Er gab aber den Auftrag zur Regierungsbildung nicht zurück. Der "Vorwärts" machte für diesen Ausgang der Gespräche allein die DVP verantwortlich, die v.a. durch ihr Bestreben auf der Forderung der Regierungsbeteiligung in Preußen und des Baus der Panzerkreuzer eine Einigung unmöglich gemacht habe. Als Varianten der Lösung der Regierungskrise nannte der "Vorwärts" die Bildung einer Minderheitsregierung der "Weimarer Koalition", die von der BVP toleriert werden müßte, einer SPD-Minderheitsregierung oder einer Minderheitsregierung der Mitte, die allerdings von der SPD bald gestürzt werden würde. 29)

Die SPD-Linke reagierte auf das Scheitern der Koalitionsverhandlungen mit Erleichterung. Die "Chemnitzer Volksstimme" jubelte: "Ein Aufatmen geht durch die Reihen des sozialistischen Proletariats: der Popanz der großen Koalition ist erledigt." 30)

Für die große Koalition auf der Grundlage einer Koalitionsvereinbarung wurde aber schnell ein Ersatz gefunden. Stresemann machte in einem Telegramm an H. Müller den Vorschlag, ein Kabinett der Persönlichkeiten aus Repräsentanten der Parteien zu bilden, das nicht auf einer programmatischen Koalitionsvereinbarung beruhen sollte. Die Reichstagsfraktion des Zentrums billigte am 25.6. diesen Plan. Die Verhandlungen über die Bildung dieser Form der Regierung machten schnell gute Fortschritte. Nur über die Aufteilung der Ministerposten gab es zwischen SPD und Zentrum größere Probleme. 31) Die SPD-Linke verurteilte

das Projekt des Kabinetts der Persönlichkeiten als getarnte Form einer großen Koalition. Rosenfeld schrieb dazu im "Klassenkampf": "Auf den Trümmern der gescheiterten großen Koalition soll das 'Kabinett der Köpfe' - die getarnte große Koalition - errichtet werden, ohne Programm, ohne 'Verhandlungsbehelfe', ohne Punkte! Ohne Bindung der Fraktionen!" 32) Der Eintritt der SPD-Vertreter in eine Regierung, ohne vorherige Vereinbarungen über ein Mindestprogramm, verstoße eindeutig gegen den Kieler Parteitagebeschluss zur Koalitionsfrage. Rosenfeld prophezeite, wie sich bald zeigen sollte, zurecht, "daß dieses Kabinett, sofern die in ihm sitzenden Sozialdemokraten nicht in allen entscheidenden Fragen um der Aufrechterhaltung der Regierung willen kapitulieren, von Konflikt zu Konflikt, von Krise zu Krise stolpern wird...". Auch Levi war dieser Auffassung und sagte ein baldiges Scheitern dieser Regierung voraus. Eine Koalition der SPD mit bürgerlichen Parteien habe keine Zukunft, ganz im Gegensatz zur sich im Bewußtwerdungsprozeß der bisher im Zentrum und in der DNVP organisierten Arbeiterschaft sich abzeichnenden "Koalition der Arbeit (Arbeiter - E.W.)". Diese "andere Koalition" aller Arbeiter sei "die große Koalition der deutschen Zukunft." 33)

Am 28.6. beschloß die Reichstagsfraktion des Zentrums, sich aus Unzufriedenheit mit der Ressortverteilung zunächst nur mit einem Minister am Kabinett zu beteiligen, dem im Herbst 1928 aber zwei weitere Minister aus den Reihen des Zentrums folgen sollten.

Am gleichen Tag billigte auch die SPD-Reichstagsfraktion gegen die Stimmen der linken Minderheit den Eintritt von vier Vertretern der SPD in das "Kabinett der Persönlichkeiten". Der "Vorwärts" kommentierte diese Entscheidung in defensiver Manier: "Diesen Beschluß hat sie ganz gewiß nicht in Hurrastimmung gefaßt, sondern in kühler realpolitischer Erwägung der gegebenen Möglichkeiten." 34)

Hindenburg ernannte am 28.6. das Kabinett H. Müller, dem Vertreter der SPD (Müller; Inneres: Severing; Finanzen: Hilferding; Arbeit: Wissell), DVP, BVP, DDP und des Zentrums angehörten. Die es unterstützenden Parteien gingen keine Koalitionsabsprache ein. 35)

Die linken SPD-Parteizeitungen verurteilten besonders das Fehlen einer inhaltlichen Regierungsvereinbarung. Die "Leipziger Volkszeitung" bezeichnete die Regierung Müller als "eine verschlechterte große Koalition." 36) Seydewitz kritisierte, daß wegen des Fehlens einer programmatischen Vereinbarung die Durchführung der sozialdemokratischen Wahlkampforderungen mehr als unwahrscheinlich sei: "Weder in der Frage der Arbeitszeit, noch in der Frage der Reichswehr, noch in der Frage des Panzerkreuzers ist irgendeine Gewähr gegeben, daß von der Regierung sozialdemokratische Forderungen beachtet werden." 37) Er schlug sogar vor, daß die SPD-Reichstagsfraktion ohne Rücksicht auf die Regierung Anträge der KPD zum Achtstundentag, zum Panzerkreuzer und zur Senkung der Lohnsteuer zustimmen solle.

Am 3.7. gab Müller vor dem Reichstag die Regierungserklärung ab. Als Hauptziele nannte er den Ausbau des sozialen Fortschrittes und die Fortsetzung der Politik der Verständigung gegenüber dem Ausland. Die Regierung erstrebe die gesetzliche Absicherung des Achtstundentages durch die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens, die Intensivierung des Wohnungsbaues und die Förderung des Mittelstandes. Er versicherte der Reichswehr sein Vertrauen und forderte, sie aus dem politischen Meinungsstreit herauszuhalten, um ihren überparteilichen Charakter zu bewahren. 38)

In der Debatte erklärte Breitscheid, daß die SPD sehr wohl wisse, daß in einer Koalitionsregierung keine sozialistischen Ziele durchsetzbar seien, die über den Rahmen des Kapitalismus hinauswiesen. Als Strategie der SPD nannte er: "Unsere Aufgabe ist es, soviel Einfluß in der Regierung zu gewinnen und auszuüben, um in dem seinen Wesen

nach kapitalistischen Staat so viel als möglich für die Arbeiterklasse herauszuholen und Unheil und Nachteil von ihr abzuwenden. Wäre die Aussicht dazu so oder so verbaut, so wäre der Moment gekommen, in dem unsere Minister Stock und Hut nehmen würden." 39) Er betonte, daß die Reichsminister der SPD an die Beschlüsse ihrer Reichstagsfraktion gebunden seien.

Der Reichstag billigte am 6.7. die Regierungserklärung mit den 261 Stimmen von SPD, DDP, DVP, BVP und Zentrum gegen 134 Stimmen der DNVP, NSDAP, KPD und der Christlich-Nationalen Bauernpartei, bei 28 Enthaltungen der Wirtschaftspartei. 40)

Ein Teil der linken SPD-Reichstagsabgeordneten blieb aus Protest gegen die Bildung dieser Regierung der Abstimmung demonstrativ fern. Es waren folgende Abgeordnete: Fleißner, Graf, Hermann, Jacobshagen, Kuhnt, Levi, Rosenfeld, Seydewitz, Siemsen, Stegmann, Ströbel, Wendt und Wurm. Bis auf zwei kamen sie alle aus Sachsen und Thüringen. Der "Klassenkampf" erklärte ihr Verhalten so: "Das ist die im Rahmen der Partei- und Fraktionsdisziplin einzig mögliche Haltung derjenigen, die mit den Beschlüssen der Fraktionsmehrheit nicht einverstanden sind. Von diesem Recht haben einige Genossen Gebrauch gemacht." 41) Ein Teil der linken SPD-Abgeordneten stimmte für die Billigungsformel der Regierungserklärung.

Der Inhalt der Rede Müllers stieß auf die Ablehnung der SPD-Linken, die ihn als weitgehenden Verzicht der SPD auf ihre Forderungen interpretierte. Bieligk fällte ein vernichtendes Urteil über die Regierungserklärung: "Sie fiel so aus, daß alle rechts von der Sozialdemokratie stehenden Parteien ihr hätten zustimmen können." 42) Daher sei sie von fast allen bürgerlichen Zeitungen gelobt worden. Levi warf Müller vor, wegen der Forderungen auf den Abzug der französischen Truppen aus dem Rheinland - ohne Gegenleistungen dafür anzubieten - und auf die Heraushaltung

der Reichswehr aus dem politischen Meinungsstreit, den Wünschen der bürgerlichen Parteien vollkommen nachzugeben zu haben. Damit hätten sich die bürgerlichen Parteien gegenüber der SPD durchgesetzt: "Die beiden Punkte - Außenpolitik und Reichswehr - halten wir für bezeichnend für das, was die Bourgeoisie sich dachte, als sie die Koalition mit der Sozialdemokratie einging." 43) Die "Leipziger Volkszeitung" warf der Regierung Müller vor, die Politik der Bürgerblockregierung Marx kaum verändert fortzusetzen: "Die Regierungserklärung ist der erste Beweis dafür, daß trotz der Teilnahme der Sozialdemokratie an dieser Regierung eine entscheidende Kursänderung kaum zu erwarten ist." 44) Wichtige Ziele der SPD wie die Reform des Schlichtungswesens bei Tarifkonflikten, der Ausbau der Leistungen der Arbeitslosen- und Rentenversicherung und der Abbau der Zölle seien von Müller nicht erwähnt worden. Die "Chemnitzer Volksstimme" forderte bereits die Beendigung dieses Experiments, da schon die Regierungserklärung wieder einmal bewiesen habe, "daß eine aufsteigende Klasse in der Kooperation mit der zu überwindenden Klasse nicht an Kraft gewinnt, sondern an Kraft einbüßt, daß also die Taktik der Koalition ... endlich zum alten Eisen geworfen werden muß." 45)

In dem ersten Sitzungsabschnitt des neuen Reichstages bis zum 13.7. wurde eine leichte Senkung der Lohnsteuer, eine Anhebung der Krisenfürsorge und eine politische Teilamnestie beschlossen. Der "Vorwärts" betrachtete diese Maßnahmen als "bemerkenswerte Erfolge" der SPD und als Bestätigung, daß die Regierung Müller der Arbeiterschaft nütze. 46)

Die SPD-Linke bemühte sich, diese Beschlüsse in ihrer Bedeutung abzuwerten. Die Verbesserungen für die Arbeiterschaft seien zu gering und wären auch aus der Oppositionsstellung heraus durchzusetzen gewesen.

Ein anonym bleibender Autor in der Zeitschrift "Klassenkampf" zog aus den ersten Wochen der Regierung Müller den Schluß, "daß die Klassengegensätze im Klassenstaat stärker

sind, wie die Wünsche der Realpolitiker, die die Koalitionsfrage dadurch zur Prinzipienfrage machten, daß sie nach dem Wahlsieg meinten, die Sozialdemokratie müsse unter allen Umständen in die Regierung gehen." 47) Petrich war der Meinung, daß in der Regierung die SPD ihre wichtigen Forderungen nicht werde durchsetzen können. 48) Daher müsse sie sich schon jetzt auf die Rückkehr in die Opposition geistig vorbereiten.

Die "Volkszeitung für das Vogtland" warf der Regierung Müller sogar vor, daß sie faktisch unter der "Leitung der Bourgeoisie" stehe. 49) Die "Chemnitzer Volkstimme" kritisierte das ihrer Meinung nach festzustellende dauernde Zurückweichen der SPD-Reichsminister vor den Forderungen der bürgerlichen Koalitionspartner, das in seiner Konsequenz nur zur Fortsetzung der Politik der Bürgerblockregierung unter anderem Namen führen müsse: "... die von der Partei bisher eingeschlagene Taktik führt nicht zu greifbaren Zielen... ist abwegig und vor allem dann katastrophal, wenn gleich am Beginn einer Koalition schon auf starkes und entschlossenes Auftreten verzichtet wird, denn aus solchem Verzicht folgert das Bürgertum mit recht, daß unsere Partei zu willen der Ministersitze Opfer um Opfer zu bringen entschlossen ist, das aber müßte mit eiserner Konsequenz schließlich dazu führen, daß die verruchte Politik des Bürgerblocks ungestört ihren Fortgang nimmt, mit dem einzigen Unterschied, daß hierfür nicht mehr das Bürgertum, sondern die Sozialdemokratie die Verantwortung trägt." 50) Beide Zeitungen verlangten den Austritt der SPD aus dieser Regierung.

3.2. Die Kritik der SPD-Linken am Bau des Panzerkreuzers "A" und am Schiedsspruch Severings im Ruhreisenkonflikt stärkt ihre Position in der Partei

Zum Kernpunkt der Beantwortung der Frage, ob in dieser Regierung die Interessen der Arbeiterklasse durchgesetzt werden könnten, machte die SPD-Linke die Entscheidung über

den Bau des Panzerkreuzers A, die bereits von der Regierung Marx gefällt worden war, aber auf Initiative Preußens am 28.3.1928 vom Reichsrat ausgesetzt worden war, bis zur Klärung der Finanzierung. 51)

In der Debatte zur Regierungserklärung stellte Müller dar, daß die Regierung noch keine Entscheidung darüber gefällt habe, ob mit dem Bau des Panzerkreuzers A begonnen werden sollte oder ob er aus "Gründen des mangelnden Gleichgewichts im Haushalt" weiter zurückgestellt werden sollte. 52)

Ein Antrag der KPD, die geplante erste Rate für den Panzerkreuzer A in Höhe von 9 Millionen Reichsmark stattdessen für die Speisung von Schulkindern zu verwenden, wurde an den Haushaltsausschuß überwiesen. 53) Die KPD griff damit geschickt die Wahlparolen der SPD auf.

Die SPD-Linken vermutete, daß in der Regierung insgeheim schon die Entscheidung für den Bau des Panzerkreuzers gefallen sei und Müller dies verschwiegen habe. Die "Chemnitzer Volksstimme" schrieb: "Im Herbst soll er (Panzerkreuzer A - E.W.) gebaut werden, aber man will doch den Bedenken der Linken Rechnung tragen. Was das heißt? Nun... so wird das neue Spielzeug eben aus den Mitteln des laufenden Etats gebaut. 54) Das "Sächsische Volksblatt" warnte die Regierung Müller ausdrücklich davor, in der Sitzungspause des Reichstages die Entscheidung für die Ausgabe der finanziellen Mittel für den Panzerkreuzer A zu fällen: "Die Entscheidung kann nicht allein der Entscheidung des Kabinetts überlassen bleiben, niemand würde verstehen und nirgendwo wäre zu verteidigen, wenn der von uns vor der Wahl so bekämpfte Panzerkreuzer unter einer Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, gebaut wird. Darum muß im Hauptausschuß und im Reichstag noch vor den Sommerferien entschieden werden, sonst kann es passieren, daß das Kabinett im September, noch vor dem Zusammentritt des Reichstages seine endgültige Entscheidung trifft, daß

mit dem Bau begonnen wird und der Reichstag vor vollendeten Tatsachen steht." 55) Es forderte die SPD-Reichstagsfraktion auf, einen Antrag auf Streichung der Mittel für die erste Rate des Panzerkreuzers A so schnell wie möglich einzubringen. Mit Unterstützung durch die DDP, KPD und Wirtschaftspartei bestünden gute Aussichten für diesen Antrag eine Mehrheit zu bekommen.

In der SPD-Reichstagsfraktion konnte sich jedoch die Linke mit diesem Wunsch nicht durchsetzen, da die Fraktionsmehrheit bei einem Einbringen dieses Antrages das Auseinanderbrechen der gerade mit viel Mühe gebildeten Regierung Müller befürchtete. Der Reichstag ging in die Sommerpause, ohne dieses Thema behandelt zu haben.

Die SPD-Linke äußerte wiederholt die Vermutung, daß die Regierung noch vor dem Wiedezusammentritt des Parlaments durch einen Beschluß für den Bau des Panzerkreuzers vollendete Tatsachen schaffen wolle. An der Haltung der SPD-Minister in dieser Frage werde sich entscheiden, "ob die sozialdemokratischen Arbeiter die Politik der Regierung verantworten können oder nicht." 56)

Linke Parteigliederungen der SPD wie z.B. der Bezirksvorstand Zwickau-Plauen und der Unterbezirk Hagen-Schwelm forderten in Beschlüssen die SPD-Reichsminister auf, gegen den Bau zu stimmen und im Fall ihrer Majorisierung durch die bürgerlichen Minister die Kabinettsfrage zu stellen. 57)

Dieselbe Forderung stellte Rosenfeld in einem Artikel im "Klassenkampf" auf. Die SPD müsse in dieser Frage die bürgerlichen Koalitionspartner vor die Alternative stellen: "Entweder Verzicht auf Panzerkreuzer oder Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung!" 58) Sollten die SPD-Minister im Kabinett überstimmt werden, müßten sie sofort zurücktreten: "Unter keinen Umständen kann die Partei sich darauf einlassen, sich mit dem Protest der vier sozialdemokratischen Minister zu begnügen und weiter in der Regierung

zu bleiben, in der eine Mehrheit von Ministern den Bau des Kreuzers beschließt." Die SPD würde, falls sie in der Regierung bleibe, dann jedes Vertrauen in der Arbeiterschaft verlieren, da sie im Wahlkampf den Bau des Panzerkreuzers aus guten Gründen abgelehnt habe. Die SPD habe vor den Wahlen den Panzerkreuzerbau als militärisch gesehen sinnlos, da er zur Landesverteidigung nutzlos sei, und als unsozial, weil angesichts der Haushaltskrise des Reiches diese Gelder besser für sozialpolitische Aufgaben ausgegeben werden sollten, bezeichnet.

Die Befürchtungen der SPD-Linken erwiesen sich als berechtigt. Am 10.8. beschloß das Reichskabinett einstimmig - also mit den Stimmen der SPD-Vertreter - mit dem Bau des Panzerkreuzers A zu beginnen. Die erste Rate dafür sei durch Umschichtungen innerhalb des Wehretats zu finanzieren.

Dem "Vorwärts" fiel die schwierige Aufgabe zu, das Verhalten der SPD-Minister zu erklären. 59) Die SPD-Minister seien natürlich von ihrer politischen Einstellung her weiterhin gegen den Bau des Panzerkreuzers. Die Reichsregierung sei jedoch rechtlich gesehen dazu verpflichtet, das vom Reichstag am 28.3. 1928 beschlossene Etatgesetz auszuführen, wenn die finanziellen Mittel dazu vorhanden seien, was derzeit der Fall sei. Der Beschluß des Reichsrates vom 31.3.1928 habe nicht den Bau abgelehnt, sondern nur die Überprüfung der Finanzierbarkeit bis zum 1.9.1928 gefordert. Wegen des Etatgesetzes vom 28.3. habe das Kabinett sehr zum Bedauern der SPD-Minister in dieser Frage "nicht mehr frei entscheiden" können. Der Beschluß des Kabinetts sei daher nur eine rechtlich notwendige "Verwaltungsmaßnahme zur Ausführung eines rechtskräftigen Reichsgesetzes." Die SPD habe im Wahlkampf leider den Beschluß des Reichsrates fehlerhaft interpretiert und daher geglaubt, daß der neugewählte Reichstag und die neue Reichsregierung die endgültige Entscheidung über den Bau des Panzerkreuzers fällen dürfe. (In einer Wahlkampfbroschüre der SPD hieß es: "Mit Hilfe des sozialdemokratischen

Einflusses in Preußen ist es gelungen, in letzter Stunde einen Beschluß herbeizuführen, durch den der Baubeginn des Panzerschiffes bis zum Herbst hinausgeschoben wird. Erst der kommende Reichstag wird also endgültig zu entscheiden haben, ob der Panzerkreuzer wirklich gebaut wird.") Zusätzlich bemerkte der "Vorwärts", daß ein Antrag auf Streichung der Mittel für den Panzerkreuzer im Reichstag wahrscheinlich keine Mehrheit gefunden hätte.

In einer Erklärung der Reichsregierung wurden am 13.8. dieselben juristischen Begründungen für die Kabinettsentscheidung gegeben. 60)

Im "Sozialdemokratischen Pressedienst" wurde später der politische Hintergrund dieser Entscheidung offen dargestellt. Die DDP hatte vor der Kabinettsitzung am 10.8. angekündigt, daß ihre Reichsminister genauso wie die SPD-Minister abstimmen würden. Damit bestand die "Gefahr", daß eine Mehrheit des Kabinetts den Bau ablehnen könne. Dies hätte den sofortigen Austritt der DVP aus der Regierung und damit das Ende dieser Regierung bedeutet. 61) (Jahrbuch 1930)

Die Masse der Parteimitglieder der SPD reagierte auf die Haltung der SPD-Minister mit Unverständnis und Protest, da sie im Widerspruch zur Wahlparole der Partei "Kinderpeisung statt Panzerkreuzer" stand. Selbst sonst immer Parteivorstands-konforme Parteizeitungen wie die "Mannheimer Volksstimme" und die Kölner "Rheinische Zeitung" forderten die Revision des Kabinettsbeschlusses und, falls dies scheitern sollte, den Austritt der SPD aus der Regierung. 62)

Die SPD-Linke sah ihre schlimmsten Erwartungen bestätigt und verlangte in der Regel den sofortigen Bruch der SPD mit dieser Regierung. Die "Volkszeitung für das Vogtland" erklärte unter der Überschrift "Der Sieg der Bourgeoisie": "In einer Regierung, die sich Punkt für Punkt dem Willen der Schwerindustrie beugt, ist kein Platz für sozialdemokratische Minister!" 63) Das "Sächsische Volksblatt" forderte: "Heraus aus der Verantwortung für ein Kabinett, das ... den Zündstoff in der Welt vermehrt, indem es Millionenkapital

aus den Händen des deutschen Volkes in neuen Kriegsinstrumenten investiert." 64) Für Levi kam die Entscheidung der Regierung nicht unerwartet: "Daß der Beschluß des Reichskabinetts überraschend gekommen sei, kann schlechterdings niemand behaupten. Man sah ihn kommen; man kannte ihn schon im Augenblick der Kabinettsbildung." 65) Sie bedeute eine "Katastrophe" für die SPD, da sie sowohl den Wahlversprechen wie der Tradition des Kampfes gegen eine imperialistische Flottenpolitik widerspreche.

Der Proteststurm in der Partei war so stark, daß der "Vorwärts" am 16.8. dem Berliner Bezirksvorsitzenden Künstler die Gelegenheit geben mußte, sich zum Verhalten der SPD-Minister zu äußern. 66) Er stellte die Richtigkeit der von der Reichsregierung und dem "Vorwärts" gegebenen Interpretation des Reichsratsbeschlusses vom 31.3. in Frage. Der Bau des Panzerkreuzers sei militärisch wertlos und angesichts der schwierigen Haushaltslage unverantwortlich. Die SPD-Reichstagsfraktion sei vor der Bildung des Kabinetts Müller fast ohne Ausnahme gegen den Bau gewesen. Dennoch hätten die SPD-Reichsminister die Reichstagsfraktion und den Parteivorstand "vor eine vollendete Tatsache" gestellt.

Petrich warf der Regierung Müller vor, den politischen Kurs der Bürgerblockregierung Marx fortzusetzen: "Wir sind wirklich da angelangt, daß die 'Regierung der Persönlichkeiten', hervorgegangen aus den Linkswahlen vom 20. Mai, die Beschlüsse der alten reaktionären Reichstagsmehrheit, d.h. des Bürgerblocks und der Bürgerblockregierung ausführt." 67) Dies beweise wieder einmal die Richtigkeit der Analyse der Parteiopposition, daß in Deutschland zur Zeit in einer Koalition mit bürgerlichen Parteien die SPD angesichts der realen gesellschaftlichen Machtverhältnisse der schwächere Partner sein müsse. In der Regierung Müller sei die Voraussetzung, die der Führer der Österreichischen Sozialdemokratie Otto Bauer für die Bildung einer Koalitionsregierung der Sozialdemokratischen Partei mit bürgerlichen Parteien genannt habe, nicht gegeben, nämlich daß die Sozialdemokra-

tische Partei "innerhalb der Koalitionsregierung stark genug ist, der Macht des Kapitals wirksame Schranken zu setzen, dem Kapital hinreichende Zugeständnisse an die Arbeiterklasse abzurufen." Petrich war der Meinung, daß die Parteiführung der SPD inzwischen aus Prinzip für die Koalition sei und sie in Wahrheit nicht mehr als taktisches Mittel ansehe. Die breite Masse der Parteimitglieder müsse gegen diesen Koalitionskurs mobilisiert werden.

In einem Brief an den Vorstand der Reichstagsfraktion der SPD forderten die linken Abgeordneten Aufhäuser und Sender die sofortige Einberufung einer Sitzung der Fraktion, um das Verhalten der SPD-Reichsminister am 10.8. zu beraten, das die Partei einer "unerhörten Belastungsprobe" ausgesetzt habe und alle Parteinstanzen übergangen habe. 68)

In der Frage, ob die SPD sofort die Regierung verlassen sollte oder nicht, zeigte sich wieder einmal die beginnende Differenzierung der SPD-Linken in eine "radikale" und eine "gemäßigte" Richtung. Die Bezirke Leipzig, Chemnitz-Erzgebirge und Zwickau-Plauen forderten das sofortige Verlassen der Reichsregierung durch die SPD-Minister und damit das Ende der Zusammenarbeit mit den Mittelparteien. Als Beispiel sei hier der Chemnitzer Beschluß genannt: "Die Bezirksleitung des Bezirks Chemnitz-Erzgebirge hat mit Entrüstung von dem Abstimmungsergebnis in der Reichsregierung über den Panzerkreuzerbau Kenntnis genommen. In der Tatsache, daß selbst sozialdemokratische Minister, entgegen dem Beschluß der früheren Reichstagsfraktion dem Bau des Panzerkreuzers zugestimmt haben, erblickt die Bezirksleitung eine schwere Schädigung der Partei. Die Partei fordert von den maßgebenden Parteinstanzen die Parteigenossen sofort aus der Reichsregierung zurückzuziehen." 69) Die Bezirke Berlin und Ostsachsen hingegen verlangten zunächst nur, daß innerhalb des Kabinetts oder des Reichstages der Beschluß vom 10.8. revidiert werden sollte. Erst wenn dieser Versuch scheitern sollte, müsse die Partei sich aus der Regierung zurückziehen. 70)

Am 16.8. fand eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes und des Vorstandes der Reichstagsfraktion statt. Beide Gremien mußten dem Druck der Parteibasis bis zu einem gewissen Grad nachgeben und beschlossen das Verhalten der SPD-Minister zu tadeln: "Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bedauern lebhaft, daß die sozialdemokratischen Minister nicht die Möglichkeit gefunden haben, in der Kabinettsitzung durch Abstimmung klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie - in Übereinstimmung mit der gesamten Partei - entschiedene Gegner des Panzerkreuzers A sind, sich vielmehr auf formalrechtliche Argumente gestützt haben." Zum weiteren Verhalten der SPD in der Regierung wurde keinerlei Aussage gemacht. 71)

Die "Volkszeitung für das Vogtland" befürchtete nach diesem Beschluß, daß die für den 18.8. einberufene Parteiausschußsitzung den Versuch machen werde, "die Angelegenheit mit einem mehr oder minder freundlichen Tadelsvotum an die Adresse der Minister abzutun, die Regierungsbeteiligung selbst aber aufrecht zu erhalten." 72)

Diese Prognose sollte sich als richtig erweisen. Am 18.8. tagten der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion gemeinsam. Sie faßten in getrennten Abstimmungen mit jeweils großer Mehrheit gegen die Stimmen der linken Minderheit den Beschluß, zwar das Verhalten der SPD-Minister - das Abstimmungsverhalten und die fehlende Konsultierung der Parteinstanzen - zu tadeln, aber aus der Entscheidung des Kabinetts nicht die Konsequenz zu ziehen, die Regierung sofort zu verlassen. Begründet wurde dies so: "Fraktion und Parteiausschuß halten die Beteiligung an der Regierung mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft für außerordentlich wichtig. Sie leiten daher aus der Entscheidung des Kabinetts, die die Ausführung eines vom letzten Reichstag beschlossenen Gesetzes betraf, trotz ihrer grundsätzlich abweichenden Auffassung über den Ersatzbau des Panzerkreuzers nicht die Notwendigkeit ab, unsere Genossen zum Rücktritt aus dem Kabinett aufzufordern." 73)

Die Empörung der Linken in der SPD über diese Entscheidung war so groß, daß sie erstmals das auch von ihr bisher gewährte Prinzip der SPD brach, über Einzelheiten der Parteiausschußsitzungen nichts zu berichten, sondern nur über das Gesamtergebnis, um das Bild der Geschlossenheit der Partei in der Öffentlichkeit zu wahren. Zwei Wochen nach der Sitzung gab ein aus Angst vor Sanktionen des Parteivorstandes anonym bleibender Autor in der "SPW" Informationen bekannt, die der "Vorwärts" und der "Sozialdemokratische Pressedienst" verschwiegen hatten. 74) Trotz einer Rücktrittsdrohung Müllers sei am 18.8. ein Antrag Loebes, die Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstag eine Mehrheit gegen den Bau des Panzerkreuzers herzustellen, im Parteiausschuß und in der Reichstagsfraktion nur mit den relativ knappen Mehrheiten von 24:16 und 58:41 Stimmen abgelehnt worden. In dieser Frage stimmte also ein Teil der Parteimehrheit mit der Linken, während der Großteil der Vertreter der Parteimehrheit zu diesem Zeitpunkt es noch ablehnte, im Reichstag einen Antrag auf die Streichung der Mittel für den Bau des Panzerkreuzers zu stellen, um die Regierung Müller nicht zu gefährden. Der von den Vertretern der "radikalen" Linken eingebrachte Antrag, sofort die Regierung zu verlassen, sei mit 30:7 Stimmen im Parteiausschuß und mit 73:14 Stimmen in der Reichstagsfraktion abgelehnt worden. Die schließlich verabschiedete Resolution sei im ersten Teil (Verurteilung des Verhaltens der SPD-Minister) mit 30:2 und 70:23 Stimmen beschlossen worden, im zweiten Teil (für den Verbleib in der Regierung) mit 26:10 und 74:25 Stimmen.

Im "Vorwärts" begründete der Reichsinnenminister Severing die Entscheidung der Spitzengremien vom 18.8. mit dem Willen der Partei, "die einmal errungene Machtposition so zähe wie möglich festzuhalten." 75) Für die SPD gebe es in nächster Zeit "dringendere und andere Aufgaben" als die Panzerkreuzerfrage, wie den Ausbau der Sozialpolitik und die Verwaltungsreform.

Die SPD-Linke verurteilte das Ergebnis der Sitzung vom 18.8. Die "Leipziger Volkszeitung" bewertete den Beschluß zur Fortsetzung der Mitarbeit in der Regierung als "neue Enttäuschung" für die sozialdemokratischen Parteimitglieder und Wähler: "Die Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister ist nicht nur ein Fehler oder eine Dummheit, sondern sie ist eine Konsequenz derjenigen Auffassung, die man am besten als unentwegte Koalitionsgesinnung bezeichnet. Die Sozialdemokratische Partei wird weiterhin in der Regierung bleiben, die bis jetzt noch nichts für die Arbeiterschaft gebracht hat, die aber der Bourgeoisie ihre Panzerkreuzer gab und sonst nichts an ihrer Herrschaft änderte." 75)

Der Unterbezirk Chemnitz beschloß auf einer Funktionärsversammlung, das Verhalten der linken Minderheit auf der Sitzung am 18.8. ausdrücklich zu billigen und bezeichnete die Fortsetzung der Regierung Müller als "völlig abwegig." Er forderte die Einberufung eines Reichsparteitages, der die Haltung der Partei zur Regierung festlegen sollte. Einen ähnlichen Beschluß faßte auch der Ortsverein Breslau. 77)

Der Bezirk Berlin bestätigte seine Auffassung, daß die SPD die Regierung erst dann verlassen müsse, wenn weder im Kabinett noch im Reichstag eine Rückgängigmachung des Kabinettsbeschlusses vom 10.8. gelänge. 78)

Bis Ende August 1928 faßten eine Reihe von linken Gliederungen Beschlüsse, die entweder den sofortigen Austritt der SPD-Minister aus der Regierung oder im Sinne der Berliner Parteiorganisation die Bereitschaft zum Austritt, falls der Panzerkreuzerbau nicht verhindert werden könne, forderten. Dazu gehörten die vier sächsischen Parteibezirke, der Bezirk Groß-Thüringen, der Bezirk Berlin und die Ortsvereine Stettin, Breslau, Hagen, Bochum, Darmstadt, Erfurt und Düsseldorf. Fast alle diese Parteiorganisationen forderten auch die baldige Einberufung eines außerordentlichen Reichsparteitages. 79)

Vereinzelt wurde sogar gegen den Widerstand der Führung in linken Parteigliederungen der Parteiausschluß der

4 Kabinettsmitglieder der SPD wegen ihrer Zustimmung zu dem Bau des Panzerkreuzers A verlangt, so z.B. von der Delegiertenversammlung des Unterbezirks Chemnitz am 22.8. Die "Chemnitzer Volksstimme" verschwieg dies zunächst. Erst als die Presse der KPD darüber berichtete, informierte sie über diesen Beschluß, den sie jedoch dadurch abwertete, daß er laut Parteisatzung nur eine Meinungsäußerung darstelle, da es keine Mitgliederversammlung gewesen sei. 80)

Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Plauen beschloß trotz des Widerstandes durch den Ortsvereinsvorsitzenden Frittsch und des Redakteurs der "Volkszeitung für das Vogtland" Zweilling: "Die Ortsgruppe Plauen stellt beim Parteivorstand den Antrag die Genossen Müller, Hilferding, Severing und Wissell wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei auszuschließen. Sofern der Parteivorstand diesem Antrag bis zum nächsten Parteitag nicht nachgekommen ist, ist der Antrag dem Parteitag zur Abstimmung vorzulegen." 81) In der Partei ging auch nach dem 18.8. die Debatte über die Koalitionspolitik weiter.

In einem Grundsatzartikel übernahm der "Vorwärts" am 26.8. die Aufgabe, das Verbleiben in der Regierung zu rechtfertigen. 82) Als Ursache der Krise der Partei sah er im Gegensatz zur Parteilinken nicht die Zustimmung der SPD-Minister zum Bau des Panzerkreuzers, sondern die zu radikale Oppositionspolitik gegenüber der Bürgerblockregierung Marx, deren Nachwirkung jetzt die Umstellung auf die Politik einer Regierungspartei erschwere. Der Hauptfehler des Wahlkampfes der Partei sei die Partole "Fort mit dem Panzerschiff - Wählt Liste 1" gewesen. Schuld an der Parteikrise sei nicht ein "Verrat" der SPD-Minister, sondern diese Wahlparole, die unrealistische Erwartungen geweckt habe. Als Konsequenz daraus müsse die Partei die Lehre ziehen: "Eine Partei darf sich als Oppositionspartei nicht so verhalten, daß sie als Regierungspartei zwangsläufig in Widerspruch zu ihrem früheren Verhalten gerät!" Den "extremen Pazifismus" der Parteiopposition, die den Wehretat prinzipiell ablehne, lehnte

er ab, weil dies jede Regierungsbeteiligung der SPD, solange sie nicht die Mehrheit im Parlamente habe, ausschließe.

Die SPD-Linke verurteilte die Zustimmung zum Panzerkreuzerbau durch die SPD-Minister als zwangsläufige Folge einer Koalitionspolitik um jeden Preis, für die die Regierungsbeteiligung der SPD wichtiger sei als der traditionelle Kampf der Partei gegen den Militarismus. Aus Enttäuschung über diese Haltung würden sich viele am 20.5.1928 neu für die SPD gewonnene Arbeiterwähler wieder von der Partei abwenden. Levi schrieb: "Das Kapital der Wahlen vom 20. Mai ist vertan, und zwar ohne jedes Entgelt...der Schlag, den unsere Partei bekommen hat, macht jahrelanges Werben um das allmählich wieder erwachte Vertrauen der Massen zunichte." 83) Auch Bieligk und Seydewitz teilten die Auffassung, daß der Plan der bürgerlichen Parteien, in der Regierung Müller die SPD vor der Arbeiterschaft zu kompromittieren und sie damit entscheidend zu schwächen, voll aufgegangen sei. Seydewitz berichtete, daß die Mehrheit der Reichstagsfraktion die Forderung der Minderheit bei einer Beendigung der Regierung Müller Reichstagsneuwahlen nicht zu scheuen, mit dem Argument abgelehnt habe, daß die SPD dann statt der bisher 153 Mandate wahrscheinlich nur noch 90 Mandate bekommen werde. Er kommentierte dies so: "Dieses Argument ist eine erschütternde Feststellung. Mit diesem Argument geben die Koalitionsfreunde zu, daß die Zustimmung der Minister zum Panzerkreuzerbau und die wenigen Monate schwächlicher Koalitionspolitik das Vertrauen der Massen zur Sozialdemokratie schwer erschüttert haben, daß die Tat der Minister die Partei über ein Drittel ihres Mandatsbestandes kosten würde." 84) Nur durch das sofortige Verlassen der Regierung könne die SPD ihr Wahlversprechen erfüllen und das verlorene Vertrauen zurückgewinnen. Max Adler sah in dem Verhalten der SPD-Minister eine "furchtbare Kompromittierung" der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Als Ursache erkannte er die Staats- und Koalitionsgesinnung der "Rechtssozialisten",

die an die Stelle der energischen Vertretung der Arbeiterinteressen im bestehenden bürgerlichen Klassenstaat, an dessen sozialen Inhalt sich durch die Form der demokratischen Republik nichts wesentliches geändert habe, den "Geist... der Staatsverantwortlichkeit, der Vertretung der sogenannten Volksgemeinschaft, des Staatsganzen" setzen wollten. Auf die Dauer sei dieser Wille zur Klassenkooperation zum Scheitern verurteilt, "weil man nicht zwei Herren zugleich dienen kann: dem 'Volksganzen' des bürgerlichen Staates und dem Ganzen der proletarischen sozialistischen Internationale."

Rosenfeld zog die formaljuristische Begründung der SPD-Minister für ihre Haltung am 10.8. in Zweifel. 85) Es gäbe keine Rechtspflicht für die Regierung, alle im Etatgesetz bewilligten Gelder auch wirklich ausgeben zu müssen. Der Reichsratsbeschluss vom 31.3. sei nicht als Befürwortung des Baus des Panzerkreuzers A zu interpretieren. Dem Finanzminister Hilferding stünde zudem laut Verfassung ein Veto-recht gegen alle Ausgaben zu, das er am 10.8. bewußt nicht ausgenutzt habe. Der Bruch der Koalition hätte in Kauf genommen werden müssen: "Mit einer besseren Parole als der 'Gegen den Panzer!' hätten wir einen Kampf und auch einen Wahlkampf gar nicht führen können."

Das Abstimmungsverhalten der SPD-Minister nahm die SPD-Linke zum Anlaß, eine Kampagne gegen die Parteiführung und für die Erweiterung der innerparteilichen Demokratie zu beginnen. Levi kritisierte die in der Partei und auch in der Reichstagsfraktion vorhandene zu große "Vertrauensseligkeit" und "Gefolgschaftstreue" gegenüber den Parteiführern. 86) Es fehle weitgehend das "schöpferische Mißtrauen" im Hinblick auf das Verhalten der Parteispitze. Ein Teil der Reichstagsfraktion stimme immer blind für die Politik der Führung. Aufgrund dieser häufig fehlenden kritischen Beurteilung ihrer Politik entferne sich die Parteiführung in manchen Fragen zunehmend von der Meinung der einfachen Parteimitglieder, wie gerade die Panzerkreuzer-

affäre zeige. Als Gegenmittel zu dieser Tendenz forderte Levi den Ausbau der von unten nach oben gerichteten Willensbildung in der SPD. Er wies darauf hin, daß die Demokratie in Deutschland nur dann eine Lebenschance habe, wenn sie in der SPD angewendet werde: "Aber es sind die brennendsten Fragen der Demokratie. Sie ist heute in der Sozialdemokratie fast allein zu Hause. Stirbt in ihr die Demokratie ab, und sei es aus edelsten Motiven, so ist der Faschismus der lachende Erbe. Das ist die große Verantwortung der Führer und Geführten in der Sozialdemokratie."

Auch Fritz Heller forderte dazu auf, die Panzerkreuzerdiskussion mit einer Parteidiskussion zu verbinden. Ziel müsse es dabei sein, die "Meinungsfreiheit innerhalb der Partei" auszubauen und dadurch den jetzigen Zustand in den meisten Parteizeitungen zu beenden, daß die Panzerkreuzerdiskussion nur "in Monologen" geführt werde, also nur Vertreter einer Richtung der Partei zu Worte kämen. 87) Dies gelte auch für den "Vorwärts", der endlich "zu einer Tribüne der Ansichten der Parteigenossen auch aus dem Reiche werden müsse."

In der innerparteilichen Diskussion in der SPD spielte auch das Projekt eines Volksentscheides gegen den Bau des Panzerkreuzers eine wichtige Rolle. Die KPD und einige radikalpazifistische Gruppen brachten am 16.8. ein Volksbegehren mit diesem Ziel ein. 88) Die Beteiligung an diesem Volksbegehren lehnte die SPD-Linke geschlossen ab, da es von Seiten der KPD nur der Diffamierung der SPD diene; ein Teil der SPD-Linken befürwortete aber die Initiatierung eines von der SPD eingeleiteten Volksbegehrens, wenn im Kabinett und im Reichstag der Bau des Panzerkreuzers nicht mehr verhindert werden könne. Seydewitz erklärte im "Sächsischen Volksblatt" kurz nach der Parteiausschußsitzung am 18.8.: "Bei allen Abstimmungen im Parlament gegen den Panzerkreuzer und, wenn ein Volksentscheid gegen den Panzerkreuzer kommt, mit aller Kraft und Energie für diesen Volksentscheid!...Die Partei

wird auch einen vernünftigen und rechtlich zulässigen Volksentscheid gegen den Panzerkreuzer unterstützen!" 89) Die Unterbezirke Plauen-Reichenbach und Leipzig faßten Beschlüsse, die ein Volksbegehren der SPD forderten für den Fall, daß im Reichstag keine Mehrheit gegen den Bau des Panzerkreuzers zu finden sei. Auch der Bezirks-Parteitag von Zwickau-Plauen verlangte dies. Zugleich lehnte er die Beteiligung von Sozialdemokraten an dem von der KPD initiierten Volksbegehren ab, da die KPD nicht in den bürgerlichen Parteien, sondern in der SPD den Hauptfeind sehe. 90)

Ein Teil der SPD-Linken hielt einen Volksentscheid wegen der zu geringen Erfolgsaussichten für sinnlos. Zudem sei er wahrscheinlich rechtlich unzulässig, da laut Artikel 73 der Reichsverfassung nur der Reichspräsident einen Volksentscheid über finanzpolitische Fragen durchsetzen könne. Der Bezirksvorstand der SPD Chemnitz-Erzgebirge lehnte mit diesen Argumenten den Volksentscheid als "eine stumpfe und unbrauchbare Waffe" im Kampfe der Arbeiterklasse gegen die Aufrüstung ab. 91) Alle vier sächsischen Bezirke lehnten in Beschlüssen die Unterstützung des von der KPD eingeleiteten Volksbegehrens ab.

Das Ergebnis der Diskussion in der SPD über die Frage der Fortsetzung der Regierung Müller wurde von der SPD-Linken unterschiedlich beurteilt.

Petrich rechnete damit, daß sich die Linke mit ihrer Forderung nach einem außerordentlichen Reichsparteitag nunmehr durchsetzen werde, da der Druck der Parteibasis auf die Parteiführung in dieser Frage immer weiter zunehme: "Aber wenn nicht alle Zeichen trügen, sind diesmal die organisierten sozialdemokratischen Arbeiter stärker als die Instanzen und das Statut: der außerordentliche Parteitag wird kommen müssen, da der Schrei nach ihm aus so vielen Bezirken ertönt, daß die Widerstände überwunden werden." 92)

Auf diesem Parteitag müsse die Parteiopposition einen völlig politischen Kurswechsel der SPD durchsetzen, der die Koalitionspolitik und die Zusammenarbeit mit den Mittel-

parteien beende. Die SPD-Linke müsse allerdings aufpassen, "daß die kerngesunde Oppositions- und Protestbewegung nicht wieder, wie bei ähnlichen Anlässen im Sande verläuft."

Fritz Heller machte sich keine Illusion darüber, daß die Mehrheit der Parteimitglieder zwar den Bau des Panzerkreuzers ablehnte, nicht aber die Fortführung der Regierung Müller: "Wenn heute ein Parteitag einberufen würde, würde er sich zwar gegen die Panzerkreuzer, aber für die Koalition einsetzen." 93) Die SPD-Linke müsse die Mehrheit erst noch davon überzeugen, daß in dieser Regierung grundlegende Forderungen der Arbeiterschaft nicht durchsetzbar seien.

Auf der Sitzung des Parteiausschusses der SPD am 17.9.1928 setzte die Parteiführung ihren Kurs durch. Der Antrag der Linken, sofort einen außerordentlichen Reichsparteitag durchzuführen, wurde abgelehnt. Beschlossen wurde, auf dem nächsten ordentlichen Parteitag ein Wehrprogramm zu verabschieden, das von einer vom Parteivorstand eingesetzten Wehrkommission entworfen werden sollte. Die Reichstagsfraktion und die Reichsminister der SPD wurden aufgefordert, alle weiteren Raten für den Bau der Panzerkreuzer abzulehnen. Einstimmig, also mit den Stimmen der linken Minderheit, wurde der von der KPD initiierte Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau abgelehnt, da er nur das Ziel der Verleumdung und Beschimpfung der SPD verfolge. Die Einleitung eines von der SPD eingeleiteten Volksentscheides wurde nicht beschlossen. Gründe dafür wurden nicht angegeben. 94)

Teile der SPD-Linken bedauerten diesen Verzicht auf ein eigenes Volksbegehren der Partei. Die "Volkszeitung für das Vogtland" vermutete, daß dies objektiv nur der KPD nutzen werde: "Die Folge wird neuer Schaden für die Partei sein, da nunmehr das Feld den Kommunisten allein überlassen bleiben wird und kaum etwa ein großer Teil der sozialdemokratischen Wähler abhalten dürfte, dem kommunistischen Volksentscheid zuzustimmen." 95) Bieligk erklärte, daß ein von der SPD erreichter Volksentscheid auch dann sinnvoll gewesen wäre, wenn er nicht die erforderliche Stimmenzahl

erhalten sollte, da sein Hauptziel die Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den Militarismus der bürgerlichen Parteien sei. Bieligk zeigte sich enttäuscht darüber, daß der Parteiausschuß sich durch die Ablehnung der Anträge der Linken wieder einmal als "getreuer Sekundant" des Parteivorstandes erwiesen habe. 96)

Seydewitz hingegen billigte den Verzicht auf ein von der SPD eingeleitetes Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau, da es wegen der Spaltung der Arbeiterbewegung, in der die KPD nur ein "kleinliches Parteikrakeel" gegen die SPD durch ihr Volksbegehren entfachen wolle, ohne Aussicht auf Erfolg gewesen wäre. Er bemühte sich den Beschluß des Parteiausschusses so weit wie möglich im Sinne der Linken auszulegen. Nach seiner Meinung müßten im Kabinett, falls es sich mit Mehrheit für weitere Raten für den Bau der Panzerkreuzer entscheide, Reichskanzler Marx und Reichsfinanzminister Hilferding das ihnen laut Verfassung zustehendes Veto-recht gegen Finanzbeschlüsse anwenden. Wenn dies geschehe und die SPD damit ihr Wahlversprechen erfülle, mit allen Mitteln gegen den Bau der Panzerkreuzer zu kämpfen, werde die "ganze kommunistische Volksentscheidsaktion gegen die Sozialdemokratie verpuffen." 97)

Mit den Beschlüssen des Parteiausschusses am 11.9. war die Debatte über die Koalitionspolitik in der SPD natürlich nicht beendet. Dies zeigte sich schon auf der Sitzung der Landesinstanzen der SPD Sachsens am 17.9. Sie forderten klar die Rückkehr der SPD zur Oppositionspolitik im Reich: "Die schwere Schädigung der Partei durch die Panzerkreuzer-affäre ist die notwendige Folge einer von Grund auf falschen Koalitionspolitik, die in einigen Ministersitzen schon politische Macht sieht und keinerlei Rücksicht nimmt auf das Vertrauen der breiten Masse. Deshalb ist jetzt gegen diese Koalitionspolitik der Kampf zu führen mit dem Ziel, der Partei in einer starken Oppositionsstellung wieder ihre Handlungsfreiheit zurückzugeben." 98) Die Ablehnung der

Teilnahme am von der KPD gestarteten Volksbegehren wurde einstimmig gebilligt.

Im Sinne der Anregung von Seydewitz sprachen sich mehrere linke Parteigliederungen wie z.B. der Ortsverein Breslau für die Ausübung des nach § 21 der Reichshaushaltsordnung vom 31.12.1922 dem Reichsfinanzminister in Verbindung mit dem Reichskanzler zustehenden Vetorechts gegen Ausgaben bei den weiteren Raten für den Panzerkreuzer A aus. 99) Der "Vorwärts" äußerte sich nicht zu dieser Frage.

Am Ziel der SPD-Parteiführung, auch dann die Regierung Müller fortzusetzen, wenn der Bau der Panzerkreuzer nicht verhindert werden konnte, bestand kein Zweifel. Reichsinnenminister Severing machte auf der Generalversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Hannover am 30.9.1928 deutlich, daß ihn die Kritiker der Regierung Müller nicht beeindruckten: " Ich bin sehr dankbar für die Anregungen Hörsings an die republikanischen Minister recht lange in der Regierung auszuharren und sich nicht um das zu kümmern, was andere reden und schreien. Bei mir war diese Anregung nicht nötig. Ich habe mir seit langem den Grundsatz zu eigen gemacht, Stimmen des Tages zwar ernsthaft zu prüfen, aber doch nur das zu tun, was mir meine eigene Meinung vorschreibt." 100) Er sei dafür, daß die republikanischen Reichsminister nicht nur eine "kurze Gastrolle" gäben, sondern mindestens eine Legislaturperiode aushalten."

Das von der KPD initiierte Volksbegehren gegen den Bau der Panzerkreuzer endete am 16.10. mit einem völligen Fiasko. Statt der mindestens erforderlichen Anzahl von 4,1 Millionen (10% der Wahlberechtigten) beteiligten sich nur 1.216.000 (2,04 % der Wahlberechtigten) am Volksbegehren, also weitaus weniger als die KPD bei den Reichstagswahlen am 20.5.1928 an Stimmen erhalten hatte. 101) Fast alle SPD-Mitglieder hielten sich also an den Beschluß ihrer Partei, das Volksbegehren nicht zu unterstützen.

In Ausführung des Parteiausschußbeschlusses vom 11.9. entschied der Vorstand der SPD-Reichstagsfraktion am 31.10. im Parlament den Antrag einzubringen: "Der Reichstag möge beschließen: "Der Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt." Der "Vorwärts" hoffte darauf, daß dieser Antrag im Reichstag eine Mehrheit erhalten werde, falls SPD, KPD, DDP, Wirtschaftspartei, Bauernpartei und Teile des Zentrums zustimmen würden. 102)

Im Kabinett Müller kam es wegen dieser Initiative zu einem schweren Konflikt. Reichswehrminister Groener kündigte an, daß er, wenn dieser Antrag vom Reichstag beschlossen würde, zurücktreten werde. Das Zentrum verlangte, daß die SPD-Reichsminister an der Abstimmung über diesen Antrag nicht teilnehmen sollten, um den Kabinettsbeschluß vom 10.8. nicht zu desavouieren.

Die SPD gab diesem Druck nicht nach. Die Reichstagsfraktion beschloß am 14.11., daß alle Fraktionsmitglieder, also auch die vier Reichsminister, für den Antrag stimmen müßten. Der "Vorwärts" erklärte dies als Beweis dafür, daß die Partei den Bau des Panzerkreuzers geschlossen ablehne. 103)

Bei der Reichstagsdebatte über den Antrag der SPD brachte Wels gegen den Bau des Panzerkreuzers die altbekannten Argumente vor. Er betonte aber, daß dieser Antrag kein Zeichen für die Ablehnung der Reichswehr durch die SPD sei: "Wir kämpfen nicht gegen, sondern um die Reichswehr, um sie zu einem zuverlässigen Instrument der Republik zu machen." 104)

Der Reichstag lehnte am 16.11. diesen Antrag mit 255 zu 203 Stimmen bei 8 Enthaltungen ab. Dafür stimmten nur die SPD und die KPD. Die DDP begründete ihre Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers, den sie am 28.3.1928 noch abgelehnt hatte, mit dem früher auch vom "Vorwärts" verwendeten Argument, daß die Reichsregierung zur Ausführung der im Etatgesetz beschlossenen Ausgaben verpflichtet sei. 105)

Mit diesem Scheitern der Initiative der SPD war der Fortbestand der Regierung Müller gesichert.

Für die SPD-Linke bot die geschlossene Ablehnung des SPD-Antrages durch die beiden anderen republikanischen Parteien DDP und Zentrum wieder einmal die Gelegenheit, deren ihrer Meinung nach reaktionären Charakter darzustellen. Seydewitz warf den bürgerlichen Koalitionspartnern im Kabinett Müller vor, daß für sie die Koalition nur den Sinn habe "die Sozialdemokratie in Schach zu halten, den bürgerlich-kapitalistischen Staat, die bürgerlich-kapitalistische Ordnung mit Hilfe der Sozialdemokratie unversehrt zu erhalten." 106) Die SPD dürfe in Zukunft nicht vor Regierungskrisen oder dem Bruch der Koalition zurückschrecken, wenn es um die Vertretung elementarer Interessen der Arbeiterschaft gehe: "Das Vertrauen der Massen zum parlamentarischen System wird nicht dadurch erschüttert, daß es im Kampf um die Durchsetzung einer im Interesse des Proletariats und der Volksmehrheit gestellte Forderung zu einer Regierungskrise kommt, sondern vielmehr dadurch, daß dem Willen der Volksmehrheit von der Parlamentsmehrheit nicht entsprochen wird und die dem Volk gemachten Versprechungen verraten werden, nur um eine Regierungskrise zu vermeiden."

Am 19.11. tagten der Parteiausschuß, der Parteivorstand und die Kontrollkommission der SPD gemeinsam. Die Haltung der Reichstagsfraktion wurde einmütig gebilligt. 107) Ein Antrag der linken Minderheit des Parteiausschusses wurde nicht befaßt, er lautete: "1. Reichstagsfraktion und Minister haben alle weiteren Raten für den Bau des Panzerkreuzers, also insbesondere auch die Raten für den Bau des Panzerkreuzers A abzulehnen. 2. Die Ablehnung von weiteren Flottenbauten und militärischer Aufrüstung ist die Voraussetzung für die weitere Beteiligung der Partei an der Regierung." 108) Für diesen Antrag hatte sich u.a. der Bezirksvorstand Chemnitz-Erzgebirge ausgesprochen. Die Nichtbefassung wurde von der Mehrheit des Parteiausschusses damit begründet, daß die Partei vor einer Stellungnahme erst die geplante Erweiterung des Kabinetts um zwei weitere Zentrums-Minister abwarten solle. Eine offene Ablehnung des die Koalition gefähr-

denden Antrages glaubt sich die Mehrheit offensichtlich wegen der starken antimilitaristischen Strömung in der SPD nicht leisten zu können. Kurt Rosenfeld kündigte nach dieser Sitzung an, daß die SPD-Linke unbeirrt weiter gegen das Flottenbauprogramm kämpfen werde, selbst wenn daran die Regierung Müller auseinanderbrechen würde. 109)

Die Debatte über den Panzerkreuzerbau trat in der SPD im Spätherbst 1928 aus Anlaß eines Tarifkonflikts etwas in den Hintergrund.

In der Eisenindustrie des Ruhrgebietes forderte der Deutsche Metallarbeiter-Verband im ADGB eine Lohnerhöhung von 15% und die Rückkehr zum Achtstundentag. Mit dem Hinweis auf die schlechte konjunkturelle Lage lehnten dies die Arbeitgeber ab und kündigten für den 1.11.1928 eine Aussperrung an. Am 26.10. fällte der staatliche Schlichter Jütter einen Schiedsspruch, der mit einer Lohnerhöhung von nur 4-5% und der langen Laufzeit des Tarifvertrages bis zum 30.4.1930 den Wünschen der Unternehmer sehr weit entgegenkam. Dennoch akzeptierte ihn der Bezirksvorstand des DMV mit einer 3/4-Mehrheit, um die Aussperrung zu vermeiden. Die Unternehmer lehnten ihn ab. Am 31.10. erklärte Reichsarbeitsminister Wissell den Schiedsspruch für verbindlich. Die Unternehmer erkannten diese Entscheidung jedoch nicht an, da sie erstmals die Rechtsgültigkeit eines Ein-Mann-Schiedsspruches des Vorsitzenden der Schiedskommission, also des staatlichen Schlichters, bestritten. Sie begannen am 1.11. mit der Aussperrung von 213 000 Metallarbeitern im Ruhrgebiet. 110)

Die Unternehmer wollten durch diese Haltung das gesamte seit 1918 aufgebaute staatliche Schlichtungswesen zur Regelung von Tarifkonflikten in Frage stellen. Der "Vorwärts" sah daher in dem Vorgehen der Unternehmer eine "offene Auflehnung gegen den Staat" und einen "Versuch das Schlichtungswesen in die Luft zu sprengen" mit dem Ziel, "dem Staat den Willen einer kleinen Gruppe von Unternehmern aufzuzwingen." 111) Die Aussperrung sei illegal, da sie sich gegen die seit der Schlichtungs-Verordnung vom 10.10.1923

zulässigen Ein-Mann-Schiedssprüche richte. Die Unternehmer versuchten den Einfluß des Staates auf die Lohnhöhe, eine der Errungenschaften der Novemberrevolution, zu zerstören.

Am 17.11. beschloß der Reichstag auf Antrag der SPD mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Stimmenthaltung der DNVP und Gegenstimmen der KPD und NSDAP eine finanzielle Unterstützung der ausgesperrten Metallarbeiter. Der "Vorwärts" versuchte anhand dieser Entscheidung zu belegen, daß sich der soziale Inhalt des Staates in Deutschland sich seit 1918 grundlegend verändert habe. Bei der Aussperrung der Textilarbeiter in Crimmitschau 1903 sei der Staat noch mit der Polizei gegen die Ausgesperrten vorgegangen, heute helfe er den Ausgesperrten: "Aber heute ist der Staat nicht mehr der Nachtwächter des Besitzes, heute kommt er zu den Opfern der Unternehmerbrutalität nicht mehr mit der Gendarmerie, Militär und Zuchthausstrafen, sondern mit Unterstützungsgeldern für die Ausgesperrten! Die Ruhrmagnaten mögen die Wandlung bedenken. Der Staat ist der Stärkere!" 112)

Die SPD-Linke interpretierte den Konflikt völlig anders. Für sie war die Aussperrung ein Zeichen der Schwäche des Staates, dessen Schiedsspruch von den Unternehmern nicht respektiert werde, obwohl er - wie fast immer - den Interessen der Arbeitgeber viel näher gekommen sei als den Interessen der Gewerkschaften. Levi war der Meinung, daß dieser Konflikt "die Grenzen des Staates, die Grenzen der (bürgerlichen - E.W.) Demokratie" aufzeige. 113) Die Aussperrung führe daher die Arbeiterklasse "nicht nur über die Grenzen des Schiedsspruches, sondern auch über die Grenzen des gegenwärtigen Staates hinaus auf jenes Blachfeld, auf dem die künftige Revolution wird ausgekämpft werden." In der Einschätzung der Intention der Unternehmer waren sich die beiden Flügel der SPD allerdings einig. Weckerle schrieb: "Sie wollen diese Einwirkung (des Staates - E.W.) nicht mehr länger dulden, weil sie ihrer eigenen Macht besser vertrauen." 114)

Am 28.11. scheiterte ein Vermittlungsversuch des Regierungspräsidenten Bergmann, der vorschlug, den Schiedsspruch vom 27.10. bis zum 30.4.1929 als Basis des Tarifvertrages zu übernehmen, an der Ablehnung durch die Arbeitgeber. 115) In dieser verfahrenen Lage schaltete sich die Reichsregierung ein. Sie forderte die beiden Tarifparteien auf, sich bereit zu erklären, sich einem neuen staatlichen Schiedsspruch zu unterwerfen. 116) Die Arbeitgeber der Gruppe Nord-West stimmten diesem Vorschlag am 1.12. zu. Nach kontroverser Debatte billigte auch die Revierarbeiterkonferenz des DMV in Bochum am 2.12. mit 27:14 Stimmen diesen Vorschlag. Der DMV-Vorsitzende Urich kritisierte allerdings, daß die Reichsregierung den DMV vor der Unterbreitung ihres Planes den DMV nicht konsultiert habe und seine Organisation den Plan nur daher akzeptiere, um zu verhindern, daß bei einer Regierungskrise die staatlichen Unterstützungszahlungen für die Ausgesperrten eingestellt würden. 117) Die Aussperrung wurde daraufhin am 3.12. beendet. Zum Schlichter wurde Reichsinnenminister Severing ernannt.

Die SPD-Linke verurteilte das Vorgehen der Reichsregierung als Kapitulation vor den Unternehmern. Der Vorsitzende der Angestelltengewerkschaft AfA-Bund Aufhäuser warf der Regierung vor, faktisch auf die Durchsetzung des staatlichen Schiedsspruches vom 27.10. verzichtet zu haben: "In Wirklichkeit wird jetzt der als verbindlich erklärte Schiedsspruch durch die Vermittlungsaktion des Reichskabinetts rechtsunwirksam und nicht." 118) Dies bedeute nichts anderes als die "prinzipielle Preisgabe der Verbindlichkeitserklärung" von staatlichen Schiedssprüchen. Wie schon am 10.8. sei dieser Kabinettsbeschuß von den SPD-Reichsministern "ohne vorherige Fühlung mit Fraktion und Gewerkschaft" gefaßt worden. Die "Volkszeitung für das Vogtland" zog daraus die Konsequenz, den Austritt der SPD aus dieser Regierung zu verlangen: "Die Minister haben unverantwortlich gehandelt. Sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden! Und dem Wahnsinn eines Regierens, das dem Proletariat Position

um Position kostet, muß endlich ein Ende gemacht werden"! 119)
Der Nürnberger DMV-Funktionär Kleinfrank teilte in einem Artikel im "Klassenkampf" die Position Aufhäusers und verlangte im Gegensatz zu ihm die Beendigung der Koalition, da sie nur "ein Mittel der herrschenden Klasse, um ihre Herrschaft über das Proletariat zu stabilisieren" sei, in der keinerlei Fortschritte für die Arbeiterklasse in der Sozialpolitik und im Arbeitsrecht durchsetzbar seien. 120)

Als Ursache der Haltung der SPD-Minister in dieser Frage sah die SPD-Linke den Versuch an, mit allen Mitteln die Regierung Müller zu erhalten. Die "Volkszeitung für das Vogtland" warf Severing sogar vor, mit seiner Schlichtungsaktion die Aufgabe zu übernehmen "die Gewerkschaften und die Arbeiter dahin zu bringen, die Diktatur der Unternehmer anzuerkennen." 121) Auch die "Leipziger Volkszeitung" rechnete damit, daß Severings Schiedsspruch für die Arbeiter noch ungünstiger sein werde als der vom 27.10.: "Die Unternehmer 'unterwerfen sich' ... Daß sich die Montanherzöge dazu entschlossen haben, ohne über den Inhalt der geplanten Entscheidung unterrichtet zu sein, wird niemand behaupten wollen...Also müssen die Eisenarbeiter Haare lassen, sofern sie sich der Entscheidung unterwerfen, die von Severing gefordert werden soll." 122)

Linke Parteigliederungen verurteilten in Beschlüssen diese Entscheidung der Reichsregierung. Der Kreisverband Berlin-Tiergarten beschloß am 8.12. nach einem Referat des DMV-Vorsitzenden Urich und Redebeiträgen der linken SPD-Reichstagsabgeordneten Aufhäuser und Wurm einstimmig: "Die Kreismitgliederversammlung des 2. Kreises mißbilligt die Haltung des Reichskabinetts im Eisenkonflikt..." 123) Begründet wurde dies mit der fehlenden vorherigen Konsultation der SPD-Reichstagsfraktion und der Preisgabe des Schiedsspruches vom 27.10.

Der Ton der innerparteilichen Auseinandersetzung in der SPD wurde wieder ebenso scharf wie zu Beginn der Pan-

zirkreuzerdebatte. Als Reichskanzler Müller auf einem Pressebankett die Vermittlungsaktion der Regierung im Ruhreisenkonflikt als Erfolg darstellte, reagierte die "Leipziger Volkszeitung" so darauf: "Mit den politischen Taten dieser Regierung läßt sich bisher nicht allzu viel Staat machen. Dennoch scheint der Kanzler das Bedürfnis gefühlt zu haben, etwas zum Ruhm seiner Regierung zu sagen. ... Das eine wissen wir, daß die neun Millionen proletarischer Wähler, die im Mai dieses Jahres der Sozialdemokratie ihr Vertrauen ausgedrückt haben, von einem Kanzler, der Sozialdemokrat ist, erwarten, daß er anders redet als einer, der kein Sozialdemokrat ist, und daß seine Regierung eine Politik betreibt, die einen grundsätzlichen Bruch bedeutet mit der Politik, die der Bürgerblock führte. Und auf beides warten sie noch." 124)

Am 21.12.1928 gab Severing seinen Schiedsspruch bekannt. Danach sollte der Schiedsspruch vom 27.10. nur bis zum 31.12. 1928 gelten, um symbolisch zu zeigen, "daß das Schlichtungsverfahren nicht ohne weiteres beiseite geschoben werden darf, wenn einer Partei die ergangenen Entscheidungen mißfallen." Ab dem 1.1.1929 sollten die Lohnerhöhungen geringer sein als im ersten Schiedsspruch. Die Arbeitszeit wurde nur für einen Teil der Arbeiter von 60 auf 57 Stunden gesenkt. Als Grund für die geringe Lohnerhöhung von 4% nannte Severing die schlechte wirtschaftliche Lage der Eisenindustrie. 125)

Der "Vorwärts" bewertete den Schiedsspruch als Erfolg der Reichsregierung über die Unternehmer. 126) Der Staat habe seine Funktion, "als ausgleichender Faktor, mit dem Ziele, Schädigungen von der Volkswirtschaft abzuwenden" zu wirken, wahrgenommen. Der Ruhreisenstreit sei nicht mit Gewalt entschieden worden, "sondern durch die Ausbreitung des Gerechtigkeitsideals, durch die Intensität des demokratischen Willens und die Energie seiner Vertretung wie durch die Macht der Zahl." Dies zeige, daß in der Demokratie der Klassenkampf mit friedlichen Mitteln und mit dem Staat als Vermittler ausgetragen werde. Der Staat wurde also als klassen-

Übergreifender Mechanismus des Ausgleiches der Gegensätze aufgefaßt, der nicht von einer Klasse dominiert wird.

Die SPD-Linke sah ihre Erwartungen bestätigt, daß Severing den Schiedsspruch vom 27.10. zu Lasten der Arbeiter verändern werde. Ihre Reaktion fiel sehr heftig aus. Die "Leipziger Volkszeitung" veröffentlichte einen Kommentar mit der Überschrift "Der Severing-Skandal", in dem es u.a. hieß: "Wir unsererseits sagen rundheraus, daß der Spruch Severing ein unerträglicher Skandal und eine schwere Belastung für die Partei und die Gewerkschaften ist." 127) Als Ursache des Nachgebens Severings gegenüber den Forderungen der Unternehmer nannte die Zeitung die Furcht vor dem Auseinanderbrechen der Regierung Müller: "Da die Deutsche Volkspartei nicht auch die Absicht hatte 'vier Jahre Ferien von Regierungskrisen zu machen' (Ausspruch Severings bei der Bildung der Regierung Müller - E.W.), so brachten eben wir ihrer Verpflichtung gegenüber dem Unternehmertum ein Opfer."

In einem Artikel im "Sozialdemokratischen Pressedienst" verteidigte Severing seinen Schiedsspruch, den er als Erfolg der Gewerkschaften bewertete. 128) Die Kritik der "Leipziger Volkszeitung" wies er entschieden zurück. Er habe zwar Kritik aus der Partei erwartet, aber daß sich "ein sozialdemokratisches Blatt finden würde, das sich mit einer Kritik des mageren Ergebnisses dieses Ruhrkampfes nicht begnügt, sondern zu den gewagtesten Entstellungen und Schiefheiten greift, um dieses Ergebnis noch künstlich zu verkleinern und es den Arbeitern als Frucht der Koalitionspolitik zu denunzieren - das habe ich nicht für möglich gehalten."

Im "Klassenkampf" zog Bieligk eine negative Bilanz der Arbeit der Regierung Müller. Er stellte fest, daß bisher keine der wichtigen Wahlforderungen der SPD realisiert worden sei wie z.B. starke Senkung der Lohnsteuer, Verhinderung des Baus des Panzerkreuzers A, Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens und ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm. 129) Trotz dieser Mißerfolge halte aber weiterhin

"die erdrückende Mehrheit der Reichstagsfraktion ... unerschütterlich an dieser Koalitionspolitik fest." Er forderte den Austritt der SPD aus der Regierung.

Der "Vorwärts" reagierte darauf mit der Aufzählung "einiger wichtiger Erfolge der Sozialdemokratie" in der Regierung Müller wie die politische Amnestie und die Unterstützung der Metallarbeiter, die vor dem Hintergrund der bürgerlichen Mehrheit im Reichstag und der unfruchtbaren Politik der KPD um so höher zu bewerten seien. 130)

3.3. Der Konflikt in der SPD über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Müller im ersten Halbjahr 1929

Die Verhandlungen über die Einbeziehung von zwei weiteren Vertretern des Zentrums in die Regierung führten Ende 1928 zu keinem Ergebnis. Die SPD-Linke benutzte diese Gelegenheit, um einen Forderungskatalog aufzustellen, den die SPD bei der Umbildung der Regierung gegenüber den bürgerlichen Parteien durchsetzen müsse. Nach einem die bisherige Politik der Regierung kritisierenden Referat Aufhäuser beschloß die Funktionärsversammlung der SPD Groß-Berlin am 18.12.1928, daß die SPD vor der Umbildung der Regierung "aufgrund der Erfahrungen der letzten Monate" Klarheit schaffen müsse über die Durchsetzbarkeit folgender Ziele: "Gesetzliche Festlegung des Achtstundentages und Arbeitsschutzgesetz, Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, soziale Gestaltung des Reichshaushaltsplans durch wesentliche Verminderung des Wehretats und Bereitstellung von ausreichenden Mitteln für soziale Zwecke, Deckung des Defizits des Reichs durch stärkere Belastung des Besitzes; Ablehnung einer Erhöhung der Umsatzsteuer und jeder anderen den notwendigen Verbrauch der Massen verteuernenden Steuer, Beseitigung der großkapitalistischen Steuerrückbildung durch Kontrolle der Kartelle." 131) Seien diese Ziele nicht im Rahmen dieser Koa-

lition realisierbar, müsse die SPD in die Opposition gehen: "Eine Koalition mit bürgerlichen Parteien, durch die eine Berücksichtigung der notwendigen Arbeiterinteressen nicht gewährleistet werden kann, lehnen die Funktionäre von Groß-Berlin ab."

Die Funktionäre des Unterbezirks Groß-Leipzig forderten im Gegensatz zur Berliner Parteioorganisation einen Tag später den sofortigen Austritt der SPD aus der Regierung, da nach den Erfahrungen der letzten Monate die Teilnahme an dieser Koalition nicht mehr "tragbar" sei. 132) Da aber die "große Mehrheit der Reichstagsfraktion" für das Verbleiben in der Regierung sei, werde sie aufgefordert, eine Reihe von Tagesforderungen durchzusetzen. Die Leipziger Forderungen waren fast identisch mit den Berliner Forderungen. Am 12./13.1.1929 befaßte sich der Landesparteitag der SPD Sachsen in Leipzig trotz einer Intervention des Parteivorstandsmitglieds Dittmann, daß sich laut Satzung der Landesparteitag nur mit landespolitischen Themen beschäftigen dürfe, auch mit der Reichspolitik. Bei nur einer Gegenstimme beschloß er einen Antrag, der weitgehend auf dem Beschluß des Unterbezirks Groß-Leipzig beruhte. 133)

Die geheim geführten Verhandlungen über die Bildung einer auf einer festen Absprache beruhenden großen Koalition Anfang Februar 1929 an der Weigerung der DVP, dem zuzustimmen, bevor sie in die preußische Regierung Braun aufgenommen werde. Daraufhin zog das Zentrum seinen einzigen Reichsminister von Guerard aus dem Kabinett Müller am 6.2.1929 zurück, das aber deswegen nicht zurücktrat. 134) Am 1.3.1929 mußte Müller erklären, daß die Gespräche über die Umbildung des "Kabinetts der Persönlichkeiten" in eine Regierung der großen Koalition mit fester Koalitionsvereinbarung vorläufig nicht erfolgreich sein könnten. Die bestehende Regierung werde aber im Amt bleiben. 135)

Die DNVP bemühte sich, in dieser Situation zwischen die SPD und ihren Partnern in der Regierung einen Keil zu treiben.

Sie brachte am 5.2. eine Interpellation im Reichstag ein, in der sie die Reichsregierung aufforderte, zur Broschüre der Herausgeber der Zeitschrift "Klassenkampf" mit dem Titel "Sozialdemokratie und Wehrproblem" Stellung zu nehmen. Die DNVP warf den Autoren, zu denen auch die linken SPD-Reichstagsabgeordneten Seydewitz, Rosenfeld und Ströbel gehörten, Landesverrat vor. Der "Vorwärts und der Sozialdemokratische Pressedienst" distanzieren sich daraufhin sofort vom Inhalt der Broschüre. Die Überwiegende Mehrheit der SPD bekenne sich zum bestehenden Staat und damit auch zur Notwendigkeit der Landesverteidigung. 136)

Das "Sächsische Volksblatt", dessen Chefredakteur Seydewitz war, verurteilte die Erklärung des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" mit kaum noch zu Überbietender Schärfe: "Wir wollen nur die kaum mit Ausdrücken zu charakterisierende Art an den Pranger stellen, mit der hier das Nachrichtenbüro der deutschen Sozialdemokratie es versucht, die Arbeiterpartei bei bürgerlichen Gegnern genehm zu machen. Hört nicht auf das, was ein paar Krakeeler in Westsachsen schreien! Macht mit uns die Koalition! Wir sind staatsstreu und für die Reichswehr! - das so ungefähr steht zwischen den Zeilen dieses SPD-Funks. Eine niedrigere Art, bei den bürgerlichen Koalitionsparteien um gut Wetter zu bitten, ist denn wohl doch nicht da gewesen." 137)

Im Haushaltsausschuß des Reichstages distanzierte sich am 1.3.1929 Reichsinnenminister Severing von der Broschüre seiner "Parteifreunde": "Herr Seydewitz ist nicht die Sozialdemokratische Partei, was er schreibt, ist nicht das, was die Partei zu vertreten hat. Ich habe die Pflicht der Landesverteidigung ausdrücklich bejaht." 138) Die Praxis der SPD beweise, daß sie die Reichswehr als Mittel der Landesverteidigung akzeptiere: "Die Sozialdemokratische Partei hat keinen Anlaß, mit besonderen Erklärungen von der Seydewitzschen Broschüre abzurücken, ihre Tätigkeit zieht diesen Schnitt so scharf, daß Worte darüber nicht nötig sind."

Ähnlich wie Severing argumentierte die SPD-Parteizeitung Waldenburgs "Schlesische Volkswacht", die die Bedeutung der Broschüre dadurch herabzumindern versuchte, daß sie auf die Herkunft aus Sachsen, "dem bekannten Naturschutzgebiet unserer Partei", hinwies. 139)

Der angegriffene Seydewitz verurteilte, daß die Vertreter der Parteimehrheit den Vorwurf des Landesverrates nicht zurückgewiesen hätten, sondern nur auf die angebliche Bedeutungslosigkeit der Gruppe um den "Klassenkampf" beharrt hätten. Er blieb bei seiner in der Broschüre dargestellten Position: "Wir stehen unbedingt zu der in der Broschüre vertretenen Auffassung, wir sind gegen jeden Krieg, gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, wir wollen die kapitalistische Gesellschaftsordnung stürzen und dadurch Kriege für immer unmöglich machen. Wir wissen aber auch, daß wir für dieses von den Deutschnationalen als Landesverrat bezeichnete Wollen eines Tages die Mehrheit der SPD gewinnen müssen und gewinnen werden." 140) Die Distanzierung der Parteimehrheit habe zum Ziel, das Vertrauen der bürgerlichen Koalitionspartner zu bewahren.

Reichskanzler Marx verurteilte vor dem Reichstag am 15.3. den Inhalt der "Klassenkampf"-Broschüre, dessen Thesen zur Landesverteidigung vielleicht für den Staat zur Zeit des Kommunistischen Manifestes zutreffend gewesen wären, nicht aber für den bestehenden demokratischen Staat. Diese Aussagen entsprängen daher einem fehlerhaften "eingefrorenen Marxismus". Die SPD habe 1914 bewiesen, daß sie für die Landesverteidigung eintrete. 141)

Der "Klassenkampf" warf daraufhin Müller vor, die Burgfriedenspolitik der Jahre 1914-1918 auch heute noch zu billigen und bekannte sich ausdrücklich zur Ablehnung dieser Politik durch die Opposition in der SPD 1914-1917 und zur Gründung der USPD 1917. Er erinnerte an die Kritik Kautskys an der Rechtfertigung der deutschen Kriegspolitik durch die SPD im Jahre 1917 und an die Ablehnung der Unterscheidung

von Angriffs- und Verteidigungskriegen bei Konflikten zwischen imperialistischen Staaten durch Kautsky auf dem SPD-Parteitag in Essen 1907. 142)

In den im Januar und Februar stattfindenden Parteiversammlungen zur Vorbereitung des für Ende März 1929 geplanten Reichsparteitages stand neben der Diskussion über die Wehrprogramm-Entwürfe die Stellung zur Regierung Müller im Mittelpunkt. Keiner der am 19.2.1929 vom "Vorwärts" veröffentlichten Anträge forderte den sofortigen Austritt der SPD aus der Regierung. Es ist zu vermuten, daß die SPD-Linke dies in einem Initiativantrag auf dem Reichsparteitag einbringen wollte, um bei der Begründung die neueste Entwicklung der Regierungskrise mit einbeziehen zu können. 143)

In einer Vorschau auf den geplanten Parteitag ließ Seydewitz keinen Zweifel daran, daß es neben der Debatte um das Wehrprogramm v.a. um die Stellungnahme der Partei zu der Frage gehen werde, "ob es im Interesse des Proletariats liegt, daß Sozialdemokraten in der Regierung eine Politik verantworten, die von der Bourgeoisie bestimmt wird." 144) Er forderte wieder einmal den Ausbau der innerparteilichen Demokratie. Er verlangte, daß zum Bericht der Wehrkommission ein Vertreter der Linken ein Koreferat halten solle. Es sei bei den Sozialdemokratischen Parteien in Frankreich und Österreich Tradition bei prinzipiellen Kontroversen Tradition Koreferate zuzulassen. Wie schon vor dem Parteitag 1927 vertrat er die Meinung, daß die Parteiopposition gemäß ihrem Anteil an den Parteitagsdelegierten auch in dem neuen Parteivorstand und der neuen Kontrollkommission vertreten sein müßte. Nur bei der Berücksichtigung der Auffassungen auch der Minderheit könne die Partei wirklich geschlossen handeln. Dies habe zur Voraussetzung "die Anerkennung der verschiedenen Auffassungen und Strömungen in der Partei durch die Parteimehrheit, die Achtung aller Meinungen, die

Möglichkeit, alle Meinungen offen vertreten zu können und das Recht der Minderheit, bei der Gestaltung der von ihr nach außen zu verteidigenden Politik, entscheidend mitwirken zu können."

Praktischen Anschauungsunterricht der Mängel der Parteidemokratie erhielt die SPD-Linke wenige Tage nach dem Erscheinen dieses Artikels.

In einem Brief an den Parteiausschuß bat das Magdeburger Vorbereitungskomitee für den vom 10. - 16.3. geplanten Parteitag um die Verschiebung des Parteitages wegen der anhaltenden Kälteperiode und der Überschwemmungsgefahr in Magdeburg. 145) Der Parteiausschuß billigte am 22.2. die Verschiebung des Reichsparteitages auf den 26.5., bei den Gegenstimmen der linken Minderheit. Neben den "klimatischen" Gründen wurden auch politische Gründe dafür genannt: "In der zweiten Märzhälfte ist der Abschluß der Pariser Reparationsbesprechungen zu erwarten. Reichstag und Reichsregierung können in diesen Tagen gezwungen sein, zu wichtigen Entscheidungen Stellung zu nehmen. Ferner läßt die Förderung der Etatberatungen die Verlegung des Parteitages auf Mai wünschenswert erscheinen." 146) Gegen diesen Beschluß stimmten acht linke Mitglieder des Parteiausschusses. Der "Vorwärts" wies den Vorwurf der KPD und DNVP zurück, die SPD habe den Parteitag nur verschoben, um sich "politische Verlegenheiten" in der Regierung zu ersparen." 147)

Genau dies glaubten aber nicht nur die Oppositionsparteien, sondern auch die Parteiopposition in der SPD. Das "Sächsische Volksblatt" kommentierte den Beschluß des Parteiausschusses so: "Wir wollen ganz offen reden: nach unserer Meinung wird hier der Versuch gemacht, die grundsätzliche Entscheidung der Partei zur Wehrfrage hinauszuzögern, bis die Koalitionsverhandlungen, die nicht vom Fleck kommen wollen, im Sinne unserer Parteiführung mit der Bildung der großen Koalition beschlossen worden sind." 148) Seydewitz vermutete als wahren Grund dieser Entscheidung, daß die Parteiführung den Parteitag durch die vorherige Verabschiedung des Etats inklusive der zweiten Rate für den Bau des Panzer-

kreuzers A vor vollendete Tatsachen stellen wolle. Dies widerspreche der Intention des Parteiausschußbeschlusses vom 11.9.1928, den Bau des Panzerkreuzers mit allen Mitteln zu verhindern. Die Entscheidung bewaise die Angst der Parteitagspitze vor den zu erwartenden Beschlüssen des Parteitages, und zeige Mängel der innerparteilichen Demokratie auf, "wenn der Parteitag, der just zu einer Zeit tagen sollte, die ihm Entscheidung vor Abschluß wichtiger Fragen ermöglicht hätte, nur vertagt wird, um erst nach der von anderen Instanzen getroffenen Entscheidung seine Meinung sagen zu können." 149)

Auf dem nur zwei Tage nach der Parteiausschußsitzung stattfindenden Bezirksparteitag der SPD Leipzig berichtete der Bezirksvorsitzende Lipinski, daß Reichskanzler Müller auf dieser Sitzung angekündigt habe, er sei nur an die Reichsverfassung gebunden, nicht an Parteibeschlüsse. 150) Dies wurde von der SPD-Linken als Andeutung verstanden, er werde bei der Abstimmung über die zweite Rate für den Panzerkreuzer A für den Bau des Schiffes stimmen. In der Debatte bezeichnete Bielick Müllers Erklärung als "ungeheuerlich" und als "Streich gegen die Parteidemokratie", da auch die SPD-Reichsminister an Parteibeschlüsse gebunden seien. Der Bezirksparteitag beschloß einstimmig, Hilferdings Deckungsvorlage für den Haushalt abzulehnen, da sie "erneut eine starke neue Belastung der Minderbemittelten" mit sich bringe. 151) Sollte sich die SPD in der Regierung weiterhin in wichtigen Fragen nicht durchsetzen können, müßte sie die Regierung verlassen: "Wenn, wie auf steuerlichem Gebiet, so auch in der Wirtschafts-, Zoll- und Sozialpolitik die Koalition der Arbeiterschaft bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen der Klassen und der starken bürgerlich-reaktionären Mehrheit im Parlament keine Erfolge bringen kann, fordert der Bezirksparteitag im Interesse der Gesamtpartei das Aufheben der Koalition."

Nach der Vertagung des Reichsparteitages verstärkte die SPD-Linke ihre Kampagne gegen die Fortsetzung der Regierung Müller.

Der linke SPD-Reichstagsabgeordnete Hermann warf der Parteimehrheit "Koalitionsfetischismus" vor und kritisierte, daß sie die Koalition als "Selbstzweck" auffasse. 152) Da in Deutschland zur Zeit kein Gleichgewicht der Klassenkräfte bestehe, sondern ein Übergewicht der Bourgeoisie, führte die Koalitionsregierung objektiv gesehen eine bürgerliche Politik durch, was auch durch die Nachgiebigkeit der SPD noch erleichtert werde. Er fragte: "Was hat es für einen Zweck für bürgerliche Parteien Zugeständnisse zu machen, wenn die Arbeiterklasse auf jeden Fall in der Koalition bleibt?" Böchel tadelte die SPD-Parteiführung, weil sie trotz aller Mißerfolge weiterhin "hinter dem Phantom der republikanischen Arbeitsgemeinschaft" hinterherlaufe. 153) Die Strategie der bürgerlichen Parteien in der Regierung bestehe darin, die SPD durch immer neue Niederlagen im Kabinett zu schwächen und dadurch ihre Vertrauensbasis in der Arbeiterschaft zu zerstören: "Eine Demütigung auf die andere häufen, bis zum Schluß der neue Zweikampf gewagt werden kann, der das Vorspiel zum Faschismus sein soll." Je länger die SPD noch in dieser Regierung bleibe, desto mehr müsse sie wegen des immer größeren Rückganges an Unterstützung in der Arbeiterklasse Reichstagsneuwahlen scheuen und daher in der Koalitionsregierung immer weitere Konzessionen machen.

Fast alle Maßnahmen der Regierung Müller wurden von der SPD-Linken abgelehnt. Im von der Regierung Ende Februar 1929 vorgelegten Arbeitsschutzgesetz-Entwurf sah die Redaktion des "Klassenkampf" ein Werk, das den meisten Forderungen des ADGB nicht nachkomme und daher dazu beitragen werde, das Unverständnis der Arbeiter für die Koalitionspolitik noch zu steigern, "die praktisch nichts anderes ist als die Fortsetzung der mit Recht so viel angegriffenen Bürgerglockpolitik." 154) Auf die Ablehnung des von der SPD geforderten Ausbaus der Invalidenversicherung durch die Regierung reagierte Seydewitz mit dem Vorschlag, daß die SPD-Reichstagsfraktion dennoch

ihren Antrag im Reichstag als Gesetzesentwurf aufrechterhalten und im Reichstag zur Abstimmung stellen solle: "Wenn nicht mit den Ministern, dann eben gegen die Minister. Denn höher wie diese grundsatzlose Koalitionspolitik um jeden Preis steht unsere Pflicht der Arbeiterklasse gegenüber und das Vertrauen der Arbeiter, das die Sozialdemokratie für ihr erfolgreiches Wirken notwendiger braucht als Ministersitze." 155) Wegen der zunehmenden Verschlechterung der ökonomischen Lage wurde die Deckung des Reichsetats und der Sozialversicherungen immer problematischer. Ende Februar 1929 waren bereits 22,3% aller Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos und 8,5% leisteten Kurzarbeit. Die Unternehmerverbände und die DVP verlangten eine Kürzung der Sozialleistungen. 156)

Der "Vorwärts" versuchte die schwierige Lage zu beschönigen. Von einer Gefahr des Zusammenbruchs der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung könne keine Rede sein. Zwar sei zur Zeit kein Ausbau der Sozialleistungen mehr möglich, aber die SPD werde jeden Abbau verhindern: "Die Ungunst der Wirtschaftslage, die Finanznot des Reiches machen für den Augenblick große Fortschritte der sozialen Gesetzgebung, so notwendig sie an sich wären, unmöglich. Aber was in jahrzehntelangen Kämpfen erobert worden ist, muß gehalten werden, bis wieder bessere Zeiten kommen, in denen es wieder kräftig vorwärtsgeht." 157) Der "Vorwärts" rechnete damit, daß die seit Ende 1928 sich verschärfende Krise bald wieder durch einen Konjunkturaufschwung abgelöst würde.

Die SPD-Linke war der Auffassung, daß in der Krise alle bürgerlichen Parteien sich darin einig seien würden, die Krise allein zu Lasten der Arbeiterschaft durch Lohnsenkung und Abbau der Sozialpolitik zu lösen. Der Berliner Bezirksvorsitzende Künstler war sich sicher, daß nach dem Abschluß der am 7.2.1929 in Paris begonnenen Verhandlungen über eine endgültige Lösung des Problems der Gesamtsumme der deutschen Reparationszahlungen die Mittelparteien die Koalition mit der

SPD beenden würden und zur Bürgerblockkoalition mit der DNVP zurückkehren würden: "Die Deutschnationalen wollen wieder in die Regierung, sie wollen es aber vorher der Sozialdemokratie überlassen, die Reparationsverhandlungen abzuschließen. Ist der Vertrag erst abgeschlossen, werden auch Volkspartei und Zentrum wieder ein Bündnis mit den Deutschnationalen suchen." 158) Diese Bürgerblockkoalition werde dann versuchen, alle Lasten der Wirtschaftskrise und der Reparationszahlungen auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen. Er warnte die Parteiführung davor, den Forderungen der bürgerlichen Koalitionspartner nach der Kürzung sozialer Leistungen im neuen Etat nachzugeben und verlangte als Alternative dazu die Senkung des Wehretats auf 500 Millionen Reichsmark. Die Konferenz der Berliner Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der SPD, auf der Künstler am 26.3.1929 diese Gedanken vortrug, forderte einstimmig nicht nur die Bewahrung der sozialpolitischen Errungenschaften - wie dies der "Vorwärts" tat -, sondern den "Ausbau der Sozialgesetze."

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation schien sich im April 1929 zunächst eine Konsolidierung der Regierung Müller anzubahnen. Am 8.4.1929 verabschiedete das Kabinett nach zähen Verhandlungen den von Hilferding eingebrachten Haushaltsplan. Er sah eine Erhöhung der Vermögens- und Branntweinsteuer vor. Der Wehretat sollte von 730 auf 666 Millionen Reichsmark gesenkt werden. Bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge sollten 20 Millionen Mark eingespart werden. Auf eine nach der "Lex Brüning" eigentlich notwendige Lohnsteuersenkung, die dann durchgeführt werden mußte, wenn die Lohnsteuereinnahmen höher als 1300 Millionen waren, wurde verzichtet, um mit diesen Mitteln das Defizit in der Invaliden- und Knappschaftsversicherung zu decken. 159)

Die Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien billigten am 9.4. diesen Haushaltsplan. In der SPD-Reichstagsfraktion stimmten viele Abgeordnete des linken Flügels dagegen. Um den Eintritt von Ministern des Zentrums in die

Regierung nicht zu gefährden, beschloß die SPD-Fraktion gegen die Stimmen der linken Minderheit, daß - entgegen der Intention des Parteiausschuß-Beschlusses vom 11.9.1928 - die SPD-Reichsminister die Erlaubnis erhielten, sich an der Abstimmung über die zweite Rate des Panzerkreuzers A nicht zu beteiligen. Gegen den Willen eines Teils der zur Parteimehrheit gehörenden Abgeordneten, die für Stimmenthaltung plädierten, entschied sich die Fraktion mit 93 zu 29 Stimmen bei 3 Enthaltungen, im Parlament gegen die zweite Rate des Panzerkreuzers A zu stimmen. 160)

Am 10.4.1929 beschloß die Reichstagsfraktion des Zentrums, sich wieder mit Ministern an der Regierung Müller zu beteiligen. Drei Tage später traten Wirth, Stegerwald und von Guerard als Minister in das Kabinett Müller ein. Der "Vorwärts" bewertete dies erfreut als Beweis für die Möglichkeit der Zusammenarbeit der republikanischen Parteien, die innen- und außenpolitisch eine "objektive Notwendigkeit" sei. Er interpretierte den Inhalt des Haushaltsplans als großen Erfolg der SPD, der den Abbau der sozialpolitischen Errungenschaften verhindert und die Senkung des Wehretats erreicht habe. 161)

Die SPD-Linke war mit diesen Ergebnissen hingegen unzufrieden. Den Haushaltsplan Hilferdings bezeichnete Ströbel als "Kapitulation vor dem Besitz", 162) die Redaktion des "Klassenkampf" war sogar der Meinung: "Der Etat für 1929 ist also noch unsozialer als der wegen seiner unsozialen Gestaltung von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Jahre 1928 abgelehnte Bürgerblocketat." 163) Die SPD-Reichstagsfraktion wurde daher aufgefordert, ihn abzulehnen. Auf Kritik der SPD-Linken stießen die zu geringe Senkung des Wehretats, der Verzicht auf die Lohnsteuersenkung, die Erhöhung der Massensteuern und die Kürzung der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Als Alternative hierzu wurde eine viel größere Senkung des Wehretats, die massive Erhöhung der Besitzsteuern und die Senkung der Lohnsteuer verlangt. Es war

klar, daß diese Forderungen nicht zusammen mit den bürgerlichen Parteien durchgesetzt werden konnten und daher das Ende der Regierung Müller bewußt in Kauf nahmen. Innerhalb der Reichstagsfraktion der SPD konnten sie sich daher nicht durchsetzen.

In dem Wiedereintritt von Vertretern des Zentrums in die Regierung sah die SPD-Linke keinen Anlaß zur Freude. Levi bemerkte hierzu nur, daß sich dadurch nichts daran ändern werde, daß in allen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen die SPD sich weiterhin der geschlossenen Front aller bürgerlichen Regierungsparteien von DDP bis DVP gegenübersehen werde. 164)

In der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung kam es zunächst zu keiner Überwindung der Differenzen zwischen der SPD und DVP. Die Reichstagsfraktion der SPD bekräftigte am 25.4., daß sie jeden Abbau der Leistungen dieser Versicherung ablehne, sie sei aber bereit der Abstellung von Mißbräuchen und einer befristeten Beitragserhöhung zuzustimmen. 165) Die DVP beharrte auf der Ablehnung der Beitragserhöhung, da die Hälfte davon ja von den Unternehmern getragen werden mußte und forderte den Abbau der Leistungen. Das Kabinett einigte sich am 6.5. darauf, eine Expertenkommission einzusetzen, die Vorschläge zur Sicherung der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung machen sollte. 166)

Wegen der rapiden Verschärfung der Wirtschaftskrise, die die Deckung des Reichshaushaltes bedrohte, sah sich Finanzminister Hilferding am 4.5. veranlaßt, die Auflegung einer Anleihe des Reiches in Höhe von 500 Millionen Reichsmark anzukündigen, nachdem die Reichsbank und die Privatbanken dem Reich Kredite verweigert hatte. Die Zinsrate für die Reichsanleihe betrug den hohen Satz von 7%; die Zeichner der Anleihe sollten von der Einkommens- und Vermögenssteuer befreit werden. 167)

Der "Vorwärts" mußte zugeben, daß diese Bedingungen der Reichsanleihe ein "Entgegenkommen an die kapitalbesitzenden

Schichten der Bevölkerung" darstellten. Diese Vergünstigungen dürften daher nur vorübergehend sein. Sie seien aber zur Zeit der einzige Weg die Zahlungsunfähigkeit des Reiches zu erhalten. 168)

Die SPD-Linker zeigte erwartungsgemäß keinerlei Verständnis für diese Maßnahme und forderte die SPD-Reichstagsfraktion auf, ihr im Parlament die Zustimmung zu verweigern. Zweiling verurteilte sie als Steuergeschenk an die Besitzenden, das ein bürgerlicher Finanzminister bei einer Oppositionsstellung der SPD im Reichstag niemals gewagt hätte. Dieser Vorstoß des Kapitals diene ebenso wie die Forderung der Kürzung der Sozialleistungen dem Ziel die Arbeiterklasse politisch zu demoralisieren und dann den "Finanz-Fascismus" als Diktatur des Finanzkapitals zu errichten. 169) Levi lehnte die Anleihe ebenfalls ab. Als Alternative zur Erhaltung der Zahlungsunfähigkeit des Reiches schlug er die Verringerung des Wehretats, die Erhöhung der Besitzsteuern und die Senkung von Spitzengehältern bei Beamten vor. Er warnte ausdrücklich die SPD-Reichsminister und die Reichstagsfraktion davor, dem Abbau von Leistungen der Sozialversicherungen zuzustimmen: "Wir möchten uns an dieser Stelle der Töne enthalten, die jede sozialdemokratische Zeitung anschlagen würde, wenn nicht der Minister, der das (Reform der Arbeitslosenversicherung - E.W.) unternimmt, ein Sozialdemokrat wäre. Wir möchten nur eines bemerken: kein sozialdemokratischer Minister hat bisher das Gebäude der Sozialpolitik zu erschüttern gewagt. Wo Konzessionen gemacht wurden - schmerzlicher Art - lagen sie auf politischem Gebiet. Was jetzt geschieht, der 'neue Kurs', berührt nicht nur die Partei, auch die Gewerkschaften in ihrem Lebensrecht. Es ist gut, daß die Hilferdingschen Reformgedanken enthüllt wurden vor dem Magdeburger Parteitag. Er wird hoffentlich seine Aufgabe in ihrer ganzen Größe erkennen." 170) Levi kündigte also an, daß nach Meinung der SPD-Linken die Partei in Fragen der Sozialpolitik den bürgerlichen Koalitionspartnern keinerlei Konzessionen machen

dürfe. Trotz des großen Widerstandes in der SPD gegen die Hilferding-Anleihe entschied sich die Reichstagsfraktion mit 43 zu 33 Stimmen für die Zustimmung zur Anleihe. Am 15.5. billigte der Reichstag mit 197 Stimmen bei 173 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen die Auflegung der Anleihe. Bei dieser Abstimmung fehlten 51 SPD-Abgeordnete, die meisten davon aus Protest gegen diese Maßnahme. 171)

Kurz vor dem Magdeburger Parteitag intensivierte die SPD-Linke ihre Kritik an den Ergebnissen der Politik der Regierung Müller. Vier Artikel in der Ausgabe des "Klassenkampf" vom 1.6.1929 befaßten sich mit der Stellung zur Regierung der großen Koalition.

Bieligk zog die Bilanz eines Jahres der Regierung Müller. Als Erfolge wertete er für die SPD nur den Erhalt der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, leichte Verbesserungen bei der Unfallversicherung und der Krisenfürsorge und das Arbeitsgerichtsgesetz. Die Liste der von der SPD im Wahlkampf 1928 geforderten, aber in der Regierung bisher nicht durchgesetzten Maßnahmen fiel bedeutend größer aus: Reichswehrreform, Erhöhung aller Sozialrenten, Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens (Achtstundentag), Abbau der Zölle, Kontrolle der Kartelle durch den Staat, Steuerreform zugunsten der Arbeiterklasse, Verhinderung des Baus der Panzerkreuzer etc. Bieligk kam zum Ergebnis: "Ein Jahr Koalitionspolitik: eine nüchterne, erschütternde Bilanz. Die vom Bürgerblock geschaffenen Mißstände konnten nicht beseitigt werden. Drohende Nachteile nicht abgewehrt werden." 172) Der Funktionär des AfA-Bundes Croner analysierte die Ergebnisse der Sozialpolitik der Regierung. Er kam zur Schlußfolgerung, daß sozialpolitische Erfolge von der SPD aus der Opposition heraus eher erzielt hätten werden können, da eine rein bürgerliche Regierung aus Angst vor einer Niederlage bei den nächsten Reichstagswahlen der Arbeiterschaft hätte Zugeständnisse machen müssen. Wegen der Rücksichtnahme der SPD auf den Erhalt der Koalitionsregierung seien in der Sozialpolitik kaum noch Erfolge möglich gewesen. Er forderte daher

die Rückkehr in die Opposition: "Die deutsche Unternehmerklasse benutzt unsere Beteiligung an der Reichsregierung zur Fesselung der Kräfte des Proletariats. Die Sozialpolitiker des Proletariats werden der Koalitionsregierung keine Träne nachweinen!" 173) Levi kam zu dem Schluß, daß durch die Kette der Mißerfolge der SPD in der Regierung Müller das Vertrauen der Arbeiterschaft in das bestehende politische System immer mehr geschwächt werde: "... die Demokratie, will sagen der Parlamentarismus, ist nicht jemals durch etwas so gefährdet worden, wie durch die gegenwärtige Koalitionsregierung." 174) Rosenfeld brachte das Ergebnis der Analysen der Politik der Regierung Müller auf die Formel: "Die Partei muß endlich Schluß machen mit der Koalitionspolitik, die unsere gute Sache nur geschädigt hat." Die Forderung der Linken auf dem bevorstehenden Reichsparteitag könne nur lauten: "Im Interesse der Partei, im Interesse des Proletariats: Heraus aus der Reichsregierung!" 175)

Der Chefredakteur des "Vorwärts" Stampfer sah die Ergebnisse der Politik der Regierung Müller in einem völlig anderen Licht. Trotz gewisser "Unzufriedenheiten mit den Ergebnissen der Parlamentspolitik" sei die SPD durch ihre führende Rolle in der Reichsregierung gestärkt worden. Dies bewiese u.a. die Mitgliederzunahme um 114 000 seit dem Kieler Parteitag. Die SPD sei auf dem besten Wege zur "Allarbeiterpartei Deutschlands" zu werden. Die Gegensätze in der SPD versuchte er herunterzuspielen, sie gingen weniger um die Frage, "ob Koalitionspolitik getrieben werden soll, als vielmehr um die Frage, wie sie getrieben werden soll." 176)

3.4. Die Wehrdebatte in der SPD aus Anlaß des Baus des Panzerkreuzers "A"

Nach dem Beschluß des Parteiausschusses am 11.9.1928, auf dem nächsten Reichsparteitag ein Wehrprogramm zu verabschieden, entbrannte in der SPD eine heftige Kontroverse

Über die Stellung zur Reichswehr. In allen Presseorganen der Partei erschienen zahlreiche Artikel zu diesem Thema. Grundlage der Differenzen in der Partei in dieser Frage war die Stellung zum bestehenden Staat und zu dessen Außenpolitik.

Die SPD-Linke hatte bereits vor der Panzerkreuzerdebatte Ende 1927 und Anfang 1928 in der Zeitschrift "Klassenkampf" eine Debatte über die Wehrpolitik geführt, deren Ergebnisse sie jetzt nur noch wiederaufgriff. Das Fazit dieser Debatte hatte am 15.3.1928 die Redaktion des "Klassenkampf" im Artikel "Unsere Stellung zum Heer" gezogen. Darin wurde festgestellt, daß das Heer zwei Hauptaufgaben zu erfüllen habe, die mit proletarischer Politik unvereinbar seien: "einmal die 'Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung' im Innern, d.h. die Niederhaltung der Arbeiterschaft und das Zusammenschießen, wenn sie zu einem Angriff auf die Herrschaft der Bourgeoisie ansetzt. Zum anderen: es ist die Aufgabe des Heeres, die Expansionspläne der Schichten der kapitalistischen Klasse verwirklichen zu helfen, die um ihrer Selbsterhaltung willen den ganzen Erdball nach einem Fleckchen absuchen, das sie ihrer Ausbeutung und damit ihrer Herrschaft unterwerfen können. ... Diese Rolle des Heeres ändert sich nicht, ob nun die Staatsform eine monarchistische oder eine republikanische ist. 177) "Solange der Staat, wie immer seine Staatsform sei, vom Bürgertum beherrscht werde, was in Deutschland ohne Zweifel der Fall sei, bleibe das Heer ein reines "Machtinstrument in den Händen der kapitalistischen Klassen." 178) Ziel der SPD müsse daher nicht eine Reform der Reichswehr im Rahmen des bestehenden Staates sein, die nichts am bürgerlichen Charakter der Reichswehr ändern könne, sondern der Kampf um die Beseitigung dieser Armee: "Also nicht Kampf um das Heer des kapitalistischen Staates, sondern Kampf gegen dieses Heer mit dem Ziele seiner Beseitigung." 179)

Dieses Fernziel brauche die SPD aber nicht daran zu hindern, bereits im Rahmen des bestehenden Staates für

gewerkschaftliche und politische Rechte der Mitglieder der Wehrmacht einzutreten und zu versuchen, einfache Soldaten für den Sozialismus zu gewinnen. Ihre prinzipielle Gegnerschaft zur bestehenden Reichswehr müsse die SPD durch die Ablehnung der Bewilligung jeglicher finanzieller Mittel für die Reichswehr im Reichstag dokumentieren.

Sollte der bürgerliche Staat in einen Krieg verwickelt werden oder ihn beginnen, müsse die Arbeiterschaft darauf mit einem Generalstreik mit dem Ziel der Eroberung der politischen Macht reagieren. Beim Übergang zum Sozialismus müsse die Arbeiterschaft ein neues proletarisches Heer anstelle der Reichswehr setzen. Wie dies konkret erfolgen sollte, wurde völlig offengelassen.

Als Grundsätze sozialistischer Wehrpolitik wurde vorgeschlagen: "Kampf gegen das Heer des kapitalistischen Staates mit dem Ziele seiner Beseitigung; Aufklärung der Heeresangehörigen, um die Zuverlässigkeit der Armee für die Ziele der Bourgeoisie zu erschüttern; volle staatsbürgerliche Rechte für die Soldaten, wie es neuerdings die Internationale fordert; Ablehnung der Miliz; eine proletarische Tagespolitik, die die Arbeitermassen - die nach dem Wunsche der Bourgeoisie die Soldaten des nächsten Krieges sein sollen - für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen imstande ist; zur Verhinderung jedes imperialistischen Krieges Vorbereitung und Organisation der Stillegung aller Kriegsindustrien; bei der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse unter Ablehnung des Nur-Pazifismus Errichtung proletarischer Wehrformationen: Schaffung ihrer Ansätze (Kaders) schon vorher." 180) Alle diese Punkte sollten in der Wehrdebatte vor dem Magdeburger Parteitag eine wichtige Rolle spielen.

Aus Anlaß der Bildung des Kabinetts Müller sagte Seydewitz voraus, daß die bürgerlichen Koalitionspartner der SPD niemals eine wirkliche Reform der Reichswehr zulassen würden, da sie in ihr nur ein Instrument zur Wahrung der bestehenden Gesellschaftsordnung sähen, das v.a. bei einem Wahlsieg der Arbeiterparteien zur Unterdrückung der Arbeiterschaft eingesetzt werden müsse: "Für den Zeitpunkt, wo das

Proletariat mit den Mitteln der Demokratie die politische Macht im Staat ausüben könnte, braucht die Bourgeoisie eine in ihrem Sinne zuverlässige Reichswehr, die dann als Machtinstrument gegen die kapitalistische Herrschaft antastende proletarische Parlamentsmehrheit gebraucht werden soll." 181) Während dieser Regierung der Großen Koalition werde daher mit Sicherheit die Reichswehr ein "Machtmittel für die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie" bleiben. 182)

Nach der Parteiausschuß-Entscheidung vom 11.9.1928 bestätigte Petrich diese Position. Wegen des Widerstandes aller bürgerlichen Parteien sei die von Teilen der SPD-Parteiführung verwendete Parole "Panzerkreuzer gegen Heeresreform", also Billigung des Baus der Panzerkreuzer durch die SPD im Reichstag unter der Voraussetzung einer Reform der Reichswehr im Sinne der SPD, "heller Wahnsinn": "Die Reformierung und Demokratisierung der Wehrmacht eines bürgerlichen Staates scheint uns eine Sisyphusarbeit in des Wortes wahrster Bedeutung zu sein." 183)

In Artikeln Gurlands, Böses und Max Adlers im 'Klassenkampf' wurde dieses Kompensationsgeschäft, das der österreichische sozialdemokratische Wehrexperte Julius Deutsch unter die Parole "Kanonen gegen Soldatenrechte" stellte, mit demselben Argument abgelehnt. Max Adler sah in der Armee ebenfalls nur ein Instrument der "äußeren und inneren Sicherung der Kapitalsinteressen", dessen Reform aller bürgerlichen Parteien daher ablehnten. 184) Bei der Frage der Bewilligung von Geldmitteln für die Reichswehr sei unverändert die Parole aus der Vorkriegszeit gültig: "dem Militarismus des bürgerlichen Klassenstaates bewilligen wir keinen Mann und keinen Groschen." Solange der Staat bürgerlichen Charakter habe, müsse die Sozialdemokratie diese "bürgerlich-kapitalistische Waffenmacht" bekämpfen und die "Sorge des Aufbaus und die Verantwortung dafür den bürgerlichen Klassen" überlassen. Die Sozialdemokratie müsse sich zwar

bereits im bestehenden Staat um eine Ausweitung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte des Reichswehrsoldaten bemühen, dürfe dabei aber nicht der Illusion erliegen, ohne Ergreifung der Staatsmacht durch das Proletariat den bürgerlichen Klassencharakter der Armee ausschalten oder auch nur neutralisieren zu können.

Anfang 1929 erschien eine Aufsatzsammlung Max Adlers zur Wehrfrage als Broschüre mit dem Titel "Der Arbeiter und sein Vaterland." 185)

Ende 1928 veröffentlichte Paul Levi eine Broschüre zu diesem Thema mit dem Titel "Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie". Er stimmte in allen wesentlichen Punkten mit der Position Adlers und der Redaktion des "Klassenkampf" überein. 186)

Ende Dezember 1929 beschloß die vom Parteivorstand eingesetzte Wehrkommission einen Entwurf für ein Wehrprogramm. Gegen diesen Entwurf stimmten die 4 Vertreter des linken Parteiflügels, während die 11 Vertreter der Mehrheitsrichtung dafür waren. Dieser Entwurf der Wehrkommission, der vom Parteivorstand begrüßt wurde, gab also die Position der Parteimehrheit zum Wehrproblem wider. 187)

Der Entwurf forderte die allgemeine Abrüstung, den Verzicht auf Kriege und die Regelung zwischenstaatlicher Konflikte durch Schiedsgerichte des Völkerbundes. Unter Berufung auf einen Beschluß des Brüsseler Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, der im August 1928 gefaßt worden war, wurde erklärt, daß die SPD entschlossen sei "... den stärksten Druck, selbst mit revolutionären Mitteln, gegen jede Regierung auszuüben, die es ablehnt, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen und zum Kriege schreitet." 188) Er bekannte sich ausdrücklich zur Bereitschaft der SPD zur Teilnahme an der Landesverteidigung und zur Notwendigkeit der Existenz der Reichswehr als Schutzinstrument gegen potentielle ausländische Aggressoren. Diese These wurde folgendermaßen begründet: "Der wirksamste Schutz der deutschen

Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden. Solange diese Gefahren bestehen und solange sie nicht durch sozialistische Regierungen, wenigstens in den wichtigsten Ländern, zum Verschwinden gebracht werden können, ist die deutsche Republik genötigt, zum Schutze der Selbstbestimmung ihres Volkes eine Wehrmacht aufrechtzuerhalten." 189) Wer diese ausländischen Mächte sein sollten,, wurde nicht konkretisiert.

Gefordert wurde eine Umgestaltung der Reichswehr, die ihre bessere Verankerung im Volke garantieren sollte, also nicht die Abschaffung: "Die Wehrmacht kann ihre Aufgabe (der Landesverteidigung - E.W.) nur erfüllen, wenn sie in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volk verbunden ist und sich - im Gegensatz zu allen militaristischen Tendenzen, die auf die Beherrschung des Staates durch das Militär hinauslaufen - als dienendes Glied in die demokratische Republik einordnet. 190) Zur Erreichung dieses Zieles wurde die Erfüllung von 10 Forderungen für notwendig gehalten. Dazu gehörten eine bessere Kontrolle der Reichswehr durch den Reichstag, das Verbot illegaler Rüstungen, eine Veränderung des Rekrutierungssystems (mit dem Ziel mehr Republikaner in die Reichswehr zu bringen - E.W.), die Gewährung gewerkschaftlicher und staatsbürgerliche Rechte für die Soldaten und das "Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit." 191)

Als Gegenentwurf legte die Redaktion des "Klassenkampf" am 1.1.1929 eigene "Vorschläge für Programmformulierungen zum Wehrproblem" vor. 192) Er wies im theoretischen Teil wesentliche Unterschiede zum Programm der Wehrkommission auf.

Die Notwendigkeit der Landesverteidigung wurde prinzipiell abgelehnt, da jeder Krieg nur aus den Gegensätzen zwischen den Bourgeoisien der imperialistischen Staaten im Kampf um Rohstoff- und Absatzgebieten entspringe. Die Ursache jedes Krieges zwischen den imperialistischen Staaten sei diese Konkurrenz. Der Arbeiterklasse müsse es daher gleichgültig sein, welcher Staat mit dem Krieg beginne. Für sie gebe es keine Pflicht zur Landesverteidigung. Dieser Passus lautete: "In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus. Deshalb lehnt die Sozialdemokratie jeden Krieg ab, mag er auch bei seinem Beginn als Verteidigungskrieg oder als Krieg zum Schutze der Neutralität bezeichnet werden." Aber nicht nur wegen dieser imperialistischen Aufgabe der Reichswehr müsse die SPD Finanzmittel für dieses Heer ablehnen und für die "Beseitigung dieser Wehrmacht" kämpfen, sondern auch wegen der Funktion der Reichswehr im Inneren: "Dies muß die Sozialdemokratie auch aus innerpolitischen Gründen tun, weil die herrschende Klasse die Wehrmacht bei allen Auseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat zur Niederhaltung der Arbeiterklasse benutzt." Bei jedem Kriegsausbruch müsse die Arbeiterklasse mit "Massendruck, auch in seiner revolutionären Form" reagieren und sich bemühen, ihn "zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen." In einem gewissen Widerspruch zur Forderung nach Beseitigung der Reichswehr und zur Einschätzung als Klasseninstrument der Bourgeoisie standen 14 Forderungen, die sich kaum von den 10 Forderungen der Wehrkommission unterschieden. Eingeleitet wurden diese 14 Forderungen mit dem Satz: "Ohne von der prinzipiellen Stellung der Wehrmacht im kapitalistischen Staat gegenüber abzugehen, fordert die Sozialdemokratie für die Gegenwart, um die Reichswehr ihres Charakters als Machtinstrument der herrschenden Klasse zu entkleiden:..." Teilweise waren diese Forderungen mit denen der Wehrkommission identisch. .

. Darüber hinausgehend waren die Forderungen der Herabsetzung des Wehretats, der Abschaffung der Kriegsflotte, des Verbots aller Wehrverbände und der "parlamentarischen Kontrolle aller Industrien und Verkehrseinrichtungen, die zu Kriegszwecken eingesetzt werden können." Als Gegenwartsforderung wurde ausdrücklich vom Entwurf der Wehrkommission das Verbot des Einsatzes der Reichswehr bei Konflikten zwischen Lohnarbeit und Kapital übernommen, was eigentlich gemäß der Staatstheorie der SPD-Linken im bürgerlichen Staat völlig illusorisch war.

Dieser Entwurf wurde von den SPD-Ortsgruppen Hanau, Kaiserslautern und Suhl wortwörtlich als Antrag zum Magdeburger Parteitag gestellt. Leicht veränderte Anträge, die sich aber im Grundsatz nicht davon unterschieden, stellten andere von der Linken beherrschte Parteigliederungen wie Plauen, Leipzig, Chemnitz und Berlin. 193) In zahlreichen Anträgen wurde die SPD-Reichstagsfraktion aufgefordert, die Bewilligung jeglicher finanzieller Mittel für die Reichswehr im Parlament abzulehnen. Einer dieser Anträge, der des Unterbezirks Groß-Dresden, wird hier vollständig zitiert, da er symptomatisch für die Einstellung der SPD-Linken gegenüber der Reichswehr war. Er lautete: "In Erinnerung an den blutigen Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und in der klaren Erkenntnis, daß jede militärische Macht in der privaten Wirtschaft lediglich ein Instrument kapitalistischer Willkür ist, sei es nach außen, sei es vor allem gegen die eigenen unter der kapitalistischen Herrschaftsform schwerleidenden Volksgenossen, daß der Wehretat in seiner riesigen Höhe angesichts der Notlage der Wohnungslosen, Rentner, Kriegsoffer usw. eine unverantwortliche Verschwendung darstellt, daß alle militärischen Rüstungen Drohungen sind und als solche den Kulturfortschritt gefährden, fordert der Unterbezirk Groß-Dresden die sozialdemokratischen Abgeordneten zur schärfsten Stellungnahme gegen jede Mittelbewilligung für Heer und Marine auf." 194)

Als einzige Gliederung verlangte der Bezirk Berlin eine Verschiebung der Beschlußfassung über ein Wehrprogramm auf den übernächsten Parteitag durch eine Zurückverweisung des Entwurfes an die Wehrkommission. Dies wurde nicht näher begründet. 195)

Die Parteigliederungen, die den politischen Kurs der Parteiführung billigten, forderten die Verabschiedung des Entwurfes der Wehrkommission. Kurz vor dem Magdeburger Parteitag beschloß die Wehrkommission mit 11 zu 4 Stimmen eine neue, nur unwesentlich veränderte Fassung des Wehrprogramm-Entwurfes, in der keine der Hauptforderungen der Linken berücksichtigt wurde.

Die Linken konnten sich erst während des Parteitages auf einen gemeinsamen Gegenentwurf einigen, die von 80 Delegierten ^{unterstützte} Levi-Rosenfeld-Seydewitz, die im Kern auf den Entwurf der Redaktion des "Klassenkampf" beruhte. 196) Auf dem Magdeburger Parteitag wurde gleich zu Beginn des Tagesordnungspunktes "Bericht der Wehrkommission" deutlich, daß die Linke auch in dieser Frage in der Minderheit war, obgleich in einigen Bezirken erstmals linke Delegierte gewählt wurden (z.B. in Baden und Hamburg), was eine Nachwirkung der Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers A durch die SPD-Reichsminister war. Der Antrag, daß zum Berichterstatte der Wehrkommission Dittmann als Koreferent Levi auftreten sollte, wurde von der Mehrheit der Delegierten mit der Begründung abgelehnt, daß die Gegner des Entwurfes der Wehrkommission nicht einer Meinung seien und es daher nicht angehe, daß nur eine Richtung dieser Opposition in einem Koreferat zu Wort kommen sollte. Dies war eine Scheinbegründung, da fast alle Opponenten hinter dem Antrag Levi-Rosenfeld-Seydewitz standen. 197)

Dittmann begründete den Antrag der Wehrkommission. 198). Die prinzipielle Zustimmung des Entwurfes zur Reichswehr erklärte er mit dem seit 1918 grundlegend veränderten Charakter des Staates und der Gesellschaft in Deutschland. Er stellte die These auf, die deutsche Arbeiterklasse lebe

nicht mehr "im reinen Kapitalismus, sondern bereits im Übergang zum Sozialismus, wirtschaftlich, politisch, sozial." 199) Die noch vorwiegend "kapitalistische Gegenwart" sei "bereits in hohem Grade durchsetzt mit sozialistischen Elementen." 200) Im Staat gewinne die Arbeiterschaft immer mehr Einfluß, der daher nicht mehr mit dem Staat des Kaiserreiches gleichgesetzt werden dürfe; ebensowenig dürfe man daher die vom demokratischen Staat kontrollierte Reichswehr mit der des Kaiserreiches identifizieren: "Und wie in der Zeit des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, so wandelt sich auch jetzt die Struktur von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft und damit die Funktion ihrer Organe, zu denen vor allem auch das Heer gehört." 201) Mit dieser Begründung verurteilte er indirekt den Antrag des linken Parteiflügels: "Formulierungen aus der Vorkriegszeit, gerichtet gegen den damaligen halbabsolutistischen Obrigkeits- und Militärstaat sind heute in der demokratischen Republik zu einem großen Teile veraltet und überholt." 202) Ziel der Wehrpolitik der SPD müsse es sein, die Reichswehr schrittweise zu demokratisieren und sie dadurch "zu einem zuverlässigen Organ der Republik" zu machen. Das Motto der sozialdemokratischen Wehrpolitik könne nur der "Kampf um die Reichswehr", nicht der "Kampf gegen die Reichswehr" sein. 203) Die Pflicht der Sozialdemokratie, ihren Beitrag zur Landesverteidigung zu leisten, leitete er v.a. daraus ab, daß die von der Arbeiterschaft seit 1918 errungenen sozialen und politischen Erfolge gegen äußere Feinde verteidigen müsse: "In der Tat ist heute bereits an sozialistischen Elementen etwas zu verteidigen für das Proletariat in Deutschland. ... wir haben in Deutschland heute bereits zehnmal mehr an sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen als die russischen Proletarier in ihrem Lande." 204) Eine Abschaffung der Reichswehr würde - von Dittmann nicht namentlich genannte reaktionäre und faschistische Staaten nur dazu einladen Deutschland zu überfallen. Dittmann stellte die These auf, daß die deutsche Bourgeoisie heute gar keinen Angriffskrieg mehr

führen könne und wolle, da sie dann eine Revolution der Arbeiterschaft erwarten müsse und zudem die Sozialdemokratie durch ihre Regierungsbeteiligung im Reich jeden Angriffskrieg ausschließen könne.

In der Debatte wurde Dittmann von den Rednern der Parteitagsmehrheit und des Parteivorstandes unterstützt. Ihre Argumente waren ähnlich. Der Wehrexperte der Reichstagsfraktion Schöpflin stellte dabei sogar die These auf, die Reichswehr werde auch eine rein sozialdemokratische Reichsregierung anerkennen und ihr loyal gegenüberstehen. Die Reichswehr stehe mehrheitlich treu zur Verfassung und habe keine Putschabsichten: "Aber davor warnen wir: immer so zu tun, als wenn jeder Reichswehrangehörige mit der Absicht in die Reichswehr eintritt: der läßt sich ausbilden, um eines Tages einen Putsch gegen die Republik zu führen. Ach, die Leute in der Reichswehr dienen um ganz anderer Zwecke willen; sie wollen eine anständige Versorgung haben. Die Reichswehr wird mit der Regierung und mit der Regierungsgewalt gehen, die fest konsolidiert ist. Sie wird absolut zuverlässig einer sozialistischen Regierung sein, wenn sie diese Macht auszuüben versteht." 205) Auch er warf der SPD-Linken vor, völlig zu verkennen, "daß wir einen anderen Staat haben als vor zehn Jahren."

Die linken Delegierten wiederholten in der Debatte ihre bekannte Auffassung, daß es für die Arbeiterklasse keine Landesverteidigung geben dürfe, da jeder Krieg ein Krieg zwischen imperialistischen Staaten sei, an dessen Entstehung die Bourgeoisien beider Kriegsparteien gleichermaßen schuldig seien, unabhängig davon, welche Partei den Kampf beginne. Seydewitz erklärte dazu in seinem Beitrag: "Wir lehnen die Wehrmacht im kapitalistischen Staat ab, ebenso in der kapitalistischen Epoche im kapitalistischen Staate die Beteiligung an jedem Kriege, wie er auch bezeichnet und begründet werden mag." 206) Eckstein widersprach der Behauptung Dittmanns von der entstandenen Über-

gangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus und formulierte als Gegenthese, "daß wir nicht in einer halb sozialistischen, sondern in hochkapitalistischer Wirtschaftsordnung leben..." 207) Die Reichswehr betrachtete er nicht als Diener des demokratischen Staates, sondern als Werkzeug der Bourgeoisie, was sie bereits im Kaiserreich gewesen sei: "Die Reichswehr ist das beste Verteidigungsmittel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Reichswehr ist die schärfste Waffe des Bürgertums gegen das Proletariat." 208) Die bürgerlichen Parteien würden alle, um diesen Charakter der Reichswehr zu bewahren, eine Reform der Reichswehr ablehnen. Für die Arbeiterschaft könne im Kapitalismus überhaupt keine Pflicht zur Landesverteidigung existieren, da ihr das Vaterland erst im Sozialismus gehören werde. Für Eckstein war klar, daß die Reichswehr niemals dazu bereit sein würde, soziale Errungenschaften der Arbeiterklasse gegen reaktionäre ausländische Mächte oder gegen reaktionäre inländische Gruppen zu verteidigen. Dies habe die Haltung der Reichswehr beim Kapp-Putsch und bei der Reichsexekution gegen Sachsen bewiesen. Der Hauptfeind der Arbeiterklasse sei nicht irgendeine ausländische Macht, sondern die einheimische Bourgeoisie. Er erinnerte an die Parole Karl Liebknechts: "Der Feind steht im eigenen Land."

In seinem Schlußwort warnte Dittmann davor, daß eine Annahme der Resolution Levi-Rosenfeld-Seydewitz den sofortigen Bruch der Großen Koalition zur Folge haben würde. Die SPD werde dann im Reichstag in der Opposition in eine "völlige Isolierung" geraten. Zwischen der SPD und den bürgerlich-demokratischen Parteien würde dann unvermeidlich eine "unübersteigbare Scheidewand" entstehen. 209)

Da sie sich ausrechnen konnten, daß ihr Antrag keine Mehrheit bekommen würde, beschlossen die 80 Unterzeichner der Resolution Levi-Rosenfeld-Seydewitz, sich dem Antrag des Bezirks Berlin anzuschließen, die Verabschiedung des Wehrprogramms auf den nächsten Parteitag zu vertagen, um den Parteimitgliedern mehr Zeit zur Diskussion zu geben. Kuhnt betonte als Redner dieser Gruppe, daß dies jedoch nicht die Aufgabe ihrer prinzipiellen Haltung in der Wehrfrage bedeute.

Der Berliner Antrag wurde mit 224 zu 166 Stimmen abgelehnt. Für ihn stimmten die Vertreter der traditionellen Hochburgen der SPD-Linken aus den Bezirken Sachsens, aus Thüringen, Berlin, Breslau, Halle-Merseburg und Pommern. Hinzu kamen Stimmen von Delegierten aus den Bezirken Westliches Westfalen, Oberbayern, Niederrhein, Baden und Hamburg, in denen es der Linken wegen der großen Empörung über die Panzerkreuzeraffäre erstmals gelungen war, Mandate zu erhalten. Von den direkt gewählten Delegierten stimmten immerhin 142 für den Berliner Antrag und 154 dagegen.

Der Antrag der Wehrkommission wurde mit der relativ grossen Mehrheit von 224 zu 166 Stimmen angenommen, unter dem Titel "Richtlinien zur Wehrpolitik". Von den direkt von den Bezirken gewählten Delegierten votierten 169 für ihn und 129 gegen ihn. 210)

Über die Anträge der Linken zur Kritik am Verhalten der SPD-Reichsminister in der Panzerkreuzerfrage und zur Ablehnung des Wehretats bzw. zu seiner Reduzierung wurde mit 256 zu 138 Stimmen der Übergang zur Tagesordnung beschlossen. 211)

Die Wehrdebatte in der SPD war paradigmatisch für den Grundkonflikt in der Partei, der um die Frage der Bewertung der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung ging.

Die Parteimehrheit sah in der demokratischen Republik einen völlig anders gearteten Staatstypus als in dem des Kaiserreiches, da sie von der Arbeiterschaft effektiv beeinflusst werde. In der Wirtschaft und in der gesamten Gesellschaft wüchsen sozialistische Elemente heran, die einen evolutionären Übergang von der jetzigen kapitalistisch-sozialistischen Übergangsgesellschaft zum Sozialismus ermöglichen würden.

Die SPD-Linke sah auch in der demokratischen Republik nur den fortexistierenden bürgerlichen Klassenstaat, in dem die wirtschaftliche und damit auch politische Macht weiterhin in den Händen der Bourgeoisie liege. Wegen der alleinigen Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Produktions-

mittel bestehe auch der reine Kapitalismus fort.

Aus dieser unterschiedlichen Beurteilung des Staates und der Wirtschaft, als Mischung aus kapitalistischen und sozialistischen Elementen oder als rein kapitalistisch, resultierte daher die positive oder negative Einstellung zur Reichswehr. Die Wehrdebatte war nur ein Ausfluß des Grundkonflikts über die Stellung zum bestehenden Staat, der in der SPD seit 1922 zur ständigen Debatte über die Alternative direkte und indirekte Regierungsbeteiligung oder konsequente Opposition führte.

Für die praktische Politik der SPD in der Regierung Müller war das Wehrprogramm mit seinen Forderungen ohne jede Bedeutung, da die bürgerlichen Koalitionspartner der SPD sofort nach dem Magdeburger Parteitag klarmachten, daß sie den Bruch der Koalition der Reform der Reichswehr im Sinne der SPD vorziehen würden. Daher stellte die SPD im Reichstag keine Anträge zur Reform der Reichswehr, obwohl die Parteilinke dies ständig forderte.

3.5. Der Magdeburger Reichsparteitag der SPD:

Die SPD-Linke erreicht den Zenit ihres Einflusses, bleibt aber in der Minderheit

Der Reichsparteitag der SPD in Magdeburg begann am 26.5.1929 mit dem Bericht des Parteivorstandes, dessen allgemeinen Teil Hans Vogel vortrug. 212) Er verteidigte die Bildung der Regierung Müller. Die SPD sei nach den Reichstagswahlen noch zu schwach gewesen, eine Alleinregierung zu stellen, "aber auch bereits zu stark, um sich dauernd abseits stellen und mit verschränkten Armen den anderen die Staatsgewalt ausliefern zu können (Rufe: sehr wahr!)." 213) Bei der Alternative Bürgerblockregierung oder große Koalition sei die letztere immer "das kleinere Übel." 214) Den innerparteilichen Kritikern der Regierung

Müller warf er vor, in unsachlicher, polemischer und unkameradschaftlicher Weise die Mängel der Regierung groß herauszustellen, aber die Erfolge herabzumindern. Daher sei es nicht verwunderlich, daß die Kritik der Parteiopposition "immer wieder in dem Propagandamaterial der Kommunisten gegen uns ausgenutzt worden ist." 215) Er malte sogar die Gefahr einer Parteispaltung an die Wand: "Die Auseinandersetzungen haben in der letzten Zeit manchmal Formen angenommen, und die sogenannte Opposition innerhalb der Partei beginnt sich in einer Weise zu betätigen, die lebhaft an die Zeit der ersten Spaltung unserer Partei erinnert." 216) Er forderte den Parteitag auf, alle Anträge, daß die SPD-Reichsminister gegen die zweite Rate für den Bau des Panzerkreuzers A stimmen müßten, abzulehnen, da dies die Existenz der Koalitionsregierung gefährden würde.

In der Debatte unterzogen die Redner der Linken die Politik der Regierung Müller einer scharfen Kritik. Im Mittelpunkt stand dabei die Bildung der Regierung ohne inhaltliche Koalitionsvereinbarung, die Zustimmung der SPD-Minister zur ersten Rate für den Panzerkreuzer A am 10.8.1928, der Verzicht auf eine Reform der Reichswehr und der fehlende Ausbau der Sozialpolitik. Kaum eine der Forderungen des Wahlprogrammes der SPD sei bisher durchgesetzt worden. Die wenigen Erfolge hätten ebenso gut aus der Oppositionsstellung heraus erzielt werden können.

Fleißner warf der Regierung Müller indirekt vor, die Politik der Bürgerblockregierung Marx fast unverändert fortzusetzen: "Der Sinn der Parole gegen den Bürgerblock konnte doch nur sein, nicht nur einen Wechsel von Ministern vorzunehmen, sondern eine Politik positiver Art an die Stelle der früheren treten zu lassen, soweit das natürlich menschenmöglich ist; Unmögliches wird niemand verlangen. Ein nennenswerter Umschwung - um mich vorsichtig auszudrücken - ist nicht zu verzeichnen." 217)

Als einziger Redner der Linken wiederholte Eckstein

nicht nur die bekannte Kritik an den einzelnen Maßnahmen der Regierung Müller, sondern bemühte sich, als tiefere Ursache des Konfliktes in der SPD die unterschiedliche Stellung der beiden Parteiflügel zum bestehenden Staat darzustellen. Die Parteimehrheit betreibe eine Politik der Verantwortung für diesen Staat, während die Parteiopposition primär die Interessen der Arbeiterschaft gegen den immer noch bürgerlichen Staat vertreten wolle, dessen wahren Charakter gerade die Mißerfolge der SPD in der großen Koalition wieder einmal gezeigt hätten: "Der Deutsche Staat ist auch so in der Form der Republik das Werkzeug der herrschenden Klasse gegen die Arbeiterbewegung." 218) Fast alle Redner der Linken verlangten den sofortigen Austritt der SPD aus dieser Regierung, also die Rückkehr in die Opposition, ohne sich zu der dann wahrscheinlich bildenden Bürgerblockregierung zu äußern

Die Unterstellung von Vogel, die Linke kalkuliere auch eine Parteisplaltung ein, wurde von Seydewitz, der zwei Jahre später wegen dieses Vorwurfes aus der Partei ausgeschlossen werden sollte, entschieden zurückgewiesen: "Genosse Vogel hat darauf hingewiesen, daß sich die Opposition in letzter Zeit so betätigt, daß man manchmal an die Zeit der Spaltung erinnert werde. Demgegenüber verweise ich auf den Parteitagsartikel des "Vorwärts" von Stampfer, in dem Stampfer sagt, wenn 100000 Parteimitgliedern einer nur andeutungsweise von einer Spaltung spricht, er sicher sein kann, daß sich 99999 mit aller Entschiedenheit dagegen wenden. Das ist sicher die Auffassung aller Parteigenossen. Niemand innerhalb der Partei, so sehr er auch aus sachlichen Gründen sich zur Kritik an der Partei berechtigt fühlt, denkt an eine Spaltung, sondern wir alle sind davon erfüllt, daß die Kraft und Stärke der sozialistischen Bewegung von ihrer Einigkeit abhängig ist (Bravo! und Händeklatschen). Aus diesem Grunde wollen wir Meinungsverschiedenheiten in aller Kameradschaft ausfechten." 219)

Der Hauptredner der Debatte war natürlich Reichskanzler Müller. Er warf der Parteiopposition vor, eine "Abstinenzpolitik" betreiben und zur Oppositionspolitik der Zeit vor 1914 zurückkehren zu wollen, anstatt die große Koalition als "politische Notwendigkeit" für eine durch einen großen Wahlerfolg gestärkte Partei zu sehen. 220) Er übte Kritik an den überzogenen Wahlkampforderungen seiner Partei im Jahre 1928, die unrealistische Erwartungen geweckt hätten und zog als Lehre daraus: "Wir müssen uns daran gewöhnen - im Wahlkampf müssen wir selbstverständlich Ziele aufstellen, die wir als Sozialisten wünschen -, unseren Wählern nicht vorzugaukeln, daß diese sozialistischen Ziele in einer Koalitionsregierung erfüllt werden könnten. (Sehr richtig! und Unruhe)." 221) Die SPD habe in seiner Regierung nicht nur viele Erfolge erzielt, sondern auch häufig Vorschläge der bürgerlichen Koalitionspartner abgelehnt. Er kündigte an, daß er und die anderen SPD-Vertreter in der Regierung der zweiten Rate für den Bau des Panzerkreuzers A zustimmen würden, da dies die Voraussetzung für den Eintritt der Vertreter des Zentrums in die Regierung am 13.4.1929 gewesen sei: "Damit war klipp und klar gesagt, daß die Minister für ihre Vorlage stimmen mußten. Wollte das die Fraktion verhindern, so hätte sie die Bildung der Regierung der großen Koalition verhindern müssen. (Sehr richtig):" 222)

Als Folge eines Endes der großen Koalition sahen die Redner der Parteimehrheit eine Staatskrise. David erklärte hierzu: "Das wäre ein Sturz in eine neue Regierungskrise, deren Lösung kein Mensch sieht. Es wäre keine Parlamentskrise, sondern eine Krise des Systems." 224)

In Erwiderung auf die Rede Ecksteins legte Stelling die Staatstheorie der Parteimehrheit dar. Der demokratische Staat sei nicht mehr ein "Staat der besitzenden Klasse", da die Arbeiterklasse das staatliche Handeln wesentlich beeinflussen könne. Daher dürfe die SPD eine Mitarbeit in der Regierung nicht ablehnen: "Wenn man mit allen Mitteln am Staate selbst haben will, wenn man fühlt, daß man ein Glied, ja

das Hauptglied des Staates ist, dann hat man die Verpflichtung, sich die Frage, ob wir aus der Regierung herausgehen sollen, dreimal zu Überlegen." 225) Zur Zeit sei es sinnvoll in der Regierung zu bleiben, was nicht bedeute, daß man für die Koalition "um jeden Preis" sei.

Nach der kontroversen Debatte verschärfte Vogel in seinem Schlußwort trotz der Rede von Seydewitz seine Angriffe auf die SPD-Linke, indem er ihr die Bildung einer organisierten Opposition vorwarf: "Wenn ich von der Tätigkeit der Opposition sprach, so meinte ich damit vor allem die förmlich organisierte Zusammenfassung der Opposition und damit hat auch die erste Spaltung der Partei begonnen (Widerspruch bei der Opposition). Sie werden das, was ich schonend angedeutet habe, nicht bestreiten wollen. (Wels: Wir können noch deutlicher werden!)" 226) Er präziserte diese Äußerung nur durch das Verlesen von Zitaten aus Artikeln von SPD-Linken, in denen die Politik der Regierung Müller scharf kritisiert wurde. Während er in seinem Bericht noch die Ablehnung der Anträge linker Parteigliederungen, die SPD-Reichsminister zu verpflichten, gegen die zweite Rate für den Panzerkreuzer A zu stimmen, gefordert hatte, appellierte er jetzt an die Delegierten sie nicht zu befassen, indem er verlangte "Über alle Anträge, die sich mit dem Panzerkreuzer beschäftigen, zur Tagesordnung Überzugehen." 227)

Im Namen des Parteivorstandes empfahl er, alle Anträge zur Koalitionspolitik, zum Wehretat und zum Panzerkreuzer durch den Übergang zur Tagesordnung nicht zu befassen. Damit sollte die Abstimmung über die Anträge der Linken zur Beendigung der großen Koalition, zur Ablehnung bzw. der Senkung des Wehretats und der Verpflichtung der SPD-Reichsminister zur Ablehnung des Panzerkreuzers A verhindert werden. Dieses Vorhaben gelang. In der auf Antrag des linken Berliner Delegierten Litke beantragten namentlichen Abstimmung stimmten 256 Delegierte für den Übergang zur Tagesordnung

und 138 dagegen. Die 138 Gegenstimmen kamen fast alle aus den Hochburgen der Linken, den Bezirken Sachsens, dem Bezirk Thüringen, dem Bezirk Berlin, dem Bezirk Halle-Merseburg und dem Bezirk Breslau, sowie aus den Bezirken mit starken linken Minderheiten Niederrhein und Pommern. 228)

Damit wurde auch der Hauptantrag der Parteiopposition gegen die Koalitionspolitik nicht befaßt, der von Eckstein und Fleißner gestellt worden war. Er faßte die gesamte Kritik der Linken an der Politik der Regierung Müller zusammen und forderte den Austritt der SPD-Reichsminister aus der Regierung. Er lautete:

"Nach dem Kieler Parteitagsbeschuß sollte die sozialdemokratische Reichstragsfraktion die Beteiligung von Sozialdemokraten an der Reichsregierung mit bürgerlichen Parteien abhängig machen allein von der Prüfung der Frage,... ob die Stärke der Sozialdemokratie im Volke und im Reichstag die Gewähr gibt, durch Teilnahme an der Regierung in einer gegebenen Situation bestimmte, im Interesse der Arbeiterbewegung gelegene Ziele zu erreichen oder reaktionäre Gefahren abzuwehren."

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bei der Bildung der gegenwärtigen Regierung auch entgegen diesem Beschuß auf die Feststellung von Voraussetzungen verzichtet. Das Ergebnis dieser Koalitionspolitik kann die Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse in keiner Weise befriedigen. Unmittelbar nach der Bildung der jetzigen Regierung haben die von der Partei in das jetzige Kabinett entsandten Minister zugestimmt, mit dem Bau des Panzerkreuzers A zu beginnen; sie haben damit der Partei, die einen wesentlichen Teil ihres Wahlerfolgs dem Kampfe gegen den Panzerkreuzer zu verdanken hatte, große Schwierigkeiten bereitet.

Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister hat nicht vermocht, den unsozialen Charakter des Reichsetats zu beseitigen, wie er durch die Finanzmethoden der Bürgerblockregierung geschaffen worden war. Das Etatskompromiß hat an diesem Tatbestand nichts geändert, und die steuerfreie Anleihe ist ein beispielloses Geschenk an die Besitzenden.

Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im letzten Reichstag geforderte Herabsetzung des Wehretats auf 500 Millionen Reichsmark ist trotz der großen Finanznot ebensowenig erreicht worden wie die mit großem Nachdruck geforderte Änderung der Zusammensetzung und des Charakters der Reichswehr.

Der versprochene Abbau der Lohnsteuer ist ausgeblieben. Die Gefahr der die Lebenshaltungskosten der Arbeiterklasse verteuern den Erhöhung der Umsatzsteuer und der Erhöhung der Zölle ist in greifbare Nähe gerückt.

Auf sozialpolitischem Gebiet ist ein allgemeiner Stillstand eingetreten. Trotz der dringenden Forderungen der Gewerkschaften, die sich die Reichstagsfraktion zu eigen gemacht hat, ist in dieser Frage des Ausbaues der Invalidenversicherung nichts geschehen. Der Widerstand der Reichsregierung gegen den Ansturm auf die Arbeitslosenversicherung ist so schwach, daß die Gefahr der Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung besteht.

Der Parteitag stellt fest, daß diese Koalitionspolitik der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterklasse nicht gedient hat. Der Parteitag erwartet darum von der Reichstagsfraktion die Zurückziehung der sozialdemokratischen Minister aus der Reichsregierung." 229)

Auf die Debatte über das Wehrprogramm, bei der sich die Linke auch nicht durchsetzen konnte, wurde in anderem Zusammenhang eingegangen.

Im Bericht der Reichstagsfraktion verteidigte Breitscheid die Politik der Regierung Müller. Wie zuvor Müller kritisierte er die zu hohen Erwartungen bei Beginn dieser Regierung und relativierte den Einfluß der SPD in einer Koalitionsregierung: "Es konnte sich nur um eine gewisse Verschiebung des Gleichgewichts von rechts nach links handeln. Auch die Führung der Regierung durch die Sozialdemokratie

konnte nicht den Besitz des beherrschenden Einflusses innerhalb der Regierung bedeuten." 230) Er lobte ausdrücklich den Haushaltsplan Hilferdings und die Abwehr des Abbaus von Sozialleistungen. Dabei erklärte er die seiner Meinung nach vorhandene Grenze der Koalitionspolitik: "Wir wollen keine Krise; aber wenn es zu entscheidenden Auseinandersetzungen kommen soll, dann ist der Kampfboden für uns bei der Arbeitslosenversicherung wesentlich günstiger (als beim Panzerkreuzer - E.W.)." 231)

Die SPD werde weiterhin für den Ausbau der Sozialpolitik und der Fortsetzung der Verständigungspolitik, sowie gegen jede Zollerhöhung eintreten.

Breitscheid stellte das Verhältnis der SPD zum bestehenden Staat, wie er und die Parteimehrheit es sah, in einem Bild dar: "Wir Sozialdemokraten haben diese Verantwortung für den Staat gezeigt, obwohl dieser Staat noch nicht unser Staat ist, obwohl dieser Staat noch ein Rohbau ist, in dem wir erst die Wohnungen nach unserem Geschmack und unseren Interessen einbauen wollen. Aber der Rohbau ist da, wir können ihn nicht ohne die schwerste Schädigung für die Arbeiterschaft zerstören lassen. Deshalb haben wir auch Verantwortung für diesen Staat." 232)

Der SPD-Linken warf er vor, die Alternativen zur Koalition unter Beteiligung der SPD nicht zu bedenken. Die Folge eines Endes der großen Koalition wäre wegen der Unwahrscheinlichkeit einer bürgerlichen Koalition von der DDP bis zur NSDAP Reichstagsneuwahlen, die aber sicherlich keine wesentliche Veränderung der Kräfteverhältnisse bringen würden. Es bestehe dann die Gefahr der Bildung eines Beamtenkabinetts, das mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung regieren würde, also eine "verschleierte Diktatur" wäre. 233)

Die Redner der Linken kritisierten anhand der im Antrag Eckstein/Fleißner aufgezählten Beispiele die Nachgiebigkeit der SPD gegenüber den Wünschen der bürgerlichen Koalitionspartner.

Petrich warf der Parteilmehrheit vor, prinzipiell für die Koalition mit bürgerlichen Parteien einzutreten und darin faktisch entgegen anderslautenden Erklärungen keine Frage der Taktik mehr zu sehen: "Der Unterschied zwischen der Koalitionspolitik, wie der Genosse Breitscheid sie auffaßt und wie wir sie auffassen, besteht darin, daß sie eine Koalitionspolitik bedingungslos auf weite Sicht treiben, während wir die Koalitionspolitik als ein Mittel ansehen, bestimmte, konkrete Ziele zu erreichen." 234) Er prophezeite das baldige Scheitern der großen Koalition an den Gegensätzen zwischen der Arbeiterschaft und der Bourgeoisie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik: "Wenn Hermann Müller gesagt hat, der Panzerkreuzer sei nicht das Objekt, um eine Regierungskrise heraufzubeschwören, so glaube ich, daß wir in der nächsten Zeit auf finanzpolitischem Gebiet vor Entscheidungen stehen werden, die die Lebensinteressen der Arbeiterschaft angehen, und da wird es kein Ausweichen mehr geben. Da werden die Minister nicht mehr sagen können: Wir mußten in der Regierung bleiben, weil wir darin noch wichtige Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen können. Da werden Sie und da wird die Fraktion Farbe bekennen müssen." 235)

Hauptantrag der Linken in dieser Debatte war eine Resolution, die von den linken Reichstagsabgeordneten Aufhäuser und Sender eingebracht worden war. 236) Neben vorsichtiger Kritik an der zu großen Nachgiebigkeit der SPD-Reichsminister enthielt er ein Forderungsprogramm zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, das die Reichstagsfraktion in Zukunft durchsetzen sollte und das weitgehend die Forderungen der SPD im Reichstagswahlkampf des Vorjahres enthielt und daher kaum abgelehnt werden konnte. Verlangt wurde u.a.: die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, Aufrechterhaltung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und Sicherung ihrer Finanzen durch Beitragserhöhung, Ausbau der Invalidenversicherung, keine Senkung der Besitzsteuern, keine Zollerhöhung und Vorlage eines Gesetzes zur Kartellkontrolle.

In der Debatte unterstützte Hilferding Breitscheids Appell zur Fortsetzung der großen Koalition mit der Begründung, daß nur durch sie eine Sicherung der Republik, eine Fortsetzung der Verständigungspolitik und ein Schutz der sozialpolitischen Errungenschaften möglich sei. Er hoffte darauf, daß bei der zu erwartenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage die Erfolge der SPD in der Regierung wieder zunehmen würden: "Ich bin von dem Ergebnis der Koalitionsregierung nicht enttäuscht, weil ich keine Illusionen hatte. Aber ich glaube allerdings, daß ich darin recht behalten werde, daß nach diesem schwersten Jahr unserer Regierung die Möglichkeit zu Fortschritten gegeben ist." 237)

Landsberg wandte sich gegen eine prinzipielle Ablehnung der Koalition, deren Folgen nach seiner Meinung nur sein konnten: "Entweder provoziert sie (SPD-E.W.) damit zum Bruch mit der demokratischen Verfassung und zur Einschlagung anderer Wege, oder sie zwingt die Mittelparteien zur Koalition mit den Deutschnationalen." 238)

Stampfer sah wie Breitscheid die Grenze der Konzessionsbereitschaft gegenüber den bürgerlichen Koalitionspartnern in der Frage des Abbaus der Sozialpolitik: "Sollte einmal die verhängnisvolle Situation eintreten, daß wir in einer sozialpolitischen Frage, wie es die der Arbeitslosenversicherung ist, zu entscheiden haben zwischen der Regierung auf der einen Seite und den Gewerkschaften auf der anderen Seite, dann kann über unsere Entscheidung gar kein Zweifel bestehen. In einem solchen Falle würden wir nach dem Grundsatz handeln müssen: Partei und Regierung sind zwei, aber Partei und Gewerkschaften sind eins." 239)

In seinem Schlußwort empfahl Breitscheid, den Antrag Aufhäuser-Sender in seinem Forderungsteil an die Reichstagsfraktion zu überweisen und die Teile, in denen das Verhalten der SPD-Reichsminister getadelt wurde, abzulehnen. Dies wurde gegen die Stimmen der linken Delegierten so beschlossen. 240) Damit scheiterte der Versuch, die Reichstagsfraktion durch die Verabschiedung dieses Antrages als für die

Arbeit im Parlament verbindlichen Beschluß zur Durchsetzung dieser Forderungen zu verpflichten und bei dem Scheitern dieser Aktion zum Verlassen der Regierung.

Ein Berliner Antrag, daß die Reichs- und Landesminister der SPD vor wichtigen Kabinettsentscheidungen immer den Parteivorstand und den Parteiausschuß konsultieren müßten, wurde nur mit der knappen Mehrheit von 199 zu 167 Stimmen abgelehnt. 241) Der "Vorwärts" begründete die Ablehnung später damit, daß dieser Wunsch zwar prinzipiell berechtigt sei, aber in der Praxis nicht immer erfüllt werden könne. 242) Auch alle weiteren Versuche der linken Delegierten, die Politik der Reichstagsfraktion und der Reichsminister genau festzulegen, erhielten keine Mehrheit. Der "Vorwärts" konnte daher zufrieden dazu notieren: "Alles lief wie am Schnürchen, zumal die Mehrheitsverhältnisse nunmehr genügend geklärt waren." 243)

Bei den Wahlen zum Parteivorstand wurden alle vom bisherigen Parteivorstand vorgeschlagenen Kandidaten gewählt. Wie immer seit 1924 wurden die Kandidaten der Parteiopposition nicht gewählt. Bei 368 abgegebenen Stimmen erhielt Anna Siemsen 142 Stimmen, Fleißner 128, Levi 131, Aufhäuser 157, Löwenstein 133 und Litke 117 Stimmen. 244)

In seinem Schlußwort spielte Wels, einer der drei Parteivorsitzenden, wie schon traditionsgemäß die Differenzen in der Partei herunter: "Der Magdeburger Parteitag gab uns ein Zeichen innerer Geschlossenheit und Festigkeit der Partei. Arithmetische Kunststücke, aus den Abstimmungen die Stärke der Meinungsverschiedenheiten zu errechnen, erscheinen mir kleinlich und nichtig. Die Partei ist groß, die Partei ist stark, wenn sie geschlossen ist. Und wann ist sie es nicht, wenn der Kampf die Geschlossenheit fordert! Wir sind nicht Richtungen, wir sind Sozialdemokraten (Stürmischer Beifall):" 245)

Der "Vorwärts" verfolgte in seiner "Bilanz von Magdeburg" dieselbe Strategie. 246) Auf dem Parteitag habe völlige Einigkeit in der kritischen Stellung zur Regierung Müller und in der Ablehnung einer prinzipiellen Koalitions- oder Oppo-

sitionspolitik geherrscht. Die bestehenden taktischen Differenzen seien demgegenüber nur von untergeordneter Bedeutung: "Wenn eine nicht sehr große Minderheit geglaubt hat, daß man ... Hals über Kopf die Regierung verlassen müsse, oder wenn sich eine größere Gruppe von der Schaffung neuer Richtlinien und Voraussetzungen eine Besserung erwartete, so handelte es sich um taktische Meinungsverschiedenheiten, die das feste Gefüge der Partei in keiner Weise berühren." Die große Mehrheit des Parteitages sei für die Fortsetzung der großen Koalition und teile die Meinung Hilferdings, "daß nach Überwindung des ersten schweren Jahres es leichter sein würde, positive Erfolge zu erzielen." Der "Vorwärts" bestritt, daß sich aus den Abstimmungsergebnissen ein Stärkeverhältnis von zwei Strömungen in der Partei errechnen lasse, denn: "Mit der 'Opposition' hat in diesen Fällen so mancher gestimmt, der sich aufs Entschiedenste dagegen verwahren würde, einer konstanten Opposition zugerechnet zu werden." Allerdings mußte er zugeben, daß in der Wehrfrage zwischen der Parteitagmehrheit und den Unterzeichnern des Antrages Levi-Seydewitz "Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Natur" bestünden, die auch nach dem Parteitag weiter diskutiert werden müßten.

Paul Hertz vertrat in seiner Analyse des Parteitages in der "Gesellschaft" die These, daß in der Frage der Bewertung der Koalition mit bürgerlichen Parteien eine Annäherung der Strömungen in der Partei stattgefunden habe: "Ein grundsätzlicher Gegner der Koalitionspolitik kam auf dem Magdeburger Parteitag ebensowenig zu Wort, wie ein grundsätzlicher Anhänger. Mehr und mehr ist unter der Wucht der Tatsachen eine gemeinsame Grundlage sichtbar geworden, auf der die gesamte Partei marschiert, durch die dem alten Streit über die Koalitionspolitik und Klassenkampf ein Ende bereitet ist und nur noch zu entscheiden ist, wann und unter welchen Umständen und Bedingungen die Koalitionspolitik als zweckmäßige Waffe im Klassenkampf des Proletariats anzusehen ist." 247) Alle Parteimitglieder müßten erkennen, daß

unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen die Macht der Sozialdemokratie nur dazu ausreiche, "um innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die sozialen Interessen der von ihrer Arbeit lebenden Schichten zu wahren, als auch die bereits eroberten sozialen Positionen zu verteidigen." (248) Er konzidierte der nach seiner Meinung uneinheitlichen Parteioption, daß sie nicht die "Grundlagen, auf denen die gegenwärtige sozialdemokratische Politik aufgebaut ist", verneine. (249)

Trotz der von Wels geäußerten Mahnung unternahm die Redaktion des "Klassenkampf" "arithmetische Kunststücke", um die Stärke der Linksoption auf dem Parteitag auszurechnen. (250) Bei den drei namentlichen Abstimmungen des Parteitages hätten von den direkt von den Bezirken gewählten Delegierten 40,1% (Übergang zur Tagesordnung über die Anträge zur Koalitionspolitik), 48,0% (Verschiebung der Abstimmung über das Wehrprogramm auf den nächsten Parteitag) und 43,4% (Wehrprogramm) für die Vorstellungen der Linken gestimmt. Bei den Abstimmungen über die Pflicht der Reichs- und Landesminister, vor wichtigen Entscheidungen die zentralen Parteigremien zu konsultieren und über die Ablehnung des Preußen-Konkordats seien die Mehrheitsverhältnisse noch knapper gewesen. Die Redaktion des "Klassenkampf" bemühte sich jegliche Differenzen innerhalb der Linken zwischen der "radikalen" Linken um Levi und Seydewitz und der "gemäßigten" Linken um Aufhäuser und Sender abzustreiten. (251) Sowohl den Antrag Levi-Seydewitz zur Wehrpolitik wie den Antrag zur Regierungspolitik Aufhäuser-Sender hätten fast alle Linken unterstützt.

Auch Seydewitz verzichtete nicht darauf, zu versuchen, den Anteil der Linken an den Parteitagsdelegierten und sogar an den Parteimitgliedern zu ermitteln. Er kam zu dem Ergebnis: "Bei den Abstimmungen in Magdeburg und bei der Parteivorstandswahl hat sich gezeigt, daß die Opposition mehr als ein Drittel der Gesamtpartei ist, bei einem größeren Maß von wirklicher Demokratie innerhalb der Partei, bei der Aus-

schaltung der nicht direkt gewählten Instanzenvertreter bei den Parteitagsabstimmungen, wäre das Prozentverhältnis für die Opposition noch günstiger." 252) Trotz ihrer Stärke sei diese "neue Linke", bei der die frühere Mitgliedschaft in der SPD oder USPD überhaupt keine Rolle mehr spiele, im neuen Parteivorstand wiederum nicht vertreten und stelle in der Kontrollkommission nur ein Mitglied.

Rosenfeld stellte fest, daß die Zahl der linken Parteitagsdelegierten im Vergleich zum Kieler Parteitag "erfreulich" gewachsen sei und "imponierende Zahlen" erreicht habe, daß sie aber immer noch - auch bei den direkt von den Bezirken gewählten Delegierten - eine Minderheit darstellten. 253) Dies sei v.a. in dem Willen zur Fortsetzung der großen Koalition zum Ausdruck gekommen: "Die Mehrheit des Parteitages hat die Hoffnung auf diese Koalition noch nicht aufgegeben, obwohl die Unzufriedenheit mit der Regierung allgemein war." 254) Im Gegensatz zu Stampfer und Hertz versuchte Rosenfeld nicht die prinzipiellen Gegensätze in der Partei zu verleugnen, deren Hauptursache er beim Namen nannte: "Zwei Fragen beherrschten den Parteitag: Die Stellungnahme zur Koalition mit bürgerlichen Parteien und zum Wehrprogramm. Zwei Fragen, die aufs engste miteinander zusammenhängen und auf den gemeinsamen Nenner gebracht werden können: Stellung der Partei zum Staat." 255) Allerdings schwächte auch er die Differenzen dadurch ab, daß er die Einheit der Partei in dem Anstreben des sozialistischen Endzieles betonte; nur über den besten Weg, es zu erreichen, gebe es Kontroversen, die aber niemals zur Parteisplaltung führen könnten.

Nach dem Parteitag verschärfte die SPD-Linke ihre Kampagne für einen Ausbau der Parteidemokratie. Seydewitz kritisierte scharf die Benachteiligung der Linken durch das Tagungspräsidium des Parteitages und die Verweigerung des Koreferates für Levi zum Bericht der Wehrkommission, was bewies, daß die von der Parteimehrheit immer wieder proklamierte Kameradschaft in der Partei nur eine "Legende" sei.

Er forderte die Parteimehrheit auf, endlich die Existenz einer Minderheit zur Kenntnis zu nehmen und auch formal anzuerkennen: "Voraussetzung für wahre Kameradschaftlichkeit in der Partei ist aber die Anerkennung der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten, ist die Anerkennung der vorhandenen Richtungen und die Möglichkeit, die Meinung auch der Minderheit überall in der Partei und v.a. auf dem Parteitag in aller Ausführlichkeit zusammenhängend vertreten zu können. Die Minderheit muß das sichere Gefühl haben, daß ihre Meinung von der Mehrheit nicht unterdrückt wird...". 256) Er forderte erneut, daß nach dem Modell der französischen Sozialdemokratischen Partei SFIO auch in der SPD die Minderheit entsprechend ihrer Stärke auf dem Parteitag in den zentralen Parteigremien vertreten sein müßte. Auch Rosenfeld verlangte "mehr Demokratie in der Organisation", wozu er v.a. die Abschaffung des ex-officio-Stimmrechtes der Instanzenvertreter, die fast 1/4 der Delegierten ausmachten und nicht von den Bezirken gewählt wurden, für notwendig hielt. 257)

Im "Klassenkampf" erhielt der Vertreter des linken SFIO-Flügels Skomorowsky die Gelegenheit, das Organisationsmodell seiner Partei zu erläutern. Dabei schilderte er das Prinzip der Anwendung der Proportionalwahlen, das garantiere, daß alle Richtungen in der Partei in allen Gremien entsprechend ihrer wahren Stärke vertreten seien, das Recht zu Koferaten auf den Parteitagen, die direkte Wahl aller Parteitage delegierten durch die Untergliederungen und die Einberufung von Parteitagen vor allen wichtigen Entscheidungen der Partei und der Parlamentsfraktion. 258) Die Redaktion des "Klassenkampf" stellte die SFIO als Musterbeispiel für eine "wahre Demokratie" innerhalb einer Partei der Arbeiterbewegung dar und gab dadurch implizit zu verstehen, daß die SPD diesen Typ einer Arbeiterpartei wegen der Einschränkung von Rechten der Minderheit nicht vertrete. 259)

Verschiedene linke Parteigliederungen der SPD forderten nach dem Parteitag erneut die Abschaffung des ex-officio-Stimmrechtes der Instanzenvertreter auf dem Reichsparteitag, so

z.B. die Abteilung Berlin-Mariendorf. Die Ortsgruppe Arnstadt verlangte nach einem Referat von Seydewitz ebenfalls diese Änderung des Parteistatuts und zusätzlich "die loyale Berücksichtigung aller Richtungen innerhalb der Partei" bei den Wahlen zu den Parteinstanzen, also z.B. die Vertretung auch von Linken im Parteivorstand und in der Kontrollkommission. 260)

3.6. Die zunehmende Kontroverse in der SPD über die Politik der Regierung Müller vor dem Hintergrund der Verschärfung der Wirtschaftskrise im zweiten Halbjahr 1929

Gleich nach dem Magdeburger Parteitag ging in der SPD die Kontroverse in der Frage der Stellung zur Regierung Müller mit unverminderter Schärfe weiter. Der SPD-Linken bot sich eine Reihe von Gelegenheiten zur Kritik.

Wie auf dem Parteitag angekündigt, stimmten am 18.6.1929 die vier SPD-Reichsminister zusammen mit den bürgerlichen Parteien gegen den Antrag der KPD auf die Streichung der zweiten Rate des Panzerkreuzers A, um die große Koalition zu erhalten, während die SPD-Reichstagsfraktion für den Antrag der KPD stimmte. Der Antrag wurde mit 229 zu 153 Stimmen abgelehnt.

Am selben Tag stimmte die SPD-Reichstagsfraktion zusammen mit den bürgerlichen Koalitionspartnern dem Wehretat zu. 261)

Beides stieß auf den Protest der SPD-Linken. Seydewitz versuchte die Zustimmung zum Wehretat als Verstoß gegen das in Magdeburg beschlossene Wehrprogramm der Partei zu interpretieren, das die Billigung des Wehretats zu einer taktischen Frage erklärt habe, "die jeweils abhängig ist, von der Erfüllung gewisser Forderungen, von der Höhe und dem Inhalt des Wehretats und von dem Zustand und dem Charakter der Wehrmacht." Seydewitz hielt die Zustimmung zum Wehretat am 18.6. für völlig unberechtigt, da er nur unwesentlich geringer

sei als der der Bürgerblockregierung Marx im Vorjahr, von den 10 Forderungen des SPD-Wehrprogramms zur Reform der Reichswehr bisher keine einzige realisiert worden sei und die Wehrmacht daher, wie u.a. das Fortbestehen der Kontakte der Reichswehr zu rechten Wehrverbänden beweise, weiterhin "eine Wehrmacht der herrschenden Klasse, eine Wehrmacht zur Niederhaltung der gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie vordringenden Arbeiterklasse" sei. Wegen des Verhaltens der Parteimehrheit ergebe sich jetzt "die sehr seltsame Situation, daß die Linke innerhalb der Partei dafür kämpfen muß, daß die von der Parteimehrheit auf Parteitagen gefaßten Beschlüsse auch durchgeführt werden." 262)

In der Etatdebatte mußte Reichsfinanzminister Hilferding zugeben, daß für die Reichsanleihe bisher nur 180 Millionen Reichsmark gezeichnet worden waren, statt der angestrebten 500 Millionen Reichsmark. Der "Vorwärts" bewertete die Anleihe dennoch als Erfolg: "Die Anleihe hat Kassenschwierigkeiten des Reiches überwunden." 263) Levi hingegen verurteilte diese Aktion als dreifachen Mißerfolg: "politisch bedeutete die Sache eine Einbuße für die Partei, finanziell ein unheimliches Mißtrauensvotum gegen den Kredit des Reiches, personell eine tiefe Blamage für den Finanzminister, der sich bei seinen Beratern bedanken mag." Ironisch fügte Levi unter Anspielung auf Hilferdings Frühwerk "Das Finanzkapital" hinzu: "Es war gar nicht nötig, das Kapitel von der Steuerfreiheit dem Buch vom Finanzkapital anzuhängen." 264)

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik nahmen wegen der Verschlimmerung der ökonomischen Krise die Konflikte zwischen der SPD und der DVP in der Regierung Müller zu. Im Juli 1929 waren 2,765 Millionen Personen arbeitslos. Die Finanzkrise der Arbeitslosenversicherung wurde immer größer. 265)

Dennoch konnten sich die Regierungsparteien nicht auf eine Reform der Arbeitslosenversicherung einigen. Am 14.6. wurde das Scheitern der Verhandlungen offen zugegeben und die Entscheidung über die Reform auf den Herbst 1929 vertagt. Die SPD beharrte auf der Beitragserhöhung, die DVP auf dem

Leistungsabbau. Der "Vorwärts" wertete diesen ungelösten Konflikt als Beweis, daß die SPD nicht dazu bereit sei, um des Erhalts der Koalition willen, einem Leistungsabbau in der Sozialpolitik zuzustimmen. 266)

Die SPD-Linke war sich dessen nicht so sicher. Levi und Croner vermuteten, daß die DVP auf Zeit spiele, da sie genau wisse, daß im Herbst die Arbeitslosigkeit und damit auch das Etatdefizit der Arbeitslosenversicherung enorm wachsen und dann der Leistungsabbau leichter durchsetzbar sein werde. 267) Croner hielt es für notwendig, daran zu erinnern, daß die SPD auf keinen Fall in dieser Frage den bürgerlichen Parteien nachgeben dürfe: "Es ist eine absolute Selbstverständlichkeit, daß hier von der Sozialdemokratie nicht einen Augenblick die Möglichkeit eines 'Kompromisses' erwogen werden darf." 268) Sei mit den Koalitionspartnern keine Einigung möglich, müsse die SPD als Oppositionspartei für die Erhaltung der sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterschaft kämpfen.

Am 27.6.1929 fiel die große Koalition erstmals bei einer wichtigen wirtschaftspolitischen Abstimmung auseinander. Die bürgerlichen Regierungsparteien stimmten zusammen mit der DNVP für die Erhöhung der Agrarimportzölle, die SPD zusammen mit der KPD dagegen. Die SPD war zuvor sogar entgegen dem Inhalt des Parteiprogrammes zu einer Zustimmung bereit gewesen, wenn ein staatliches Getreideimportmonopol eingerichtet würde. Dies lehnten die Koalitionspartner jedoch ab. Trotz dieses Konflikts hielten alle Regierungsparteien weiterhin an der Fortsetzung der Regierung Müller fest. 269)

Die Redaktion des "Klassenkampf" bedauerte, daß die SPD diese Zollerhöhung nicht zum Anlaß genommen habe, die große Koalition zu beenden, die nicht nur in dieser Frage offen die Bürgerblockpolitik fortführe: "Die Sozialdemokratie kann nicht länger mehr die Verantwortung tragen für eine Regierung, deren Politik in den entscheidenden Fragen bestimmt wird von den bürgerlichen Koalitionsparteien und den Deutschen gegen die Sozialdemokratie." 270)

Die SPD werde in dieser Regierung nicht mehr aus der Defensivstellung herauskommen und keine positiven sozialdemokratischen Ziele durchsetzen können: "Bei den im Laufe dieses Jahres noch zu erwartenden wichtigen Entscheidungen, bei dem Kampf um die Reform der Arbeitslosenversicherung, bei dem Kampf um die Lastenverteilung aufgrund des Young-Plans wird das nach dieser neuesten Entscheidung in der Frage der Lebensmittelpreise noch schlimmer sein." 271) Der einzig erfolgversprechende Weg für die Partei sei daher der Kampf in der Opposition gegen die bürgerliche Politik.

In der SPD ging aus Anlaß des 10. Jahrestages der Weimarer Verfassung die Debatte über die Stellung der Partei zum bestehenden Staat, die ein wichtiger Konfliktpunkt auf dem Magdeburger Parteitag gewesen war, weiter.

Seydewitz zog eine rein negative Bilanz der Ergebnisse der Politik der SPD in den letzten zehn Jahren: "Die zehn Jahre Republik haben an den sozialen Verhältnissen in Deutschland kaum etwas geändert, die Bourgeoisie, die in der Republik die besten materiellen Geschäfte machen konnte, ist stärker denn je die herrschende Klasse im Staat, und das Proletariat, das Geburtshelfer und in allen kritischen Situationen stärkster Träger dieser Republik war, hat immer noch schwer und hart um sein Lebensrecht, um Aufstieg und Geltung seiner Klasse zu kämpfen." 272) Auch Otto Kirchheimer war der Meinung, daß vom Geist der Verfassung, den er als Kompromiß zwischen bürgerlichen und sozialistischen Gedankengängen interpretierte, sich in der sozialen und politischen Praxis seit 1920 nur die bürgerlichen Elemente realisiert hätten. 273)

Die Rede von Reichsinnenminister Severing auf der Verfassungsfeier der Reichsregierung am 11.8.1929 dokumentierte den abgrundtiefen Gegensatz in der SPD zwischen den beiden Parteiflügeln. Er lobte, daß die Weimarer Verfassung und die Entwicklung seit 1918 die Stellung der Arbeiterschaft zum Staat grundlegend verändert habe. Sie habe "die Arbeiterschaft zum Staat geführt, hat der Arbeiterschaft das Gefühl beige-

bracht, daß dieser neue Staat ihr Staat sei." Severing bekannte sich zur Politik der Volksgemeinschaft, der "Solidarität aller Stände", und zur Arbeitsgemeinschaft der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften, dem "gemeinsamen Schaffen in der Wirtschaft." 274) Ein deutlicheres Abrücken von der marxistischen Staats- und Klassenkampftheorie war kaum denkbar.

Entsprechend kritisch fiel die Reaktion der SPD-Linken aus. Bielig warf Severing die Abkehr von den grundlegenden Erkenntnissen des Marxismus und die Anpassung an bürgerliche Vorstellungen vor. Wie Seydewitz forderte er die Abkehr von der Koalitionspolitik, die der Arbeiterklasse nur Niederlagen gebracht habe: "Wenn die Bourgeoisie am 11. August ihren Sieg über das Proletariat feiert, wenn sie die gelungene Umgestaltung des sich im November 1918 ankündigenden Staates mit proletarischer Macht feiert, dann muß sich in der Arbeiterklasse bei einem Rückblick auf die letzten zehn Jahre die Entschlossenheit schmeden, alle schwarzrotgoldenen Volksgemeinschaftsphantastereien und Standessolidaritätsillusionen abzulehnen und die Macht ihrer Klasse zu stärken, daß sie eine neue Revolution schlagen kann, nach deren Sieg keine Bourgeoisie Gelegenheit haben darf, einen 11. August zu feiern." 275) Drastischer konnte der Gegensatz in der Stellung zum bestehenden Staat innerhalb der SPD nicht zum Ausdruck kommen.

Auch in der Beurteilung der Außenpolitik blieben die Positionen der beiden Richtungen der SPD kontrovers.

Dies zeigte sich bei der Bewertung des Young-Plans. Er wurde am 7.6.1929 nach fast halbjährigen Verhandlungen unterzeichnet. Er sah eine endgültige Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen vor. Als Gesamtsumme der Reparationen wurde 113,9 Milliarden Reichsmark festgelegt, die in Jahresraten von 2,3 Milliarden Reichsmark bis 1988 geleistet werden sollten. Finanziert werden sollten diese Reparationszahlungen durch Entnahmen aus dem Reichshaushalt und den Einnahmen der Reichseisenbahn. 276)

Beide Flügel der SPD waren sich im Prinzip einig, daß

dieser Vertrag notwendig war. Strittig war aber die Art der deutschen Verhandlungsführung.

Der "Vorwärts" sah in dem Young-Plan zwar keinen "Anlaß zum Jubeln", aber einen wichtigen "Schritt vorwärts". Reichskanzler Müller dankte dem Leiter der deutschen Delegation, Reichsbankpräsident Schacht, ausdrücklich für seine Verhandlungsführung. 277)

Die SPD-Linke kritisierte hingegen, daß die deutsche Verhandlungsdelegation fast nur aus Interessenvertretern der Industrie und der Banken bestanden habe und kein einziger Sozialdemokrat beteiligt gewesen sei. Daher habe diese Delegation nicht die Interessen Deutschlands vertreten, "sondern lediglich die Interessen der deutschen Kapitalistenklasse." 278) Aus dem Young-Plan gehe eindeutig hervor, daß die Reparationslasten Deutschlands v.a. durch die Nichtbesitzenden getragen werden sollten, durch "eine Verteilung, die hinausläuft auf eine Schonung des Besitzes und Belastung der breiten Massen." 279) Ziel der SPD müsse es daher sein, zu verhindern, daß wie schon beim Dawes-Plan wiederum die Besitzenden kaum an der Zahlung der Reparationen beteiligt würden. 280)

Vom 6. bis 30.8.1929 tagte in den Haag eine Konferenz der Ententemächte und Deutschlands. Sie beschloß, daß der Young-Plan am 1.9.1929 in Kraft treten sollte und die Ententegruppen bis zum 30.6.1930 das Rheinland räumen sollten. Der "Vorwärts" feierte dieses Ergebnis als großen Erfolg der deutschen Verständigungspolitik, die aus England einen neutralen Vermittler zwischen Frankreich und Deutschland gemacht habe. 281) Levi war anderer Meinung. Alle Ententemächte seien gegenüber Deutschland nicht zu größeren Konzessionen bereit gewesen, auch nicht die Staaten mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung. 282)

Beim Tode Stresemanns am 3.10.1929 zeigte sich, daß in der Frage, ob Stresemann wirklich eine ernsthafte Verständigungspolitik betrieben habe oder nur eine besonders raffinierte Variante imperialistischer Politik, die beiden SPD-Flügel weiterhin völlig entgegengesetzter Auffassung waren.

Der "Vorwärts" betonte, daß Stresemann seit 1923 ohne Hintergedanken einen Ausgleich mit Frankreich angestrebt habe und eine friedliche Lösung aller außenpolitischen Probleme, was ihm die erbitterte Gegnerschaft der Rechten eingebracht habe. 283) Er habe damit eine Politik im Sinne der SPD durchgeführt: "Die Deutschnationalen haben - mit gewissen Einschränkungen - recht, wenn sie behaupten, Stresemann habe die auswärtige Politik der Sozialdemokratie gemacht. Aber ein Sozialdemokrat hätte es noch viel schwerer gehabt als Stresemann mit dieser Politik durchzukommen. "Stresemann habe "Großes geleistet" und die SPD sei froh "ihm dabei geholfen zu haben." Breitscheid widersprach in einem Nachruf ausdrücklich der auch von der SPD-Linken vertretenen Auffassung, Stresemann habe diese Außenpolitik nur aus "Opportunitätsgründen" getrieben, solange Deutschland für eine aggressive Politik militärisch noch zu schwach sei. 284) Zweifel an der Ehrlichkeit von Stresemanns Politik seien völlig unberechtigt. Auch die Arbeiterschaft habe allen Anlaß, seines Werkes ehrend zu gedenken.

Im "Klassenkampf" stritt ein unter dem Pseudonym Spektator schreibender Autor ab, daß Stresemann seit 1923 sich von einem Imperialisten und Nationalisten zu einem Verständigungspolitiker gewandelt habe, der Gewaltanwendung prinzipiell ablehne. 285) Stresemann habe 1923 erkannt, daß Deutschland nur durch eine Politik der Konzessionen gegenüber der Entente wieder langfristig zu einer Großmacht auch auf militärischem Gebiet aufsteigen könne. Sobald dieses Ziel erreicht worden wäre, wäre Stresemann wieder offen für die imperialistischen Bestrebungen der deutschen Schwerindustrie eingetreten, deren innen- und außenpolitische Interessen er immer vertreten habe. Er sei daher weder ein Held noch ein Märtyrer, noch gar ein Mann, der sozial-demokratische Außenpolitik betrieben habe. Die "Volkszeitung für das Vogtland" charakterisierte Stresemann als "Ausbeuter vom Scheitel bis zur Sohle." 286)

Im Mittelpunkt der Politik der Regierung Müller stand im

Spätsommer und Herbst 1929 weiterhin das wachsende Defizit des Reichsetats und der Sozialversicherungen, da sich die wirtschaftliche Situation weiter verschlechterte. Ende Juli 1929 legte die von der Regierung eingesetzte Expertenkommission ein gegen die Stimmen der SPD- und ADGB-Vertreter beschlossenes Gutachten zur Reform der Arbeitslosenversicherung vor. Es sah neben der Beitragserhöhung um 1/2 % die Kürzung der Leistungen vor, durch die Staffelung der Unterstützungssätze nach der Dauer der Beitragszahlung, die Verlängerung der Wartezeit bis zur ersten Auszahlung und die Kürzung der Saisonarbeiterunterstützung. 287)

Dieser Vorschlag wurde vom Bundesausschuß des ADGB am 31.7.1929 abgelehnt. 288) Der "Vorwärts" schloß sich dem an. Für die SPD sei jede Senkung der Leistungen inakzeptabel. Zur Sicherung der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung genüge eine Beitragserhöhung um 1%. Er warf der Expertenkommission vor, von der viel zu hohen Schätzung auszugehen, daß die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 1929 1,1 Millionen betragen werde, während die Zahl von 0,9 bis 1,0 Millionen realistisch sei. Diesen Optimismus begründete der "Vorwärts" damit, daß der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit wegen des absehbaren Endes der Rationalisierung, des Eintretens geburtenschwacher Jahrgänge ins Berufsleben und der Senkung der Reparationslasten durch den Young-Plan bereits erreicht worden sei. Die Berechnung der zu erwartenden Finanzierungslücke durch die Expertenkommission sei wegen ihres unberechtigten "Pessimismus" daher falsch, was zu den auf dieser Grundlage erforderlichen Sparmaßnahmen führe. Der "Vorwärts" hoffte also immer noch auf eine baldige Überwindung der Wirtschaftskrise in Deutschland. 289)

Croner äußerte sich im "Klassenkampf" nicht zur Berechnungsgrundlage der Expertenkommission, hielt aber wie der "Vorwärts" die Beitragserhöhung um 1% für ausreichend, um das Defizit zu decken. Er kritisierte die bürgerliche "klassenmäßige Einstellung" der Mehrheit der Expertenkommission und forderte die SPD und die freien Gewerkschaften auf, wei-

terhin jeden Leistungsabbau abzulehnen: "kein Zentimeter darf in der Arbeitslosenversicherung preisgegeben werden." 290)

Trotz dieser Ablehnung durch die SPD und die freien Gewerkschaften übernahm die Reichsregierung am 19.8.1929 fast vollständig den Vorschlag der Expertenkommission. Ihr Plan sah vor: die Erhöhung des Beitrages um 1/2% bis zum 31.3.1931, die Verlängerung der Wartefrist bis zur ersten Auszahlung des Arbeitslosengeldes, die Anrechnung von Sozialrenten auf die Höhe der Leistungen und die Kürzung des Saisonarbeitergeldes.

Selbst der "Vorwärts" mußte zugeben, daß dieser Plan in der SPD und den freien Gewerkschaften "auf sehr erheblichen Widerstand" stoßen werde. 291)

Die SPD-Linke lehnte ihn sofort ab. Croner kritisierte die vorgesehenen Leistungskürzungen, die er wie der "Vorwärts" für nicht nur unsozial, sondern auch finanziell gar nicht erforderlich erklärte, da die vermutete Zahl von jahresdurchschnittlich 1,1 Millionen Arbeitslosen "viel zu hoch" sei. 292) Auch in Teilen der SPD-Linken herrschten also noch Illusionen über das Ausmaß und die Dauer der Wirtschaftskrise. Auch der linke SPD-Reichstagsabgeordnete Bergholz lehnte im Zeitzer "Volksboten" den Plan der Regierung Müller ab: "Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß der Regierungsentwurf für Hunderttausende von Arbeitslosen und Saisonarbeitern erhebliche Verschlechterungen bringt und daß er die Gemeinden aufs schwerste belastet." 293) Auch viele Parteivorstands-konforme SPD-Zeitungen und die Presse der freien Gewerkschaften wandten sich gegen diesen Vorschlag.

Aus diesem Grund scheiterten alle Versuche zwischen den Regierungsparteien, zu einem gemeinsamen Plan zur Reform der Arbeitslosenversicherung zu kommen. Die SPD-Position, die v.a. auf den Widerstand der DVP stieß, blieb in der Formulierung des "Vorwärts": "Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch Abbau der Leistungen oder durch Erhöhung der Einnahmen, das ist die entscheidende Frage. Für die Sozialdemokratie ist nur der letzte Weg gangbar." 294) Am 4.9.1929 führte ein Gespräch der Parteiführer der Regierungsparteien zu keinem

Kompromiß in dieser Frage. Am 5.9. kam es daher im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages zur absurden Situation, daß die Regierungsvorlage zur Reform der Arbeitslosenversicherung mit den Stimmen der SPD, der KPD und des Zentrums abgelehnt wurde. Auch die von diesen drei Parteien getrennt eingebrachten Vorlagen erhielten keine Mehrheit. 295)

Dieser scheinbar unüberbrückbare Gegensatz zwischen der SPD und den bürgerlichen Koalitionspartnern bot der SPD-Linken erneut die Gelegenheit, das Ende der großen Koalition zu verlangen. Seydewitz schlug die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen vor, da dies auf lange Sicht wegen der antagonistischen Gegensätze zwischen der SPD und den bürgerlichen Parteien die einzige Lösung sein werde. Dies müsse bald erfolgen, da jeder Tag der Fortsetzung der Regierung Müller der SPD in der Arbeiterschaft Vertrauen koste, was das wichtigste Ziel der bürgerlichen Koalitionspartner sei: "Wenn die Bourgeoisie glaubt, dieses Ziel (Diskreditierung der SPD - E.W.) erreicht zu haben, wird sie es zum Konflikt, zur Regierungskrise und zur Reichstagsauflösung treiben, um die parlamentarische Voraussetzung für die offene, unzweideutige Bürgerblockregierung zu schaffen." 296) Dies werde spätestens im Winter 1931 der Fall sein, da in der Reform der Arbeitslosenversicherung und der Art der Verteilung der Lasten des Young-Plans kein Kompromiß zwischen der SPD und den bürgerlichen Parteien möglich sein werde. Die SPD müsse daher von sich aus jetzt auf baldige Reichstagsneuwahlen drängen.

Ein Vermittlungsvorschlag des Reichsrates zur Reform der Arbeitslosenversicherung, der von der preußischen Regierung kam, wurde von der SPD und der DVP abgelehnt. Die Regierungskrise schien nunmehr unlösbar.

Am 20.9.1929 beschloß die SPD-Reichstagsfraktion einstimmig, daß sie weiterhin jeden Leistungsabbau der Arbeitslosenversicherung ablehne. Eine Beitragserhöhung sei das geeignete Mittel zur Lösung der Finanzkrise. Bei einer uner-

warteten Zuspitzung der Arbeitslosigkeit müsse das Reich seine Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung erhöhen. 297)

Die SPD-Linke interpretierte diesen Beschluß erfreut als Drohung gegenüber den bürgerlichen Parteien, daß, wenn sie den Wünschen der SPD nicht nachgeben würden, die SPD die große Koalition sprengen werde. Croner schrieb: "... wird also die Partei an den entscheidenden Punkten überstimmt, so bedeutet das die Zurückziehung der (SPD - E.W.) Minister aus der Regierungskoalition." 298) Der "Vorwärts" bemühte sich hingegen sofort, die Entscheidung der SPD-Reichstagsfraktion nicht als Androhung der Aufkündigung der großen Koalition erscheinen zu lassen. 299) Die Regierung Müller habe die Pflicht für die Verabschiedung der Young-Plan-Ausführungsgesetze und für Maßnahmen zur Bekämpfung des politischen Terrors zu sorgen: "Die Reichsregierung hat ihre Mission noch nicht erfüllt, sie hat in mancher Beziehung noch mehr zu tun, als sie bisher getan hat. Die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung ist für sie keine Frage um Sein oder Nichtsein." Der "Vorwärts" bemühte sich also durch das Aufzeigen der seiner Meinung nach gemeinsamen Interessen aller Regierungsparteien in der Außenpolitik und in der Gegnerschaft zum Links- und Rechtsextremismus die Gegensätze in der Wirtschafts- und Sozialpolitik als sekundär erscheinen zu lassen.

Am 30.9.1929 begann die 2. und 3. Lesung der Gesetzesvorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung. Die Gegensätze zwischen SPD und DVP blieben zunächst bestehen. Erst in letzter Sekunde einigten sich die Regierungsparteien auf einen gemeinsamen Kompromißvorschlag. Er vertagte die Entscheidung über die Beitragserhöhung und schränkte die Leistungen durch die Anrechnung der Sozialrenten auf die Höhe der Arbeitslosenhilfe, die Senkung der Saisonarbeitergelder und die Verlängerung der Anwartschaftszeit der Versicherten herab. Weder SPD noch DVP konnten also ihre Maximalziele durchsetzen. Die SPD-Reichstagsfraktion billigte diesen Kompromiß, obwohl er einen Leistungsabbau vorsah, um die Koalition zu erhalten.

Stresemann erreichte wenigstens, daß die DVP sich der Stimme im Reichstag enthalten wollte.

Am 3.10.1929 verabschiedete der Reichstag mit den 238 Stimmen der SPD, DDP, BVP und des Zentrums bei 155 Gegenstimmen der DNVP, KPD, NSDAP und WP und bei 40 Stimmenthaltungen der DVP diese Reform der Arbeitslosenversicherung. Die Reichstagsfraktion der SPD bemühte sich, dieses Gesetz als Erfolg der SPD gegen die Abbaupläne der DVP darzustellen. Der "gemäßigt" linke SPD-Reichstagsabgeordnete Aufhäuser vertrat am 3.10. als Redner seiner Fraktion im Parlament diese Auffassung. Den Leistungsabbau interpretierte er als Beseitigung von Mißständen der Leistungen durch die Versicherten. 300)

Nicht nur der "Vorwärts", sondern auch Teile der SPD-Linken wertete diesen Kompromiß als Erfolg der SPD. Croner erklärte: "Der Verteidigungskampf um die Arbeitslosenversicherung ist erfolgreich zu Ende geführt worden." 301) Keine einzige wichtige Forderung der DVP sei erfüllt worden. Dies sei ein Ergebnis der unnachgiebigen Taktik der SPD: "Die Partei hat diesen erbitterten Kampf als Regierungspartei so geführt, als ob sie in der Opposition stünde - das ist auf eine einfache Formel gebracht das 'Geheimnis' unseres Erfolges." Die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien werde aber weitergehen. Selbst das "Sächsische Volksblatt" war zufrieden: "Am Ende des Kampfes steht dank der Beharrlichkeit der Sozialdemokratie die Tatsache, daß die Abbauwünsche der Unternehmer abgelehnt wurden, daß durch die Beseitigung von sogenannten Mißständen und Ersparnissen dort, wo die Unterstützungssätze der Arbeitslosen nicht gekürzt werden, etwa 60 Millionen Mark gespart werden, daß der Rest des Defizits aber nicht durch Beitragserhöhung, sondern nun doch aus der Reichskasse gedeckt werden muß." 302) Nur die Redaktion des "Klassenkampf" war skeptisch. In einem Vorwort zum Artikel Croners bemerkte sie, daß kein Grund bestehe, die weitere Entwicklung optimistisch zu sehen. Die Frage der Methode der

Finanzierung der Arbeitslosenversicherung sei ungelöst und nur bis November vertagt worden. 303)

Die Probleme der Regierungsparteien in der Frage der Sanierung der Finanzen der Arbeitslosenversicherung waren ein entscheidender Indikator dafür, daß in der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Gegensätze zwischen der SPD und den bürgerlichen Parteien - v.a. mit der DVP und dem rechten Flügel des Zentrums - immer mehr zunahmen. Die SPD mußte als Arbeiterpartei allen Versuchen die Krise der Staatsfinanzen und der Sozialversicherungen v.a. durch die Belastung der Masse der Arbeitnehmer zu lösen, Widerstand leisten, wollte sie ihre Wählerbasis nicht gefährden. In der DVP und in Teilen des Zentrums wuchs daher die Neigung, eine Ersetzung der großen Koalition durch eine rein bürgerliche Regierung zu erreichen.

Mitte Oktober 1929 plädierte der einflußreiche DVP-Reichstagsabgeordnete von Kardorff in einem Artikel für die Zusammenarbeit der bürgerlichen Regierungsparteien mit den "staatsbejahenden Teilen der Deutschnationalen" in Fragen der Finanzpolitik. 304) Der Parteivorsitzende des Zentrums Kaas forderte in einer Rede am 19.10. die Herstellung der Einheit von christlichem und konservativem Denken und sprach sich gegen das "forcierte und unorganische Entwicklungstempo der Sozialdemokratie" aus. 305) Die bürgerliche Presse interpretierte diese Rede einmütig als Angebot an den gemäßigten DNVP-Flügel, anstelle der SPD in die Regierungskoalition einzutreten.

Der "Vorwärts" bemühte sich sofort, diese Spekulation als unrealistisch zu entlarven. Er behauptete, daß die Arbeiterwähler des Zentrums diesen Rechtsschwenk nicht mitmachen würden und daher die Parteiführung des Zentrums dies nicht wagen werde. Breitscheid aber sah sich immerhin veranlaßt, das Zentrum und die DVP aufzufordern, alle "Anbiederungsversuche an die Rechte" zu unterlassen. Zugleich kündigte er zur Beruhigung der Koalitionspartner an, daß die SPD in der Frage der Finanzreform, also der Deckung des Etatdefizits, zu Kompromissen bereit sei. Außerdem sei eine mehrheitsfähige

Alternative zur jetzigen Koalition gar nicht vorhanden. 306)

Die SPD-Linke hielt hingegen die Annäherung der Mittelparteien an die Rechte für unvermeidbar, da die Klasseninteressen aller bürgerlichen Parteien eine Bürgerblockpolitik erforderten, um die Sanierung der Reichsfinanzen und der Sozialversicherung sowie die Aufbringung der Reparationslasten allein der Arbeiterschaft aufzubürden. Die SPD dürfe daher nicht passiv darauf warten, bis sie die bürgerlichen Parteien aus der Regierung hinausdrängen würden, sondern müsse von sich aus die Regierungskoalition verlassen. 307)

In den am 17.11.1929 stattfindenden Kommunalwahlen in Preußen, Sachsen, Hessen und Hessen-Nassau sahen beide Flügel der SPD einen Test für die Zustimmung der SPD-Wähler zur Regierungspolitik. Die SPD konnte sich in diesen Ländern im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1925 behaupten, verlor aber im Vergleich zur Reichstagswahl 1928 erheblich an Stimmen. Großer Sieger der Wahlen war die NSDAP und - mit Ausnahme Sachsens - die KPD. In der Stadt Berlin verlor die SPD stark zugunsten der KPD.

Die Presse der Parteimehrheit bewertete das Wahlergebnis als Erfolg. Trotz der schweren ökonomischen Krise sei die SPD relativ stabil geblieben. Fänden heute Reichstagswahlen statt, würde sich an den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag nichts grundlegendes ändern. Das schlechte Ergebnis der SPD in Berlin führte der "Vorwärts" auf die "Orgie der Verleumdung" gegen die SPD durch die bürgerliche und die KPD-Presse wegen des Sklarek-Skandals, in dem einzelne Mandatsträger der SPD verwickelt waren, zurück. 308)

Die SPD-Linke stellte besonders das gute Abschneiden der SPD in Sachsen, ihrer Hochburg, heraus, das beweise, daß die Partei auch in einer ökonomischen Krise sogar Stimmen gewinnen könne, wenn sie gegenüber der gesamten Bourgeoisie eine "streng proletarisch orientierte Politik" treibe, wie es die sächsische SPD schon immer getan habe. 309) Levi wies darauf hin, daß die SPD die neuen Wähler der NSDAP und der

KPD nur für sich gewinnen könne, wenn sie nicht als "staats-erhaltende Partei" betrachtet werde, da der bestehende bürgerliche Staat kein Vertrauen bei großen Teilen der Bevölkerung mehr genieße. 310) Die Wahlniederlage in Berlin wurde nicht v.a. mit der Hetze gegen die SPD erklärt, sondern mit dem anfänglichen Versuch des "Vorwärts", den Sklarek-Skandal totzuschweigen und zu beschönigen. 311) Als Konsequenz daraus forderte eine Funktionärsversammlung der Berliner SPD am 29.11.1929 wieder einmal eine eigene SPD-Lokalzeitung für Berlin, da der "Vorwärts" diese Aufgabe nur unzureichend erfülle. 312)

Wegen der Verschärfung der Wirtschaftskrise nach dem "Schwarzen Freitag" an der New Yorker Börse am 25.10.1929 wurde die Finanzkrise des Staates in Deutschland immer größer. 313)

Die Parteimehrheit der SPD hoffte dennoch weiterhin, daß die Krise bald überwunden werden würde. Der "Vorwärts" kritisierte am 29.11.1929 eine Prognose des Instituts für Konjunkturforschung, die davon ausging, daß Deutschland nicht mehr weit von einer "konjunkturellen Depression" entfernt sei. 314) Der "Vorwärts" bewertete dies als einseitige Auslegung vorhandener Daten und erinnerte daran, daß dieses Institut schon 1927 zu Unrecht eine Depression vorhergesagt habe. Der "Vorwärts" war über die weitere wirtschaftliche Entwicklung optimistisch: "Es sind eine ganze Menge positiver Momente vorhanden, die die Prognose einer Depression geradezu verbieten. "Es sei eher mit einem Aufschwung zu rechnen als mit einer Depression.

Die Beurteilung der weiteren ökonomischen Entwicklung durch Petrich im "Klassenkampf" am 15.10.1929 sollte sich als wesentlich realistischer erweisen. Er prognostizierte eine grundlegende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter werde rapide zunehmen. Die jetzt vorhandene Stagnation werde im Spätherbst und im Winter in eine Depression übergehen. 315)

In der Regierung trat die Debatte über die Deckung der Finanzierungslücke des Reichsetats in Höhe von 300 Millionen

Reichsmark, die für das Jahresende 1929 erwartet wurde, in den Mittelpunkt. Die bürgerlichen Regierungsparteien schlugen vor, die Besitzsteuern zu senken, um in der Wirtschaftskrise die Investitionsbereitschaft der Unternehmer zu erhöhen und die Massensteuern zu erhöhen, um die Reichsfinanzen zu sanieren.

Der "Vorwärts" deutete in dieser Frage eine gewisse Kompromißbereitschaft der SPD an. Sie werde eine Erhöhung der Alkoholsteuer nicht ablehnen, wenn andere Massensteuern gesenkt würden. 316)

Ströbel warnte in zwei Artikeln im "Klassenkampf" die SPD-Parteiführung davor, den Wünschen der Koalitionspartner nachzugeben, nur um die Koalition zu retten. Die Forderung der SPD könne nur lauten: Erhöhung der im Vergleich zu anderen Staaten viel zu niedrigen Besitzsteuern und Senkung der Massensteuern. Es war klar, daß dies zusammen mit den bürgerlichen Koalitionspartnern nicht durchgesetzt werden konnte. 317)

Die Wünsche der bürgerlichen Regierungsparteien wurden von den Unternehmern und dem Reichsbankpräsidenten Schacht unterstützt.

Am 2.12.1929 veröffentlichte der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) eine Denkschrift "Aufstieg oder Niedergang", in der er von der Regierung Maßnahmen zur Förderung der Investitionen der Unternehmer und zur Kostensparung bei der Sozialversicherung forderte wie z.B: Senkung der Besitzsteuern, Freigabe der Wohnungsmieten, Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Aufhebung der staatlichen Zwangsschlichtung bei Tarifkonflikten, Erhöhung der Massensteuern und Kürzung der Leistungen der Sozialversicherungen. Begründet wurde dieses Programm, dessen Verwirklichung den Abbau fast aller noch vorhandenen sozialpolitischen Errungenschaften der Novemberrevolution bedeutet hätte, mit der Notwendigkeit der Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Wirtschaft und der Förderung der Eigenkapitalbildung der Unternehmen. 318)

Am 6.12.1929 kam Reichsbankpräsident Schacht dem Vorstoß der Unternehmer zur Hilfe. In einem Memorandum verlangte er

von der Reichsregierung die Senkung der Besitzsteuern und der staatlichen Kreditaufnahme. Er machte sich damit, wie der "Vorwärts" feststellte, "die finanzpolitischen Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu eigen." 319)

Beide Vorschläge stießen auf den Widerstand der SPD und der freien Gewerkschaften, da sie auf einen Abbau der Sozialpolitik und des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft abzielten. Zudem hielt der "Vorwärts" radikale Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen des Reiches und der Kommunen und der Sozialversicherungen aufgrund seines ungebrochenen wirtschaftspolitischen Optimismus für gar nicht notwendig: "Die deutsche Wirtschaft ist nach dem Urteil der Sachverständigen, deren Blick nicht interessengetrübt ist, im Kern gesund. Ebenso die Reichsfinanzen. Die krisenhaften Erscheinungen, die zutage treten, sind nur peripherer Natur. Durch eine Ausschöpfung einzelner Steuerquellen könnte das Gleichgewicht sehr rasch hergestellt werden und die augenblicklichen Schwierigkeiten mit Leichtigkeit überwunden werden." 320)

Das am 9.12. von Hilferding dem Kabinett vorgelegte und von ihm gebilligte Finanzprogramm kam den Wünschen der Unternehmer zum Teil entgegen. Das Programm, das die Finanzpolitik des Reiches für die nächsten fünf Jahre festlegen sollte, sah die Senkung der Einkommens- und Vermögenssteuer vor. Die verringerte Gewerbesteuer sollte später durch eine kommunale Verwaltungssteuer, die von allen Bürgern aufgebracht werden sollte, ersetzt werden. Die Wirtschaft sollte damit um 910 Millionen Reichsmark entlastet werden. Die Massen belastende Steuern wie die Tabak- und Biersteuer sollten hingegen erhöht werden. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden um 1/2% erhöht. 321)

Dieses Finanzprogramm wurde von der SPD-Reichstagsfraktion und den freien Gewerkschaften wegen seines unsozialen, den Besitz begünstigenden Charakters scharf kritisiert. Selbst der die große Koalition bisher immer verteidigende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Preußen und Redakteur der neu herausgegebenen Diskussionszeitschrift des Parteivorstandes

"Das Freie Wort" Heilmann hielt es für notwendig, sich davon zu distanzieren: "Was der sozialdemokratische Reichskanzler und der sozialdemokratische Reichsfinanzminister vorgeschlagen haben, ist mit der Partei nicht durchgesprochen und nicht verabredet. Auch nicht mit der Reichstagsfraktion, deren Finanzausschuß ein klein wenig über die Absichten der Regierung informiert worden ist." 322) Den Verzicht der SPD-Reichstagsfraktion, ein eigenes Finanzprogramm vorzuschlagen, begründete er mit der Rücksichtnahme auf den Erhalt der Koalition: "Die Arbeiterbewegung hat bisher aus Disziplin und Rücksicht auf unsere Minister so gut wie völlig geschwiegen."

Für die SPD-Linke war dieses Programm ein erneuter Beweis dafür, daß die Regierung Müller zunehmend nur noch Interessen des Bürgertums vertrat. Levi kritisierte, daß die SPD-Reichstagsfraktion kein eigenes Finanzprogramm vorlegte. Der Widerstand gegen dieses Programm müsse wegen der Aktionsunfähigkeit der SPD nunmehr auf die Gewerkschaften übergehen. 323) Auch Seydewitz hielt das Programm für "unannehmbar", da es die Besitzsteuern um 1230 Millionen Reichsmark senke, die Massensteuern aber nur um 90 Millionen Reichsmark. Bei seiner Durchführung würden nur die NSDAP und die KPD wegen der wachsenden Unzufriedenheit mit der Regierung politisch profitieren und die Besitzenden finanziell. Daher bedeute die Fortsetzung der Koalitionspolitik "eine große Gefahr für die Sozialdemokratie, für die Arbeiterklasse und auch für den Bestand der Republik." 324)

Auch die DVP war mit dem Programm nicht zufrieden. Sie forderte das sofortige Inkrafttreten der Senkung der Besitzsteuern und die Befristung der Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung bis zum 1.4.1930.

Nach langen Verhandlungen einigten sich die Regierungsparteien auf einen Kompromiß. Die Grundzüge des Finanzprogramms wurden gebilligt, die Ausgestaltung der einzelnen Finanzgesetze sollte von den Regierungsparteien noch einmal ausführlich diskutiert werden. 325)

Auch in der linken Flügelpartei der Regierungskoalition, der SPD, kam bei dieser Abstimmung erstmals offen die Unzufriedenheit eines Teiles der Partei im Parlament zum Ausdruck. Von den 152 Reichstagsabgeordneten der SPD fehlten bei der Abstimmung 32. Der "Vorwärts" vermutete, daß 24 von ihnen aus Protest gegen das Finanzprogramm der Regierung der Abstimmung bewußt ferngeblieben seien. Sie hätten damit von einem traditionellen Recht der Minderheit in der Reichstagsfraktion Gebrauch gemacht, dadurch ihre Ablehnung des Abstimmungsverhaltens der Mehrheit der Fraktion zu dokumentieren.

Im Kampf gegen die wirtschaftspolitischen Ziele der DVP werde die SPD-Reichstagsfraktion aber einheitlich auftreten. Der "Vorwärts" äußerte erstmals die Vermutung, daß die DVP nur noch bis zur Verabschiedung der Ausführungsgesetze zum Young-Plan Interesse an der Aufrechterhaltung der großen Koalition habe. 327)

Auch Paul Hertz bemühte sich, die Differenzen in der SPD-Reichstagsfraktion herunterzuspielen: "So bedauerlich es ist, daß die Geschlossenheit der Sozialdemokratie bei dieser wichtigen Frage nicht zu erreichen war, so wenig Anlaß darf diese Meinungsverschiedenheit doch bieten, etwa von ernsten Differenzen zu sprechen. Es sind nicht tiefgehende sachliche Meinungsverschiedenheiten, sondern Meinungsverschiedenheiten über die Taktik, die bei diesem Anlaß zum Ausdruck kamen." 328)

Die Redaktion des "Klassenkampf" zählte die Namen der "28 Dissidenten" in der SPD-Reichstagsfraktion auf, die fast alle aus den Hochburgen der SPD-Linken kamen: Agnes (Düsseldorf-West); Arzt, Fleißner, Schirmer, Stegmann, Sender (Ost-sachsen); Bergholz, Peters (Halle-Merseburg); Bergmann (Hamburg); Bock, Dietrich, Hermann, Rosenfeld, Wurm (Thüringen); Bohm-Schuch, Künstler, Litke, Löwenstein, Wendt (Berlin); Graf, Saupe, Siemsen (Leipzig); Jacobshagen (Pfalz); Kuhnt, Levi, Seydewitz, Ströbel (Chemnitz-Zwickau). Sie hätten, da wegen der "verhältnismäßig starren Fraktionsdisziplin" in der SPD keine Stimmhaltung möglich gewesen sei, dadurch ihre Ab-

lehnung des Finanzprogramms dokumentieren und die Regierung Müller vor den Folgen der Fortsetzung dieser Politik warnen wollen: "Die Staatsmännerei der Ministeriellen hat die Aufrichtung eines weithin sichtbaren Warnungszeichens unbedingt nötig gemacht. Im Interesse der Partei, deren Anhänger draussen im Lande keinen leichten Stand haben und die darum auch die Haltung der 28 Dissidenten billigen werden." 329)

Seydewitz erklärte offen, daß die linke Minderheit der SPD-Reichstagsfraktion am 15.12. einen Sturz der Regierung Müller in Kauf genommen habe: "Wir schreckten vor dieser Möglichkeit nicht zurück, wir fordern heute noch ausdrücklicher als auf dem Magdeburger Parteitag den Austritt der Sozialdemokratie aus dieser Regierung, wir sind nach den nach dem Magdeburger Parteitag gemachten Erfahrungen heute mehr denn je der Überzeugung, daß die Politik dieser Koalitionsregierung zum Schaden der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse ausschlägt und die faschistischen Tendenzen in außerordentlich bedauerlicher Weise stärkt. Je früher die sozialdemokratische Fraktion den Mut findet, mit dieser Koalitionsregierung Schluß zu machen, um so geringer wird der Schaden sein." 330) Damit widerlegte er die Behauptung von Hertz, daß die Differenzen in der SPD-Reichstagsfraktion nur taktischer Natur seien. Während die Mehrheit weiterhin für die Fortsetzung der großen Koalition war, forderte die linke Minderheit den Austritt der SPD-Reichsminister aus der Regierung.

Linke SPD-Parteigliederungen kritisierten das Finanzprogramm und forderten eine Änderung des Kurses der Regierung oder den Austritt der SPD aus der Regierungskoalition. Auf einer Funktionärsversammlung des SPD-Bezirk Groß-Berlin am 16.12. erklärte Künstler, die Regierung habe Pleite gemacht und sagte ihr baldiges Auseinanderbrechen voraus: "Wenn Finanzreform und Young-Plan unter Dach und Fach sind, wird man die Sozialdemokratie nicht mehr brauchen." Die Versammlung beschloß einstimmig, also mit den Stimmen der rechten

Minderheit, einen Appell an die Reichstagsfraktion: "Die Funktionsversammlung der Berliner SPD erblickt in dem von der Reichsregierung geplanten Finanzprogramm eine erneute Belastung der deutschen Arbeiterklasse. Sie fordert von der Reichstagsfraktion, im Kampf um die Lastenverteilung alle Kraft für die Bekämpfung der Steuerforderungen einzusetzen, welche die Kaufkraft der breiten Massen einschränken. Eine weitere Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung liegt nur dann im Interesse des arbeitenden Volkes, wenn es gelingt die Forderungen des RDI und der bürgerlichen Parteien abzuwehren, die sich gegen die Arbeiterklasse richten." 331)

Die Resolution des Bezirksvorstandes Chemnitz-Erzgebirge fiel nach einem Referat Ströbels bedeutend schärfer aus und verurteilte die Haltung der SPD-Reichsminister und der Fraktionsmehrheit. Sie lautete: "Der Bezirksvorstand bedauert, daß in dem jetzigen Kampf um die wichtige Reichsfinanzreform die Verbindung zwischen Partei und Ministern anscheinend völlig unterbrochen war. Mit aller Schärfe ist zurückzuweisen, daß die Minister als die Vertrauensleute der Partei eine von der Finanzbureaukratie suggerierte Politik machen, von der sie wissen, daß die Reichstagsfraktion die Verantwortung dafür nicht übernehmen kann. Der Bezirksvorstand ersucht die Reichstagsfraktion und die Parteileitung, die Finanzreform des Kabinetts Müller abzulehnen und als stärkste Partei einen eigenen Finanzplan auszuarbeiten, der eine gerechte Verteilung der Lasten vorsieht. Beharren die Gegner auf ihren volksfeindlichen Plan, dann muß die Sozialdemokratie die Verantwortung für den Young-Plan und die Reichsfinanzreform den bürgerlichen Parteien überlassen und durch Austritt aus der Regierung und Appell an das Reich den Boden für eine neue Entscheidung vorbereiten." 332)

Ähnliche Beschlüsse faßten die Bezirksvorstände der drei weiteren sächsischen Parteibezirke und die Ortsgruppen Breslau, Frankfurt am Main, Düsseldorf und Kaiserslautern. 333)

Die Regierung geriet gleich nach der erfolgreichen Vertrauensabstimmung im Reichstag wieder in neue Schwierigkeiten. Hilferding wollte zur teilweisen Deckung des Etatdefizits des Reiches bei dem Bankhaus Dillon & Read einen Kredit in Höhe von 330 Millionen Reichsmark aufnehmen. Der Reichsbankpräsident Schacht bestand jedoch darauf, daß die Reichsregierung nur über die Vermittlung der Reichsbank Kredite aufnehmen dürfe. Er verlangte zudem ultimativ, daß die Reichsregierung einen Tilgungsfonds für die schwebende Schuld des Reiches in Höhe von 450 Millionen Reichsmark vorlegen solle, der Haushaltseinsparungen und sofortige Steuererhöhungen enthalten müsse. Die Reichsregierung mußte diesem Ultimatum nachgeben, um das Kassendefizit zu überwinden. Am 21.12. erklärten daraufhin Reichsfinanzminister Hilferding und sein Staatssekretär Popitz aus Protest gegen die Eingriffe von Schacht in die Finanzpolitik der Regierung ihren Rücktritt. Neuer Finanzminister wurde, nachdem der SPD-Finanzexperte Paul Hertz dies abgelehnt hatte, der DVP-Politiker Moldenhauer, dessen bisherige Funktion als Wirtschaftsminister Robert Schmidt (SPD) übernahm. 334)

Der "Vorwärts" zeigte zwar Verständnis für diesen Schritt Hilferdings, kritisierte aber indirekt seine Tätigkeit in der Regierung: "Im Kabinett Müller sind der verfehlten Finanzpolitik der Volkspartei und der Demokraten zuviel Zugeständnisse gemacht worden. Das hat sich jetzt schwer gerächt. Die Sozialdemokratie muß in der Koalition stark sein, wenn sie noch weiter Mitverantwortung tragen soll." 335)

Die SPD-Linke nahm das Nachgeben der Regierung gegenüber Schacht zum Anlaß, das Ende der großen Koalition zu fordern. Levi nannte als Ursache dieses Verhaltens den Versuch der SPD-Reichsminister, durch ständige Zugeständnisse an die Koalitionspartner die Regierung zu erhalten. Hilferding sei ein Opfer dieser auch von ihm vertretenen, falschen Politik:

"Die Ehre des Sozialisten gebietet zu sagen, daß wenn Hilferding fiel, er fiel nicht an der Starrheit der Vertretung sozialistischer Grundsätze." Er warnte jedoch vor einer Personalisierung dieses Falles: "Die Stationen des Hilferding'schen Leidensweges sind zugleich Stationen der Regierung: Panzerkreuzer, steuerfreie Anleihe, Dezemberkonkurs." 336) Seydewitz teilte diese Auffassung: "Nicht die Personen haben versagt, sondern diese Koalitionspolitik." Die große Koalition sei völlig bankrott. 337) Petrich forderte ebenfalls das Ende des "Trauer- und Satirspiels" der Regierung Müller und griff Hilferding scharf an: "Auf Hilferding trifft das freche Wort einer volksparteilich-schwerindustriellen Zeitung zu, das auf die Sozialdemokratie geprägt ist: Sie ist nicht mehr sozialdemokratisch, aber auch noch nicht völlig bürgerlich." 338)

Die Parteiopposition versuchte das Argument der Parteimehrheit zu widerlegen, daß die Fortsetzung der großen Koalition zumindest noch bis zur Ratifizierung des Young-Plans und der Verabschiedung seiner Ausführungsgesetze notwendig sei. Petrich stritt ab, daß eine rein bürgerliche Regierung von der Verständigungspolitik zu einer "Katastrophenpolitik" gegenüber der Entente umschwenken könne, selbst wenn sie es wolle. Auch Anna Siemsen war der Ansicht, daß selbst eine Bürgerblockregierung am bisherigen Kurs der Außenpolitik nichts verändern werde. 339)

Wegen der innerparteilichen Kritik an der Regierung Müller grenzte sich die Parteiführung der SPD schärfer von den Koalitionspartnern, v.a. von der DVP, ab. Breitscheid forderte am 28.12. im "Vorwärts" die DVP auf, zu erklären, ob sie an der großen Koalition festhalten wolle oder ob sie eine Bürgerblockregierung anstrebe. Die SPD sei nicht um jeden Preis bereit, in dieser Regierung weiter vertreten zu sein: "Wir haben unsere Pflicht gegen den Staat und gegen die arbeitende Bevölkerung innerhalb der Regierung getan und wir würden sie auch in der Opposition zu erfüllen wissen." 340)

Die Präferenz der Parteiführung lag aber offensichtlich

immer noch auf der Fortsetzung der großen Koalition. In der von Hilferding herausgegebenen Theoriezeitschrift "Gesellschaft" plädierte Decker für den Versuch die Regierungsabteilung zu erhalten, da sie eine Machtposition darstelle, aus der sich die SPD nicht ohne Widerstand verdrängen lassen dürfe. Das Zentrum und die DDP lehnten zur Zeit eine "Bürgerblockfront" ab, während die DVP nach der Ratifizierung des Young-Planes mit Sicherheit eine Bürgerblockregierung installieren wolle. 341)

Die SPD-Linke nahm den Artikel Breitscheids nicht allzu ernst. Sie glaubte, daß seine Drohung gegenüber den bürgerlichen Koalitionspartnern, die SPD scheue nicht den Gang in die Opposition, v.a. der Beruhigung der innerparteilichen Kritiker der Koalitionspolitik dienen sollte. Die "Osthüringische Tribüne" in Gera schrieb: "Diese mannhaftige Sprache wird den Gegnern imponieren? Kein Gedanke! Sie wollen jetzt noch nicht die Sozialdemokratie aus der Regierung drängen, sie wollen die Sozialdemokratie weiter kompromittieren Breitscheids Spiel mit dem Oppositionsgedanken wird niemand tragisch nehmen, bei der bekannten Elastizität der Taktik des derzeitigen Fraktionsvorsitzenden." 342)

In der Diskussion in der SPD spielte das Volksbegehren der Rechtsparteien gegen den Young-Plan keine Rolle. Es erreichte im Oktober 1929 mit 10,02% aller Wahlberechtigten nur knapp die erforderliche Zahl von Stimmen. Beim Volksentscheid sprachen sich nur 5,8 Millionen (13,8% der Wahlberechtigten) dafür aus. Dies bedeutete einen Mißerfolg der Rechtsparteien, die bei den letzten Reichstagswahlen 7 Millionen Stimmen erhalten hatten. 343)

3.7. Der Bruch der Großen Koalition wegen der Gegensätze in der Sozialpolitik

Die SPD-Parteiführung bemühte sich weiterhin, das Wirken der Regierung Müller als Erfolg darzustellen, da alle Abbauwünsche der bürgerlichen Parteien im Bereich der Sozialpolitik abgewehrt worden seien und die Reallöhne nicht gesunken seien. Wissell war in seinem Neujahrsartikel im "Vorwärts" optimistisch, daß SPD und Gewerkschaften auch in Zukunft jeden Abbau der Sozialleistungen verhindern würden: "Sozialpolitik trotz allem, ja gerade wegen der Notlage unseres Volkes! Keine Kapitulation vor den Abbauwünschen!" Wegen der engen Kampfgemeinschaft von SPD und freien Gewerkschaften könne man "der sozialpolitischen Entwicklung getrost entgegengehen." 344)

Grundlage dieses Optimismus war auf Seiten der Parteimehrheit die Hoffnung, daß mit der zu erwartenden baldigen Besserung der wirtschaftlichen Lage durch den auf jede Krise folgenden Aufschwung wieder Erfolge der Partei in den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik möglich sein würden. Typisch dafür war der Artikel Naphtalis im "Vorwärts" am 1.1.1930, in dem er zwar vor dem Hintergrund von inzwischen 4,687 Millionen Arbeitslosen zugeben mußte, daß 1929 ein "Jahr fortschreitender wirtschaftlicher Depression" gewesen sei, er aber dennoch versuchte die weitere ökonomische Entwicklung in rosigem Licht zu sehen. Das "Gerede" von einem drohenden Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft sei "Unfug." Die SPD lehne diese "Schwarzmalerei" ab. Durch die Aufnahme ausländischer Kredite, eine Sparpolitik des Staates und die Stärkung der Massenkaufkraft könne die Krise überwunden werden. Die erforderliche Vergrößerung des Eigenkapitals der deutschen Wirtschaft dürfe nicht zu Lasten der Arbeiterschaft gehen. 345)

Die SPD-Linke sah die wirtschaftliche Lage weiterhin realistischer. Petrich hielt im "Klassenkampf" am 15.1.1930

einen konjunkturellen Aufschwung im Frühjahr 1930, den Naphtali erwartete, zwar für "nicht ganz ausgeschlossen", aber für "außerordentlich zweifelhaft." Die Ursache der Krise sei nicht der Kapitalmangel der Unternehmer, sondern die Unterkonsumtion der Massen. Notwendig zur Überwindung der Krise sei daher v.a. eine Stärkung der Massenkaufkraft. 346)

In den ersten Wochen des Jahres 1930 stand in den Beratungen des Kabinetts und in der innerparteilichen Diskussion in der SPD die Art der Durchführung des vom Reichstag am 15.12.1929 gebilligten Finanzprogramms und der Reichsetatplan für 1930 im Mittelpunkt der Auseinandersetzung.

Die SPD-Linken benutzte die Differenzen mit den bürgerlichen Koalitionspartnern der SPD in dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, um die ihrer Meinung nach bestehende Unmöglichkeit der Fortsetzung der großen Koalition darzustellen.

Da die SPD-Reichstagsfraktion weiterhin auf die Vorlage eines eigenen Finanzprogramm-Entwurfes verzichtete, um das von der Regierung Müller vorgelegte Projekt der Finanzreform nicht zu konterkarrieren, unterbreitete Ende Januar 1930 der Landesarbeitsausschuß der von der Linken beherrschten SPD Sachsen einen Vorschlag für ein Finanzprogramm der SPD. Er lehnte das Programm der Regierung Müller ausdrücklich ab. Er forderte u.a.: die Erhöhung der Besitzsteuern, die Herabsetzung der Massensteuern und der Importzölle, den Ausbau der Sozialpolitik und ein großes staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm. Finanziert werden sollte dieses Programm neben der Erhöhung der Besitzsteuern durch die Senkung der Spitzengehälter der Beamten und der hohen Pensionen, die Kürzung der staatlichen Subventionen an Unternehmen, die Reduzierung des Wehretats auf 500 Millionen Reichsmark und die Erhöhung der Kreditaufnahme durch die Kommunen. 347)

Die Zeitschrift der SPD-Linken "Klassenkampf" gab Ende Februar 1930 ein Sonderheft mit dem Titel "Die Steuerdiktatur des Geldsacks. Sozialdemokratie und Finanzreform" heraus. 348) Darin wurde das Finanzprogramm der Regierung Müller abgelehnt.

Ströbel errechnete, daß es die Besitzsteuern um 1,225 Milliarden Reichsmark senke, die Massensteuern aber nur um 0,640 Milliarden Reichsmark. 349) Croner bewertete das Finanzprogramm der Regierung so: "Diese 'Finanzreform' ist die arbeiterfeindlichste Maßnahme, die in diesem Augenblick ersonnen werden konnte." 350) Weckerle versuchte nachzuweisen, daß ein Kapitalmangel in Deutschland gar nicht bestehe und forderte, daß die Arbeiterbewegung der Parole der Unternehmer "Gesteigerte Kapitalbildung" die Parole "Gesteigerte Lohnbildung" nicht nur entgegenzuhalten, sondern diese auch realisieren solle. 351) Der Vorschlag dieser drei Autoren zur Herstellung eines ausgeglichenen Reichshaushaltes war weitgehend identisch mit dem von der SPD Sachsens vorgeschlagenen Finanzprogramm. 352)

Die Forderungskataloge der SPD Sachsens und des "Klassenkampf"-Sonderheftes enthielten eine Reihe von Punkten, die für die bürgerlichen Regierungsparteien inakzeptabel waren. Es war offensichtlich, daß mit einer Regierung der großen Koalition diese Vorschläge nicht realisierbar waren und daher eher einem Wahlkampfprogramm der SPD oder einem Alternativprogramm der SPD als Oppositionspartei zum Plan einer rein bürgerlichen Regierung gleichkamen. Die Redaktion des "Klassenkampf" machte dies bei der Präsentation des sächsischen Vorschlages auch deutlich: "Ein solches Programm wird nur im Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien durchzusetzen sein, solche von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion energisch und rücksichtslos verfochtene Forderungen können zum Auseinanderfallen der gegenwärtigen Koalitionsregierung im Reiche führen. Wir glauben, daß dies kein Schaden wäre, weil dann die Sozialdemokratie nicht mehr zu verantworten brauchte, was die bürgerliche Mehrheit gegen den Willen der Sozialdemokratie bestimmt,..." 353) Nur durch die Formulierung eines eigenen Finanzprogrammes könne die SPD-Reichstagsfraktion aus ihrer "Defensivstellung der letzten Monate" hinauskommen.

Die SPD-Parteiführung reagierte nicht auf diese Programmvorschläge der SPD-Linken. Die SPD-Reichstagsfraktion

verzichtete, um die Koalition nicht zu gefährden, weiterhin darauf, eine Alternative zum Finanzprogramm der Regierung vorzulegen.

Bei den Kabinettsberatungen über den Reichshaushaltsplan stimmten die SPD-Reichsminister der Erhöhung des Wehretats um 30 Millionen Reichsmark zu. Als Kompensation dafür wurden für den Panzerkreuzer B keine Mittel bereitgestellt. Am 17.2.1930 wurden die SPD-Reichsminister im Kabinett in der Frage der Kürzung des Sozial Etats überstimmt. Reichsarbeitsminister Wissell drohte hierauf mit seinem Rücktritt. Dies zeigte, daß die Differenzen zwischen der SPD und den bürgerlichen Koalitionspartnern immer mehr zunahmen.

Der ADGB-Bundesausschuß unterstützte am nächsten Tag die Haltung der SPD-Reichsminister. Bei der Sanierung der Reichsfinanzen durfte nach seiner Meinung der Staat nicht von seiner sozialen Verpflichtung entbunden werden. Anstelle der Senkung des Sozial Etats sei ein "Notopfer aller Steuerpflichtigen aus Besitz und Einkommen" sinnvoll. Die Ausgaben für die Sozialversicherung und die produktive Erwerbslosenfürsorge dürften nicht gesenkt werden. 354) Die SPD übernahm sofort diesen Vorschlag. Die DVP beharrte jedoch auf der Senkung des Sozial Etats und auf den Leistungsabbau der Arbeitslosenversicherung.

Die SPD-Linke verlangte in dieser Situation natürlich wieder die Beendigung der großen Koalition. Seydewitz forderte die SPD-Reichsminister auf, falls der Beschluß des Kabinetts über die Senkung der Sozialausgaben nicht rückgängig gemacht werden könne, geschlossen zurückzutreten. Die SPD müsse endlich in die Offensive gegen die bürgerlichen Parteien gehen, da die Kraft der Partei durch die ständige Politik der Konzessionen geschwächt werde: "Überall sind wir in der Abwehrstellung, in einer trostlosen, fatalistischen Abwehrstellung, die auf die Dauer auf die Massen deprimierend wirken muß." 355)

Die Erbitterung in der SPD über die Erfolgslosigkeit der Regierung Müller wurde so groß, daß auch von der Parteimehrheit beherrschte Parteigliederungen wie München und Köln Anfang März 1930 den Austritt der SPD-Reichsminister aus der Regierung forderten. 356)

Nach langen Verhandlungen konnte sich am 6.3.1930 das Kabinett auf den von Moldenhauer vorgelegten Reichshaushaltsplan einigen. Die vorhandene Deckungslücke in Höhe von 464 Millionen Reichsmark sollte durch die Erhöhung und Verbrauchssteuern, u.a. der Biersteuer, und durch die Anhebung der Zölle für Kaffee, Tee, Benzin und Benzol gedeckt werden. 357)

Reichskanzler Müller informierte noch am selben Tag die Reichstagsfraktion der SPD, die starke Bedenken wegen der einseitigen Belastung der Massen und der Schonung des Besitzes äußerte. Sie faßte keinen Beschluß, da sie erst den genauen Inhalt der Ausführungsgesetze abwarten wollte. Der "Vorwärts" kritisierte zwar den Inhalt des Reichshaushaltsplans und der Deckungsvorlage, plädierte aber doch im Prinzip für die Zustimmung der SPD dazu: "Mag man über sie im einzelnen urteilen wie man will, die Verpflichtung den öffentlichen Haushalt in Ordnung zu bringen und damit die Grundlagen für ein normales Funktionieren unserer sozialen Institutionen, ja der Gesamtwirtschaft überhaupt, wiederherzustellen, werden wir uns so oder so doch nicht entziehen können!" 358)

Für die SPD-Linke hingegen war das Finanzprogramm des Kabinetts nicht annehmbar. Nach Meinung Ströbels stellte es eine weitere "Niederlage der Sozialdemokratie" dar. 359) Es belaste durch die Zollerhöhungen v.a. die Arbeiterklasse und müsse daher für die SPD "unannehmbar" sein. Die Mitarbeit in der Regierung werde zu einer immer schlimmeren Last für die SPD. Nur durch eine Beendigung dieser Regierung durch die SPD werde sie das durch die Fehler des Kabinetts Müller verlorengegangene Vertrauen in der Arbeiterschaft wieder zurückgewinnen können: "Es kommt doch nicht darauf an, daß wir Minister, Oberpräsidenten und Ministerialräte in der

Regierung haben, sondern darauf, was sie durchsetzen. Setzen wir nichts durch, so mögen doch lieber die besitzenden Klassen selbst ihre Geschäfte besorgen und dafür auch noch die verdiente Unpopularität ernten."

Auch in der DVP stieß das Programm ihres Reichsministers Moldenhauer auf Widerstand, nachdem es am 9.3. auf Wunsch der SPD, DDP und des Zentrums noch leicht im Sinne der SPD modifiziert worden war. Die DVP-Reichstagsfraktion lehnte es ab. Die Mehrheit der DVP-Fraktion strebte eine Regierung unter Beteiligung der DNVP anstelle der SPD an, da sie ihr Programm des Abbaus der Sozialpolitik mit der SPD nicht durchsetzen konnte. 360)

In dieser verfahrenen Situation empfing Reichspräsident Hindenburg den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums Brüning am 12.3. Bei diesem Gespräch wurden natürlich streng vertraulich Alternativen zur Regierung der großen Koalition diskutiert. Die Parteizeitung des Zentrums "Germania" berichtete, daß Hindenburg erklärt habe, daß er die Gesetze zur Ausführung des Finanzplans der Regierung Müller, falls sie im Reichstag wegen der Uneinigkeit der Regierungsparteien keine Mehrheit erhalten sollten, mit Hilfe des Artikels 48 in Form von Notverordnungen durchsetzen wolle.

Seydewitz wertete dies als Erpressungsversuch gegenüber dem Reichstag: "Dem Parlament wird klargemacht, daß es die Diktatur auf finanzpolitischem Gebiete nur dadurch verhindern kann, wenn es unter diesem Druck von selbst beschließt, was mit Hilfe des Ausnahmezustandes diktiert werden soll." 361) Er lehnte das Argument ab, daß die SPD gerade, um eine Regierung auf Grundlage des Artikels 48 zu verhindern, an der großen Koalition festhalten müsse. Die einzige Lösung der SPD könne in dieser Lage nur die Forderung nach Auflösung des Parlaments und Reichstagsneuwahlen sein. Diesen Wahlkampf könne die SPD dann erfolgreich führen, "... Unbelastet mit der Kapitulation vor dem Artikel 48, unbelastet mit dem Finanz-

programm der Reichsregierung und unbelastet mit dem in derselben Weise die Interessen der Besitzenden vertretenden Finanzprogramm der Weimarer Parteien." Auf die Tatsache, daß im neuen Reichstag mit größter Wahrscheinlichkeit die bürgerlichen Parteien wiederum die Mehrheit haben würden, ging Seydewitz nicht ein.

Bei der Ratifizierung des Young-Plans und der Verabschiedung seiner Ausführungsgesetze stimmten die Parteien der großen Koalition noch einmal gemeinsam ab. Der Young-Plan wurde mit 265 zu 192 Stimmen bei 3 Enthaltungen ratifiziert. Ein Mißtrauensantrag der KPD wurde mit den Stimmen aller Abgeordneten der Regierungsparteien abgelehnt. Ein Billigungsvotum für die Politik der Regierung Müller wurde am 12.3.1930 mit 248 zu 170 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen. Viele Abgeordnete des linken Flügels der SPD beteiligten sich aus Protest gegen die Politik der Regierung bewußt nicht an dieser Abstimmung. Der "Vorwärts" meldete: "Eine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter hat den Saal verlassen und sich an der Abstimmung nicht beteiligt." 362)

Am 18.3. verabschiedete der Reichstag mit den Stimmen der Regierungsparteien ein Gesetz zum Schutz der Republik. Die SPD-Reichstagsabgeordneten des linken Flügels mußten sich an dieser Abstimmung beteiligen, da die Fraktion Anwesenheitspflicht beschlossen hatte, obwohl sie befürchteten, daß sich dieses Gesetz in der Praxis nur gegen Linke, nicht aber gegen Rechte, richten werde. 363)

Nach dieser Sitzung hoffte die Parteiführung der SPD wieder darauf, daß die große Koalition noch zu retten sei. Einen Tag vor dem am 22.3. stattfindenden Reichsparteitag der DVP appellierte Breitscheid an die "politische Vernunft" der DVP. Er betonte die Kompromißbereitschaft der SPD: "Die Sozialdemokratie ist nicht die Partei, die den Bruch will. Was sie von der Finanzreform verlangt, ist, daß die Arbeitslosenversicherung und ihre Leistungen unangetastet bleiben,

daß keine Steuersenkungsversprechen auf Kosten der Gesundheit unserer Finanzen gemacht werden, daß der Besitz herangezogen wird, und daß man die Gefahr abwendet, Ersparnisse durch Streichungen am Sozialetat zu erzielen. Über manches andere ließe sich bei gutem Willen eine Verständigung erzielen." 364)

Nach dem Parteitag der DVP glaubte der "Vorwärts", daß die DVP zur Fortsetzung der großen Koalition bereit sei: "Vor dem Mannheimer Parteitag hat es zeitweise so ausgesehen, als ob diese Aufgabe nur im Kampfe gegen die Volkspartei gelöst werden könnte. Nach dem Parteitag darf man vielleicht hoffen, daß sie in gemeinsamer Arbeit mit ihr gelöst werden kann. "Ein Kompromiß beim Finanzprogramm erscheine wieder möglich. Die SPD sei willens "auch innerhalb der kapitalistischen Formen für Fortgang und Aufstieg der Produktion Sorge zu tragen." 365)

Ein Ergebnis dieses Bestrebens der SPD-Parteiführung, die große Koalition mit fast allen Mitteln am Leben zu erhalten, war die Zustimmung der SPD zur Erhöhung der Agrarzölle am 25.3. im Reichstag, obwohl dieses Verhalten eindeutig dem auf dem Kieler Parteitag beschlossenen Agrarprogramm der SPD widersprach, da diese Maßnahme nur die Konsumenten und damit v.a. die Arbeiterklasse belastete. Die SPD-Reichstagsfraktion rechtfertigte diesen Beschluß als Billigung einer zeitlich befristeten Notmaßnahme, die wegen des Überangebots an Lebensmitteln notwendig wäre. 366) Der Agrarexperte der SPD-Linken Kretzen erinnerte daran, daß das Agrarprogramm der SPD Agrarzölle als Mittel sozialdemokratischer Politik ausdrücklich ablehne und die SPD-Reichstagsfraktion noch im letzten Jahr im Gegensatz zu den Koalitionspartnern und der DNVP gegen die Agrarzollerhöhung gestimmt habe. 367)

Auch dieser letzte verzweifelte Versuch zur Rettung der Regierung Müller konnte deren Scheitern nicht mehr abwenden. Über die Methode, das wegen der ständig wachsenden Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung für das Jahr 1930 erwartete

Haushaltsdefizit des Reiches zu decken, konnte keine Einigung mehr erzielt werden.

Reichsarbeitsminister Wissell machte den Vorschlag, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1/2% zu erhöhen und der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Ermächtigung zu geben, Reformvorschläge zu unterbreiten. Ein eventuell erforderlicher Abbau von Versicherungsleistungen sollte nur auf gesetzlichem Wege, nicht in Form von Notverordnungen, durchgeführt werden. Zur Deckung des Etatdefizits der Reichsanstalt sollte das Reich einen Zuschuß in Höhe von 200 Millionen Reichsmark geben. 368) Dieser Plan wurde von der DVP abgelehnt, da sie für einen sofortigen Leistungsabbau eintrat und die Beitragserhöhung wegen der damit verbundenen Belastung der Unternehmer ablehnte.

Daraufhin unterbreiteten Brüning und Meyer (DDP) einen Kompromißvorschlag. Der Beitrag sollte demnach um 1/4% erhöht werden, der Zuschuß des Reiches 150 Millionen Reichsmark betragen. Sollte diese Maßnahme zur Sanierung der Reichsanstalt nicht ausreichen, sei dann eine Kürzung von Leistungen oder eine weitere Beitragssteigerung notwendig. 369) Dieser Plan wurde vom Kabinett bei der Gegenstimme Wissells gebilligt.

Am 27.3.1930 lehnte jedoch die SPD-Reichstagsfraktion entgegen dem Willen der drei Reichsminister Müller, Severing und Schmidt den Plan Brüning-Meyer ab, da er letztendlich doch auf einen Leistungsabbau hinauslaufe. Mitentscheidend für diesen Beschluß war die Erklärung des Mitglieds des ADGB-Bundesausschusses Müller-Lichtenberg, daß dieser Plan für die freien Gewerkschaften inakzeptabel sei. Nicht nur die linke Minderheit, sondern auch fast alle Gewerkschaftsfunktionäre in der SPD-Fraktion plädierten für eine Ablehnung des Planes von Brüning und Meyer. Ihr Argument war die SPD müsse auch "jeden bösen Schein ... vermeiden, als ob sie für einen Abbau der Arbeitslosenversicherung zu haben sein würde." Die SPD-Reichstagsfraktion beschloß, die Reichsregierung aufzufordern,

den ursprünglichen Vorschlag Wissells zu übernehmen. Diese Entscheidung fiel mit großer Mehrheit.

Die DVP-Reichsminister lehnten in der Kabinettsitzung den Plan Wissells ab. Daraufhin erklärte Reichskanzler Müller die große Koalition für gescheitert und trat zurück. Das Experiment der großen Koalition war an den grundlegenden Gegensätzen zwischen der SPD und der DVP in der Sozialpolitik gescheitert. Schuld an dieser Regierungskrise war nach Ansicht des "Vorwärts" allein die DVP: "Die Krise ist dadurch entstanden, daß die Deutsche Volkspartei einen beharrlichen Angriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse führt." 370)

In einem am 28.3.1930 herausgegebenen Aufruf des SPD-Parteivorstandes wurde ebenfalls der DVP die Alleinschuld am Ende der Regierung Müller gegeben. Die SPD sei in der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung zu einem Kompromiß bereit gewesen, der die sozialen Errungenschaften gesichert hätte. Der Vorstoß der DVP richte sich nicht nur gegen die Sozialversicherung, sondern gegen "die gesamte soziale Tätigkeit von Reich, Ländern und Gemeinden und damit die Existenzgrundlage der Arbeiterklasse." die SPD habe daher ein "Haltesignal" aufrichten müssen, denn ihre Position bleibe: "Ihre Bereitschaft zu gemeinsamer verantwortlicher Mitarbeit hat dort eine Grenze, wo die Interessen der werktätigen Volksschichten bedroht sind." Sie habe dadurch bewiesen, daß sie an den Erklärungen auf dem Magdeburger Parteitag festhalte: "An der Arbeitslosenversicherung läßt die Sozialdemokratie nicht rütteln!" 371)

3.8. Die kurze Debatte über die Rolle der innerparteilichen Opposition in der SPD-Theoriezeitschrift "Die Gesellschaft"

Nach dem Tod des geistigen Führers der Linksoption in der SPD Paul Levi im Februar 1930 nahm der Redakteur

der parteioffiziösen Theoriezeitschrift "Die Gesellschaft" Georg Decker den Versuch, das Phänomen der Opposition in der SPD wissenschaftlich zu untersuchen.

Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, die innerparteiliche Opposition in der Sozialdemokratie nicht der Ausdruck von Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe sei.

Als Entstehungsursache der innerparteilichen Opposition nannte er Differenzen in der Frage der Strategie des Weges zum Sozialismus, also einen rein ideologischen Grund: "Wenn ich richtig sehe, entsteht die Opposition in der Sozialdemokratie als dauernde Erscheinung deshalb, weil die Auffassungen über das Verhältnis zwischen den konkreten politischen Zielsetzungen und dem großen Ziel der Bewegung, dem "Endziel", wie man es zu nennen pflegt, auseinandergehen." 372) Die rechte Opposition in der SPD habe sich vor 1914 gegen die Vernachlässigung der Tagesarbeit gewandt. Sie habe damit die positive Funktion erfüllt, "eine Art oppositionellen Konservatismus" der SPD verhindert zu haben. 373) Heute sei wegen der Mitarbeit der SPD in Landes- und Reichsregierungen die Gefahr des völligen Aufgehens in die Tagesarbeit um Reformen im Rahmen des kapitalistischen Gesellschaftssystems vorhanden. Die positive Funktion der linken Opposition in der SPD bestehe heute daher darin, immer wieder auf das sozialistische Endziel hinzuweisen. Die linke Opposition habe die Aufgabe, die Verbindung der Tagesarbeit mit dem Endziel ständig zu überprüfen.

Decker warf der Linksoption in der SPD vor, diesen Aufgaben nicht gerecht zu werden. Sie halte stur an alten Formeln fest und fördere dadurch einen Konservatismus der Parteiideologie, anstatt ihn zu verhindern. Sie neige "viel stärker zu Deklarationen, als zur Analyse der Wirklichkeit mit ihrer Problematik." 374) Sie stelle nur abstrakte Postulate auf, anstatt konkrete Lösungsmöglichkeiten politischer Probleme anzugeben: "Die vorhandene Opposition arbeitet nicht

im erforderlichen Maße, d.h. auch für sie selbst, für ihre Geltung erforderlichem Maße an konkreten Lösungen. Sie übersieht es, daß man jetzt nicht mehr sagen kann, wie Politik überhaupt zu machen ist, wenn man dies nicht an den konkreten Lösungen ständig zeigt." 375)

In der Mai-Ausgabe erhielten zwei Vertreter der Linksoption in der "Gesellschaft" die Gelegenheit, auf die Kritik Deckers zu antworten. Auf den Vorwurf des Dogmatismus reagierte Petrich mit dem Gegenvorwurf des "schwer faßbaren Relativismus" der Parteimehrheit, die ihre Strategie gar nicht mehr theoretisch begründe, sondern nur aus der jeweiligen aktuellen Situation heraus ihr Vorgehen zu erklären versuche. 376) Das beste Beispiel dafür sei das Fehlen einer Theorie der Koalitionspolitik auf Seiten der Parteimehrheit: "Das ist ja das schlimme, daß man eine Taktik eingeschlagen hat, ohne sich vorher oder während ihrer Anwendung hinreichend Klarheit über ihre Bedeutung und Tragweite zu geben." 377) Die Linke in der SPD habe hingegen - auf der Grundlage des Marxismus und der Debatte in der österreichischen Sozialdemokratie - sich niemals Illusionen über die bürgerlichen Mittelparteien gemacht und jetzt mit dem Ende der Großen Koalition die Richtigkeit ihrer These von der Unvereinbarkeit der proletarischen und der bürgerlichen Klasseninteressen bestätigt bekommen: "Bei aller Unzulänglichkeit der Opposition, die niemand besser kennt als die Opposition selbst, kann doch ohne Überhebung gesagt werden, daß ihre Prognose der Koalitionspolitik während der verflossenen zwei Jahre in vollem Umfange von der Entwicklung bestätigt worden ist." 378) In ihrer Kritik der Koalitionspolitik um jeden Preis befinde sich die Opposition in der SPD in "Übereinstimmung mit den besten Auffassungen des internationalen Marxismus", z.B. der Theorie der Koalitionspolitik Otto Bauers. 379)

Bernhard Düwell wies in seinem Artikel auf den Hauptgegensatz zwischen den beiden SPD-Flügeln hin, die Stellung zum bestehenden Staat. Die Opposition lehne die "Illusion"

der Parteilmehrheit ab, "daß nämlich mit der Teilhaberschaft an der Staatsmacht irgend etwas Wesentliches für die spezifische Aufgabe der proletarischen Klasse erreicht wäre." 380) Die Opposition habe die Aufgabe, immer wieder den bürgerlichen Charakter des Staatsapparates offenzulegen. Den Vorwurf Deckers, die Opposition liefere selten eine Analyse der konkreten politischen Lage und entwickle noch seltener eine konkrete politische Strategie zur Lösung politischer Probleme, wies Düwell unter Hinweis auf Levis Schrift zum Dawes-Plan, auf die Reichsparteitagsanträge zur Koalitionspolitik und die "Klassenkampf"-Sonderhefte zur Wehrfrage und zur Steuerreform entschieden zurück. Er gestand lediglich eine gewisse "Langsamkeit" der Reaktion der Opposition auf neue Probleme zu. Verantwortlich dafür sei aber nicht ihre Unfähigkeit zur Entwicklung von Theorien und Strategien, sondern die Schwierigkeit der Zusammenarbeit der Opposition auf Reichsebene, die kaum möglich sei, da "... jeder Versuch sonderorganisatorischer Art in der Partei unterbleiben muß, weil er angeblich zu leicht die Spaltungsgefahr involviert." 381) Düwell forderte den Ausbau der innerparteilichen Demokratie, v.a. die Herstellung eines Pluralismus in der Parteipresse: "Das mindeste was geschehen müßte, wäre die Wiederherstellung der Diskussionsfreiheit in der gesamten Parteipresse. Dann wird niemand mehr in die Verlegenheit kommen, sich über mangelnde Aktivität der Kritiker des Parteikurses zu beklagen." 382)

Decker wies in seiner Antwort die Kritik an der Koalitionspolitik zurück. Im Gegensatz zur Zeit vor 1914 könne die Sozialdemokratie im bestehenden demokratischen Staat jede Verantwortung für diesen Staat nicht mehr ablehnen. Im Kampf um die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse seien auch Kompromisse mit dem Bürgertum unvermeidbar, solange die SPD nicht im Reichstag die Mehrheit habe. Dies sei die "tragische Seite der neuen Situation." 383) Als Erfolge der Regierungsbeteiligung der SPD bewertete Decker die Ansätze zur Demokratisierung der Wirtschaft. Er lehnte die Theorie

der Parteiopposition ab, die in dem bestehenden Staat nur ein willenloses Objekt der Finanzplutokratie sehe und in den Reichsregierungen nur "ohnmächtige Marionetten in den Händen des Finanzkapitals." 384) Als Beweise für die Falschheit dieser Staatstheorie nannte er den Erfolg der SPD in ihrem bisherigen Kampf gegen den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und das neue Agrarzollgesetz der Regierung Brüning, das trotz der Proteste des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschlossen worden sei. Im demokratischen Staat müßten selbst rein bürgerliche Regierungen Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter und Angestellten nehmen. Die Opposition in der SPD habe "viel zu einfache Vorstellungen von der Klassenherrschaft im demokratischen Staat..." 385)

Eine Replik Petrichs auf diesen Artikel erschien nicht in der "Gesellschaft", die offenbar eine Fortsetzung dieser Debatte über die Gegensätze in der SPD nicht für opportun hielt, sondern im Organ der Parteiopposition "Klassenkampf". Petrich wiederholte nur die bekannte Kritik an der Politik der Parteimehrheit. 386)

Diese Debatte in der "Gesellschaft" war der einzige Versuch in einem reichsweiten Publikationsorgan der Partei offen über die grundlegenden Differenzen der beiden Flügel in der SPD zu diskutieren und dabei auch Vertreter beider Seiten zu Wort kommen zu lassen. Die Beurteilung der Rolle der Opposition wurde ansonsten in den reichsweiten Organen der SPD ausschließlich Vertretern der Parteimehrheit überlassen.

4. Die Periode von der Bildung der Regierung Brüning
bis zur Abspaltung eines Teiles der SPD-Linken von
der SPD im Oktober 1931 (ab 30.3.1930)

4.1. Die anfängliche Opposition der SPD gegen die Regierung
Brüning

Nach dem Rücktritt der Regierung Müller wurde vom Reichspräsidenten der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums Brüning mit der Regierungsbildung beauftragt. Er führte seine Verhandlungen mit den Vertretern der bisherigen bürgerlichen Regierungsparteien, der Wirtschaftspartei und der Volkskonservativen Partei, einer Abspaltung der gemäßigten Teile der DNVP. Die Gespräche wurden schnell mit einem Erfolg abgeschlossen. Am 30.3.1930 stellte Brüning sein Kabinett vor, das aus Vertretern des Zentrums, der DVP, der BVP, der Wirtschaftspartei, der Volkskonservativen Partei, der DDP und dem ohne Auftrag seiner Partei in die Regierung eingetretenen Landwirtschaftsminister Schiele (DNVP) bestand. 1)

Die SPD, die an den Verhandlungen über die Regierungsbildung gar nicht mehr beteiligt worden war, reagierte auf das Kabinett Brüning mit scharfer Kritik. Die rasche Einigung bewiese, daß die DVP und das Zentrum der Regierung Müller schon seit langer Zeit nur noch "formale Loyalität" entgegengebracht hätten. Wegen der fehlenden Mehrheit dieser Regierung im Reichstag bestehe die Gefahr, daß die Finanzpläne entgegen dem "Sinne der Reichsverfassung und des parlamentarischen Systems" mit Hilfe des Artikels 48 durchgesetzt werden würden. Für die SPD gebe es gegenüber der bürgerlichen Reichsregierung nur die Stellung der "entschiedenen Opposition", mit dem Ziel, sie sobald wie möglich zu stürzen. 2)

Das Verhältnis der SPD-Parteimehrheit zu den ehemaligen Koalitionspartnern war schwer belastet, da sie vermutete, daß die schnelle Bildung der Regierung Brüning kein Zufall war, sondern das Ergebnis langer - noch während der Regierung Müller getroffener - Vorbereitung. Im Diskussionsorgan der

SPD "Das Freie Wort" wurde die These vertreten, daß seit dem Gespräch Brünnings mit Hindenburg am 12.3.1930 die Ausschaltung der SPD aus der Regierung von Seiten der Mittelparteien aus "beschlossene Sache" gewesen sei. 3)

In der SPD entstand nach dem Ende der großen Koalition sofort eine Diskussion darüber, ob das Ende der Regierung Müller durch die SPD bei einer größeren Nachgiebigkeit hätte verhindert werden können.

Ein Teil der Parteimehrheit vertrat diese Ansicht. Zu ihrem Sprachrohr machte sich Hilferding in einem Artikel in der von ihm herausgegebenen Theoriezeitschrift der SPD "Gesellschaft". Der Vorschlag Brüning-Meyer erschien ihm als akzeptabel. Bei einem Verbleiben der SPD in der Regierung hätte sie im Herbst 1930 eine Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung mit Hilfe des linken Zentrum-Flügels eher verhindern können als jetzt in der Opposition. Seine Grundthese zur Alternative Regierungsbeteiligung oder Opposition war weiterhin die, "daß die Teilnahme der Arbeiterschaft an der Regierung doch manches erreichen und noch mehr verhindern läßt, als es in der Opposition der Fall ist." 4) Daher verurteilte er den Beschluß der Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion vom 27.3. mit der Bemerkung: "es ist nicht gut aus Furcht vor dem Tode Selbstmord zu begehen."

Aufhäuser erläuterte in derselben Ausgabe der "Gesellschaft" die Auffassung der Fraktionsmehrheit. Es formiere sich zur Zeit eine "Sammlung des gesamten Bürgertums von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen" mit dem gemeinsamen Ziel, alle sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu zerstören. 5) Die SPD könne in dieser Frage den bürgerlichen Parteien keinerlei Konzession machen. Daher sei die Entscheidung vom 27.3. die für eine Arbeiterpartei einzig mögliche und richtige gewesen: "Die Sozialdemokratie hat es abgelehnt, zu dem kommenden Abbau den Deckmantel für die bürgerlichen Regierungsparteien zu liefern."

Ein wichtiges Motiv für die Haltung Hilferdings war die Auffassung, daß zur Zeit nur eine Regierung der großen Koalition im Reichstag eine Mehrheit erhalten könne und die Regierung Brüning wegen ihrer fehlenden Mehrheit versuchen werde, mit Hilfe des Artikels 48 zu regieren, was das parlamentarische System aushöhlen und gefährden werde: "Und es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn das Parlament in seiner grundlegenden und wichtigsten Funktion versagt, nämlich eine Regierung zu bilden, die Macht des Reichspräsidenten sich auf Kosten und durch Schuld des Parlaments erweitert und der Reichspräsident Funktionen ausüben muß, die zu erfüllen sich der Reichstag versagt. Nimmt man hinzu, daß diese Lähmung des Parlaments von sehr starken Gruppen direkt gewünscht und gefördert wird, so wird man verstehen, daß die eigentliche Gefahr für die Zukunft des deutschen Parlamentarismus nicht von außen, nicht von einem gewaltsamen Putsch her droht, sondern von innen her." 6)

Die SPD-Linke reagierte auf das von ihr schon lang gewünschte Ende der Regierung Müller mit Erleichterung. Seydewitz schrieb: "Das Ende dieser unrühmlichen Koalition wird von der großen Masse der Arbeiter mit großer Befriedigung begrüßt werden. Es geht wie ein Aufatmen durch das Land und betrübt und wehklagend stehen an der Bahre der großen Koalition nur die trauernden Hinterbliebenen, deren Zahl nicht so groß ist wie ihr wirklich tiefempfundener Schmerz." 7) Die SPD müsse jetzt gegen die "bürgerliche Rechtsregierung" offensiv in der Opposition kämpfen und dabei die Forderungen der Arbeiterschaft nach höheren Löhnen, Arbeitszeitverkürzung und Erhalt der Sozialversicherungen vertreten. Aus Rücksicht auf ihre proletarischen Wähler und wegen des Druckes durch die SPD und die Gewerkschaften würde selbst diese Rechtsregierung der Arbeiterschaft Zugeständnisse machen müssen. Durch eine konsequente Oppositionspolitik könne die SPD wieder Vertrauen zurückgewinnen und die NSDAP und KPD schwächen.

Seydewitz war davon überzeugt, daß in der SPD auch nach dem Ende der großen Koalition der Kampf zwischen den beiden Parteiflügeln aufgrund tiefgreifender inhaltlicher Differenzen weitergehen werde: "Die einen werden die jetzt erzwungene Oppositionspolitik betreiben mit dem Ziele, so schnell wie möglich wieder in eine Koalitionsregierung zu kommen, um all die Fehler möglichst schnell wiederholen zu können und wir anderen wollen die Oppositionspolitik betreiben mit dem Ziele der Sammlung der Massen in der durch die Sozialdemokratie repräsentierten Einheitsfront des Proletariats, durch die allein der Bourgeoisie Zugeständnisse abgetrotzt werden können."

In der schnellen Bildung der Regierung Brüning sah Seydewitz den Beweis dafür, daß die von Vertretern der Parteilmehrheit vorausgesagte Staatskrise nicht eingetreten sei: "... der Himmel ist noch nicht eingestürzt und alle Spatzen leben noch." In der drohenden Anwendung des Artikels 48 sah er im Gegensatz zu Hilferding keine große Gefahr für die Arbeiterschaft und er forderte daher die SPD-Reichstagsfraktion auf, keinerlei Konzessionen an die Regierung Brüning zu machen, um dies abzuwenden.

Im "Freien Wort" wurde Seydewitz wegen dieser Einschätzung kritisiert. Die These vom Ausbleiben der Staatskrise sei "verfrüht und voreilig", denn niemand könne wissen, "ob und wann der Artikel 48 regiert, ob und wann der Reichstag aufliegt, in dem eine wirkliche und feste Regierungsmehrheit nur in der Form der großen Koalition vorhanden ist." 8)

Am 1.4. gab Brüning seine Regierungserklärung vor dem Reichstag. Er betonte dabei, daß seine Regierung an keine feste Koalition gebunden sei und sie den letzten Versuch darstelle, mit diesem Reichstag zu einer Lösung der Finanzkrise zu kommen. Er kündigte an, daß sein Kabinett den Vorschlag Brüning-Meyer zur Reform der Arbeitslosenversicherung übernehmen werde und durch Späßmaßnahmen den Etat des Reiches ausgeglichen gestalten wolle. Die Außenpolitik werde dem "Wiederaufstieg Deutschlands" dienen. 9)

Die SPD-Reichstagsfraktion beschloß am selben Tag gegen die Regierung Brüning ein Mißtrauensvotum einzubringen, da Brünings Andeutung, das Finanzprogramm notfalls mit Hilfe des Artikels 48 durchzuführen, die Absicht zum "Verfassungsbruch" zeige. Der "Vorwärts" gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß nach dem Sturz dieser Regierung "eine neue Lösung mit den normalen Mitteln des parlamentarisch-demokratischen Systems" möglich sein werde, erklärte also verschlüsselt die Bereitschaft der SPD-Parteiführung zur Zusammenarbeit mit den Mittelparteien. 10)

In der Debatte über die Regierungserklärung warnte Breitscheid Brüning ausdrücklich davor, den Artikel 48 anzuwenden. Er griff die Vertreter des rechten Flügels der Regierung scharf an, bot aber dem Zentrum und der DDP an, weiterhin Gespräche zu führen: "Was wir wollen, das ist, daß keine weitere Kluft sich auftut zwischen den Parteien, die zur Erhaltung dieser Verfassung berufen sind." 11)

Am 3.4. lehnte der Reichstag Mißtrauensanträge der SPD und der KPD gegen die Regierung Brüning mit der großen Mehrheit von 253 zu 187 Stimmen ab, da die DNVP geschlossen gegen diese Anträge stimmte, in der Erwartung eines von Brüning versprochenen Osthilfeprogramms für die ostelbischen Landwirte und einer Erhöhung der Agrarimportzölle. 12)

Bei dieser Abstimmung fehlten 15 Reichstagsabgeordnete der SPD. Die linke Parteizeitung "Volkszeitung für das Vogtland" äußerte offen die Vermutung, daß mindestens 8 von ihnen, darunter Hilferding, Otto Braun und Robert Schmidt, sich absichtlich nicht an der Abstimmung beteiligt hätten, um einen Sturz der Regierung Brüning zu verhindern, da vor der Abstimmung das Verhalten der DNVP noch unbekannt gewesen sei. Sie bezeichnete das Verhalten der 8 als "eine der betrüblichsten Erscheinungen der Arbeiterbewegung der letzten 10 Jahre" und als "Fronde ... gegen die gegenwärtige Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion." Wegen der Beteiligung von 2 ehemaligen Reichsministern nannte sie diese Gruppe eine

"veritable Ministeropposition." Der "Vorwärts" verschwieg diesen Vorfall. 13)

Am 10.4. legte die Regierung Gesetzesvorlagen vor zur Erhöhung der Umsatz- und Biersteuer und der Agrarimportzölle. Die SPD lehnte diese Belastung der Konsumenten ab. In der Hoffnung, die DNVP dadurch zu einer geschlossenen Zustimmung zwingen zu können, beantragte die Regierung ein "Klammergesetz", das die Steuervorlage und die Zollvorlage derselben Abstimmung unterwarf. Mit der knappen Mehrheit von 217 zu 206 Stimmen wurde dieser Antrag angenommen, ein Teil der DNVP um Hugenberg stimmte dagegen, ein Teil um Westarp dafür. Von der SPD-Reichstagsfraktion fehlten 24 Abgeordnete, die damit unbewußt oder bewußt die Regierung retteten. 14)

Am 14.4. stimmte der Reichstag mit knapper Mehrheit (je nach Gesetzesvorlage von 250 zu 204 Stimmen bis zu 229 zu 224 Stimmen) den Gesetzen zur Erhöhung der Agrarimportzölle, der Tabak-, Zucker-, Bier-, Umsatz-, Konsumvereins- und Mineralölsteuer zu. Die Mehrheit wurde dadurch gesichert, daß der "gemäßigte" Flügel der DNVP um Westarp immer für die Vorlagen der Regierung stimmte, während der "radikale" Flügel um Hugenberg mit Ausnahme der Agrarzollerhöhungen immer gegen die Regierung votierte. Von der SPD fehlten diesmal nach einem Appell der Fraktionsführung zur Anwesenheit nur 11 Abgeordnete. 15)

Die Redaktion des "Klassenkampf" unterstellte, wie die "Volkszeitung für das Vogtland", einem Teil der abwesenden SPD-Reichstagsabgeordneten absichtlich nicht an den Abstimmungen teilgenommen zu haben, um einen Sturz der Regierung Brüning und Reichstagsneuwahlen zu vermeiden. Linke Parteigliederungen schrieben wegen dieser Annahme Protestbriefe an den Vorstand der SPD-Reichstagsfraktion. 16) Dieser antwortete darauf, daß alle fehlenden Abgeordneten entschuldigt gewesen seien und nach der Aufforderung zur Anwesenheit am 14.4. nur noch 11 statt vorher 24 gefehlt hätten: "Daraus können Sie (Briefschreiber-E.W.) bereits ersehen, daß der

Vorwurf der sozialdemokratischen Fraktion sei es mit ihrer Absicht, das Kabinett Brüning zu stürzen, nicht ernst gewesen, absolut unbegründet ist." 17) Diese Kontroverse zeigte wieder einmal das abgründtiefte Mißtrauen der linken Parteiminderheit gegenüber Teilen der Parteimehrheit.

Nach dieser Abstimmung im Reichstag verlor die Parteimehrheit der SPD die bisher gehegte Hoffnung, bald wieder eine Regierung der großen Koalition anstelle des "Zwischenspiels" des Kabinetts Brüning treten zu lassen. Der "Vorwärts" stellte enttäuscht fest, daß die Parteien der Mitte nicht mehr eine Zusammenarbeit mit der SPD anstrebten, sondern mit dem "gemäßigten" Teil der DNVP mit dem Ziel eines "neuen Bürgerblocks". Die Agrarzollerhöhungen hätten endgültig bewiesen, daß die Regierung Brüning mit ihrer "reaktionären" Politik u.a. die "Wiedererrichtung der Vormachtstellung des ostelbischen Großgrundbesitzes" betreiben wolle. 18) Die DDP wurde vom Parteiorgan der SPD so scharf angegriffen, wie bisher nur von der SPD-Linken. Über die republikanische DDP schrieb der "Vorwärts": "Die Angst vor der Isolierung vom Bürgertum, die Angst vor der Wahl hat diese sterbende Kleinpartei, die fast nur noch ein Splitter ist, zu schwachvoller Selbstaufgabe geführt." 18) Reichstagspräsident Löbe forderte seine Partei auf, sich nunmehr auf eine längere Phase der Opposition einzurichten: "Unser Austritt aus der Regierung kann deshalb nicht eine Episode bis zum nächsten Eintritt sein, die Zeit der Opposition ist dringend nötig zu einer gründlichen Erneuerung unserer Taktik." 19) Die Partei müsse jetzt aus der ständigen Defensivstellung der letzten Jahre herauskommen und alle bürgerlichen Parteien wegen ihrer Politik des Abbaus der Sozialpolitik und der Erhöhung der Konsumsteuern und Agrarpreise gleichermaßen angreifen.

Die SPD-Linke bewertete die Politik der Regierung Brüning als konsequente Durchsetzung der Interessen des Großkapitals und des Großgrundbesitzes. Sie erinnerte aber daran, daß Ansätze zu dieser Politik bereits von der Re-

gierung der großen Koalition gemacht worden seien und erst wegen der Schwächung der SPD durch die Koalitionspolitik möglich geworden seien. Seydewitz kommentierte: "Gewiß ist die Bürgerblockregierung in der Frage einer einseitigen Massenbelastung einen erheblichen Schritt weitergegangen, sie hätte diesen Schritt aber nicht wagen können, wenn nicht der Weg zu dieser Politik durch die Koalitionsregierung geistig und materiell vorbereitet und wenn die Kampfkraft der Sozialdemokratie nicht gerade durch diese Koalitionspolitik geschwächt worden wäre." 20) Er war aber sicher, daß durch eine energische Oppositionspolitik die SPD wieder erstarke werde.

Das Abstimmungsverhalten der DDP benutzte Petrich zur Entlarvung des Liberalismus, der in Deutschland "unaufhaltsam in das Lager der offenen Reaktion" übergehe, da es "zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse keinen dritten Weg eines Ausgleiches von beiden" mehr gebe. 21) Die DDP vertrete immer die bürgerlichen Klasseninteressen: "In Geld- und Klassenmachtfragen hört für die Demokraten nach wie vor die Gemütlichkeit auf. Sie sind sich in entscheidenden Augenblicken klar bewußt, daß sie die Sachwalter kapitalistischer Klasseninteressen sind. Da werfen sie die letzten liberalen Phrasen hinter sich und handeln als kapitalistische Realpolitiker." 22) Auch die Parteimehrheit der SPD müsse heute zunehmend erkennen, daß mit den Mittelparteien keine Koalition mehr möglich sei.

Nach dem Wiederezusammentritt des Reichstages am 2.5.1930 stand der Haushaltsplan im Mittelpunkt der Debatte, den der Reichsfinanzminister Moldenhauer vorlegte. Er kündigte dabei an, daß wegen der Zunahme der Arbeitslosigkeit Leistungskürzungen in den Sozialversicherungen unvermeidlich sein würden.

Die SPD konzentrierte sich bei den Beratungen des Haushaltsplans zunächst auf die Kritik an den ihrer Meinung nach zu hohen Wehretat, der selbst in der DDP und im Zentrum

auf Widerstand stieß. Am 8.5. lehnte der Haushaltsausschuß des Reichstages mit den Stimmen der SPD, KPD, DDP und des Zentrums die Bewilligung von Mitteln für die erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers B ab. Seydewitz sah seine These als bestätigt an, daß die Mittelparteien in einer rein bürgerlichen Regierung mehr Konzessionen an die Arbeiterschaft machen müßten, aus Angst vor der Abwanderung ihrer proletarischen Wähler zur SPD, als in einer Koalitionsregierung mit der SPD. Triumphierend notierte er: "Der Panzerkreuzer A ist gebaut worden, trotzdem die Sozialdemokratie in der Regierung war und trotzdem die sozialdemokratische Fraktion unter der Koalitionsregierung gegen den Panzerkreuzer A gestimmt hat, der Panzerkreuzer B dagegen ist gefallen, weil die Sozialdemokratie in der Opposition war und einen entscheidenden Druck auf die Mittelparteien ausüben konnte." 23) Am 23.5. lehnte das Plenum des Reichstages mit den 270 Stimmen der SPD, KPD, DDP und des Zentrums gegen 190 Stimmen die erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers B ab, was vom "Klassenkampf" als erster Erfolg der Oppositionspolitik betrachtet wurde. 24)

Seydewitz und Ströbel konnten es sich nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, daß sich der Haushaltsplan Moldenhauers nur unwesentlich vom am 5.3.1930 vorgelegten Haushaltsplan unterscheide, was die KPD und die NSDAP leider zurecht herausstellten. Jetzt räche sich die Tatsache, daß die SPD in der Regierung Müller eine Finanzpolitik mitgetragen habe, "die sich mit den proletarischen Interessen und den Grundsätzen einer sozialen Steuerpolitik nimmermehr in Einklang bringen läßt." 25) Als Lehre daraus ergebe sich, daß die SPD in Zukunft bedingungslos die proletarischen Klasseninteressen müsse.

In das Zentrum der Auseinandersetzung zwischen SPD und Regierung geriet neben dem Haushaltsplan immer mehr die wegen des ständig wachsenden Defizits der Reichsanstalt notwendige Reform der Arbeitslosenversicherung. Am 14.5. legte die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-

versicherung einen Vorschlag zum Ausgleich ihres Etats vor. Er sah die Erhöhung der Beiträge um 1/2%, die Kürzung der Arbeitslosenhilfe bei den oberen fünf Einkommensgruppen und den Fortfall des Anspruchsrechts auf Arbeitslosengeld bei den unter-17-Jährigen und über-65-Jährigen vor. 26)

Im Namen der SPD-Reichstagsfraktion lehnte Aufhäuser im Haushaltsausschuß des Parlaments diesen Plan als "Aushöhlung der heutigen Erwerbslosenversicherung" und "Sammlung von Abbauvorschlägen der ganzen letzten Jahre" ab. Die SPD werde diesen "sozialreaktionären Abbau der Leistungen" entschiedenen Widerstand leisten. 27) Croner bewertete im "Klassenkampf" diesen Plan als "den ungeheuerlichsten Angriff ..., den die Versicherung bisher erlebt hat." 28)

Seydewitz forderte die SPD auf, den Kampf gegen die ständig wachsende Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Sie müsse dafür ein eigenes Programm entwickeln, das der Praxis der Regierung Brüning gegenübergestellt werden müsse. Grundelemente dieses Programms müßten sein: Senkung der Arbeitszeit, Lohnerhöhungen, Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre, Erhöhung der Besitzsteuern und ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm. Obwohl diese Forderungen zur Zeit nicht durchsetzbar seien, wegen der bürgerlichen Parlamentsmehrheit, seien sie geeignet, die langfristigen Ziele der SPD den Massen darzustellen. Die SPD müsse dabei auch erklären, daß im Rahmen des Kapitalismus "eine beständige Besserung und durchgreifende Beseitigung der Krisenzustände der Wirtschaft und der Riesenarbeitslosigkeit nicht möglich ist." 29) Allerdings bestehe das Problem, daß viele Arbeitslose die SPD wegen ihrer Beteiligung an der Regierung Müller für mitschuldig an ihrer schlechten Situation hielten: "Die Empörung der durch die lange Wirtschaftskrise entwurzelten Massen richtet sich aber heute nicht so sehr gegen das schuldige kapitalistische System, sondern leider viel mehr gegen die Sozialdemokratie, die von der Bourgeoisie in den letzten Jahren

als Schutzschild vorgeschoben wurde und die viel zuviel politische Verantwortung übernommen hat für all das, was Auswirkung des kapitalistischen Systems ist." 30) Die SPD-Reichstagsfraktion ging zunächst nicht auf diesen Vorschlag ein.

Die Regierung Brüning machte schnell klar, daß sie zur Überwindung der Wirtschaftskrise neben der Senkung der Staatsausgaben und der Einsparung von Sozialleistungen auch eine Senkung des Reallohnes für notwendig hielt, um durch eine Exportsteigerung, die eine Verbesserung der Konkurrenzsituation der deutschen Wirtschaft zur Voraussetzung habe, die Konjunktur zu beleben. Zum Symbol für die Lohnpolitik der Regierung Brüning wurde der Schiedsspruch des staatlichen Schlichters für die Eisenindustrie der Tarifgruppe Nordwest (Ruhrgebiet) am 26.5. in Bad Oeynhausen. Er sah die Senkung der übertariflichen Löhne um 7,5% vor. Reichsarbeitsminister Stegerwald erklärte ihn am 10.6. für verbindlich. Durch die hohe Arbeitslosigkeit in ihrer Kampfkraft entscheidend geschwächt, wagten die Gewerkschaften keinen Streik gegen diese Maßnahmen. 31) Alle staatlichen Schiedssprüche bei Tarifkonflikten folgten diesem Modell. "Vorwärts" und "Klassenkampf" waren sich in der Verurteilung dieser Lohnpolitik als Versuch, eine allgemeine Lohnsenkung einzuleiten und als "Attentat auf die Lebenshaltung der Arbeiter" einig. 32)

Am 5.6. beschloß die Reichsregierung eine Deckungsvorlage für den Reichshaushaltsplan. Sie sah u.a. vor: die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um 1% auf 4 1/2%, eine Einschränkung der Leistungen der Krankenversicherung, die Einführung einer Ledigensteuer und eines Notopfers aller Festbesoldeten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft. Der Schiedsspruch von Bad Oeynhausen wurde vom Kabinett am 13.6. ausdrücklich gebilligt. Der "Vorwärts" bezeichnete diese beiden Entscheidungen der Regierung als erneuten Beweis für das "plutokratische Programm" dieses "echten Bürgerblockkabinetts." 33)

Das Deckungsprogramm Moldenhauers wurde jedoch von der Mehrheit seiner eigenen DVP-Reichstagsfraktion abgelehnt. Die DVP verlangte von der Reichsregierung einen Generalangriff auf die gewerkschaftlichen Rechte, z.B. die Aufhebung noch laufender Tarifverträge durch ein einfaches Reichsgesetz und den Verzicht auf die staatliche Schlichtung bei Tarifkonflikten. Auch das Notopfer wurde abgelehnt. Moldenhauer trat daher am 19.6. zurück. 34)

Der Gegensatz zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften spitzte sich zu. Am 24.6. wurden die Gespräche über Absprachen über eine gemeinsame Preis- und Lohnpolitik zwischen dem RDI und den Gewerkschaften abgebrochen. 35)

Seit dem 1.6. streikten die Kupferbergleute im Mansfelder Gebiet.

Die SPD-Linker verstärkte in dieser Situation den Druck auf die Verabschiedung eines Finanzprogramms der SPD-Reichstagsfraktion. Als Grundlage sollte dafür das Programm der sächsischen SPD vom Januar 1930 dienen. Der Vorwurf, daß es unrealisierbare Forderungen enthalte, wurde zurückgewiesen. 36)

Am 23.6. veröffentlichte die SPD-Reichstagsfraktion schließlich "Richtlinien zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise", die viele Forderungen der SPD-Linken und der Gewerkschaften aufgriffen, wie z.B.: Preisabbau, Erhaltung des Reallohns, staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme, Arbeitszeitverkürzung, verstärkte staatliche Kreditaufnahme und ein Wohnungsbauprogramm. Finanziert werden sollten diese Forderungen durch eine Senkung des Rüstungsetats, die Herabsetzung hoher Pensionen, die Erhöhung der Einkommensteuer und - falls unvermeidbar - auch durch eine Abgabe aller Festbesoldeten. Der Regierung Brüning wurde vorgeworfen, nur die Massen zu belasten und die Besitzenden zu schonen und durch ihre Politik der "Verminderung der Massenkaufkraft" die Krise zu verschärfen, statt zu lindern. 37)

Seydewitz begrüßte bis auf Detailkritik grundsätzlich diesen Vorschlag, bemängelte aber die fehlende antikapitalistische Stoßrichtung, den Hinweis darauf, "daß auch nach

Durchführung dieser sozialdemokratischen Vorschläge, die gegenwärtig so drückende Wirtschaftsnot nur gemildert werden kann und eine Beseitigung der die Massen so drückenden Zustände nur durch die Überwindung der bankrotten kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich ist." 38)

In den zur Überwindung der Krisenfolgen erforderlichen Methoden bestand also zwischen den beiden SPD-Parteilägern weitgehende Einigkeit. Beide verlangten eine Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen, Preisabbau und staatliche Investitionsprogramme. Sie gingen von der Unterkonsumtion als Hauptursache der Krise aus und verlangten daher als wichtigstes Gegenmittel folgerichtig die Stärkung der Massenkaufkraft. Die Regierung Brüning verfolgte wegen der Annahme, daß die Hauptursache der Krise die zu geringe Kapitalbildung der Wirtschaft war, die genau entgegengesetzte Strategie der Reallohnsenkung und der Kürzung der Sozialleistungen. Sie nahm dabei ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit bewußt in Kauf, da sie hoffte, langfristig durch die Verbesserung der Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft mit Hilfe einer Exportoffensive eine Überwindung der Krise zu erreichen.

In der Prognose darüber, wie Brüning trotz der Krise seiner Regierung nach dem Rücktritt Moldenhauers die Deckungsvorlage zum Haushalt durchbringen würde, gingen in der SPD die Meinungen auseinander. Der "Vorwärts" vermutete, daß Brüning den normalen parlamentarischen Weg über Reichstag und Reichsrat einschlagen werde, ohne den Artikel 48 zu benutzen: "Eine Ermächtigung für das Kabinett Brüning wird jetzt nicht nachgesucht werden - der Reichskanzler will sich das Verlangen nach einer Ermächtigung für den Herbst vorbehalten." 39) Seydewitz war sich hingegen sicher, daß Brüning bei einem Scheitern der Deckungsvorlage im Reichstag mit der Anwendung des Artikels 48 drohen werde, "der inzwischen zu dem beliebtesten Spielzeug einer bestimmten Sorte bürgerlicher Republikaner geworden ist, die die Verfassung mit Verfassungsbrüchen schützen, die uns vor dem Faschismus durch Anwendung faschistischer Methoden retten wollen." 40)

Der neue Finanzminister Dietrich (DDP) legte am 1.7.1930 eine Deckungsvorlage vor, die sich nur unwesentlich von der Moldenhauers unterschied, die Massensteuern etwas erhöhte und am Notopfer der Festbesoldeten festhielt. Auch die DVP stimmte diesmal zu. 41)

Brüning kündigte am 12.7. - damit die Vermutung von Seydewitz bestätigend - an, daß die Reichsregierung entschlossen sei, diese Deckungsvorlage, falls sie vom Reichstag abgelehnt werde, mit Hilfe des Artikels 48 in Form von Notverordnungen durchzuführen: "Versagt das Parlament, so wird die Reichsregierung das, was für die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erforderlich ist, auf anderen Wegen durchsetzen." Der "Vorwärts" erklärte, daß die SPD in der Anwendung des Artikels 48 für finanzpolitische Maßnahmen einen Verfassungsbruch sehe, da Notverordnungen nur "im Falle drohender Unruhen" erlassen werden dürften, was zur Zeit nicht gegeben sei. Sollte die Regierung ihre Drohung wahrmachen, werde die SPD sofort die mit einfacher Mehrheit des Reichstages mögliche Aufhebung der Notverordnungen beantragen. Zugleich machte der "Vorwärts" aber deutlich, daß die SPD-Parteiführung, wahrscheinlich mit der Absicht, eine Regierungskrise und Reichstagsneuwahlen aus Angst vor hohen Stimmverlusten der SPD zu vermeiden, daß die SPD eine "verhandlungs- und verständigungsbereite Haltung" in der Frage eines Kompromisses über eine veränderte Deckungsvorlage einnehme. 42)

In dieser Bereitschaft der SPD-Parteiführung zu Verhandlungen mit der Regierung Brüning vermutete Seydewitz sofort den Wunsch nach einer Rückkehr zur großen Koalition. Er warnte davor, diesen seiner Meinung nach verhängnisvollen Schritt einzuschlagen. Brüning plane, die einzelnen Gesetze der Deckungsvorlage mit wechselnden Mehrheiten, teils mit Hilfe der DNVP, teils mit Hilfe der SPD, durchzubringen. 43)

Kurz vor der dritten Lesung der Deckungsvorlage erklärte Keil im Reichstag für die SPD nochmals die Bereitschaft zum

Kompromiß, der nur darin bestehen könne, nicht einseitig die ärmsten Volksschichten zu belasten: "Dieser (Klassen-E.W.) Gegensatz läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Wenn aber die bürgerlichen Parteien schwersten Konflikten politischer und wirtschaftlicher Art vorbeugen wollen, wenn sie eine ruhige politische und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volks- und Staatslebens wünschen, dann werden sie sich entschließen müssen, der Arbeiterklasse die Konzessionen zu machen, die unsere Zeit erfordert und die eine so starke Bewegung beanspruchen muß." Erneut kündigte er an, daß die SPD bei der Anwendung des Artikels 48 sofort seine Aufhebung im Reichstag beantragen werde. 44)

Einen Tag vor der dritten Lesung betonte der "Vorwärts" den Willen der SPD zur Verständigung: "Gelänge es der Sozialdemokratie den zur Beratung stehenden Vorlagen die Giftzähne auszubrechen und den Abrutsch zum Verfassungsbruch zu verhindern, so würde sie sich damit um die Arbeiterklasse und um das ganze Volk ein großes Verdienst erwerben. Sie wird darum ihre Bemühungen zu diesem Ziel nicht aufgeben, solange noch die letzte Aussicht auf Erfolg besteht." 45) Bei den Gesprächen mit Vertretern des Zentrums verlangte die SPD u.a. den Verzicht auf die "Bürgersteuer", eine neue Verwaltungssteuer, die Ausweitung der Darlehenspflicht des Reiches an die Arbeitslosenversicherung und die Erhöhung der Einkommenssteuer. Es kam jedoch zu keiner Einigung. 46)

Die Redaktion des "Klassenkampf" berichtete am 1.8.1930, daß ein Teil der SPD-Fraktionsmehrheit zu einem sehr weitgehenden Nachgeben gegenüber der Regierung bereit gewesen sei, die Fraktion jedoch schließlich mit großer Mehrheit das letzte Angebot des Zentrums abgelehnt habe. Sie bewertete dies auch als Folge des Einsatzes der linken Fraktionsminderheit: "Diese Festigkeit der Deckungsvorlage gegenüber ist nicht zuletzt ein Erfolg der Linken, deren Auffassung in den entscheidenden Fragen und Stunden sich durchgesetzt hatte, gegenüber Vorschlägen des rechts vom Parteivorstand und

Fraktionsvorstand stehenden rechtesten Flügels, der eventuell zu weiterem Ausweichen bereit gewesen wäre." 47)

Nach dem Scheitern der Verhandlungen stimmte die SPD-Reichstagsfraktion am 16.7. in der zweiten Lesung gegen den zweiten Teil der Deckungsvorlage, nachdem sie sich zuvor, da die Gespräche noch andauerten, beim ersten Teil der Stimme enthalten hatte. Der zweite Teil der Deckungsvorlage wurde mit den 256 Stimmen der SPD, KPD, DNVP, NSDAP und Volksrechtspartei gegen 193 Stimmen abgelehnt. In der Debatte warnte Breitscheid Brüning nochmals davor, den Artikel 48 zu mißbrauchen, da dieser Verfassungsbruch "der erste Schritt ... zu einer deutschen Abart des Faschismus" wäre. 48)

Brüning wartete jedoch nach dieser Abstimmungsniederlage erst gar nicht die dritte Lesung der Deckungsvorlage ab; das Kabinett beschloß am selben Tag, die Deckungsvorlage auf der Basis des Artikels 48 in Form von Notverordnungen in Kraft zu setzen. 49) Die SPD-Reichstagsfraktion entschied daraufhin, im Reichstag die sofortige Aufhebung dieser Entscheidung zu beantragen und ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Brüning zu stellen. Landsberg begründete im Parlament diese Vorgehensweise seiner Fraktion mit dem offenbar gewordenen Willen der Regierung zum Abbau der sozialpolitischen Errungenschaften und der "parlamentarischen Demokratie." 50) Am 18.7. nahm der Reichstag mit 236 zu 221 Stimmen den Antrag der SPD auf die sofortige Aufhebung der Notverordnungen an. Für diesen Antrag stimmten SPD, KPD, NSDAP und die Mehrheit der DNVP-Reichstagsfraktion um Hugenberg. Daraufhin erklärte Brüning mit Zustimmung des Reichspräsidenten den Reichstag für aufgelöst. 51)

4.2. Der Wahlkampf und die Reichstagswahlen am 14.9.1930

Bereits einen Tag nach der Auflösung des Reichstages veröffentlichte der Parteivorstand der SPD seinen Wahlaufuf. Darin wurde die Regierung Brüning als Diktatur

des Bürgerblocks und als Interessenvertreterin der Großindustriellen und der Großgrundbesitzer bezeichnet. Sie wolle durch den Abbau der Sozialleistungen die Krisenfolgen allein auf die Schultern der Arbeiterschaft abwälzen. Der KPD und der NSDAP wurde vorgeworfen, eine Diktatur anzustreben. Die Alternative bei den Reichstagswahlen wurde so dargestellt: "Zwischen Bürgerblock und Sozialdemokratie, Arbeit und Kapital, Demokratie und Diktatur fällt am 14. September die Entscheidung." Der Aufruf enthielt keine konkreten aktuellen Forderungen, sondern nur die Zielangabe, die Demokratie und die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verteidigen. 52)

Am 26.7. setzte der Reichspräsident die vom Reichstag wenige Tage zuvor aufgehobenen Notverordnungen wieder in Kraft. Zusätzlich wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung auf 4,5% erhöht und die Leistungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung eingeschränkt.

Die SPD bewertete diese Mißachtung des Willens des Parlaments als Verfassungsbruch, der bewiese, daß die Regierung Brüning ihren Versuch fortsetze, "Sozialreaktion und Interessenpolitik mit den Mitteln der Diktatur zu betreiben." Die Wähler müßten jetzt verhindern, daß diese Regierung ihren Kurs der "Verfassungsverletzung, der sozialen Reaktion und der steuerlichen Ungerechtigkeit" fortsetzen könne. 53) Ernst Heilmann warf in der Zeitschrift "Das Freie Wort" der Regierung vor, einen "Staatsstreich" und ein "Verbrechen" unternommen zu haben. Die Regierungsparteien griff er als Interessenhaufen an: "Unverhüllter und brutaler ist in der deutschen Republik die soziale Reaktion noch nicht aufgetreten als in diesem Bürgerblockkabinett Brüning." Als Wahlziel der SPD nannte er offen die Rückkehr in die Regierungsverantwortung. Aus der Wahl müsse ein Reichstag hervorgehen, "in dem eine Regierungsbildung ohne Sozialdemokratie unmöglich wird." 54)

Die SPD-Linke sah wieder einmal ihre These bestätigt, daß auch die sogenannten republikanischen Parteien Zentrum

und DDP unter gewissen Umständen zum Abbau der politischen Demokratie, wie jetzt durch die Anwendung des Artikels 48, bereit seien. Seydewitz erklärte dies so: "Daß die Bourgeoisie (einschließlich der so republikanischen Demokraten und Zentrumsleute) nur solange für die Demokratie ist, solange sie mit Hilfe der Demokratie herrschen und ihre Absichten durchsetzen kann; in dem Augenblick aber, wo ihr die Demokratie unbequem wird, wo die Demokratie gegen sie entscheidet, erkennt sie den Urteilspruch der Demokratie nicht an, tritt nicht von der Herrschaft zurück, sondern versucht, ihre Absichten mit den Mitteln der Diktatur gegen die Demokratie durchzusetzen." 55) Dies müßte jetzt zunehmend auch die SPD-Parteimehrheit erkennen. Im Wahlauf Ruf des Parteivorstandes werde die Alternative Sozialismus oder Kapitalismus und Demokratie oder Diktatur richtig aufgezeigt. Die Parteiführung müsse damit eine Kampfstellung der SPD gegen alle bürgerlichen Parteien aufzeigen, die sie bisher immer abgelehnt habe. Seydewitz äußerte die Vermutung, daß die Bourgeoisie zur Durchsetzung ihres wirtschaftspolitischen Programms einen "... dem der Eigenart Deutschlands angepaßten, von den 'Frontsoldaten' Brüning und Treviranus repräsentierten kalten 'gesetzmäßigen' Faschismus" anstrebe.

Die Redaktion des "Klassenkampf" formulierte, wie schon 1928, wieder ein eigenes Wahlprogramm. Es stützte sich inhaltlich v.a. auf das Programm der sächsischen SPD vom Januar 1930 und forderte u.a.: Ausbau der Sozialpolitik, Erhöhung der Besitzsteuern, Senkung des Wehretats, Kürzung der hohen Pensionen, Erhöhung der Löhne, Preisabbau, Arbeitszeitverkürzung, Abbau der Zölle, staatliche Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramme. Eine endgültige Beseitigung der Arbeitslosigkeit war nach Meinung der Autoren erst im Sozialismus möglich. Diese Ziele seien nur im Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien durchsetzbar. 56)

Im Verlauf des Wahlkampfes nahm der Gegensatz der SPD zu den Regierungsparteien immer mehr zu.

Am 29.7. drohte der Parteivorsitzende des Zentrums Kaas

offen mit dem Bruch der Koalition in Preußen, falls die SPD ihre Angriffe auf die Regierung Brüning nicht mäßige. Breitscheid erwiderte darauf, daß die SPD weiterhin ohne Rücksichtnahme auf Preußen die Reichsregierung bekämpfen werde.⁵⁷⁾

Die linke Parteizeitung "Volkszeitung für das Vogtland" bewertete die Rede von Kaas als erneuten Beweis dafür, daß das Zentrum in Wahrheit genau die gleiche reaktionäre Politik betreibe wie die anderen bürgerlichen Parteien, sie aber zu tarnen versuche, was es daher zu einem "gefährlicheren Feinde" der Arbeiterklasse als die DNVP und NSDAP mache. Sie gelangte zur Schlußfolgerung: "Die große Tagung des Zentrums war fürwahr ein großes politisches Bekenntnis von schätzenswerter Deutlichkeit. Es kann wohl kaum noch jemand daran zweifeln, daß das Zentrum zu hundert Prozent und mit Leib und Seele auf der anderen Seite der Barrikaden steht. Es unterscheidet sich in nichts mehr von denen um Hitler und Hugenberg - so wenig wie die von Dietrich und Mahraun (Deutsche Staatspartei - E.W.) - als durch eine klügere Form der Politik im Interesse der Bourgeoisie." ⁵⁸⁾

Im Bereich der Mittelparteien kam es im Sommer 1930 wegen der Niederlagen bei Kommunal- und Landtagswahlen, die v.a. auf Verluste an die NSDAP zurückgingen, zu einer Sammlungsbewegung. Es fanden Gespräche zwischen der DVP, DDP, Wirtschaftspartei, der Volkskonservativen Partei, dem Jungdeutschen Orden und einigen kleineren Gruppierungen über die Bildung einer vereinigten Partei, die jedoch v.a. an der Weigerung der DVP scheiterten, ihre Selbständigkeit aufzugeben. Einziges mageres Ergebnis dieser Verhandlungen war am 28.7. die Gründung der Deutschen Staatspartei, die aus der DDP, dem Jungdeutschen Orden und der Jugendorganisation der DVP hervorging. Dies war ein Zeichen für einen Rechtsschwenk der DDP.

Der "Vorwärts" bedauerte dieses Zusammengehen der DDP mit rechts von ihr stehenden Gruppen als "Selbstmord der Demokratischen Partei", indem sie mit demokratiefeindlichen Gruppen eine neue Partei bilde. Wirkliche bürgerliche Demo-

kraten hätten jetzt nur noch eine politische Heimstätte, wenn sie sich der SPD anschließen, die die einzige Partei sei, die voll und ganz auf dem Boden der Demokratie stehe. Ein kleiner Teil der DDP, darunter der stellvertretende Vorsitzende und Repräsentant des Gewerkschaftsflügels Erkelenz, folgte dieser Aufforderung. 59)

Die SPD-Linke war von dieser Rechtswendung der DDP und des Zentrums nicht überrascht. Bieligk vertrat die These, daß sich alle bürgerlichen Parteien von der DSTP bis zur NSDAP einig seien, eine Diktatur über die Arbeiterklasse zu errichten, mit dem Ziel die Lasten der Wirtschaftskrise und des Young-Planes allein von der Arbeiterschaft tragen zu lassen. Nur in der Frage der Methode dieses Ziel zu erreichen, durch einen faschistischen Staatsstreich oder eine langsame Aushöhlung der Demokratie durch die Ausschaltung des Reichstages mit Hilfe des Artikels 48, gebe es zwischen diesen Parteien noch Differenzen: "Demokraten und Zentrum sind ebenso bereit, die demokratischen Grundrechte mit Füßen zu treten, wie die rechts von ihr stehenden Parteien. Nur eines unterscheidet sie von den anderen: Hugenberg und Hitler sprechen offen aus, daß sie die Demokratie beseitigen wollen; Fischer, Koch und Dietrich von den Demokraten, Wirth, Brüning und Kaas vom Zentrum beteuern ihre demokratische Treue und 'veredeln' die Demokratie, indem sie die demokratische Verfassung brechen." 60) Zweiling warf der Deutschen Staatspartei vor, mit ihren ständestaatlichen Vorstellungen sich kaum noch vom offenen Faschismus unterscheide. Sie vertrete den "Faschismus der feinen Leute ohne dem Lärm und dem Proletariergeruch der Nationalsozialisten." 61) Petrich befürwortete die Position Breitscheids, keine Rücksicht auf den Erhalt der Regierung Braun im Wahlkampf zu nehmen. Die Regierung Braun sei zur Zeit nicht in Gefahr, da sich das Zentrum einen Bruch dieser Koalition aus Angst vor dem Verlust von Arbeiterwählern gar nicht leisten könne. 62)

Der Konflikt zwischen der SPD und den Regierungsparteien wurde am 10.8. noch gesteigert, als der volkskonservative

Reichsminister Treviranus in einer Wahlkampfreden ankündigte, daß die Regierung Brüning bei einer Ablehnung ihres Finanzprogramms durch den neugewählten Reichstag sofort die Auflösung des Reichstages vom Reichspräsidenten erbitten werde und, wenn nötig, dieses Vorgehen solange wiederholen werde, bis das Parlament dem Finanzprogramm zustimme.

Der "Vorwärts" verurteilte dies als "Vorbereitung eines Staatsstreichs" und als Plan zur "Zerstörung der Demokratie." 63) Auch Seydewitz warnte vor einem Staatsstreich der Regierung Brüning, die ihre Politik des Abbaus der Sozialleistungen und der Löhne damit auch nach ihrer zu erwartenden Wahlniederlage fortsetzen wolle. 64)

In einem erneuten Wahlauftritt des SPD-Parteivorstandes wurden die Mittelparteien so scharf angegriffen, wie es bisher nur die SPD-Linke getan hatte. Ihnen wurde in diesem eine Woche vor der Reichstagswahl erscheinenden Aufruf vorgeworfen, nichts anderes zu sein als ein "Interessentenhaufen des Besitzbürgertums", dessen Hauptziel die Schwächung der SPD sei. Noch härter wurden die KPD und die NSDAP angegriffen. Zur "Beseitigung der Wirtschaftskrise" wurde wiederum die Steigerung der Massenkaufkraft, die Arbeitszeitverkürzung und die Erhöhung der Besitzsteuern verlangt. Endziel der SPD bleibe die "Beseitigung der kapitalistischen Lohnknechtschaft." 65)

Trotz dieser radikalen Diktion, die sich kaum noch von der der SPD-Linken unterschied, schloß die SPD-Parteiführung aber keineswegs eine Koalition mit den Mittelparteien nach den Wahlen aus. Der "Vorwärts" erklärte noch am Wahltag die kaum verklausulierte Koalitionsbereitschaft der SPD: "Wollen die Parteien der Mitte nach der Wahl den Weg zur ruhigen, verfassungsmäßigen Entwicklung, der auch für die Wirtschaft der gesündeste ist, zurückfinden, so ist die Sozialdemokratie bereit, ihnen dabei behilflich zu sein." 66)

Die SPD-Linke blieb bei ihrer These, daß wegen des verschärften Klassenkampfes in Deutschland keine Koalition mit den Mittelparteien möglich sei. Seydewitz stellte fest, bei

den Reichstagswahlen gehe es "nicht um die Koalition, sondern um den Sozialismus!" 67)

Der linke SPD-Unterbezirk Düsseldorf beschloß kurz vor der Wahl, daß nur ein außerordentlicher Reichsparteitag die Entscheidung über die eventuelle Regierungsbeteiligung der SPD fällen solle. Voraussetzung der Bildung einer Koalition sei die Durchsetzung der Forderungen der SPD zur Wirtschafts-, Sozial- und Wehrpolitik als Grundlage des Regierungsprogramms. Damit wurde natürlich implizit jede Koalition ausgeschlossen. 68)

Bei der Aufstellung der Reichstagskandidaten der SPD in den einzelnen Wahlkreisen hatten die SPD-Linken - wie üblich - fast nur in den Bezirken eine Chance, vordere Listenplätze zu erhalten, wo sie die Mehrheit stellten. Nur Vertreter der SPD-Linken auf den aussichtsreichen Listenplätzen stellten die Bezirke Leipzig (Lipinski, Saupe, Graf, Sturmman) 69), Chemnitz/Zwickau-Plauen (Ströbel, Seydewitz, Kuhnt, Graupe) 70) und Groß-Thüringen (Frölich, Rosenfeld, Wurm, Dietrich, Voigt, August Siemens) 71) auf. Mehr linke als rechte Kandidaten auf den Spitzenplätzen nominierten die Bezirke Ostsachsen (Fleißner, Sender, Schirmer, Arzt, Stegmann) 72) und Halle-Merseburg (Peters, Bergholz) 73). In den beiden Wahlkreisen des Bezirks Groß-Berlin wurden Listen aufgestellt, in denen die Linken eine starke Minderheit stellten; in Berlin wurden von den Linken Aufhäuser und Litke, in Potsdam II Künstler, Löwenstein und Wendt an aussichtsreicher Stellen nominiert. 74) In von der Parteimehrheit kontrollierten Bezirken wurden nur in Ausnahmefällen Vertreter der Linken auf vorderen Listenplätzen aufgestellt: in Düsseldorf-West Agnes, in Hessen-Nassau Fortune und in Hamburg Bergmann. 75) Im Wahlkreis Breslau, in dem die SPD immer nur einen Kandidaten durchbrachte, wurde der Linke Ziegler Spitzenkandidat. Die Redaktion des "Klassenkampf" mußte feststellen, daß sich in den meisten Wahlkreisen im Vergleich zu 1928 kaum etwas geändert habe, nur in "einigen Wahlkreisen, z.B. in Breslau, Frankfurt und West-

liches Westfalen sind einige mehr links eingestellte Genossen (neu - E.W.) an aussichtsreiche Stellen gekommen,..." 76)
Auf der Reichsliste der SPD, an deren Spitze Müller, Wels, Crispian und Hilferding standen, standen nur Vertreter der Parteimehrheit. 77)

Die Reichstagswahlen am 14.9.1930 brachten einen Erd-
rutsch zugunsten der NSDAP, die ihren Anteil von 2,6% auf
18,3% steigern konnte. Auch die KPD konnte sich verbessern,
wenn auch in weit geringerem Ausmaß, von 10,0% auf 13,1%.
Die SPD konnte zwar ihre Wählerzahl von 1928 fast halten,
ging aber wegen der stark gestiegenen Wahlbeteiligung von
28,7% auf 24,5% zurück. Alle bürgerlichen Mittel- und Rechts-
parteien verloren wegen des Erfolges der NSDAP an Stimmen:
der Stimmanteil des Zentrums ging von 11,9% auf 11,7% zu-
rück, der der DVP von 8,7% auf 4,5%, der der DNVP sogar von
14,2% auf 7,0%, die DStP erreichte nur 3,7% gegenüber 4,9%
der DDP 1928. Die kleineren Parteien, wie die Wirtschafts-
partei und die Volkskonservativen, erreichten nur wenige
Stimmen. In den Mandatszahlen des Reichstages drückte sich
dieses Ergebnis so aus: SPD 143 (1928:143), DNVP 41 (73),
Zentrum 68 (62), KPD 77 (54), DVP 30 (45), DStP 20 (25),
Wirtschaftspartei 23 (23), BVP 19 (16) und NSDAP 107 (12).
Wegen der vielen Sitze der NSDAP und der KPD war weder eine
Weimarer Koalition noch eine große Koalition, noch eine Bür-
gerblockregierung (unter Ausschluß der NSDAP) möglich.
Brünnings Plan der Bildung einer Mitte-Rechts-Koalition, die
weder von der Unterstützung durch die DNVP oder gar NSDAP noch
von der SPD abhängig wäre, war damit ebenso gescheitert, wie
der Plan der SPD-Parteiführung zur Bildung einer großen Koa-
lition. Die bisherigen Regierungsparteien erhielten nur 210
der 577 Sitze. Eine große Koalition aus den Parteien SPD,
DStP, DVP, BVP und Zentrum wäre auf die Unterstützung durch
die Wirtschaftspartei und Splittergruppen angewiesen gewe-
sen. 78)

In einem Aufruf wertete der SPD-Parteivorstand am 18.9. das Wahlergebnis der SPD angesichts des "Lügen- und Verleumdungsfeldzuges" aller anderen Parteien gegen die SPD sogar als Erfolg, da sie weiterhin mit Abstand die stärkste Partei sei: "Trotzdem und alledem: Stolz und ungebrochen ging die Sozialdemokratische Partei, die Führerin der schaffenden Volksmassen Deutschlands aus dem Wahlkampf hervor." Der Wahlsieg der NSDAP und der KPD wurde lediglich mit der "skrupellosen Ausnutzung einer aus der Not erwachsenen Verzweiflungsstimmung" zu erklären versucht. Gefordert wurden Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Gesetzgebung, ohne Angabe darüber, durch welche Form der Regierung dies möglich sein sollte. 79)

Die SPD-Linker analysierte das schlechte Wahlergebnis der SPD unter richtungspolitischen Gesichtspunkten. Als alleinige Ursache der Wahlniederlage betrachtete sie die Nachwirkungen der Regierung Müller. Seydewitz erklärte den Wahlerfolg der NSDAP und der KPD damit, daß die durch die Arbeitslosigkeit "entwurzelte Masse" zu diesen Parteien und nicht zur SPD übergegangen sei, da sie die SPD wegen des Beginns der Wirtschaftskrise während der Regierung Müller für ihre schlechte Lage mitverantwortlich mache. 80) Zweiling vermutete, daß viele katholische Arbeiter, die 1928 erstmals SPD gewählt hätten, aus Enttäuschung über die Politik der SPD in der großen Koalition, die sich kaum von der des Zentrums unterschieden habe, wieder zum Zentrum zurückgekehrt seien. 81)

Die Autoren des "Klassenkampf" versuchten nachzuweisen, daß die Politik der SPD-Linken in Sachsen und Thüringen für die Wähler attraktiver gewesen sei als die der SPD-Partei-mehrheit. Seybold belegte diese These damit, daß die Stimmenzahl der SPD im Vergleich zu 1928 in Sachsen und Thüringen mit -7000 und -2000 Stimmen fast stabil geblieben sei, während in den Wahlkreisen, wo prominente Vertreter der Parteimehrheit Spitzenkandidaten gewesen seien, die SPD viele Stimmen verloren habe, so z.B. in Ostpreußen (Otto Braun) -47000, in Westfalen-Nord (Severing) -27000, in Frankfurt/Oder (Wels) -31000 und

in Magdeburg (Hörsing) -26000. 82) Vogt wies darauf hin, daß in Sachsen und Thüringen die Gewinne der NSDAP unter dem Reichsdurchschnitt geblieben seien (mit Ausnahme des Wahlkreises Dresden), während sie in den Hochburgen der Parteilmehrheit wie Ostpreußen, Frankfurt/Oder, Magdeburg und Potsdam I weit über den Reichsdurchschnitt hinaus Gewinne erzielt hätte. 83) Düwell betonte, daß die KPD in Sachsen und Thüringen mit ihrer Steigerung um 28% weit unter dem Reichsdurchschnitt von 40% gelegen habe. 84)

Aus dieser Analyse zogen alle drei Autoren den Schluß, daß die Politik der SPD in Sachsen und Thüringen, die kompromißlos alle bürgerlichen Parteien bekämpfe und die Abwanderung von Wählern zur KPD oder NSDAP hemme, auf das Reich übertragen werden müsse. Seydewitz forderte als Lehre aus dem Wahlergebnis in Zukunft auch im Reich "eine rücksichtslose Klassenkampfpolitik" zu betreiben. 85)

4.3. Die Debatte in der SPD über die Haltung zur Regierung Brüning nach der Wahl bis zum Beginn der Tolerierung dieser Regierung durch die SPD am 18.10.1930

Gleich nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses zeigte sich, daß die SPD-Parteiführung zu einer Verständigung mit den Mittelparteien bereit war, um eine Regierungsbeteiligung der NSDAP, eine sofortige Auflösung des Reichstages oder eine Regierung auf der Grundlage des Artikels 48 zu verhindern. Der "Vorwärts" schrieb am Tag nach der Wahl: "Die Putschparteien von rechts und links halten einander fast die Waage. In einem Bürgerkrieg zwischen den Anhängern Sowjetdeutschlands und des Dritten Reiches wären die Aussichten höchst ungewiß. Es ist notwendig und durchaus möglich, daß sich zwischen sie eine Macht stellt, die beiden Frieden gebietet." 86)

Der preußische Ministerpräsident Braun forderte eine Zusammenarbeit der SPD und der Mittelparteien gegen die "radikalen Parteien von links und rechts". Er empfahl:

"Ich halte es vielmehr für sicher, daß eine große Koalition aller Vernünftigen sich zusammenschließen wird, um mit einer zweifellos ausreichenden Regierungsmajorität zunächst energisch alle Kräfte auf Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Existenzbedingungen der breiten Massen zu konzentrieren." 87) Er hielt also eine Koalition von der SPD bis zur DVP und Wirtschaftspartei für möglich, die sogar eine gemeinsame Wirtschaftspolitik entwickeln könnte. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Preußen Heilmann teilte diese Meinung. Die SPD sei zu jeder "positiven Leistung" bereit, um eine große Koalition zu ermöglichen, die die einzige Alternative zu einer Regierung unter Einschluß der NSDAP sei. Eine Minderheitsregierung Brüning hielt er für nicht lebensfähig. 88)

Am 24.9. tagte der Parteiausschuß der SPD. Er erörterte die politische Lage nach den Reichstagswahlen, faßte aber noch keinen offiziellen Beschluß darüber, welche Stellung die Partei zur Art der Regierungsbildung einnehmen solle. 89)

Der "radikale" Flügel der SPD-Linken sprach sich kategorisch gegen jede Zusammenarbeit mit den Mittelparteien aus, da in allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgrund der gegensätzlichen Klasseninteressen keine Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse möglich sein werde. Seydewitz war davon überzeugt, daß eine Koalition unter Beteiligung der SPD zudem keine Mehrheit im Reichstag erhalten werde, da die Wirtschaftspartei, der Landbund und die Volkskonservative Partei gegen diese Art der Regierung seien. Auch Brüning erstrebe nicht eine große Koalition, sondern eine Minderheitsregierung, die von der NSDAP toleriert werden solle. Sei die NSDAP dazu nicht bereit, sondern fordere eine Regierungsbeteiligung, werde er versuchen, mit dem Artikel 48 zu regieren. Seydewitz lehnte eine Kooperation mit den Mittelparteien ab, da er die These vertrat, daß sich die Mittelparteien prinzipiell nicht mehr von der NSDAP unterschieden und eine Diktatur über die Arbeiterklasse anstrebten. Er hielt daher eine Diktatur Brünings mit Hilfe des Artikels 48 für die Arbeiter-

bewegung ebenso gefährlich wie eine Rechtsregierung unter Einschluß der NSDAP. Die SPD dürfe keinen Unterschied "zwischen Brünnings und Hitlers Faschismus" machen. 90)

Die Parteizeitungen der Bezirke Zwickau-Plauen und Chemnitz-Erzgebirge teilten diese Einschätzung. Die "Chemnitzer Volksstimme" war ebenfalls der Auffassung, daß die Forderungen der SPD zur Linderung der Arbeitslosigkeit und zum Schutz der Demokratie mit den Mittelparteien nicht realisierbar sein würden. Nur durch eine außerparlamentarische Mobilisierung der Arbeiterklasse könne eine bürgerliche Diktatur verhindert werden, nicht durch den zur Erfolglosigkeit verurteilten Versuch eines Kompromisses mit den Parteien der Mitte: "Wenn wir diese Aufgaben in einer Koalition nicht lösen können - und die bürgerlichen Parteien zeigen uns, daß das unmöglich ist - dann müssen wir die Finger davon lassen. Dann heißt es außerhalb des Parlaments die Kräfte sammeln, die zu dem nächsten größeren Kampf notwendig sind. Daß das ein gefährlicher Weg ist, wer wollte es bezweifeln? Wir stehen leider vor Tatsachen, die früher geschaffen worden sind, und die man heute mit einer Koalition nicht mehr meistern kann." 91)

Einige linke Parteigliederungen faßten Beschlüsse, die diese Position enthielten. Der SPD-Kreisverband Berlin-Tiergarten forderte die Partei auf, gegenüber den bürgerlichen Parteien auf keine wichtige Wahlkampfforderung zu verzichten. Strebten bürgerliche Kräfte die Errichtung einer Diktatur an, müsse dies die SPD auch mit außerparlamentarischen Mitteln verhindern. Über die Haltung der Partei zu einer Regierungsbeteiligung dürfe nur ein außerordentlicher Reichsparteitag entscheiden. Einen ähnlichen Beschluß faßte der Unterbezirk Breslau-Land-Neumark, in dem er seine Mahnung aussprach "vor einer Koalitionspolitik, die auf Kosten des Parteiprestiges betrieben werden könnte und die die unerträgliche Belastung der breiten Massen durch die Notverordnungen sanktionieren würde." 92)

Die "gemäßigte" SPD-Linke lehnte eine Koalitionsregierung nicht von vornherein prinzipiell ab, stellte aber als

Bedingung dafür, daß alle wichtigen Wahlkampfforderungen der SPD im Regierungsprogramm enthalten sein müßten. Die Funktionärsversammlung des Bezirks Groß-Berlin beschloß am 30.9. bei nur wenigen Gegenstimmen, daß eine Koalitionsregierung, an der sich die SPD beteiligen könne, folgendes Programm zur Grundlage haben müsse: "Die Belastung der arbeitenden Massen durch die Notverordnung ist sofort aufzuheben. Ebenso unerläßlich ist zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit eine fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem der Kampf um die vom IGB aufgestellte Forderung nach einer 44-stündigen Arbeitswoche. Eine baldige Entspannung der Wirtschaftskrise, die soziale Hilfe für ihre Opfer und die Sanierung der öffentlichen Finanzen können nur auf der Grundlage des sozialdemokratischen Wahlprogramms erreicht werden. Eine Regierung, die diese Bedingungen nicht anerkennt, ist mit allen Mitteln zu bekämpfen." Damit wurde von den Mittelparteien nicht weniger verlangt als die Übernahme des SPD-Wahlprogramms, war also nur als verklausulierte Ablehnung der großen Koalition zu interpretieren. Wie andere linke Parteigliederungen forderte auch Berlin die Einberufung eines außerordentlichen Reichsparteitages. Ein Antrag des "radikalen" linken Flügels, der die Reichstagsfraktion aufforderte, sofort, ohne die Konsultationen Brünnings zur Regierungsbildung abzuwarten, einen Mißtrauensantrag gegen die amtierende Regierung Brüning zu stellen, wurde abgelehnt. 93)

Die "Dresdener Volkszeitung", die gewöhnlich die Haltung der "gemäßigt" linken Gruppierung wiedergab, schloß eine Tolerierung einer Minderheitsregierung Brüning nicht aus, falls sie die unsozialen Elemente der Notverordnung vom 26.7. streiche, also v.a. den Leistungsabbau in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Dabei dürfe es sich jedoch nicht um eine generelle Tolerierung durch die SPD handeln, sondern dies müsse von Fall zu Fall nach sachlichen Gesichtspunkten entschieden werden: "Die Sozialdemokratie hätte bei dem Bestehen einer solchen Minderheitsregierung im Reichstag viel mehr Bewegungsfreiheit als bei einer Beteiligung an einer

großen Koalition.. Sie braucht nicht unter allen Umständen versuchen, mit den bürgerlichen Regierungsparteien unter einen Hut zu kommen ...". 94)

Wenige Tage vor der konstituierenden Sitzung der neuen SPD-Reichstagsfraktion und vor dem Beginn der offiziellen Konsultationen Brünings zur Regierungsbildung machte Seydewitz nochmals seine Position deutlich. Erleichtert stellte er zwar fest, daß wegen der Ablehnung durch die DVP und die Wirtschaftspartei der Plan einer großen Koalition "mausetot" sei, schilderte aber besorgt, die in der SPD vorhandene Bereitschaft zu der Tolerierung einer Minderheitsregierung Brüning: "die Sozialdemokratie solle, um eine Naziregierung oder die Diktatur Brünings zu verhindern, vor dieser Diktatur kapitulieren und die Bürgerblockregierung Brüning tolerieren." 95) Er warnte davor, da dann die SPD die Politik des Abbaus sozialer Leistungen mittragen müsse. Diese "Katastrophenpolitik" werde zu einer schweren Vertrauenskrise in der SPD selbst und in ihrem Verhältnis zur Arbeiterschaft führen. Die bürgerlichen Regierungsparteien würden in dieser Konstellation die SPD unter der Androhung der Regierungsbeteiligung der NSDAP zu immer größeren Konzessionen zwingen, um schließlich dann, wenn die Kampfkraft der Arbeiterklasse durch diese Politik entscheidend geschwächt worden sei, doch eine Koalition mit der NSDAP einzugehen. Er forderte die SPD-Reichstagsfraktion auf, im Parlament sofort einen Antrag zur Aufhebung der Notverordnung vom 26.7. und einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brüning einzubringen.

Heilmann verlangte dagegen im "Freien Wort" weiterhin eine Verständigung der SPD mit den Regierungsparteien, v.a. mit dem Zentrum, da sich die "beiden großen verfassungstreuen Massenparteien" über ein gemeinsames Vorgehen auf lange Frist einigen müßten.

Diese Zusammenarbeit schien aber durch ein neues am 1.10. veröffentlichtes Finanzprogramm der Regierung Brüning stark gefährdet, das keinerlei Rücksicht auf Wünsche der SPD

nahm. Es sah u.a. vor: die Senkung der Beamtengehälter, die Streichung des Reichszuschusses zur Arbeitslosenversicherung, die Senkung von Besitzsteuern (Gewerbe-, Grund- und Einkommenssteuer), die Erhöhung der Tabaksteuer und ein Osthilfe-programm für die Landwirtschaft. Der "Vorwärts" beurteilte dieses Programm enttäuscht so: "Keine neue Belastung der Produktion, aber stärkste Belastung der arbeitenden Klassen durch den Abbau von Gehältern und sozialpolitischen Leistungen, das ist der soziale Sinn des Plans." 96) Er äußerte sich jedoch nicht dazu, wie die SPD sich im Reichstag dazu verhalten solle.

Ströbel forderte im "Klassenkampf" dagegen, daß die SPD im Reichstag diesen Plan ablehnen müsse, da er eine "Entlastung des Besitzes und Belastung der breiten Massen" darstelle. 97)

Am 3.10. fand die konstituierende Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion statt. Sie faßte keinen Beschluß zur Haltung der SPD bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung. In einer Resolution wurde erklärt, daß sie für den Schutz der Demokratie gegen die Angriffe durch die NSDAP und KPD eintrete und für die Lösung der Wirtschaftskrise durch eine Erhaltung der Massenkaufkraft, Arbeitszeitverkürzung und staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Sie werde für die Aufhebung der unsozialen Bestimmungen der Notverordnung vom 26.7. eintreten. 98)

Seydewitz kritisierte heftig, daß die Fraktion die Anträge der linken Minderheit, im Reichstag sofort einen Antrag zur Aufhebung der Notverordnung und einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brüning zu stellen, ebenso abgelehnt habe wie die Forderung ein inhaltliches Programm von Mindestforderungen für eine Regierungsbeteiligung oder für eine Tolerierung der Regierung Brüning aufzustellen. Die bürgerliche Presse interpretiere diese Entscheidungen zurecht als Bereitschaft der SPD zur beinahe bedingungslosen Tolerierung der Regierung Brüning. 99)

Der gleichen Meinung waren auch alle Redner auf dem Bezirksparteitag der SPD Groß-Berlin am 4.10. Hilferding plädierte als Hauptreferent offen für eine Tolerierung der Regierung Brüning durch die SPD, da die Alternative dazu nur eine Rechtsregierung Hugenberg-Hitler oder eine Diktatur Brünings auf der Grundlage des Artikels 48 sei. Die Redner der Linken forderten die SPD-Reichstagsfraktion auf, unter allen Umständen in der Opposition zu bleiben, da eine Tolerierung gleichbedeutend sei mit der Tolerierung der Politik des Abbaus der sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, was die SPD entscheidend schwächen werde und der NSDAP und der KPD neue Anhänger zutreiben werde. Der Bezirksparteitag beschloß trotz der Reden Hilferdings und Crispiens mit großer Mehrheit die Annahme des bereits erwähnten Antrages des Kreisverbandes Tiergarten, der als Voraussetzung einer Regierungsteilnahme der SPD und damit erst recht der Tolerierung einer bürgerlichen Regierung die Anerkennung der SPD-Wahlforderungen verlangte und die Einberufung eines außerordentlichen Reichsparteitages. 100)

Der Widerstand in der Partei gegen die Tolerierung war so groß, daß der linke Berliner Landtagsabgeordnete Otto Meier im "Vorwärts" die Gelegenheit erhielt, den beschlossenen Antrag zu erläutern. Die Antragsteller seien nicht prinzipiell gegen jede Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien. Sie seien jedoch gegen Formen der Unterordnung der SPD unter die Forderungen der Mittelparteien, wie dies in der Regierung Müller erfolgt sei, da dies das Vertrauen der Arbeiterschaft in die SPD zerstöre und damit auch letztendlich die Demokratie: "Es ist mit Würde, Selbstbewußtsein und Zielsetzung einer sozialistischen Partei unvereinbar, um den Preis der Aufrechterhaltung einer Staatsform mehr und mehr den Inhalt abzubauen." 101)

Hilferding begründete in der "Gesellschaft" den Willen zur Verständigung mit den Parteien der Mitte mit der Notwendigkeit, dadurch eine Regierungsbeteiligung der DNVP und NSDAP zu verhindern. Die SPD müsse das Opfer bringen, eine bürger-

liche Regierung zu tolerieren, um in der Wirtschaftskrise die Demokratie und den Parlamentarismus zu erhalten: "Für die Sozialdemokratie ist die Stärkung einer Regierung der so stark nach rechts verschobenen Mitte eine opfervolle Aufgabe. Sie läßt sich nur verstehen als notwendige Verteidigung der Demokratie, in einem Parlament mit parlamentsfeindlicher Mehrheit und in einer außerparlamentarischen Situation, in der die Wirtschaftskrise nicht nur das Unternehmertum, sondern auch breite Massen zum Kampf gegen das Parlament formiert hat." 102) Hilferding hoffte darauf, daß mit der Überwindung der Wirtschaftskrise auch die Gefährdung der Demokratie beseitigt werden könnte: "Gelingt es das Parlament zu erhalten, wird der Reichstag vor die dringendsten, konkreten Aufgaben gestellt, so wird der Zwang vielleicht rascher, als es heute noch den Anschein hat, zur Koalition der Vernünftigen führen und die Zeit gewinnen lassen, bis der Ablauf der Wirtschaftskrise auch die Krise des Staates überwinden hilft." 103) Hilferdings Artikel lieferte das Grundschema für die Rechtfertigung der Tolerierungspolitik durch die SPD-Parteimehrheit; dieselbe Funktion erfüllte der bereits erwähnte Artikel von Seydewitz für die Ablehnung der Tolerierungspolitik durch die SPD-Linke.

Anfang Oktober begann Brüning seine Verhandlungen mit allen Parteiführern - mit Ausnahme Thälmanns -. In seinen Memoiren schildert er, daß er Hitler zu einer Tolerierung einer Minderheitsregierung der Mitte aufgefordert habe. Er bot Hitler an, nach einem Ende der Reparationszahlungen, die er anstrebte, eine Verfassungsreform einzuleiten, die u.a. zur Wiederherstellung der Monarchie führen sollte: "Wenn Hitler bereit sei, auf der Grundlage dieser Außenpolitik in loyalster Weise, erst versteckt und dann offen, mitzuarbeiten, so würde das deutsche Volk in zwei bis drei Jahren die Fesseln des Versailler Vertrages los sein. Ich hoffe, daß ich an ihn als alten Frontsoldaten nicht vergeblich appelliere, genauso wie es mir und meinen Freunden als alten Frontkämpfern

gleichgültig sei, ob der Enderfolg mit unseren Namen verknüpft würde." 104) Dieses Gespräch, das am 6.10. stattfand, scheiterte an der Forderung Hitlers, daß die NSDAP an der Regierung beteiligt sein müsse. Zu dieser offenen Koalition mit der NSDAP war Brüning v.a. aus außenpolitischen Erwägungen nicht bereit, da dies sein Ziel, durch Verhandlungen mit der Entente eine Einstellung der deutschen Reparationszahlungen zu erreichen, gefährdet hätte.

Brüning bemühte sich nunmehr um eine Verständigung mit der SPD. Am 10.10. verhandelte er mit Müller, Breitscheid und Wels. Es kam schnell zu einer Einigung. Die SPD war zur Tolerierung einer Minderheitsregierung Brüning bereit.

Dies wurde am nächsten Tag deutlich, als der "Vorwärts", der wegen der Vertraulichkeit des Gespräches nichts über den Inhalt berichtete, ankündigte, daß die SPD-Reichstagsfraktion nicht für die Anträge der KPD und NSDAP zur Aufhebung der Notverordnung vom 16.7. stimmen werde. Die SPD werde sich aber weiterhin darum bemühen, die Teile der Notverordnung zu beseitigen, "gegen die sich der Widerstand der Massen richtet." Mit welchen Mitteln dies geschehen sollte, wurde verschwiegen. Begründet wurde diese Haltung damit, daß eine sofortige Aufhebung der Notverordnung die Finanzkrise des Staates und der Arbeitslosen- und Krankenversicherung nur verschärfen würde und durch die Schaffung eines politischen und wirtschaftlichen Chaos den Nationalsozialisten und Kommunisten in die Hände spielen würde. 105) Der preußische Ministerpräsident Braun erklärte, daß die SPD, um eine faschistische Diktatur zu verhindern, eine verantwortungsbewußte Politik betreiben müsse und dabei auch eine "Politik der Unpopularität" in Kauf zu nehmen habe. 106)

In Erwiderung auf diesen im "Vorwärts" erschienenen Artikel Brauns machte Seydewitz im "Klassenkampf" nochmals seine Ablehnung der Tolerierungspolitik deutlich. Die SPD dürfe nicht vor der Diktaturohrung der Bourgeoisie kapitulieren und die Regierung Brüning "bedingungslos" tolerieren, da dies

zu einem Verlust des Vertrauens der Arbeiterschaft in die SPD führen müsse und damit letztlich das Ziel der Erhaltung der Demokratie nicht erreicht werde. Die SPD dürfe nicht die nur die Interessen des Bürgertums vertretende Politik Brünnings unterstützen, da sie dadurch nur noch "vorübergehend die Illusion einer scheinbar noch vorhandenen Demokratie, die in Wirklichkeit schon nichts anderes mehr ist als der Deckmantel, die Kulisse für die tatsächlich herrschende Diktatur" schaffe. 107) Weitsichtig erkannte Seydewitz die zu erwartenden Folgen der Tolerierungspolitik: "Wenn die Sozialdemokratie um der Aufrechterhaltung dieses Scheines, dieser Illusion willen die rücksichtslose Vertretung der proletarischen Klasseninteressen zurückstellt und Konzessionen macht, die die Kampfkraft der Arbeiterbewegung schwächen, so wird an dem Tage, an dem Bourgeoisie auch die Illusion der Demokratie zerschlägt und ganz offen ihre Diktatur aufrichtet, der notwendige Widerstand der Arbeiterklasse gegen diese Aufrichtung der Diktatur nicht mehr vorhanden sein." 108) Nur durch den Kampf für den sozialen Inhalt des Staates könne in der Arbeiterschaft Begeisterung erweckt werden, nicht durch den Kampf um die Staatsform, die nur Ausdruck der realen Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen sei. Die SPD müsse selbst dann in der Opposition bleiben, wenn die NSDAP an der Regierung beteiligt werden sollte. Die Hoffnung Hilferdings, daß die Tolerierungspolitik nur kurz dauern werde, bis zum bald erfolgenden wirtschaftlichen Aufschwung, hielt Seydewitz für eine Illusion, da er mit einer Verschärfung der Krise rechnete, die mit der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit nur dazu führen werde, "... daß nach einem halben Jahr, am Ende eines für die Massen jammervollen Winters, die Verzweiflungsstimmung der Massen ... viel verzweifelter sein wird als bei Beginn dieses Winters." 109) Mit dieser Prognose sollte er Recht behalten.

Als Alternative zur Tolerierung der Regierung Brüning schlug Seydewitz im Namen der Gruppe um den "Klassenkampf" ein "Kampfprogramm" vor, das das Ziel verfolgen sollte, ein Oppositionsprogramm der SPD gegen eine wie auch immer im einzelnen zusammengesetzte bürgerliche Reichsregierung zu formulieren. Es enthielt weitgehend bloß eine etwas aktualisierte Fassung des Wahlprogramms des "Klassenkampf" vom 15.8.1930. Neu war lediglich die Forderung nach einem Ausführungsgesetz zu dem Artikel 49, "das künftig eine dem Geist und Sinn der Verfassung widersprechende Auslegung ausschließt." Als innerparteiliche Wünsche wurden die Schaffung eines Parteiordnungsdienstes als Alternative zum Reichsbanner und der Ausbau der Parteidemokratie, der der Minderheit "größere Rechte und größere Bewegungsfreiheit" geben müsse, geäußert. 110)

Zahlreiche linke SPD-Parteigliederungen faßten Beschlüsse, in denen sie die Tolerierung der Regierung Brüning prinzipiell ablehnten (so z.B. die Bezirke Chemnitz-Erzgebirge und Mittelrhein und der Unterbezirk Groß-Breslau) oder die Tolerierung von der Übernahme der Forderungen des Wahlprogramms der SPD abhängig machten, was einer faktischen Ablehnung der Tolerierung gleichkam, da dies für die Regierungsparteien natürlich inakzeptabel war (so z.B. der Bezirk Zwickau-Plauen und die Unterbezirke Groß-Dresden, Duisburg-Hamborn und Bochum). 111)

Am 16.10. gab Brüning vor dem Reichstag seine Regierungserklärung. Darin kündigte er die Fortsetzung seines bisherigen wirtschaftspolitischen Kurses an, d.h. Einsparungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst, eine Steuerpolitik, "die den Produktionsprozeß nicht unerträglich belastet, vielmehr die Kapitalbildung ... fördert" und eine Lohnpolitik, die die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt erleichtere. Trotz der These, daß auch im sozialen Bereich weitere Sparmaßnahmen notwendig sein würden, betonte Brüning, daß sich seine Regierung "in sozialer Gesinnung von keiner ihrer Vorgängerinnen übertreffen läßt." 112)

In der Debatte zur Regierungserklärung übte im Namen der SPD H. Müller nur sehr vorsichtige Kritik am wirtschaftspolitischen Teil der Rede Brünnings, lobte aber den außenpolitischen Teil. Positiv vermerkte er besonders die Erklärung Brünnings, seine Regierung sei zu Gesprächen über die Abänderung von Teilen der Notverordnung vom 26.7. bereit. 113)

Am 18.10. stimmte die SPD bei allen Abstimmungen zusammen mit den Regierungsparteien für die Überweisung aller Anträge zur Aufhebung bzw. Abänderung der Notverordnung an die Reichstagsausschüsse, für ein Schuldentilgungsgesetz, für ein Hinweggehen über alle Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning zur Tagesordnung und für eine Vertagung des Reichstages bis zum 3.12.1930. Gegen diese Anträge stimmten die NSDAP, DNVP und die KPD. Alle SPD-Abgeordneten hielten sich an die beschlossene Anwesenheitspflicht und stimmten für diese Anträge - bis auf den Breslauer Abgeordneten Ziegler, der gegen die Anträge zur Überweisung der Anträge zur Notverordnung an die Ausschüsse und zum Übergang zur Tagesordnung über die Mißtrauensanträge stimmte. 114)

In der Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion vor diesen Abstimmungen wurden Anträge der linken Minderheit abgelehnt, daß die Fraktion im Reichstag die sofortige Aufhebung der Notverordnung fordern und einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brüning einbringen solle. Ein Teil der linken Abgeordneten um die "Klassenkampf"-Herausgeber Seydewitz, Rosenfeld und Ströbel schlug vor, trotz der beschlossenen Anwesenheitspflicht, aus Protest gegen diese Entscheidung nicht an der Abstimmung im Reichstag teilzunehmen. Dies wurde jedoch vom anderen Teil der linken Abgeordneten abgelehnt, da dies einen Bruch der Fraktionsdisziplin bedeutet hätte. Seydewitz berichtete, daß er und seine Kollegen sich dieser Haltung der Mehrheit der Linken in der Fraktion gebeugt hätten, "weil für die nächsten schweren Auseinandersetzungen und die Kämpfe gegen den Faschismus auch die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit des linken Flügels der Sozialdemokratie notwendig

ist." 115) Hier zeigte sich, daß ein Teil der Gegner der Tolerierungspolitik in der SPD-Reichstagsfraktion notfalls auch bereit war, aus der Fraktionsdisziplin auszubrechen, während die Mehrheit der Gegner der Tolerierungspolitik dies ablehnte.

Die SPD-Reichstagsfraktion begründete ihr Abstimmungsverhalten in einer Erklärung. 116) Darin wurde die Tolerierung der Regierung Brüning als kleineres Übel im Vergleich zu den drei anderen Möglichkeiten dargestellt, nämlich einer Regierung Brüning, die nur noch mit Hilfe des Artikels 48 im Amt bleiben könne oder eines Beamtenkabinetts, das dieselben Mittel anwenden müßte oder gar einer Rechtsregierung Hugenberg-Hitler, die versuchen würde, das italienische Modell einer faschistischen Diktatur nachzuahmen. Der Sturz der Regierung Brüning hätte zudem die Existenz der Regierung Braun in Preußen gefährdet. Die sofortige Aufhebung der Notverordnung hätte ein finanzielles Chaos bewirkt, das u.a. zu einer Senkung der Arbeitslosenhilfe geführt hätte. Die Reichstagsfraktion wagte es noch nicht, die prinzipielle Bereitschaft zur Tolerierung der Regierung Brüning anzukündigen. Die SPD stehe weiterhin "in entschiedenster Gegnerschaft gegen diese Regierung" und habe in sie kein Vertrauen. Sie lasse sich jedoch nicht von der NSDAP und der KPD vorschreiben, wann sie zum Angriff gegen diese Regierung überzugehen habe. Sie werde sich im Reichstag für die Ordnung der öffentlichen Finanzen, für die Erhaltung der Sozialgesetzgebung und die Sicherung der politischen Freiheitsrechte in Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften einsetzen.

Der "Vorwärts" vertrat dieselbe Position. Er vereinfachte die Alternative sogar noch auf die Formel "Demokratie oder Faschismus - das war (am 18.10.-E.W.) die entscheidende Frage." Dies bedeute aber nicht, daß die SPD die Regierung Brüning endlos tolerieren werde. Sobald eine bessere Regierung möglich sei, werde sie sie stürzen. Die Haltung der SPD-Linken wurde als verantwortungslos abgelehnt: "Eine Regierung zu stürzen,

in der sicheren Voraussicht, daß ihr Sturz unmittelbar den faschistischen Staatsstreich nach sich ziehen würde, wäre ein Verbrechen an der Arbeiterschaft gewesen!" 117) Auch Heilmann verteidigte die Entscheidung der Fraktion, die nur deshalb gefaßt worden sei, "weil in diesem Reichstag eine bessere, eine sozialere verfassungstreue Regierung eben nicht zu bilden ist" und ein Sturz der Regierung Brüning dem Faschismus den Weg geebnet hätte. Die SPD könne erst dann die Regierung Brüning stürzen, "wenn Neuwahlen einen besseren Reichstag versprechen." 118)

In der Frage der Beurteilung der Tolerierungspolitik zeigte sich schnell eine Differenzierung der SPD-Linken in zwei Strömungen. Die eine um die Herausgeber der Zeitschrift "Klassenkampf", die besonders stark in den Bezirken Chemnitz-Erzgebirge, Zwickau-Plauen und Groß-Thüringen verankert war, lehnte die Tolerierungspolitik prinzipiell ab, da sie im Endergebnis die SPD schwäche und den Faschismus stärke. Die andere um die Reichstagsabgeordneten Aufhäuser, Sender und Künstler, die v.a. in den Bezirken Groß-Berlin, Ostsachsen und Leipzig stark war, sah keine gangbare Alternative zur Tolerierungspolitik. Diese Differenzierung der SPD-Linken dokumentierte sich bereits in den Kommentaren und Beschlüssen zur Entscheidung der SPD-Reichstagsfraktion vom 18.10.

Die Meinung der "radikalen" SPD-Linken, die die Haltung der Reichstagsfraktion als verhängnisvoll betrachtete, machte Seydewitz in einem Grundsatzartikel im "Klassenkampf" klar. Den grundlegenden Gegensatz in der SPD in der Frage der Verhinderung einer faschistischen Machtübernahme schilderte er prägnant so: "Die Mehrheit will alles tun, um eine Regierung mit den Nazis zu verhindern, selbst auf die Gefahr hin, durch bedingungslose Tolerierung Vertrauen bei den Massen zu verlieren; die Linke dagegen will alles tun, um das Vertrauen der Massen zur Sozialdemokratie und damit die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu steigern, selbst auf die Gefahr hin, daß die Regierung Brüning durch eine Koalitionsregierung mit den Nazis ersetzt wird." 119) Grundlage dieser

Strategie von Seydewitz und seiner Anhänger war die These, daß es zwischen den bürgerlichen Regierungsparteien und den Faschisten wegen des gemeinsamen Zieles, die Arbeiterklasse zu unterdrücken, keine prinzipiellen Unterschiede mehr gebe und früher oder später daher zwangsläufig eine Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien unter Einschluß der DNVP und NSDAP entstehen werde. Seydewitz hielt es daher für eine Illusion der Parteimehrheit, zu glauben, "daß das Proletariat sich mit einem Teile der Bourgeoisie zur Niederhaltung und Niederwerfung des Faschismus verbünden könne." 120) Denn die gesamte Bourgeoisie betrachte nicht den Faschismus als Hauptgegner, sondern die Arbeiterbewegung, und sehe in ihm eine "letzte Waffe, mit der sie im Notfalle ihre Herrschaft gegenüber dem vordringenden Proletariat verteidigt." 121) Wegen des zunehmenden antikapitalistischen Bewußtseins der Massen würden sich auf lange Sicht die NSDAP und das Zentrum verbünden und eine Rechtsregierung bilden, die also durch die Haltung der SPD am 18.10. nur vertagt, aber nicht endgültig verhindert worden sei. Durch ihre faktische Unterstützung der "arbeiterfeindlichen Brüningregierung" 122) werde die SPD immer mehr Vertrauen in der Arbeiterklasse verlieren und damit eine Lähmung der Widerstandskraft gegen den Faschismus gegen ihren Willen bewirken.

Lewald bestritt im "Klassenkampf" ausdrücklich, daß die Regierung Brüning im Vergleich zu einer Regierung Hitler-Hugenberg ein "kleineres Übel" sei. Sie verfolge genau denselben arbeiterfeindlichen Kurs wie die DNVP und die NSDAP. Er stellte die These auf, daß sich eine Rechtsregierung mit Beteiligung der NSDAP nicht lange an der Macht halten werde, da sie mit ihrer Politik die ökonomische Krise nur noch verschärfen würde und daher schnell ihre Massenbasis verlieren würde. Auf die Gefahr einer Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch diese Regierung ging Lewald nicht ein. Der SPD-Parteimehrheit warf er vor, nunmehr das kleinere Übel nicht einmal mehr in einer Koalition mit den Mittelparteien zu sehen, sondern - damit spielte er auf die Vertagung des Reichstags und die Notverordnung an - bereits dann "glücklich" sei, "wenn

das Parlament und die Demokratie durch das kleinere Übel einer anständigen, mit dem demokratischen Öl gesalbten Diktatur zum Teufel gejagt wird." 123)

Die "Volkszeitung für das Vogtland" billigte die Auffassung von Seydewitz zur Tolerierungspolitik: "Sie (SPD-Partei - E.W.) glaubt, auf diesem Wege eine ausgesprochene, unter der tatsächlichen Führung der Nationalsozialisten stehende Rechtsregierung verhindern zu können, sie glaubt, einer solchen Regierung die Regierung Brüning als das kleinere Übel vorziehen zu sollen. Wir halten diesen Glauben für falsch." 124)

Die Bezirksvorstände von Zwickau-Plauen und Chemnitz-Erzgebirge verurteilten in Beschlüssen das Verhalten der Reichstagsfraktion am 18.10. 125)

Als typisch für die Haltung des "gemäßigten" Flügels der SPD-Linken kann der Beschluß der Gesamtversammlung des SPD-Unterbezirks Groß-Leipzig vom 19.10. angesehen werden, der gegen die Stimmen der radikalen Linken angenommen wurde. Die Haltung der Reichstagsfraktion wurde darin, unter dem Hinweis auf die Hauptaufgabe der Partei, eine faschistische Machtübernahme zu verhindern, wenn auch verklausuliert gebilligt: "Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen und der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und billigt ihren Kampf um die Erhaltung der Demokratie, zur Erhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse." 126) Implizit an die Parteilinke appellierend, wurde betont, daß in diesem Kampf "die völlige Einheit und Geschlossenheit der Partei" notwendig sei.

Der Beschluß des SPD-Bezirksvorstandes Leipzig überdeckte geschickt die Differenzen innerhalb der SPD-Linken und forderte ebenfalls zur Wahrung der Geschlossenheit der Partei auf. Er lautete: "Man kann durchaus der Auffassung sein, daß die Sozialdemokratische Partei nach dem 14. September eine andere Taktik hätte einschlagen müssen. Aber angesichts der Riesengefahren, die der Arbeiterklasse drohen, ist eine Schwächung der Partei, eine Erschütterung des Ver-

trauens der Mitglieder zur Partei viel verhängnisvoller als jeder Fehler, der begangen wird. Die Sozialdemokratie kann sich in ihrer Taktik irren, wie jede Partei und jedes Parteimitglied sich irren kann. Wenn aber die Partei geschlossen bleibt ..., dann ist sie trotz der begangenen Fehler unüberwindlich." 127)

Die "Dresdner Volkszeitung" billigte sogar vollinhaltlich die Erklärung der Reichstagsfraktion. 128)

Am 28.10. tagte der Parteiausschuß der SPD. Er diskutierte über die Reichswerbeweche der Partei. Der "Vorwärts" berichtete nicht darüber, ob das Abstimmungsverhalten der Reichstagsfraktion diskutiert wurde, was aber mit Sicherheit anzunehmen ist. Der "Klassenkampf" verschwieg diese Sitzung völlig. 129)

4.4. Der Konflikt in der SPD über die Tolerierungspolitik bis Ende 1930

In der SPD ging die Debatte über die Tolerierungspolitik weiter. Im Diskussionsorgan der Partei "Das Freie Wort" griff Heilmann den Breslauer Reichstagsabgeordneten Ziegler scharf wegen seines Disziplinbruchs an. 130)

Unter der Überschrift "Der Standpunkt der Opposition" erhielt Ziegler daraufhin die Gelegenheit, sein Verhalten zu rechtfertigen. Er begründete dies mit einer vernichtenden Bilanz der Tätigkeit der Regierung Brüning: "Sie hat tatsächlich die Demokratie vergewaltigt, den Parlamentarismus zur Karrikatur gemacht und die Verfassung gebrochen (Notverordnung vom 26.7. - E.W.) Sie läßt auch keinen Zweifel darüber, daß sie, wenn die Demokratie versagt und ihr das Parlament nicht zu Willen ist, mit diktatorischen Mitteln ihre arbeiterfeindlichen Pläne durchführen will. Das Programm der Regierung richtet sich aggressiv gegen die Interessen der Arbeiter ... Das Programm der Regierung Brüning muß die Le-

benshaltung der breiten Volksmassen ganz empfindlich herabdrücken und wird die Arbeitslosenzahlen nicht verringern, sondern vermehren." 131) Im Gegensatz zur Parteimehrheit hielt er eine Regierungsbeteiligung der NSDAP für kein allzu-großes Risiko: "Die deutsche Arbeiterbewegung, die mit Bismarck und dem Sozialistengesetz fertig geworden ist, sie sollte von einem Hitler vernichtet werden?" 132) Wie Seydewitz erblickte er in der Tolerierungspolitik eine Strategie, die genau das Gegenteil von dem erreichen werde, was sie anstrebe, nämlich eine Stärkung der NSDAP und eine Schwächung der SPD: "Ein Jahr Tolerierung der Regierung Brüning wirkt für unsere Partei schlimmer als zehn Jahre der allerbedenklichsten Koalitions-politik. Sie wird bei dem Anhalten der Wirtschaftskrise die Nationalsozialisten und Kommunisten auf unsere Kosten noch rascher anwachsen lassen als bisher. Wir schaffen mit dieser Politik tatsächlich die Möglichkeit, daß die Nazis auf legalem oder illegalem Weg die politische Macht an sich bringen." 135) Die NSDAP würde bei ihrer Regierungsteilnahme wegen der Verschärfung der Wirtschaftskrise schnell an Anhänger-schaft verlieren und könnte auch nicht die Arbeiterbewegung zerschlagen, da diese in Deutschland viel mächtiger sei, als in Italien bei der faschistischen Machtübernahme 1922.

Heilmann reagierte auf diesen Artikel mit dem Vorwurf, daß die SPD-Linke nicht in der Lage sei, den prinzipiellen Unterschied zwischen der Politik Brünings und der Politik Hitlers und Hugenburgs zu erkennen und daher eine für die Arbeiterbewegung katastrophale Folgen haben würdende Strategie der bedingungslosen Opposition im Reichstag einschlagen wolle. Im Gegensatz zu Seydewitz und Lewald vertraute er fest darauf, daß Brüning die politische Demokratie und die Reichsverfassung niemals antasten werde: "Die Regierung Brüning ist reaktionär. Aber nach dem großen Sieg der Nazis

ist die Regierung Brüning die am wenigsten reaktionäre, arbeiter- und verfassungsfeindliche Regierung, die überhaupt in Deutschland möglich ist. Die Regierung Brüning sichert die Existenz- und Agitationsmöglichkeit der Arbeiterbewegung." 134)

Eine Rechtsregierung unter Beteiligung der NSDAP und DNVP hingegen würde sofort versuchen, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen: "Genosse Ziegler will also, daß wir die Regierung Brüning stürzen, damit wir eine für die Arbeiter noch schlechtere Regierung bekommen. Er verspricht sich davon gute agitatorische Wirkungen, kann aber keine Garantie dafür übernehmen, daß wir nachher überhaupt noch agitieren können. Welcher Vernünftige folgt diesem Weg?" 135)

Der Ton der Auseinandersetzung in der SPD nahm wegen der Tolerierungspolitik an Schärfe zu.

Heilmann forderte die Herstellung der Geschlossenheit der Partei, wobei er Parteiausschlüsse ausdrücklich befürwortete: "Wer jetzt Zwietracht sät, muß nach unserer Überzeugung rücksichtslos entfernt werden." 136)

Der Breslauer SPD, die das Abstimmungsverhalten Zieglers gebilligt hatte, warf er vor, sich inhaltlich kaum von den Kommunisten zu unterscheiden und verlangte indirekt Sanktionen gegen sie: "Da hilft nur ein sofortiger scharfer Trennungsschritt. Wer nicht mit der Sozialdemokratie ist, der ist wider sie." 137)

Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Breslau Eckstein erwiderte auf diese Angriffe im "Klassenkampf", nicht im "Freien Wort", das den Abdruck seiner Erklärung offensichtlich ablehnte. 138) Er betonte darin, daß die Breslauer SPD trotz ihrer Kritik an der Politik der Parteiführung immer ein loyaler Bestandteil der SPD geblieben sei. Der Erfolg ihrer Haltung habe sich bei den Gemeindewahlen gezeigt, als sie 1929 trotz hoher Arbeitslosigkeit und der großen Koalition im Reich 33 Sitze in der Stadtverordnetenversammlung erhalten

habe, die KPD hingegen nur 4 Sitze. Als jahrzehntelanges SPD-Mitglied warf er Heilmann, der erst am Ende des Weltkrieges zur SPD gestoßen war, vor, sich als "Oberzensor" und "Scharfmacher" gegenüber langjährigen Parteigenossen aufspielen zu wollen.

Beispielhaft für die Härte der Auseinandersetzung in der Partei war, daß die SPD-Linke Torhorst einen Bericht der SPD-Parteizeitung "Düsseldorfer Volkszeitung" dementieren mußte, sie habe in einer Rede zu einem gewaltsamen Umsturz aufgerufen. Die Redaktion des "Klassenkampf" äußerte die Meinung, die Parteirechte habe bewußt diese Falschmeldung lanciert, um Torhorst durch ein beamtenrechtliches Disziplinarverfahren von ihrer Funktion als Beigeordnete der Stadt Düsseldorf entfernen zu können. 139)

Ausdruck der zunehmenden Spannungen in der SPD war auch die Auflösung der Jungsozialistischen Vereinigung im Bezirk Groß-Berlin am 24.11.1930 durch den SPD-Bezirksvorstand.

In ihrer Argumentation gegen die Politik der Parteiführung zog die SPD-Linke wiederum auch schlechte Wahlergebnisse herbei.

Die hohen Stimmenverluste der SPD bei den Kommunalwahlen in Baden, Mecklenburg, Oldenburg und Danzig wertete Alt im "Klassenkampf" sogar als "Volksentscheid gegen die Taktik der (SPD-E.W.) Reichstagsfraktion." 140) Nur durch eine Rückkehr zur Oppositionspolitik könne die SPD wieder an Vertrauen in der Wählerschaft gewinnen.

Der "Vorwärts" hingegen versuchte die schlechten Wahlergebnisse zu relativieren. Die Erfolge der NSDAP und der KPD beruhten auf einer zeitlich begrenzten "Welle der Hysterie", die mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage wieder abebgen werde. Die Stimmenverluste der SPD dürften nicht überbewertet werden, sie habe schon oft in ihrer Geschichte Rückschläge bei Wahlen hinnehmen müssen, denen aber immer wieder ein Aufstieg der Partei gefolgt sei. Es bestehe daher kein Anlaß für Pessimismus: "Die Reihen geschlossen, den Blick voraus.

Eine Bewegung, die wie die unsere Ausdruck einer tiefen gesellschaftlichen Umgestaltung ist, kann zwar vorübergehend aufgehalten, aber nicht beseitigt werden." 141)

Als Beweis für die Richtigkeit einer konsequenten Oppositionspolitik gegen alle bürgerlichen Parteien beurteilte die Redaktion des "Klassenkampf" den Wahlerfolg der österreichischen Sozialdemokratie, die seit 1920 keine Koalition mehr eingegangen war, bei den Nationalratswahlen am 9.11.1930. Der "Klassenkampf" zog daraus die Lehre: "Ein Ansporn für das deutsche Proletariat gegen den Defaitismus des Paktierens mit Brüning, ein Ansporn zur Aktion. Gegen die Macht der Einheit und des Vertrauens der Arbeiterklasse ist der Faschismus machtlos, das ist die Lehre des 9. November 1930." 142)

Eine erneute Gelegenheit, die Folgen der Tolerierungspolitik zu kritisieren, bot die Fortsetzung der Politik des Lohnabbaues durch die Regierung Brüning. Vom 15.-31.10. streikten die Berliner Metallarbeiter gegen einen Schiedsspruch, der Lohnsenkungen um 8% vorsah. Die von der Reichsregierung ernannten Schlichter Brauns (Zentrum), Sinzheimer (SPD) und Jarres (DVP) bestätigten im wesentlichen den ersten Schiedsspruch. Sie schlugen vor, den Lohn ab dem 17.11.1930 um 3% und ab dem 19.1.1931 nochmals um 5% zu kürzen. Reichsarbeitsminister Stegerwald erklärte diesen Schiedsspruch für verbindlich. Der erweiterte Beirat der Metallarbeitergewerkschaft DMV verurteilte diese Entscheidung als "Hilfe für die arbeiterfeindlichen Bestrebungen des gesamten deutschen Unternehmertums." 143)

Der "Vorwärts" übte zwar vorsichtige Kritik an diesem Schiedsspruch, zog aus ihm aber keinerlei politische Konsequenzen. 144) Katz hingegen verlangte im "Klassenkampf" den Sturz der Regierung Brüning, da sie dieses "Diktat des Kapitals" unterstützt habe und den Lohn der Arbeiterschaft noch weiter senken wolle. 145)

Ende November 1930 geriet die Regierung Brüning in eine Krise. Auf Druck seiner Partei, der Wirtschaftspartei,

trat der Justizminister Bredt zurück. Auch die Landvolkpartei drohte mit dem Ende der Unterstützung der Regierung Brüning. 146)

Die Redaktion des "Klassenkampf" registrierte diese Probleme der Regierung mit Freude. Unter der Überschrift "Die 'starke Regierung' auf schwankendem Grund" rechnete sie damit, daß auch die DVP die Regierung verlassen werde und dann eine Rechtsregierung oder eine Minderheitsregierung auf der Grundlage des Artikels 48 folgen werde. Der SPD werde daher nichts anderes übrigbleiben, als in die Opposition zu gehen. 147) Kleineibst vermutete, daß wegen der Gegensätze von Zentrum und NSDAP in kirchlichen Fragen eine Rechtskoalition nicht in Frage käme und hielt daher bei dem Verlust der Mehrheit der Regierung Brüning im Reichstag trotz ihrer weiteren Tolerierung durch die SPD eine Regierung mit Hilfe des Artikels 48 für die wahrscheinlichste Lösung der Regierungskrise. Diese "halbe Diktatur unter dem Artikel 48" sei aber für die SPD nicht so schlimm wie das gegenwärtige "gleiche Regiment ohne Artikel 48, aber unter Mitwirkung der Sozialdemokratie." 148)

Der "Vorwärts" plädierte weiterhin für die Fortsetzung der Tolerierung der Regierung Brüning als "das wahrscheinlich kleinste der zur Zeit möglichen Übel." 149)

In einem Grundsatzartikel in der "Gesellschaft" erklärte Decker das Wesen der Tolerierungspolitik, der es nicht darum gehen könne, "eine parlamentarische Regierung als das kleinere Übel einer anderen parlamentarischen Regierung vorzuziehen, sondern ..., durch diese Politik das Ende des parlamentarischen Regierens überhaupt zu verhindern." 150) Decker gestand allerdings das Risiko dieser Politik ein, das darin bestehe, zu erkennen, "wann diese Politik als Rettung der Demokratie und wann sie selber zu einer Gefahr für die Demokratie zu werden droht." 151) Decker hoffte darauf, daß Zentrum, BVP und DStP für die Bewahrung der Demokratie eintreten würden. Die SPD müsse versuchen, Gegensätze zwischen

den bürgerlichen Parteien auszunutzen, die in der Frage der Bewahrung der Demokratie - zwischen Zentrum, BVP und DStP auf der einen Seite und der NSDAP und DNVP auf der anderen Seite - existierten. Solange sich die Regierung Brüning zur Demokratie bekenne, müsse die SPD sie unter den gegenwärtigen Umständen tolerieren, da die Alternative dazu nur eine faschistische Diktatur sein könne. Decker erkannte auch die Probleme, die die Tolerierungspolitik für die SPD bot: "Die Tolerierungspolitik kann unmöglich unmittelbar einleuchten. Sie muß ständig inkonsequent und in sich widerspruchsvoll erscheinen, weil sie eben darin besteht, daß die tolerierende Partei nicht die Konsequenz aus ihrer oppositionellen Einstellung zur Regierung zieht, also diese nicht stürzt." 152) Die SPD müsse daher in Verhandlungen mit der Regierung immer wieder Konzessionen an die Arbeiterklasse durchsetzen, da ansonsten eine "Diskreditierung der Demokratie und zugleich der Sozialdemokratie" unvermeidbar sein würde. 153)

Ende November 1930 verstärkten sich Gerüchte, daß die Regierung Brüning wegen der Unsicherheit darüber, ob sie für ihr am 4.11. angekündigtes Finanzprogramm eine Mehrheit im Reichstag erhalten würde, dieses Vorhaben als Notverordnung und nicht als Gesetz durchbringen wolle. Der "Vorwärts" ließ die Haltung der SPD zunächst offen. Er forderte die Regierung auf, den Versuch zu unternehmen, dafür eine parlamentarische Mehrheit zu erhalten. Die SPD werde keiner Notverordnung zustimmen, die "verfassungsändernden Charakter" habe, sie werde aber nicht die Regierung Brüning stürzen, da dies nur den Nazis den Weg zur Macht öffnen würde. 154)

Wie erwartet, verzichtete jedoch die Reichsregierung darauf, ihr Finanzprogramm dem Parlament vorzulegen. Am 1.12.1930 erließ sie eine Reihe von Notverordnungen zur Durchführung ihres Planes. Sie enthielten u.a. die Senkung der Beamtgehälter und -pensionen um 6% ab dem 1.2.1931, die Erhöhung der Tabak-, Bier- und Ledigensteuer und die Senkung der Umsatz-, Grund-, Vermögens- und Gewerbesteuer. Opfer dieser

Maßnahme waren also wiederum die Lohnabhängigen, während die Nutznießer v.a. die Unternehmer waren. 155)

Breitscheid reagierte auf diese Notverordnungen mit der Erklärung, daß die SPD-Reichstagsfraktion erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken habe, da die Regierung nicht einmal den Versuch unternommen habe, dieses Programm vom Reichstag billigen zu lassen. Er kündigte aber verklausuliert an, daß die SPD - im Gegensatz zu ihrem Vorgehen im Juli 1930 - diesmal nicht im Parlament die sofortige Aufhebung der Notverordnung beantragen werde, da bei einem Erfolg dieses Antrages die Regierung Brüning gestürzt werden würde und die Regierungsbeteiligung der NSDAP zur Folge haben würde: "Möglich, daß es schließlich die bürgerlichen Parteien sein werden, die des Kämpfens müde, der Herrschaft nationalsozialistischer Ideen den Weg bereiten. Aber auch wer an diese Eventualität glaubt, hat sich die Frage vorzulegen, ob die Sozialdemokratie das Recht hat, die Bürgerlichen auf diese Bahn zu stoßen oder ihnen einen billigen Vorwand für ihr Betreten zu geben." 156)

Der Parteiausschuß der SPD, der am 2.12. tagte, faßte keinen Beschluß zur Haltung der SPD zur Notverordnung, obwohl Müller, Hertz und Aufhäuser einen Bericht über die Arbeit der Reichstagsfraktion gaben. 157)

Auf der Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion am 3.12. wurde noch keine Entscheidung über die Haltung zu den Anträgen der KPD, NSDAP und DNVP zur Aufhebung der Notverordnung gefaßt. 158)

Die Meinung der Parteiführung ging jedoch eindeutig aus einem vom Mitglied des Fraktionsvorstandes Aufhäuser, der als "gemäßigter" Linker die Tolerierungspolitik billigte, verfaßten Artikel im "Vorwärts" hervor. Darin bewertete er die Notverordnung vom 1.12. als Teilerfolg der SPD, da in ihr auch Vorstellungen der SPD zur Korrektur der Notverordnung vom 26.7. aufgenommen worden seien, wie z.B. der Wegfall der Krankenscheingebühr für Erwerbslose und Invaliden, der Beginn

des Rechts auf Arbeitslosenhilfe ab 16 Jahren statt bisher 17 Jahren und die Staffelung der Bürgersteuer nach der Einkommenshöhe. 159) Auch die Parteizeitung "Hamburger Echo" äußerte sich zufrieden: "Die ärgsten Giftzähne sind der Notverordnung ausgebrochen worden." 160)

Die radikale SPD-Linke war völlig anderer Meinung. Die "Volkszeitung für das Vogtland" schrieb: "Auch die nunmehr übrig bleibende Notverordnung bedeutet einen unerträglichen, einen brutalen Angriff auf das Proletariat." Sie belaste die Arbeiterklasse und entlaste die Besitzenden und zeige damit wieder einmal das Wesen der Regierung Brüning: "Wahrhaftig, deutlicher kann der wirkliche Sinn der Regierungstätigkeit des Bürgerblocks nicht gekennzeichnet werden." 161)

Am Abend des 5.12. beschloß die SPD-Reichstagsfraktion, alle gegen die Regierung Brüning und die Notverordnung gerichteten Anträge auf der Parlamentssitzung am nächsten Tag abzulehnen. Gegen diesen Beschluß stimmten 20 bis 25 Abgeordnete des linken Flügels. 162)

Am 6.12. lehnte der Reichstag mit den 292 Stimmen der Regierungsparteien und der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsparteien KPD, NSDAP, DNVP, Wirtschaftspartei und Landvolk (254 Stimmen) alle Anträge zur Aufhebung der Notverordnung und alle Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung ab. In einer Pressemitteilung begründete die SPD-Reichstagsfraktion ihr Verhalten mit dem Ziel eine Regierungsbeteiligung der NSDAP und DNVP zu verhindern, da diese als "Schutztruppen des Kapitals" sofort versuchen würden, mit Hilfe der Staatsmacht alle von der Arbeiterbewegung seit 1918 errungenen politischen und sozialen Errungenschaften abzubauen. Ihr sei es durch ihr Abstimmungsverhalten gelungen, "einen vollständigen und schwer wieder gutzumachenden Bruch mit dem ganzen System der Demokratie zu verhüten." Die Enttäuschung der "Anbeter der Diktatur" beweise, daß die SPD richtig gehandelt habe. 163)

Der "Vorwärts" rechtfertigte mit derselben Argumentation die Haltung der Reichstagsfraktion. Ohne sie beim Namen

zu nennen, verurteilte er die Position der radikalen SPD-Linken: "Nichts ist einfacher als eine Festgedruff-Politik, die mit Hurrageschrei in die Katastrophe hineinmarschiert. Eine solche Politik zu treiben, die die Wirtschaftskrise nur verschärft, das Elend verschärft und die Arbeiterrechte aufs Spiel gesetzt hätte, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion abgelehnt." Die Parteiopposition wurde ausdrücklich davor gewarnt, eine Debatte über das Abstimmungsverhalten der SPD-Reichstagsfraktion zu entfesseln: "Der Faschismus ist der Feind! In Eigenbrötelei und Diskussionen über taktische Probleme könnte die Zeit nicht schlechter gewählt werden. In geschlossener Formation, in eiserner Disziplin müssen wir gegen den Feind marschieren! Dann schlagen wir ihn!" 164)

Der linke Flügel der SPD-Reichstagsfraktion fiel in der Frage der Haltung der Notverordnung in drei Teile auseinander. Eine Gruppe um Aufhäuser und Sender teilte die Meinung der Parteimehrheit und war für die Fortsetzung der Tolerierungspolitik. Die Gegner der Tolerierungspolitik spalteten sich bei der Abstimmung im Reichstag in zwei Gruppen. Eine aus 11 Abgeordneten bestehende Gruppe um die Berliner Abgeordneten Löwenstein und Künstler beugte sich der Fraktionsdisziplin, wie der "Klassenkampf" formulierte, "unter Aufrechterhaltung ihres abweichenden Standpunktes nur aus organisatorischen, disziplinären und sonstigen Gründen", und stimmte gegen die Anträge der Oppositionsparteien. 165) Der Kern des radikalen linken Flügels der Fraktion blieb aus Protest der Abstimmung am 6.12. fern. Es waren: Agnes, Fleißner, Kuhnt, Oettinghaus, Portune, Rosenfeld, Seydewitz, Ströbel und Ziegler. Auf die Kritik ihrer eigenen Anhänger und der KPD, daß sie nicht für die Anträge der Oppositionsparteien gestimmt hätten, antworteten die 9: "Die disziplinären Bestimmungen in der sozialdemokratischen Fraktion und Partei gestatten der Minderheit nur, ihre abweichende Auffassung durch Nichtmitstimmen zum Ausdruck zu bringen, sie gestatten ihr aber nicht, offen gegen die Fraktion zu stimmen.

Schließlich ist das Wesentliche doch nicht, in welcher Form die Minderheit ihre Stellungnahme zum Ausdruck bringt, sondern daß sie diese überhaupt zum Ausdruck bringt." 166) Vier Monate später wurde diese Erklärung von den meisten der 9 nicht mehr beachtet.

Nach der Abstimmung zeigte sich noch deutlicher als bisher die Differenzierung der SPD-Linken in zwei Gruppen, von denen die eine - wenn auch widerstrebend - die Tolerierungspolitik befürwortete, die andere die Tolerierungspolitik ablehnte.

Aufhäuser verteidigte mit den bereits in seinem "Vorwärts"-Artikel verwendeten Argumenten die Haltung der Reichstagsfraktion auf einer Versammlung des SPD-Kreisverbandes Berlin-Wilmersdorf. 167) Die der Politik der Parteiführung bisher immer kritisch gegenüberstehende "Leipziger Volkszeitung" billigte nunmehr deren Politik mit der Begründung: "Mit dem Brüning-Kabinett wird Preußen fallen. Mit Preußen fällt der letzte Hort der Demokratie...Mit dem Sturze der Demokratie beginnt die faschistische Gewaltherrschaft gegen die Organisationen der Arbeiterschaft." Brüning wurde sogar als "der letzte Eckpfeiler der Demokratie" bezeichnet. Indirekt die Theorie der radikalen SPD-Linken kritisierend, behauptete sie, die Alternative sei heute nicht Kapitalismus oder Sozialismus, sondern demokratische Republik oder "faschistische Partei- und Staatsdiktatur." 168)

Seydewitz begründete das Verhalten der 9 Abgeordneten damit, daß sie es im Gegensatz zur Fraktionsmehrheit abgelehnt hätten, den "Schein der Demokratie", hinter dem sich in Wahrheit nur die brutale Kapitalsherrschaft verberge, durch eine Zustimmung zum "Sieg der Notverordnungen...über Demokratie und Parlamentarismus" zu legitimieren. 169) Die Notverordnung vom 1.12. sei gegenüber der vom 26.7. für die Arbeiterschaft noch eine größere Belastung. Die weitere Senkung der Massenkaukraft werde die Wirtschaftskrise nicht lindern, sondern verschärfen. Durch das ständige Nachgeben

der SPD gegenüber den Forderungen des Bürgertums gerate die SPD immer weiter in die Defensive. Dadurch werde die Regierung Brüning angeregt, immer aggressiver gegen die Arbeiterklasse vorzugehen. Die Reichsregierung bezeichnete er als "Handlanger des herrschenden Monopolkapitals, dessen Trabanten auch die Nazis sind." 170) Auf die von der Parteimehrheit in den Vordergrund gestellte Frage, welche Form der Regierung nach einem Sturz Brünings folgen werde, ging er nicht ein. Mehrere Artikel im "Klassenkampf" vom 15.12. untersuchten detailliert die Notverordnung vom 1.12. Sie kamen alle zum Ergebnis, daß sie die Lebenslage der Arbeiterschaft verschlechtern werde und das Einkommen der Besitzenden steigern werde. Die Redaktion des "Klassenkampf" vertrat die Meinung, daß die neue Notverordnung ebenso verfassungswidrig sei wie die vom 26.7., die die SPD noch verurteilt hätte. 171)

Das Fernbleiben der 9 Abgeordneten von der Reichstagsabstimmung führte in der SPD zu einer Debatte über die Rechte der Fraktionsminderheit. Keil forderte in einem Artikel im "Freien Wort" die Abschaffung des traditionellen Rechts der dissentierenden Fraktionsminderheit, sich nicht an der Abstimmung im Parlament beteiligen zu müssen. Er beantwortete die Frage, ob sich angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse im Reichstag die SPD-Fraktion noch "den Luxus der Toleranz bei großen politischen Entscheidungen" gestatten dürfe, negativ. 172) Die "Kampfkraft" der Reichstagsfraktion sei wichtiger als die Meinung einzelner Abgeordneter: "Gewissenskonflikte haben dann zurückzutreten hinter die unbedingte Notwendigkeit der Kampfgeschlossenheit. 173) "Die Reichstagsfraktion müsse in Zukunft das Recht haben, die Abstimmungs- und Anwesenheitspflicht aller Abgeordneten zu beschließen. Mandatsträger, die damit nicht einverstanden seien, müßten ihren Sitz aufgeben: "Wer glaubt, aus unüberwindlichen Gewissensbedenken der Fraktion nicht folgen zu können, muß darauf verzichten ihr anzugehören." 174)

Der nicht zur Fraktionslinken gehörende Abgeordnete Henke lehnte diesen Vorschlag ab, da er in der Endkonsequenz zum Parteiausschluß mancher Abgeordneter führen müsse und plädierte für die Beibehaltung des Rechts zur Abwesenheit bei Abstimmungen, mit dem Argument: "Mehrheiten - sogar größte - können irren und haben, wie die Geschichte beweist, oft genug sehr verhängnisvoll geirrt." 175) In der SPD müsse die jeweilige Mehrheit weiterhin die jeweilige Minderheit tolerieren; dies sei einer der wichtigsten Unterschiede der SPD zu undemokratischen Parteien wie der KPD und NSDAP.

Die Mehrheit der im "Freien Wort" abgedruckten Leserbriefe sprach sich für den Vorschlag Keils aus. 176)

Rosenfeld lehnte im "Klassenkampf" natürlich die Initiative Keils ab, da er in ihr einen Versuch des Abbaus der innerparteilichen Demokratie sah, der in letzter Konsequenz, wie die historische Erfahrung der Gründung der USPD zeige, zur Spaltung der Partei führen müsse. Er benutze dasselbe Argument wie Henke: "Eine wirklich demokratische Partei, die doch auf Toleranz und Gewissensfreiheit aufgebaut sein muß, würde sich selbst das Grab graben, wenn sie den Gewissenszwang unter den Parteimitgliedern einführen wollte. Darin liegt einer der wesentlichen Unterschiede der Sozialdemokraten von den Kommunisten und auch von der Nationalsozialistischen Partei, daß die Sozialdemokratische Partei keinen Kadavergehorsam kennt." 177) Toleranz innerhalb der Partei sei daher kein "Luxus", sondern ein "fundamentales Gesetz alles Zusammenlebens in einer wirklich demokratischen Partei." 178) Rosenfeld zog eine Parallele zwischen dem Ziel der SPD und ihrer Parteistruktur: "Nur auf der Freiheit im Innern kann eine Partei aufgebaut werden, welche die Arbeiterklasse befreien will und befreien kann und befreien wird." 179) Das Verhalten der 9 Abgeordneten verteidigte er damit, daß es - sehr zum Leidwesen der KPD - bei vielen Arbeitern "nur neues Zutrauen zur Partei" 180) geschaffen und die Verhandlungsposition der Partei gegenüber der Regierung Brüning gestärkt habe.

Diese Debatte erfolgte vor dem Hintergrund eines schärferen Vorgehens der Partei gegen oppositionelle Mitglieder. Dazu gehörten Ende 1930 die Auflösung der Jungsozialistischen Vereinigung im Bezirk Berlin, der Ortsgruppe der SAJ in Königsberg, sowie der Parteiausschluß des führenden Breslauer SPD-Linken Walter Müller und des ehemaligen Bürgermeisters von Bunzlau Burmann durch den Parteivorstand wegen Kontakten zur KPD. Die Redaktion des "Klassenkampf" protestierte gegen diese Maßnahmen, da ihr Ziel die Einschränkung der Diskussionsfreiheit in der Partei sei. 181) Zu diesem Bereich ist auch der Beschluß des Parteiausschusses vom 2.12.1930 zu zählen, eine Reorganisation der Jungsozialistischen Vereinigung einzuleiten, die völlig von der radikalen SPD-Linken beherrscht wurde.

Während der Sitzungspause des Reichstages vom 13.12.1930 bis zum 3.2.1931 bemühte sich die radikale SPD-Linke im "Klassenkampf" ihre Ablehnung der Tolerierungspolitik ausführlich zu erläutern. Ihre Hauptargumente blieben unverändert.

Biel prognostizierte einen immer größeren Vertrauensverlust der SPD in der Wählerschaft, der nur der KPD und NSDAP zugute kommen würde, da der Versuch der SPD-Partei-führung, "die schlechteste Koalitionspolitik als Erfolg und unumgängliche Politik 'auf weite Sicht'" darzustellen wegen der ständigen Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft bei dieser keinen Erfolg erzielen könne. 182) Im Rahmen der Politik der Tolerierung der Regierung Brüning könne die SPD keinerlei positiven Ergebnisse für die Arbeiterschaft mehr vorweisen, sondern nur noch behaupten, schlimmere Übel verhindert zu haben. Das Wesen dieser Strategie charakterisierte er treffend so: "In einer Zeit, wo die bürgerliche Grenznutzentheorie aufgegeben wird, entwickelt man bei uns eine politische Theorie des Grenznutzens der Koalitionspolitik. Der Nutzen der Koalitionspolitik wird nicht gemessen an den Erfolgen, sondern an dem Grenznutzen des Abgewehrten; es kommt auch nicht mehr auf Abwehr greifbarer Dinge an,

sondern die Koalitionspolitik erscheint uns gerechtfertigt, wenn nur das Kleinste vom Kleinsten abgewehrt wurde." 183) Diese Politik werde für die SPD nicht grenzenlos durchzustehen sein. Irgendwann werde sie, allerdings geschwächt durch diese falsche Strategie, zur Oppositionspolitik zurückkehren müssen.

Auch Seydewitz hielt die Tolerierungspolitik für zeitlich eng begrenzt: "Mit der Verschärfung der ökonomischen Krise werden die sozialreaktionären Forderungen der Bourgeoisie wachsen; nach jeder von der Sozialdemokratie unter dem Druck der faschistischen Gefahr gemachten Konzession werden die Forderungen weitergehen, und eines Tages wird doch die Grenze erreicht sein, wo die Sozialdemokratie erklären muß, bis hierher und nicht weiter. Bis zu diesem Punkt wird wahrscheinlich noch manche Konzession gemacht werden, je größer die Zahl und Bedeutung der Konzessionen auf dem Wege bis zu diesem Zeitpunkt sein wird, um so mehr gefährdet wird die Kampfkraft der Arbeiterklasse für den unausweichlichen Augenblick, wo die Arbeiterklasse zum offenen Abwehrkampf gezwungen wird." 184)

Am 5.2.1931 gab Brüning vor dem Reichstag eine Erklärung zum Reichshaushaltsplan seiner Regierung ab. Die Regierung werde ihren bisherigen wirtschaftspolitischen Kurs fortsetzen und vom Reichstag ein Ermächtigungsgesetz für die notwendigen Etatstreichungen verlangen. Sie plane nicht, den Etat mit Hilfe von Notverordnungen durchzusetzen. In der Debatte übten die Redner der SPD nur leichte Kritik an fehlenden Initiativen der Regierung zum Preisabbau und zur Erhaltung des Reallohns. 185)

Zusammen mit den Regierungsparteien lehnte die SPD-Reichstagsfraktion am 7.2. Mißtrauensanträge gegen die Regierung und Anträge zur sofortigen Auflösung des Reichstages ab, die von den drei großen Oppositionsparteien gestellt wurden. Der "Vorwärts" erklärte diese Haltung mit dem inzwischen schon üblichen Argument, nur so sei eine Regierungs-

beteiligung der NSDAP zu verhindern: "Wir Sozialdemokraten haben an der gegenwärtigen Regierung und ihrem Etat sehr viel auszusetzen, aber diese Regierung und dieser Etat sind immer noch besser als der Faschismus." 186)

Am 9.2. beschloß der Reichstag mit derselben Mehrheit über alle Änderungsanträge der Oppositionsparteien zum Antrag des Abgeordneten Behl (Zentrum) zur Reform der Geschäftsordnung des Reichstages zur Tagesordnung überzugehen. Daraufhin verließen die Abgeordneten der KPD, NSDAP und DNVP aus Protest die Sitzung. In Abwesenheit dieser Abgeordneten billigte das Parlament den Antrag Behl und eine Änderung des Pressegesetzes, die Reichstagsabgeordnete für Verletzungen des Presserechts strafbar machte. Der Antrag Behl schrieb vor, daß in Zukunft Finanzvorlagen von Fraktionen nur noch dann beraten werden sollten, wenn sie mit einer Deckungsvorlage verbunden würden. Ziel war es, damit Agitationsanträge der Oppositionsparteien zu erschweren. Getarnte Mißtrauensanträge, d.h. das Stellen von Billigungsanträgen für die Politik der Regierung durch Oppositionsparteien, in der Absicht dadurch die Regierung zu Fall zu bringen, wurden verboten. Der Reichspräsident erhielt das Recht, Interpellationen beleidigenden und unsachlichen Inhaltes zurückzuweisen. 187) Der "Vorwärts" sah in dieser Änderung der Geschäftsordnung eine "große politische Niederlage der Feinde des Parlaments." 188)

Aus Protest gegen diese Entscheidung des Parlaments kündigte am 10.2. die NSDAP an, daß sie ihre Ämter im Reichstagspräsidium niederlegen und sich nicht mehr an den Sitzungen des Reichstages beteiligen werde. DNVP und Landvolkpartei erklärten, daß sie sich für die Dauer der außenpolitischen Debatte ebenfalls nicht mehr an der Arbeit des Reichstages beteiligen würden. Der "Vorwärts" begrüßte dies als "Gewinn für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments." Die Rechtsparteien ergriffen nach ihrer schweren Niederlage die Flucht aus dem Reichstag. 189)

Der Parteivorstand der SPD bewertete in einem Aufruf am 14.2. den Auszug der NSDAP aus dem Parlament als erneuten Beweis für die "Unfähigkeit der nationalsozialistischen Gewaltapostel." Die NSDAP befinde sich bereits wieder im Niedergang, die SPD in der Offensive: "Die Psychose des 14. September ist längs vorüber. Jetzt greifen wir an, jetzt marschieren wir vorwärts. Arbeiter, stärkt eure Reihen. Kampf dem Faschismus!" 190)

Die radikale SPD-Linke sah die Lage nicht so optimistisch. Seydewitz bestritt die Existenz einer "festen bürgerlich-sozialdemokratischen Front gegen die Nazis" im Reichstag. 191) Die "parlamentarischen Zwischenspiele" dürften nicht überbewertet werden. Mit der Änderung der Geschäftsordnung hätten die bürgerlichen Parteien der Regierung nur das Ziel verfolgt, Agitationsanträge der NSDAP und DNVP zu verhindern. Die These, die NSDAP befinde sich in der Defensive, lehnte Seydewitz ab, da der Nährboden für sie solange vorhanden sei, wie die Massenarbeitslosigkeit andauere. Die bürgerlichen Regierungsparteien seien immer noch bereit, falls notwendig, die NSDAP als Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse einzusetzen.

Die Reform der Geschäftsordnung wurde von Seydewitz und Eckstein als Einschränkung der Rechte des Parlaments und Stärkung der Rolle der Regierung verurteilt, die sich auch einmal gegen die SPD benutzen lassen werde. Eckstein erwähnte als denkbare Beispiele dafür die Zurückweisung von Anfragen der SPD zur Reichswehr wegen angeblichen Landesverrats und von Anträgen zur Sozialpolitik wegen angeblich fehlender finanziellen Deckungsvorschlägen. Die Demokratie dürfe von der SPD nicht mit der Einschränkung von Rechten des Parlaments verteidigt werden: "Es hat schon mancher Schaden genommen, wenn er den Teufel mit dem Beelzebub austreiben wollte." 192)

Die Redaktion des "Klassenkampf" betonte, daß die Einhaltung der Fraktionsdisziplin auch durch die 9 Reichstagsabgeordneten am 7. und 8.2. nicht bedeute, daß sie ihre Ab-

lehnung der Tolerierungspolitik aufgegeben hätten. Warum sie ihr Verhalten vom 6.12.1930 nicht wiederholten, wurde nicht angegeben. Es ist zu vermuten, daß die Parteiführung im Falle eines erneuten Bruchs der Fraktionsdisziplin Sanktionen angedroht hatte.

- 4.5. Der "Disziplinbruch" von 9 linken SPD-Reichstagsabgeordneten im März 1931 und die daraus resultierende Debatte über die Parteidisziplin und die Folgen der Tolerierungspolitik.

In den Mittelpunkt der Diskussion in der SPD rückte nach dem Auszug der Rechtsparteien aus dem Reichstag die Frage, ob die SPD nunmehr zusammen mit der KPD die Mehrheit gegenüber den Regierungsparteien zur Durchsetzung eigener Ziele ausnutzen sollte.

Einer der Vorsitzenden der SPD-Reichstagsfraktion Dittmann machte schnell klar, daß die SPD-Parteiführung nicht daran dachte, die "künstliche" Mehrheit der proletarischen Parteien im Reichstag auszuwerten, da dies die Zusammenarbeit mit den Mittelparteien gefährden würde und zu einer Annäherung der Regierungsparteien an die Rechtsparteien führen würde: "Neuerdings wird der Exodus der Rechten gerührt als Sprengpulver, mit dem die Mittelparteien und die Sozialdemokratie auseinandergetrieben werden sollen. Dabei unterstellt man der Sozialdemokratie die Torheit, daß sie gemeinsam mit den Kommunisten eine Mehrheit gegen die Mittelparteien in den Fragen der Sozialpolitik und der Wehrpolitik herbeiführen würden, so daß die Mittelparteien die davongelaufenen Rechtsparteien um Rückkehr und Hilfe anflehen müßten. Diese Spekulation unterschätzt die Intelligenz der Sozialdemokratie, die sich bewußt ist, daß ihr zahlenmäßiger Einfluß im Reichstag bei der Wahl vom 14. September bestimmt worden ist und daß die indirekte künstliche Steigerung ihres Zahlengewichts durch

den Exodus der Rechten keine wirkliche Machtsteigerung bedeutet. Sie wird sich also nicht auf das Glatteis einer sozialistisch-kommunistischen Scheinmehrheit locken lassen, selbst wenn die Kommunisten noch so über 'Verrat' zeternd werden. "Hauptziel der SPD bleibe die Verhinderung einer faschistischen Diktatur, demgegenüber alle anderen Aufgaben und parlamentarischen Taktiken untergeordnet werden müßten. Die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter teile diese Meinung." (193)

Dieser Artikel Dittmanns wurde von der bürgerlichen Presse und der gesamten SPD als Absichtserklärung aufgefaßt, das Finanzprogramm der Regierung Brüning, das u.a. auch die erste Rate für den Panzerkreuzer B enthalten sollte, zu billigen. Die Redaktion des "Klassenkampf" reagierte darauf mit Empörung: "Wozu soll die Regierung Brüning der Sozialdemokratie noch Konzessionen und Zugeständnisse machen, wenn ihr die Unterstützung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion so fest und um jeden Preis versichert wird?" (194)

Seydewitz sprach sich im Gegensatz zu Dittmann für die Ausnutzung der derzeitigen Mehrheit von SPD und KPD zur Durchsetzung von wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen und zur Kürzung des Wehretats aus. Besonderen Wert legte er auf die Verhinderung der Bewilligung der ersten Rate für den Bau des Panzerkreuzers B, da er die These vertrat, "daß der Kampf um die Panzerkreuzer eine ganz besondere Geschichte hat, daß der Kampf um die Panzerkreuzer eine tiefe symbolische Bedeutung hat, die bei den Massen tief eingeprägt ist, und daß darum Preisgabe des bisherigen Standpunktes der Sozialdemokratie eine viel tiefere Wirkung auf die Massen ausüben wird als die bisher gemachten sachlich für die Arbeiterklasse viel schwerer wiegenden Konzessionen." (195) Auch bei weiteren Zugeständnissen an die Regierung Brüning werde diese letztendlich, wenn es darauf ankomme, nicht mit der SPD zusammen gegen den Faschismus kämpfen. Zudem werde dadurch die Macht der SPD immer geringer und der Abwehrwille der Arbeiterklasse gegen die Reaktion und den Faschismus geschwächt: "Die sozial-

demokratische Reichstagsfraktion muß bedenken, daß durch eine weitere bedingungslose Tolerierung der Regierung B Brüning durch eine Zustimmung zum Überhöhten Wehretat und zu dem Panzerkreuzer, durch eine Zustimmung für die von der Regierung geforderten Ermächtigungsgesetze, nach Belieben die Zölle zu erhöhen und den Etat zu senken, die Aktionskraft gegen den Faschismus geschwächt und der nationalsozialistische Einfluß im Volk nicht zurückgedrängt wird." 196)

Die Parteizeitungen der beiden Hochburgern der radikalen SPD-Linken, der Bezirke Zwickau-Plauen und Chemnitz-Erzgebirge, unterstützten die Position von Seydewitz. Die "Volkszeitung für das Vogtland" schrieb am 3.3.1931: "Durch den Auszug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen aus dem Reichstag sind dort parlamentarische Machtverhältnisse geschaffen worden, die man nicht vorhergesehen hat...Es scheint uns selbstverständlich, daß diese Mehrheit rücksichtslos ausgeübt werden müßte... In den leitenden Parteikreisen scheint man anderer Ansicht zu sein." 197) Auch Ströbel sah in einem Artikel in der "Chemnitzer Volksstimme" keinerlei Veranlassung, die Regierung Brüning zu schonen: "Die Regierung Brüning hält sich mit Hilfe der Sozialdemokratie im Sattel, um reaktionäre und nationalistische Politik zu machen." 198)

Am 5.3. beriet die SPD-Reichstagsfraktion über ihre Haltung zum vorgeschlagenen Wehretat und speziell zum Bau des Panzerkreuzers B. Sie faßte noch keinen Beschluß, erklärte aber, daß sie ihre Haltung dazu "von den allgemeinen politischen Erwägungen und von den Entscheidungen über die sozialpolitischen und finanzpolitischen Anträge der Sozialdemokratie" abhängig machen werde. 199)

Am 9.3. begannen im Haushaltsausschuß des Reichstages die Beratungen über den Wehretat. Reichswehrminister Groener machte deutlich, daß die Regierung zu keiner Kürzung bereit sei und auf den Bau des Panzerkreuzers B bestehe. 200)

Der SPD-Abgeordnete Hünlich gab die am 5.3. von der Reichstagsfraktion beschlossene politische Linie in dieser Frage bekannt. Er kündigte an, daß sich seine Partei im Haushaltsausschuß bei der Abstimmung über die Finanzmittel für den Panzerkreuzer B der Stimme enthalten werde. 201)

Die KPD sah darin eine Präjudizierung der Haltung der SPD im Plenum des Parlaments und griff die SPD im Haushaltsausschuß scharf an. Der dem betont rechten Parteiflügel der SPD angehörende Wehrexperte der SPD Schöpflin antwortete darauf nach dem Bericht des "Vorwärts": "Auf Grund ihrer positiven Staatsauffassung habe die Sozialdemokratie die Vaterlandsverteidigung immer bejaht, auch schon in der Kaiserzeit. Er sei nicht nur Sozialdemokrat, sondern auch Deutscher. Und wenn ihm vorgeworfen werde, er hätte Befehle vom Reichswehrminister entgegengenommen, so müßte er den Kommunisten antworten, wenn es sich um das deutsche Volk und das deutsche Vaterland handele, dann gehe er lieber zehnmal mit Herrn Groener als einmal mit Herrn Stoecker (KPD-Abgeordneter - E.W.) " 202)

Wie tief die Gegensätze in der SPD in der Frage der Stellung zum bestehenden Staat und zur Armee waren, zeigte die Reaktion der "Volkszeitung für das Vogtland" auf die Rede Schöpflins: "Wir bezweifeln ganz entschieden, daß Genosse Schöpflin derartige Erklärungen, die in erschreckender Weise den Geist von 1914 atmen, im Namen der Mehrheit der sozialdemokratischen Parteigenossenschaft abgeben konnte. Mindestens aber gibt es einen sehr beachtlichen Teil sozialdemokratischer Mitglieder ..., die mit aller Schärfe die Verteidigung des kapitalistischen 'Vaterlandes', die in der Realität und in der Wirkung nichts anderes ist als die Verteidigung bürgerlicher Ausbeuterinteressen, auf das entschiedenste ablehnen, und die deshalb auch im schärfsten Kampfe gegen die Wehr des bürgerlich-kapitalistischen Staates stehen." 203)

In der Zeitschrift "Das Freie Wort" kündigte am 15.3. Heilmann an, daß die SPD auch im Plenum des Reichstages nicht gegen den Wehretat stimmen werde, obwohl sie rein sachlich den

Wehretat für Überhöht halte. Sie tue dies aus "höheren politischen Rücksichten", um den Sturz der Regierung Brüning zu vermeiden, auf die zwar noch nicht eine Regierung Hitler-Hugenberg folgen werde, aber ein Vorläuferkabinett dafür, "irgendein Generals- oder Bürokratenkabinett, das wie das Ministerium Facta in Rom lediglich Vorspiel oder Übergang zur faschistischen Regierung darstellte." 204) Auch eine Auflösung des Reichstags und Neuwahlen wäre für die SPD keine gute Lösung, da sie in Zeiten der Wirtschaftskrise keine Aussichten auf einen Wahlerfolg habe: "Die Erfahrungen haben uns gezeigt, daß auch politisch die Sozialdemokratie ihre Hoffnungen nur auf den Wiederaufschwung der Wirtschaft setzen kann." 205)

Im "Klassenkampf" wiederholte Seydewitz in einem Grundsatzartikel zur Rolle des Faschismus seine schon oft geäußerte These, daß die Tolerierungspolitik auf die Dauer das Bündnis aller bürgerlichen Parteien mit der NSDAP zur Errichtung einer Diktatur über die Arbeiterklasse nicht werde verhindern können. Als Schlußfolgerung für den Kampf um die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterschaft zog er daraus: "Dieser Kampf aber kann nicht geführt werden mit der Regierung Brüning, sondern nur gegen die Regierung Brüning und gegen die hinter dieser Regierung stehenden kapitalistischen Kreise." Über die Form der Regierung nach einem Sturz der Regierung Brüning machte er sich wieder einmal keine Gedanken. 206)

Ströbel verurteilte die Entscheidung der SPD-Reichstagsfraktion vom 5.3.1931, mit der Regierung über Konzessionen in der Sozial- und Finanzpolitik als Kompensation für die Zustimmung zum Wehretat zu verhandeln als "kläglichen Kuhhandel", bei dem die Regierung besser abschneiden werde. 207) Die Tolerierungspolitik werde nur dazu führen, daß die SPD wegen ihrer zunehmenden Schwäche immer mehr Forderungen der Regierung nachgeben werden müsse: "Schluckt die Partei die Panzerkreuzer, um der 'Rettung' der Regierung Brüning willen, dann wird die Regierung Brüning morgen von der Sozialdemokratie

noch weitergehendere, unmöglichere Konzessionen verlangen." 208)

Der "Klassenkampf" berichtete, daß viele Gliederungen der SPD sich für die Ablehnung des Wehretats und des Baus des Panzerkreuzers B ausgesprochen hätten, ohne nähere Angaben darüber zu machen. 209)

Am 18.3. beschloß die SPD-Reichstagsfraktion, nach Angaben Rosenfelds nur mit der knappen Mehrheit von 60 gegen 40 Stimmen, sich bei der Abstimmung im Plenum des Reichstages über den Bau des Panzerkreuzers B wie schon in dem Haushaltsausschuß geschlossen der Stimme zu enthalten. 210) Der "Vorwärts" wiederholte zur Begründung dieser Entscheidung die bekannten Argumente. Die SPD sei weiterhin aus sachlichen Gründen gegen den Bau des Panzerkreuzers, werde aber nicht dagegen stimmen, weil die Ausnutzung der gegenwärtigen "Scheinmehrheit" im Reichstag nur "der faschistischen Rechtsopposition" zugute kommen würde. Der "Vorwärts" lehnte entschieden die Vermutung ab, daß die Haltung der Reichstagsfraktion zu einer schweren Parteikrise führen würde wie 1928. Verschlüsselt wurde an die linken SPD-Reichstagsabgeordneten appelliert, sich an die Fraktionsdisziplin zu halten: "Kein Sozialdemokrat wird jedoch das Recht zur Kritik in einer Weise benutzen wollen, die ihn wider Willen zu einem Helfer unserer schlimmsten und gefährlichsten Feinde macht." Die Partei müsse in "eiserner Geschlossenheit" den Kampf gegen den Faschismus fortsetzen. Die Stimmenthaltung der Fraktion bedeute keine Veränderung der Wehrpolitik der Partei, sondern stelle nur ein "taktisches Verhalten" und einen "Schachzug" dar. 211)

Im Reichstag begründete Wels am 20.3. die Haltung der SPD ebenfalls mit der Absicht, zu verhindern, daß an die Stelle der Regierung Brüning eine "faschistische Regierung" treten könne. Es gehe daher bei dieser Abstimmung nicht primär um die Einzelfrage des Panzerkreuzers B, "sondern darum, das deutsche Proletariat vor dem furchtbaren Schicksal der italienischen Arbeiterklasse, vor der faschistischen Diktatur zu bewahren." 212)

Zwei Anträge der KPD Reichswehrminister Groener das Mißtrauen auszusprechen und das gesamte Flottenbauprogramm zu streichen, wurden mit den Stimmen der Regierungsparteien und der SPD abgelehnt.

Bei der Abstimmung in der zweiten Lesung wurden am 20.3. 1923 die finanziellen Mittel für die erste Rate des Panzerkreuzers B und die vierte Rate des Panzerkreuzers A mit den 183 Stimmen der Regierungsparteien bei 72 Stimmenthaltungen von SPD-Abgeordneten und 72 Gegenstimmen von 63 KPD-Abgeordneten und 9 SPD-Abgeordneten bewilligt. 213)

Die Reichstagsfraktion der SPD zerfiel bei dieser Abstimmung in drei Gruppen. 214) Die große Mehrheit (72 Abgeordnete) hielt sich an den Fraktionsbeschluß vom 18.3. und enthielt sich der Stimme. 18 Abgeordnete, meist vom "gemäßigten" linken Flügel, machten vom traditionellen Recht einer Fraktionsminderheit Gebrauch, aus Protest gegen die Haltung der Fraktion der Abstimmung fernzubleiben. Es waren: Agnes (Niederrhein), Arzt (Ostsachsen), Aufhäuser (Berlin), Bergmann (Hamburg), Graupe (Zwickau-Plauen), Krätzig (Ostsachsen), Künstler (Berlin), Kunert (Berlin), Litke (Berlin), Löwenstein (Berlin), Schirmer (Ostsachsen), Schreiber-Krieger (Osthannover), Schumacher (Stuttgart), Sender (Ostsachsen), Stücklen (Chemnitz-Erzgebirge), Voigt (Thüringen) und Wurm (Thüringen). 9 Abgeordnete des "radikalen" linken Flügels, darunter drei Herausgeber der Zeitschrift "Klassenkampf", brachen erstmals die Fraktionsdisziplin und stimmten zusammen mit der KPD gegen den Antrag. Es waren: Graf (Leipzig), Kuhnt (Chemnitz-Erzgebirge), Oettinghaus (Westliches Westfalen), Seydewitz (Zwickau-Plauen), Siemsen (Thüringen), Ströbel (Chemnitz-Erzgebirge), Portune (Hessen-Nassau), Rosenfeld (Thüringen) und Ziegler (Breslau).

Noch am selben Tag, am 20.3. verurteilte der Vorstand der SPD-Reichstagsfraktion das Verhalten der 9 Abgeordneten als schweren Disziplinbruch. Die Erklärung lautete: "Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist

zu der Feststellung gezwungen, daß neun Mitglieder der Fraktion trotz eindringlicher Warnung in der letzten Fraktionssitzung bei der Abstimmung über die Schiffsbauten im Plenum des Reichstags gegen die Fraktion gestimmt haben. Der Fraktions-Vorstand weist darauf hin, daß die Reichstagsfraktion von einem absoluten Fraktionszwang (Abstimmungspflicht - E.W.) im Vertrauen auf die Disziplin der Fraktionsmitglieder Abstand genommen, einen Antrag auf Freigabe der Abstimmung aber mit großer Mehrheit abgelehnt hat. Das Verhalten der neun Fraktionsmitglieder widerspricht der Tradition und der bisher geübten Disziplin. Der bevorstehende Parteitag wird sich mit diesem Vorgang zu beschäftigen haben." 215)

(Auf die Diskussion in der SPD über den "Disziplinbruch der 9" wird im folgenden noch ausführlich eingegangen.)

Die 0 SPD-Abgeordneten ließen sich durch diese Erklärung des Fraktionsvorstandes nicht beeindrucken. Am 25.3. wiederholten sich bei der dritten Lesung der Etatgesetze die Ereignisse vom 20.3. Der Antrag der KPD auf Streichung des gesamten Flottenprogramms erhielt wiederum nur die Stimmen der KPD. Beim Antrag der KPD auf die Streichung der Mitte für die vierte Rate des Panzerkreuzers A und die erste Rate des Panzerkreuzers B, der mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt wurde, zerfiel die SPD-Reichstagsfraktion erneut in drei Gruppen: 106 Abgeordnete enthielten sich der Stimme, 18 (bis auf 2 dieselben wie am 20.3.) beteiligten sich nicht an der Abstimmung und 9 stimmten für den Antrag der KPD. 216)

Am selben Tag votierte die SPD für den Gesamtetat, der mit ihren Stimmen und denen der Regierungsparteien bewilligt wurde. Dittmann begründete dies damit, daß die Regierung der SPD in der Frage des Schutzes sozialpolitischer Leistungen Zugeständnisse gemacht habe. Seine Partei verlange aber weiterhin von der Regierung eine Erhaltung des Reallohns und der sozialpolitischen Errungenschaften. 217) Der Etat wurde nur von der KPD abgelehnt. Ein Teil der SPD-Fraktion, darunter

alls 9 "Abweichler", beteiligte sich aus Protest gegen die Haltung der Fraktion nicht an dieser Abstimmung. Weder der "Vorwärts" noch der "Klassenkampf" machten Angaben über die Zahl dieser Abgeordneten. 218) Am 26.3. stimmte die SPD einem Ermächtigungsgesetz zu, das der Regierung erlaubte, ohne vorherige Zustimmung des Reichstages die Höhe der Agrarimportzölle festzulegen, und einem Osthilfegesetz, das zur Entschuldung der ostelbischen Landwirtschaft beitragen sollte. Ebenfalls mit den Stimmen der SPD vertagte sich der Reichstag auf einen ungewöhnlich langen Zeitraum, bis zum 13.10.1931. Ein Teil der SPD-Abgeordneten beteiligte sich nicht an diesen Abstimmungen, aber keiner stimmte dagegen. 219)

Der Sinn der Vertagung des Reichstages bis zum 13.10.1931 war eindeutig der, der Regierung Brüning Zeit zu geben, in Form von Notverordnungen ihr Programm, unbelastet von parlamentarischen Störmanövern der Oppositionsparteien, durchzuführen. Die SPD entband sie von der unangenehmen Aufgabe, im Reichstag allen Maßnahmen der Regierung zustimmen zu müssen. Heilmann begründete im "Freien Wort" das Verhalten der SPD damit, daß dadurch die Existenz der Regierung Brüning für mindestens ein halbes Jahr gesichert sei und damit auch die Demokratie. 220)

Gleich zu Beginn der Sitzungspause des Parlaments erließ die Regierung eine Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, die das Verbot von Kundgebungen, Flugblättern und Plakaten erleichterte und die Strafen für politische Delikte erhöhte. 221)

In der Reaktion auf diese Maßnahme zeigte sich der immer größer werdende Gegensatz in der SPD. Der "Vorwärts" begrüßte diese Notverordnung als gute Waffe im Kampf gegen den politischen Terror der NSDAP und KPD und äußerte nur nebenbei die Befürchtung, daß sie von reaktionären Landesregierungen auch gegen demokratische Kräfte angewandt werden könnte. 222) Die Redaktion des "Klassenkampf" dagegen rückte die potentielle Gefahr für die SPD durch diese Notverordnung

in das Zentrum ihres Kommentars. Die Regierung verhängte mit dieser Aktion faktisch den Belagerungszustand, was "verdammt viel Ähnlichkeit mit faschistischen Regierungsmethoden" habe. Der "Klassenkampf" äußerte die Befürchtung, "daß sich das, was die Sozialdemokratie in dem Glauben, daß es der Bekämpfung des Faschismus dient, toleriert, sehr bald ganz offen gegen die Sozialdemokratie und gegen die Arbeiterklasse auswirken wird." 223) Die "Volkszeitung für das Vogtland" war sogar der Meinung, daß diese Maßnahme ein "Todesstoß gegen die Demokratie" sei: "Die persönliche Freiheit, die Freiheit der politischen und kulturellen Meinungsfreiheit haben praktisch zu bestehen aufgehört." Das "Sächsische Volksblatt" sah in der Notverordnung einen Schritt auf dem Weg zur faschistischen Diktatur: "Eine bürgerliche Regierung, deren soziales Programm der Lohnabbau und der Abbau der Sozialgesetzgebung ist, wird diesen Belagerungszustand nicht gegen die Bourgeoisie anwenden. Die Regierung wendet jetzt schon sichtbare faschistische Regierungsmethoden an, die im Endergebnis nicht gegen, sondern für den Faschismus wirken werden." 224)

Die innerparteiliche Diskussion in der SPD stand in der Vorbereitung des Reichsparteitages ganz im Zeichen der Debatte über die Tolerierungspolitik und den Disziplinbruch der 9 Reichstagsabgeordneten. Bei dieser Diskussion zeigte sich immer mehr das Anwachsen des Gegensatzes zwischen der Parteimehrheit und der "radikalen" Linken um die Zeitschrift der "Klassenkampf", aber auch des Gegensatzes zwischen der "gemäßigten" Linken einerseits, die sich der Meinung der Parteimehrheit annäherte, und der "radikalen" Linken andererseits.

Die Position der Parteimehrheit wurde in dem bereits erwähnten Beschluß des Vorstandes der Reichstagsfraktion vom 20.3.1931 widergegeben. Sie hatte keinerlei Verständnis für den Disziplinbruch der 9 und war für die Fortsetzung der Tolerierung der Regierung Brüning, da diese das kleinere Übel gegenüber einer Rechtsregierung sei. Der "Vorwärts" verurteilte scharf das Verhalten der 9 und forderte den Reichs-

parteitag auf, Maßnahmen einzuleiten, die eine Wiederholung dieses Vorfalles verhindern könnten. Dazu gehöre v.a. die Androhung von Parteiausschlußverfahren gegen Abgeordnete, die anders abstimmten, als die Fraktion beschlossen habe. 225) Keil nahm den "eklatanten Disziplinbruch" zum Anlaß, seine Forderung nach einer Abstimmungspflicht aller SPD-Abgeordneten bei entscheidenden Abstimmungen zu wiederholen. 226)

Abgeordnete, die dies mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren könnten, müßten ihr Mandat niederlegen. Werde dieser Disziplinbruch fortgesetzt, drohe die Spaltung der Partei.

Im "Klassenkampf" übernahm Rosenfeld die Aufgabe, das Abstimmungsverhalten der 9 zu begründen. Inhaltlich berief er sich dabei auf die bisherige Ablehnung der ersten drei Raten für den Panzerkreuzer A durch die gesamte Reichstagsfraktion der SPD, die von der Überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder verlangt worden sei und weiterhin begrüßt werde. Die Situation der 9 beschrieb er so: "Wir hatten lediglich die Wahl: Entweder gegen den Willen der Mehrheit der Fraktion zu handeln oder gegen unsere Überzeugung, und zugleich gegen den Willen der Tausenden, die von uns die Ablehnung der Kreuzer erwarteten und der Partei den Rücken gekehrt hätten, wenn auch wir anders handelten, als nach den bisherigen Erklärungen der Fraktion zu erwarten war." 227) Ziel dieser Handlung sei es gewesen, schwankende Anhänger der SPD bei der Partei zu halten und zugleich der Parteiführung in der Frage der Tolerierung der Regierung Brüning "ein lautes: 'Bis hierher und nicht weiter!'" zuzurufen. 228) Die Parteimehrheit müsse endlich erkennen, daß "die ganze Politik der Konzessionen an die Regierung" 229) falsch sei, da sie objektiv nur der Bourgeoisie nütze und der Arbeiterklasse schade: "Die Regierung Brüning ließ sich seit Jahr und Tag von der Sozialdemokratie tolerieren und die Arbeiterschaft muß dafür noch zahlen, daß diese Regierung so gnädig ist, dieses Tolerieren zu gestatten. Statt, daß von dieser Regierung für diese Unterstützung Gegenleistungen gefordert und gewährt werden." 230) Die Position der SPD im Kampf gegen

den Faschismus werde durch das ständige Nachgeben immer schwächer:" Eine Armee, die nur rückwärts geführt wird, wird schließlich unbrauchbar zum Angriff." 231) Die Entscheidungsschlacht zwischen der Arbeiterbewegung und dem Faschismus sei auf die Dauernicht zu vermeiden, da das Bündnis aller bürgerlichen Parteien mit der NSDAP zwangsläufig zustandekommen werde: "Man möge endlich aufhören, bei jedem Aufzeigen des Hakenkreuzes schon gleich zusammenzuklappen. Wenn die Faschisten aber wirklich den Einzug in die Regierung hätten antreten wollen, dann hätte der Kampf aufgenommen werden müssen. Mit allen Mitteln! Der Kampf kommt doch! Führen wir ihn, solange wir stark sind!" 232)

Rosenfeld dementierte ausdrücklich, daß die 9 eine Parteisplaltung einkalkulierten oder gar planten, erinnerte aber unter Zitierung eines Satzes von Bernstein aus dem Jahre 1916 daran, daß nur bei völliger innerparteilicher Meinungsfreiheit die Einheit einer Partei gewahrt werden könne. Nicht das Verhalten der 9 gefährde die Parteieinheit, sondern die Intoleranz der Mehrheit gegenüber der Minderheit: "Die Partei ist viel zu stark und gefestigt, als daß sie durch ein getrenntes Abstimmen der Fraktionsmehrheit und Minderheit gespalten werden könnte. Die Gefahr der Spaltung taucht immer erst auf, wenn die Mehrheit den Bogen überspannt und die Minderheit zwingen will, etwas zu tun, was ihr untragbar ist." 233)

Die Taktik der 9 Abgeordneten, ausgerechnet bei der Abstimmung über die Panzerkreuzer die Fraktionsdisziplin zu verletzen, erklärte die Redaktion des "Klassenkampf" damit, daß dies ein Symbol gegen die gesamte unsoziale Politik der Regierung Brüning darstellen sollte und damit die Öffentlichkeit am besten erreicht werden konnte, "weil die damit zusammenhängende Entscheidung über die Panzerkreuzer als Spitzenleistung das größte Echo im Lande fand..." 234) Seydewitz berief sich ebenfalls auf den Wunsch vieler Mitglieder der Parteibasis nach Ablehnung des Baus der Panzerkreuzer, dem die 9 Abgeordneten u.a. deshalb nachgekommen

seien, um den Abfall dieser Mitglieder von der SPD zu verhindern, der sicher gekommen wäre, "wenn nicht bei der in vielfacher Hinsicht symbolischen Entscheidung über die Panzerkreuzer der linke Flügel der Sozialdemokratie durch eine sichtbare Abstimmung im Reichstag ihr den Glauben gibt, daß eine Änderung der jetzigen verfehlten und gefährlichen Mehrheitspolitik ernsthaft angestrebt wird und möglich ist." 235)

Die von der Parteimehrheit gezogene Parallele des Verhaltens der 9 zu dem der Mehrheit der sächsischen Landtagsfraktion in den Jahren 1924-1926 wurde von der Redaktion des "Klassenkampf" empört zurückgewiesen, da erstere nur so abgestimmt hätten, wie die gesamte Reichstagsfraktion in dieser Frage zuvor, während letztere permanent gegen Parteibeschlüsse verstoßen hätten. 236) Die Debatte in der Partei wurde entgegen den Intentionen der 9 aber weniger über die Tolerierungspolitik geführt als über die Frage des Disziplinbruchs der 9.

Dabei zeigte sich eine zunehmende Differenzierung des linken Parteiflügels. Ein Teil billigte die Tolerierungspolitik und verurteilte den Disziplinbruch, ein Teil lehnte die Tolerierungspolitik prinzipiell ab und begrüßte das Verhalten der 9 und ein Teil mißbilligte trotz der Ablehnung der Tolerierungspolitik den Bruch der Parteidisziplin.

Das Verhalten der 9 wurde nur von zwei Bezirken gebilligt.

Der Bezirksvorstand Chemnitz-Erzgebirge hatte am 17.3. beschlossen, seinen Reichstagsabgeordneten zu empfehlen, gegen den Bau der Panzerkreuzer zu stimmen. Auch nach der Entscheidung der Reichstagsfraktion am 18.3. zur Stimmenthaltung hielt er ausdrücklich an diesem Beschluß fest, stellte es aber seinen Abgeordneten frei, nach ihrem Gewissen zu entscheiden, falls der Parteivorstand ihnen bei dem Bruch der Fraktionsdisziplin den Parteiausschluß androhe. 237) Heilmann verurteilte diese Haltung des Bezirksvorstandes

Chemnitz-Erzgebirge: "Wenn jeder Bezirksvorstand seine Abgeordneten politisch instruierte, wäre ein einheitliches Auftreten der Fraktion im Parlament natürlich unmöglich." 238) Drei der vier Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Chemnitz-Zwickau stimmten entgegen dem Beschluß der Fraktionsmehrheit (Ströbel, Kuhnt, Seydewitz), einer (Graupe) beteiligte sich nicht an der Abstimmung. 239)

Ein außerordentlicher Bezirksparteitag der SPD Chemnitz-Erzgebirge billigte nach Referaten des "Klassenkampf"-Mitherausgebers Max Adler und des Bezirksvorsitzenden Karl Böchel mit der Überwältigenden Mehrheit von 280 zu 3 Stimmen ausdrücklich das Verhalten von Ströbel, Kuhnt und Seydewitz: "Der Bezirks-Parteitag Chemnitz-Erzgebirge erklärt sich nach wie vor gegen den Bau des Panzerkreuzers B und billigt die Haltung der Abgeordneten des Bezirks, die in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Bezirksvorstandes im Reichstag gegen den Panzerkreuzer gestimmt haben." 240)

Auf dem Bezirksparteitag der SPD Zwickau-Plauen am 12.4.1931 forderte der Bezirksvorsitzende Seydewitz die sofortige Beendigung der Tolerierung der Regierung Brüning, "die morgen mit den Faschisten zusammengeht." Einstimmig lehnte der Bezirksparteitag den Bau des Panzerkreuzers B ab. In der Frage der Beurteilung des Disziplinbruchs der 9 tauchten jedoch Differenzen auf. Der Absatz der Resolution, der das Verhalten der 9 begrüßte, wurde bei 190 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 36 Nein-Stimmen gebilligt. Unter den Gegenstimmen waren die des Reichstagsabgeordneten Graupe und des "Klassenkampf"-Mitarbeiters Düwell, die zwar gegen die Fortsetzung der Tolerierungspolitik, aber für die Einhaltung der Fraktionsdisziplin waren, um die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Düwell erklärte, daß jeder Gemeindevertreter der SPD bei einem Bruch der Fraktionsdisziplin mit dem Parteiausschluß rechnen müsse, daher dürfe es in Zukunft keine Sonderrechte für Reichstagsabgeordnete auf diesem Gebiet mehr geben. In der Verurteilung der Tolerierungspolitik

war sich aber fast der gesamte Bezirksparteitag einig. Die folgende Resolution erhielt nur zwei Gegenstimmen: "Die Politik der bedingungslosen Tolerierung der Regierung Brüning, wie sie zuletzt in der Stimmenthaltung zum Panzerkreuzer B zum Ausdruck kommt, hat in diesem Augenblick einen außerordentlich gefährlichen Höhepunkt erreicht. Es ist unverkennbar, daß die Regierung Brüning mit ihrer brutalen, sozialreaktionären Politik nicht nur die Arbeiterklasse treffen, sondern auch die Sozialdemokratie systematisch kompromittieren will. ... Der Bezirks-Parteitag Zwickau-Flauen warnt die Reichstagsfraktion auf diesem Weg weiterzuschreiten, denn die entscheidende Kraft der Abwehr des Faschismus beruht in der Einheit, Geschlossenheit und Kampfkraft der in der modernen Arbeiterbewegung vereinigten proletarischen Massen. Ihre weitere Stärkung durch eine klare Klassenkampfpolitik ist das Gebot der Stunde." 241)

Für das Verhalten der 9 sprachen sich neben diesen beiden Bezirken auch die traditionellen lokalen Hochburgen der radikalen SPD-Linken aus, z.B. die Unterbezirke Hagen-Schwelm, Groß-Breslau, Groß-Frankfurt, Groß-Duisburg, Bochum und der Kreisverband Berlin-Neukölln. 242)

Der Bezirks-Parteitag der SPD Groß-Thüringen am 21./22.3. in Gotha nahm eine widersprüchliche Haltung in der Beurteilung des Verhaltens der 9 ein. Ein Antrag der rechten Minderheit, daß sich die 9 außerhalb der Partei gestellt hätten, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Bei nur 6 Gegenstimmen beschloß er, die 9 aufzufordern, sich in Zukunft wieder an die Fraktionsdisziplin zu halten: "In der gegenwärtigen Zeit, die für das Proletariat schwerste Gefahren in sich birgt, ist Einigkeit und Disziplin innerhalb der Sozialdemokratischen Partei doppelte Pflicht. Der Bezirks-Parteitag fordert daher die Reichstagsabgeordneten auf, sich der Fraktionsdisziplin unbedingt zu fügen." Trotz des Widerstandes des Bezirksvorsitzenden Frölich wurde aber mit der knappen Mehrheit von 53 zu 45 Stimmen ein Antrag

des "Klassenkampf"-Mitarbeiters Petrich angenommen, in dem den 9 Abgeordneten bestätigt wurde, sie hätten sich bei ihrem Abstimmungsverhalten "von der ernsten Sorge um die Partei" leiten lassen. Im Antrag Petrichs wurde die Tolerierungspolitik verurteilt und die Rückkehr zu einer klaren Klassenkampfpolitik verlangt. Der "Vorwärts", der den Antrag Petrich verschwie, bewertete das Ergebnis des Bezirks-Parteitages als Verurteilung der 9 Disziplinbrecher. 243)

Die drei von der "gemäßigten" Linken beherrschten Bezirke Groß-Berlin, Ostsachsen und Leipzig mißbilligten das Verhalten der 9, wenn auch in unterschiedlicher Weise, und waren sich in der Stellungnahme zur Fortsetzung der Tolerierungspolitik nicht einig.

Der Bezirksvorstand Ostsachsens billigte das Verhalten seiner Reichstagsabgeordneten, die alle der Abstimmung über die Panzerkreuzer ferngeblieben waren. Das Verhalten der 9 wurde kritisiert, sie wurden ermahnt, sich in Zukunft an die Fraktionsdisziplin zu halten: "Auf keinen Fall darf es Übung werden, daß Fraktionsgenossen gegen die Partei stimmen." 244)

Der erweiterte Bezirksvorstand Leipzigs verurteilte am 9.4. nach Referaten des Bezirksvorsitzenden Lipinski und des "Disziplinbrechers" Graf einstimmig das Verhalten der 9 Abgeordneten. Er bestätigte ausdrücklich den Beschluß des letzten Bezirks-Parteitages, die "Taktik der Partei" und der Reichstagsfraktion im Kampf gegen "die drohende faschistische Diktatur, also die Tolerierungspolitik, zu billigen. Die 9 Abgeordneten hätten die Fraktionsdisziplin gebrochen, "obgleich sie keine besseren Wege zur Lösung der politischen Krise weisen konnten". Gerade in diesem Abwehrkampf gegen den Faschismus sei die "Einheit und Disziplin" der Partei notwendiger denn je. 245) Auch die Generalversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig verurteilte nach Reden Lipinskis und Grafs mit 323 zu 136

Stimmen das Verhalten der 9. 246)

Der Bezirks-Parteitag Groß-Berlins befaßte sich am 26.4. mit der Vorbereitung des Reichsparteitages. Der Hauptreferent Dittmann rechtfertigte die Tolerierungspolitik. Die "Ermattungs- und Zermürbungstaktik gegen die Nazis" zeige erste große Erfolge. Durch sie seien "die großen Teile der bürgerlichen Parteien, die gegen den Faschismus gerichtet sind, gestärkt worden und das war wesentlich". Es zeige sich immer mehr, daß das Bürgertum im Gegensatz zur Meinung der Parteiopposition keine reaktionäre Masse sei. Er verurteilte den Disziplinbruch der 9, der, sollte er sich wiederholen, zur "Auflösung der Fraktion" führen müsse.

In der Debatte kritisierten die Redner der Linken die Tolerierungspolitik. Ein Teil der Linken begrüßte das Verhalten der 9, ein Teil lehnte es als Vorstoß gegen die Fraktionsdisziplin ab. Der Landtagsabgeordnete Otto Meier bewertete es als taktisch unklug, "weil durch die Kritik an ihrem Verhalten die Verhandlungen des (Reichs- E.W.) Parteitages im Sinne der Staatsverantwortlichkeit verschoben würden. (Lebhafter Beifall)." Fritz Schröder bedauerte die Spaltung der "Linken in der Fraktion" in zwei Teile bei den Abstimmungen über die Panzerkreuzer.

In einem Antrag an den Reichsparteitag wurde die Tolerierungspolitik kritisiert. Sanktionen gegen die neun Reichstagsabgeordneten wurden ausdrücklich abgelehnt. Sie wurden allerdings aufgefordert, sich in Zukunft streng an die Fraktionsdisziplin zu halten. In der Reichstagsfraktion müsse das Recht der Abgeordneten erhalten bleiben, aus Gewissensgründen sich nicht an Parlamentsabstimmungen zu beteiligen. 247)

Die Abschaffung dieses Rechtes hatte am 23.4. nach einem Referat Heilmanns der Bezirksparteitag Hamburgs gefordert und bei einem Bruch der Fraktionsdisziplin den Parteiausschluß verlangt: "Die Fraktion soll verpflichtet werden, bei bedeutungsvollen politischen Entscheidungen Fraktionszwang zu beschließen. ... Zuwiderhandlungen gegen

den Beschluß der Fraktion sollen als parteischädigendes Verhalten gelten." Das Verhalten der 9 war scharf mißbilligt worden. 248)

Ähnliche Beschlüsse faßten viele andere die Politik der Parteiführung unterstützende Parteibezirke. Zufrieden konnte die Redaktion der Zeitschrift "Das Freie Wort" feststellen, daß fast alle Anträge an den Reichsparteitag das Verhalten der 9 kritisierten: "Eine Ausnahme werden nur die Bezirke Chemnitz-Erzgebirge und Zwickau-Plauen bilden; dazu vielleicht noch einige Städte wie Breslau, Hagen, Frankfurt/Main und andere." 249)

Die Redaktion des "Klassenkampf" versuchte, die zu erwartende Verurteilung des Verhaltens der 9 auf dem Reichsparteitag von vornherein zu relativieren, indem sie infragestellte, ob der Reichsparteitag wirklich genau den Willen der Parteimitglieder widerspiegele. Die Nominierung der Reichstagsabgeordneten Rosenfeld, Siemens und Graf und weiterer drei Anhänger ihrer Richtung zu Reichsparteitagsdelegierten bei Urwahlen in den Bezirken Groß-Thüringen und Leipzig bewiese, "daß die Masse der Parteimitglieder eben oft anders denkt und urteilt als die Instanzen." 250)

In einer Reihe von Artikeln und Leserbriefen wurden in den von der Parteimehrheit kontrollierten Parteizeitungen eine Kampagne gegen die 9 Abgeordneten und ihre Anhänger geführt. Typisch dafür war die Haltung der Redaktion der im Auftrag des Parteivorstandes seit Ende 1929 herausgegebenen Diskussionszeitschrift "Das Freie Wort". Sie veröffentlichte fast nur Leserbriefe, die das Verhalten der 9 verurteilten. Der Tenor der Leserbriefe war fast immer der folgende: "Wer als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gegen die Fraktion stimmt, leistet jeder Hetze Vorschub, er kompromittiert die Fraktion und er hilft den Nazis und Kozis." 251) Den Anhänger der 9 wurde vorgeworfen, eine Parteispaltung der SPD riskieren zu wollen und damit objektiv der KPD und NSDAP zu nützen: "Die dau-

ernde Opposition um der Opposition willen ist eine untragbare Belastung für die ganze Parteilarbeit. ... Gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion wird mit einer solchen Gehässigkeit gehetzt, daß den Kommunisten und den Nazis nicht viel mehr zu tun übrigbleibt." 252)

Alle Artikel im "Freien Wort" verurteilten die Anhänger der 9, die keine Gelegenheit zur Darstellung ihrer Position erhielten. Victor Schiff bezeichnete die Mitglieder der Parteiopposition als "politische Hasardspieler", die selbst das Risiko einer Beteiligung der NSDAP an der Reichsregierung und des Bruchs der Koalition in Preußen nicht scheuen wollten. Als konkrete Alternative zur Tolerierung der Regierung Brüning hätten sie nur Phrasen anzubieten, wie "Aktivierung im außerparlamentarischen Kampf" oder "Zusammenschluß der Arbeiterschaft". 253) Heilmann stellte beruhigt fest, daß nur ein geringer Teil der Parteimitglieder die die Parteispaltung einkalkulierende Taktik der 9 befürwortete: "Zu fest sind die aufgeklärten Mitglieder der SPD von der Notwendigkeit des Zusammenhalts und der Solidarität überzeugt, als daß sie die Scheingründe für die Abspaltung billigen könnten." 254) Manche Leserbriefschreiber stellten die Parteiopposition in die kommunistische Ecke. Einen kritischen Kommentar zur Politik der SPD gegenüber der Regierung Brüning, die eine "reaktionäre und nationalistische Politik" treibe, den Ströbel in der "Chemnitzer Volksstimme" veröffentlicht hatte, beurteilte ein Leser mit den Worten: "Heil Moskau fehlt noch und die Sache ist in Ordnung." 255) Dies dokumentiert, wie weit das Abstimmungsverhalten der 9 den in der SPD schon lange bestehenden Graben aufgerissen hatte.

Der Berliner Bezirksvorsitzende Künstler dementierte kurz vor dem Beginn des Reichsparteitages alle in der bürgerlichen Presse und auch in Teilen der Parteipresse geäußerten Vermutungen über eine bevorstehende Spaltung der

SPD. In der SPD gebe es, da sie eine demokratisch aufgebaute Partei sei, eine offene und auch kontroverse Diskussion. Aber gerade die ehemaligen Mitglieder der USPD und die Vertreter des linken Parteiflügels dächten nicht an eine erneute Spaltung der Arbeiterbewegung: "In dem Augenblick, in dem Pläne bekannt würden, die nur den Verdacht einer Spaltung aufkommen ließen, würden sich gerade auch die Parteigenossen, die nicht immer mit der Politik und Taktik der Mehrheit einverstanden waren, diesen Plänen mitleidenschaftlicher Energie entgegenstellen! Wer den Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Halle 1920 miterlebt hat und unter der Spaltung seelisch zu leiden hatte, wird alles tun, um auf diesem Gebiet auch den kleinsten Anfängen zu wehren." 256)

Anfang Mai 1931 bot die drastische Erhöhung der Brotpreise durch die Reichsregierung der SPD-Linken kurz vor dem Reichsparteitag die Möglichkeit, einen neuen Vorstoß gegen die Fortsetzung der Tolerierungspolitik zu beginnen. Der "Vorwärts" verurteilte diese Maßnahme der Regierung als "sozialen und politischen Skandal" und forderte die Senkung des Roggeneinfuhrzolles. 257)

Am 6.5. lehnten aber die SPD-Mitglieder des Nitestenausschusses im Reichstag den Antrag der KPD auf die sofortige Einberufung des Reichstages mit dem Ziel der Senkung des Roggeneinfuhrzolles ab, der daher nicht angenommen wurde. Der "Vorwärts" verteidigte diese Haltung damit, daß die SPD zunächst durch Verhandlungen mit der Regierung diese Maßnahme durchsetzen wolle. Falls die Regierung dies ablehne, sei immer noch die Einberufung des Parlaments möglich. 258)

Als Reaktion auf diese Fortsetzung der Tolerierung der Regierung Brüning verlangten die drei SPD-Reichstagsabgeordneten Rosenfeld, Seydewitz und Ströbel in einem Brief an den Vorstand der SPD-Reichstagsfraktion die sofortige Einberufung einer Sitzung der Reichstagsfraktion, die dann

den Zusammentritt des Reichstages fordern solle. Im Parlament müsse die SPD Anträge gegen die Brotpreiserhöhungen und gegen die Auswirkungen der Notverordnung zur Bekämpfung des politischen Terrors einbringen. Auf der Sitzung der Reichstagsfraktion müsse auch darüber diskutiert werden, daß die Regierung plane, die im Etat infolge der Wirtschaftskrise eingetretenene neue Deckungslücke in Höhe von 1,25 Milliarden Reichsmark durch eine weitere Notverordnung zu schließen. Der am 9.5. verfaßte Brief endete mit dem Appell: "Schon die bisherige Ausschaltung des Reichstages hat sich zum Nachteil der Arbeiterklasse ausgewirkt. Jeder weitere Tag, an dem wir selbst auf die entscheidende Mitwirkung des Parlaments verzichten, bringt neue Gefahren und neue Lasten für das Proletariat." 259)

Der "Vorwärts" kritisierte scharf, daß der "Klassenkampf" nicht die Antwort des Fraktionsvorstandes veröffentlicht habe, in der dargestellt worden sei, daß schon vor diesem Brief der Fraktionsvorstand beschlossen hätte, eine Tagung der Reichstagsfraktion noch vor dem Reichsparteitag einzuberufen. 260) Rosenfeld erklärte in einem Leserbrief an den "Vorwärts", daß die Antwort des Fraktionsvorstandes aus zeitlichen Gründen nicht mehr in der letzten Ausgabe des "Klassenkampf" hätte veröffentlicht werden können, da sie zu spät eingetroffen sei. 261)

Diese Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion fand am 28.5. statt, nachdem einen Tag zuvor Wels, Hertz, Breitscheid und Aufhäuser mit Brüning über den Inhalt der neuen zur Deckung des Etats geplanten Notverordnung ein Gespräch geführt hatten. Der Antrag der linken Minderheit, die sofortige Einberufung des Reichstages zu fordern, wurde abgelehnt. In einem Beschluß wurde an die Notverordnung der Anspruch gestellt, daß sie nicht "die Sanierung der öffentlichen Finanzen einseitig auf Kosten der Opfer der Krise" anstreben dürfe, sondern "durch Heranziehung der leistungsfähigen Kreise der Bevölkerung". Der "Vorwärts" kündigte

an, daß der Reichsparteitag die endgültige Entscheidung über die Haltung der SPD fällen werde, da dann der genaue Inhalt der Notverordnung bekannt sein werde. 262)

In der letzten Ausgabe des "Klassenkampf" vor dem Reichsparteitag erschienen mehrere Artikel zur Vorbereitung dieser Veranstaltung. Im Mittelpunkt stand dabei natürlich die Kritik der Tolerierungspolitik.

Seydewitz erkannte die Gefahr, daß auf dem Parteitag mehr über die Fraktionsdisziplin diskutiert werden würde als über die Tolerierungspolitik und forderte daher auf, "über die Politik, die mit der Abstimmung der Neun vertreten wurde," zu debattieren. 263) Die bisherige Politik der Parteiführung hielt er für völlig gescheitert. Die geplante Notverordnung bewiese, daß die Regierung Brüning an ihrer Strategie des Abbaus der Löhne und der Sozialleistungen festhalte und immer mehr ein "offenes Bündnis mit den inzwischen 'legal' gewordenen Nationalsozialisten" 264) anstrebe. Die SPD müsse im Reichstag zu einer konsequenten Oppositionspolitik übergehen, zu der sie über kurz oder lang ohnehin von den bürgerlichen Parteien "gestoßen und gezwungen" 265) werden würde. Die Taktik der Parteiführung auf einen baldigen wirtschaftlichen Aufschwung zu hoffen, der automatisch die Lage der SPD wieder verbessern würde, sei angesichts der "Systemkrise" des Kapitalismus ein "Wunderglauben". 266) Als Alternative zur Tolerierungspolitik hatte Seydewitz nur abstrakte Formeln anzubieten. Die SPD müsse in der Opposition gegen die bürgerliche Regierung immer weitergehendere Tagesorderungen aufstellen und ihre Aktionen steigern, "bis die Arbeiterklasse fähig ist, 'das letzte Gefecht' zur Überwindung der Krise und des Kapitalismus zu führen." 267) Seydewitz hielt also eine baldige Machtübernahme der Arbeiterklasse für möglich, wobei der die Mittel dazu offen ließ.

Ströbel wiederholte die bekannte Kritik der SPD-Linken an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Brüning,

die durch die bewußte Senkung des Lebensstandards der Massen die Wirtschaftskrise nur verstärkte. Die SPD müsse daher im Reichstag einen "totalen Frontwechsel" 268) vollziehen und die Politik der Regierung Brüning bekämpfen, die zu einer ökonomischen und politischen Katastrophe führen müsse, die einen Bürgerkrieg unausweichlich machen werde. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik müsse die SPD der Regierung die im Finanzpolitischen Programm der SPD Sachsens und in den Wahlauf Ruf der Redaktion des "Klassenkampf" 1930 enthaltenen Forderungen zur Steigerung der Massenkaufkraft gegenüberstellen. Nur so könne sie eine weitere Abwanderung von Wählern zur NSDAP und KPD verhindern.

Bieligk verlangte die Ablehnung der Außenpolitik Brünings. Die Parteimehrheit müsse endlich erkennen, daß Brüning nur die imperialistische Politik Stresemanns fortsetze, mit den Zielen: "Wiederaufrichtung Deutschlands als Großmacht", "Revision der deutsch-polnischen Grenze, Revision des Friedensvertrages und Ausgleich der Rüstungen." 269)

Als Beweis für die Erfolglosigkeit der Tolerierungspolitik wertete die Redaktion des "Klassenkampf" die Wahlniederlage der SPD bei den Landtagswahlen in Oldenburg am 17.5.1931, bei der die SPD im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen einen Rückgang von 3,3 % erlitt, während die KPD 2,8 % hinzugewann und die NSDAP gar 9,2 % hinzugewann. Dies zeige, daß die Tolerierungspolitik letztlich im Gegensatz zu ihren Intentionen den Faschismus stärke und damit auch die Neigung der bürgerlichen Regierungsparteien zu einer Zusammenarbeit mit der NSDAP. 270) Der Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Partei bei den Kreistagswahlen in Danzig wurde hingegen ihrer Linksschwenkung durch das Verlassen der Regierung des Stadtstaates vor einem Jahr und der Gründung einer eigenen Parteiordnungsgruppe zur Abwehr faschistischer Angriffe zugeschrieben. 271)

Wie vor jedem Parteitag verlangte die Parteiopposition

auch diesmal wieder den Ausbau der innerparteilichen Demokratie. Seydewitz forderte Koreferate für Vertreter der Politik, die von den 9 Reichstagsabgeordneten gefordert werde, zum Bericht der Reichstagsfraktion und zum Referat über die Wirtschaftskrise. Die Linke werde auf dem Parteitag offensiv "die Frage der größeren Bewegungsfreiheit und eines größeren Mitbestimmungsrechtes der Minderheit bei den Entscheidungen der Partei" einbringen. 272) Er forderte eine Änderung des Parteistatuts, "die den Mandatsträgern die Entscheidung zwischen Fraktionsbeschuß und Willen der Mandatsgeber (Bezirke E.W.) erleichtern, und die die Minderheit entsprechend ihrer Stärke nach dem Proporzsystem an den entscheidenden Parteinstanzen, insbesondere im Fraktionsvorstand und Parteivorstand beteiligt und mitbestimmen läßt." 273) Die Parteioopposition lehne jeden Plan einer Auflösung der Jungsozialistischen Vereinigung ab und verurteile die Einschränkung der Autonomie der SAJ-Gruppen gegenüber der Partei, da beide Maßnahmen nur der Unterdrückung der oppositionellen Haltung der Parteijugend zur Politik der Parteiführung dienen sollten.

Eckstein stellte im "Klassenkampf" die Anträge linker Parteigliederungen an den Reichsparteitag zur Reform der Parteidemokratie vor. Darin wurde u.a. gefordert: die Urwahl aller Parteifunktionäre und Parlamentskandidaten, die proportionale Vertretung aller Parteirichtungen in den zentralen Parteigremien, die Wahl aller Parteitagsdelegierten durch die Bezirke (Eckstein kritisierte, daß bei 100 Vertretern der Parteinstanzen unter 400 Reichsparteitagsdelegierten der Parteivorstand nur noch 1/3 der von den Bezirken gewählten Delegierten überzeugen müsse, um eine Mehrheit zu erhalten) und das Verbot, die vom Parteivorstand ernannten Bezirkssekretäre in den Parteiausschuß zu wählen. 274) Diese Vorschläge waren alle bereits auf den vorhergehenden Parteitagen ohne Erfolg gestellt worden und waren auch in dem von der Gruppe um die Zeitschrift "Klassenkampf" herausgegebenen Buch "Die Organisation im Klassen-

kampf" enthalten. 275)

Eckstein befaßte sich in diesem Buch mit dem Thema "Wie soll die Organisation aussehen?" 276) Er behauptete, daß die Parteiorganisation der SPD nicht allein deshalb schon wirklich demokratisch aufgebaut sei, weil das Parteistatut den demokratischen Aufbau vorsehe. Den Widerspruch von formaler und realer Struktur einer Partei dokumentierte am besten die KPD. Aber auch in der SPD bestehe, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie in der KPD, dieser Widerspruch.

Eckstein kritisierte vor allem die Uniformität der öffentlichen Parteimeinung. In der vom Parteivorstand über die Konzentration GmbH weitgehend kontrollierten Parteipresse kämen fast nur Vertreter der Mehrheitsrichtung der SPD zu Wort. Im Zentralorgan der Partei, dem "Vorwärts", werde nur die Meinung des Parteivorstandes widergegeben. In den von der Mehrheitsrichtung beherrschten Parteigliederungen und Parteiversammlungen hätten Vertreter der Minderheit fast nie die Gelegenheit zu referieren oder auch nur zu koreferieren.

Eckstein machte eine Reihe von Vorschlägen zum Ausbau der innerparteilichen Demokratie. Die wichtigsten waren: 277)

1. Die Grundlage der Parteiorganisation solle wieder der Ortsverein werden. Die dominierende Rolle der Bezirke seit dem Jahre 1908 habe zu einer geringeren Aktivität der Ortsvereine geführt. Die Bezirksparteitage und Bezirksvorstände seien meist Gremien von Parteiangestellten und Berufspolitikern und könnten daher nicht eine "unmittelbare Beschlußfassung der Parteimitglieder" garantieren. Notwendig sei daher eine Ausstattung der Ortsvereine mit größeren finanziellen Mitteln als bisher.

2. Die festangestellten Parteifunktionäre sollten nicht mehr vom Parteivorstand oder Bezirksvorstand angestellt werden und in die Parteigliederungen entsandt werden, sondern von der Parteigliederung, in der sie wirken sollen, für einen befristeten Zeitraum gewählt werden, wobei natür-

lich eine Wiederwahl möglich sei. Die Parteisekretäre sollten nicht mehr Mitglieder von Gremien sein, die sie kontrollieren sollen. Als Beispiel für diese bisher geübte Praxis nannte Eckstein den Parteiausschuß, in den viele Bezirke die mit Zustimmung des Parteivorstandes eingesetzten Bezirkssekretäre der Partei entsandten. Die Parteiangestellten sollten außerdem nicht mehr verdienen als das Gehalt eines gehobenen kaufmännischen Angestellten.

3. Um eine Amtshäufung zu verhindern, sollten die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiausschusses nicht mehr - wie bisher - gleichzeitig zum größten Teil Reichstagsabgeordnete sein dürfen. Die Reichstagsabgeordneten sollten bei Abstimmungen über Grundsatzfragen im Parlament nicht mehr an die Mehrheitsentscheidung der Fraktion oder des Parteivorstandes gebunden sein, sondern an die Entscheidung ihrer jeweiligen Wahlkreis-Parteiorganisation.

4. Alle Reichsparteitagsdelegierten sollten in Zukunft von den Bezirksorganisationen gewählt werden. Bisher seien etwa 1/3 der Reichsparteitagsdelegierten nicht von den Parteigliederungen gewählt worden, sondern seien wegen ihrer Mitgliedschaft im Parteivorstand und Parteiausschuß automatisch stimmberechtigt oder von der Reichstagsfraktion gewählt. Da diese ex-officio-Delegierten fast ausschließlich Vertreter der Parteimehrheit seien, sei es für die Parteiopposition fast von vornherein unmöglich, auf Reichsparteitagen eine Mehrheit zu erhalten.

5. Dem Parteivorstand solle nicht mehr das Recht auf den sofort wirksamen und nur durch den nächsten Reichsparteitag überprüfbaren Parteiausschluß zustehen. Denn dieses Recht lade zum Mißbrauch ein, also zum Parteiausschluß von Mitgliedern, nicht wegen parteischädigender Handlungen, sondern wegen der Zugehörigkeit zur Parteiopposition. Bei besonders gravierenden Fällen der Partei-

schädigung durch einzelne Mitglieder reiche eine Beschleunigung des ordentlichen Ausschlußverfahrens durch die Ortsvereine und Bezirke aus.

Eckstein legte auf der Grundlage dieser Forderungen in diesem Buch "Vorschläge zu einer Abänderung des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" vor. 278)

Ecksteins Forderungen waren nur eine Zusammenfassung der seit Jahren von der Parteioption auf allen Parteitagen erfolglos verlangten Änderungen des Organisationsaufbaus. Ziel all dieser Vorschläge war die Einschränkung der Macht der zentralen Parteigremien, v.a. des Parteivorstandes, und der Reichstagsfraktion. Die Kompetenzen der Ortsvereine sollten hingegen ausgeweitet werden. Der politische Hintergrund dieser Forderungen war eindeutig die Absicht, die Möglichkeit der Beeinflussung der unteren Parteigremien durch den Parteivorstand und seinen Apparat abzubauen, um zunächst auf dieser Ebene die Macht der Parteioption zu erweitern.

Erst nach dem Leipziger Parteitag wurde in der "Gesellschaft" von Alexander Schiffrin das Buch "Die Organisation im Klassenkampf" besprochen. Schiffrin mußte zugeben, daß die aufgezeigten Mängel der Parteiorganisation richtig dargestellt worden seien: "Die im Kollektivwerk angeführten Tatsachen und Beobachtungen sind in ihrer Überwiegenden Mehrheit richtig. 279) Er wies jedoch die These des Buches zurück, eine starke Organisation, v.a. eine starke Parteibürokratie, müsse automatisch zu einem reformistischen Kurs der Sozialdemokratischen Partei führen. Der Linkskurs des Sozialdemokratischen Parteien Frankreichs und Österreichs beweise das Gegenteil.

Er warf den Autoren vor, einen "verspäteten Luxemburgismus" zu vertreten, nämlich den Apparat als solchen zu verurteilen und für das Grundübel zu halten und auch der "Mystik der Massenaktion", die spontan entstehe, zu erliegen. 280)

Die Vorschläge Ecksteins zur Änderung des Parteistatuts bewertete Schiffrin als diskussionswürdig. Er machte jedoch dabei eine Ausnahme. Er lehnte entschieden die proporzmäßige Vertretung der Parteiflügel nach ihrer Stärke in allen Parteigliederungen - nach dem Vorbild der französischen Sozialdemokratischen Partei SFIO - ab. Denn dies bedeute die Anerkennung der Legitimität der Bildung organisierter Fraktionen. Schiffrin begründete die Ablehnung dieser Maßnahmen so: "Regelrechte Fraktionsbildung und organisierte Fraktionskämpfe widersprechen der Tradition, der Struktur und der Mentalität der deutschen Sozialdemokratie." 281) Als negative Folgen der Fraktionsbildung nannte er: "Dezentralisation der Partei, Konservierung und Ideologisierung der konkreten Meinungsverschiedenheiten, Schwächung der Aktionsfähigkeit und der Einheit der Partei nach außen." 282) Eine statuarische Anerkennung der Fraktionsbildung würde in der SPD zu einer "organisatorischen Selbstabschließung der Ultralinken" und einer "fraktionsmäßigen Zusammenfassung des rechten Flügels der Partei" führen. 283) Der notwendige Ausbau der innerparteilichen Demokratie sei auch ohne die Anwendung der Proporzwahl in der Partei möglich.

Die Antwort eines der Autoren des Buches erschien erst im November 1931 nach der Gründung der SAPD. Laumann, der in der SPD geblieben war, warf Schiffrin vor, daß er zu unrecht behaupte, daß dieses Buch grundsätzlich den Apparat der SPD ablehne. Die Forderung des Buches sei es, die Aktivität der Masse der Parteimitglieder zu steigern und so die Willensbildung von unten nach oben wiederzubeleben, die teilweise durch die große Macht des Parteivorstandes und seines Apparates beeinträchtigt werde: "Will die Partei ihre Leistungsfähigkeit verstärken, so hat dies zur Voraussetzung, daß sie die Verlegung der Aktivität der Gesamtbewegung vom organisatorischen Apparat in die proletarische Masse zu meistern imstande ist." 284)

Laumann forderte die Öffnung der gesamten Parteipresse

für alle Richtungen in der Partei und das Zuwortkommen-
lassen von Vertretern aller Richtungen als Referenten auf
den Versammlungen der Parteigliederungen. Zur Aktivierung
der Mitglieder brauche die Partei die geistige Auseinan-
dersetzung, nicht die "Zwangsuniformierung des Parteibe-
wußtseins". 285)

Die Parteimehrheit machte vor dem Parteitag klar,
daß sie nicht zur Beendigung der Tolerierungspolitik bereit
war.

Heilmann erwähnte zwar in einem Artikel die Befürch-
tung der Parteioopposition: "Erleidet die Partei nicht das
Schicksal, von dem Horaz spricht: propter citam vivendi
perdere causas: daß wir, um zu leben, unsere eigene Lebens-
grundlage zerstören. Das bedeutet, ob wir nicht, um den
Faschismus von der Macht fernzuhalten, unsere Machtgrund-
lagen, die Partei und ihre Werbekraft vernichten." 286)
Er hielt jedoch diese Sorge für völlig grundlos, da die An-
hänger der SPD einen "viel längeren Atem als die National-
sozialisten" hätten. 287) Es gehe jetzt darum, durch die
Tolerierung der Regierung Brüning in der Wirtschaftskrise
die Demokratie zu erhalten; erst bei dem notwendigerweise
früher oder später kommenden konjunkturellen Aufschwung
könne die SPD wieder erstarken: "Die außerparlamentarische
Macht der Arbeiterklasse ist unter dem Druck der weltwirtschaft-
lichen Depression genau so gesunken wie die parlamentari-
sche Kraft und wildes Drauflosstürmen brächte uns nichts
als vermehrte Niederlagen. Aber gerade die klare Einsicht
in die Tatsache, daß es sich hier bei Partei und Gewerk-
schaften ausschließlich um offenbare Krisenfolgen handelt,
gibt uns die Sicherheit neuen Vormarsches auf der ganzen
Linie, sobald nur die Konjunktur sich ein wenig festigt." 288)
Er drückte die Hoffnung der Parteimehrheit aus "daß sich
die gewiß nicht begeisternde Notregierung Brüning hin-
schleppen läßt, bis ein genügend kräftiger wirtschaftlicher
Aufschwung der Partei wieder neue Möglichkeiten der Taktik
eröffnet." 289) Als zweite Grundlage der Strategie der Par-

teimehrheit nannte er das Vertrauen darauf, daß die bürgerlichen Regierungsparteien auch in Zukunft weiterhin eher zu einer Zusammenarbeit mit der SPD bereit sein würden als mit der NSDAP und DNVP.

Schiffrin war der Meinung, daß es der SPD gerade durch die Tolerierungspolitik gelungen sei, die Differenzen zwischen den Parteien der Mitte und den Rechtsparteien zu vergrößern, also "eine gewisse Widerstandskraft der Mitte gegenüber dem faschistischen Angriff und gewisse Entfaschisierungstendenzen innerhalb der bürgerlichen Parteien" zu erreichen. 290) Allein aus Gründen der Selbsterhaltung mußten sich die Mittelparteien verschärft von den Rechtsparteien abgrenzen. Er zog eine positive Bilanz der Tolerierungspolitik: "Die Festigung der preußischen Regierung, die Stabilisierung einer faschistenreinen Reichsregierung, die Herausbildung einer arbeitsfähigen Mehrheit im Reichstag." 291) Die SPD habe den Fehler der italienischen Arbeiterbewegung 1922 vermieden, die Geringschätzung des Wertes der Demokratie und die Unterschätzung der faschistischen Gefahr. Er erkannte aber auch die von Heilmann abgestrittene Gefahr der Tolerierungspolitik: "Was uns in dieser Zeit gefährlich werden könnte, war die Bezahlung eines überhöhten Preises für die Tolerierungspolitik, schließlich das Mißverhältnis zwischen der parlamentarischen Abwehrfront und den (muß heißen: außerparlamentarischen -E.W.) paralammentarischen Faktoren -zuungunsten dieser letzteren." 292)

Decker warf der Parteiopposition vor, völlig zu verkennen, daß an die Stelle der Regierung Brüning nicht eine "normale" Bürgerblockregierung nach dem Modell der Jahre 1925 und 1927/28 treten werde, sondern eine faschistische Rechtsregierung, die sofort versuchen werde, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen: "Wenn man den 'Klassenkampf' liest, so entsteht zwingend der Eindruck, daß der Kreis, der sich um diese Zeitschrift gruppiert, sich immer noch unsere Stellung zu einer eventuellen faschistischen Macht nach dem

Vorbild unserer früheren oppositionellen Stellung zu verschiedenen bürgerlichen Regierungen vorstellt, ja sogar nach der oppositionellen Stellung der Partei vor dem Krieg." 293) Durch die Fortsetzung der Tolerierungspolitik könne die SPD eine Koalition des Zentrums mit der NSDAP verhindern: "Solange sich das Zentrum der Front des gemäßigten Faschismus nicht angeschlossen hat, darf die Sozialdemokratie nicht die Initiative des Bruches mit dem Zentrum auf sich nehmen und auf diese Weise das Zentrum zur Koalition mit den Faschisten oder zur Tolerierung einer faschistischen Regierung zwingen (!! -E.W.)." 294)

In der Definition der Grenze der Tolerierungspolitik gab es zwischen Decker und der Parteioopposition keinen Unterschied, nur sah er diese Grenze noch lange nicht als überschritten an - im Gegensatz zur SPD-Linken: "Die Opferwilligkeit der Sozialdemokratie muß aber ihre Grenzen haben, und diese Grenzen liegen dort, wo die Opfer der Sozialdemokratie ihre Kraft im Kampfe um die Demokratie zu lähmen drohen oder, wie es auf dem Gebiete der sozialen Politik der Fall werden kann, die Aufgabe dessen bedeuten, was man durch Opfer retten will." 295)

In der Frage der innerparteilichen Demokratie war die Parteimehrheit nicht zu Konzessionen bereit. In der letzten Ausgabe des "Freien Wort" forderte Scheidemann die Einführung der Abstimmungspflicht für alle SPD-Reichstagsabgeordneten bei wichtigen Fragen, also die Abschaffung des Rechtes zum Fernbleiben von der Abstimmung. Zur Begründung verwies er - als Seitenhieb auf die Linke - auf die sächsische Parteikrise 1924 - 1926: "In Leipzig soll bei aller Kameradschaftlichkeit Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit verlangt werden. Gerade Leipzig scheint und der geeignete Ort dafür zu sein, denn was die Sachsen jahrelang erlebt und durchgefochten haben, wollen wir der Gesamtpartei nach Möglichkeit ersparen." 296) Der Bezirksvorsitzende Brandenburgs Krüger verlangte die Auflösung der von den Anhängern der radikalen Linken beherrschten Jung-

sozialistischen Vereinigung. 297)

Einen Tag vor Beginn des Reichsparteitages beschloß der Parteiausschuß am 30.5.1931, das Verhalten der 9 Abgeordneten zu verurteilen und der Reichstagsfraktion zu empfehlen, bei wichtigen Abstimmungen eine Abstimmungspflicht aller Abgeordneten einzuführen. Es ist anzunehmen, daß die Vertreter der Bezirke Chemnitz-Erzgebirge und Zwickau-Plauen und eventuell auch weiterer linker Bezirke dagegen stimmten. Weder "Vorwärts" noch "Klassenkampf" berichteten über Einzelheiten der Sitzung und über das Abstimmungsergebnis. 298)

4.6. Der Reichsparteitag der SPD in Leipzig:

Die Isolierung der radikalen SPD-Linken und die
Annäherung der gemäßigten SPD-Linken an den Kurs
der Parteiführung

Gleich zu Beginn des Reichsparteitages in Leipzig zeigte sich die Isolierung der radikalen Linken und der Wille der Parteitagsmehrheit, keine Koreferate zuzulassen. 299)

Petrich begründete den Antrag, daß ein Vertreter der 9 Reichstagsabgeordneten zum Bericht der Reichstagsfraktion ein Koreferat halten solle. Als historisches Vorbild benutzte er den Beschluß des Magdeburger Reichsparteitages 1910, Ludwig Frank als Vertreter der damaligen rechten Minderheit, ein Koreferat zum Problem der Budgetbewilligung halten zu lassen. Die Gegenrede zu diesem Antrag hielt interessanterweise nicht ein Vertreter der Parteimehrheit, sondern der "gemäßigte" linke Berliner Parteivorsitzende Künstler. Er argumentierte damit, daß dann konsequenterweise auch ein Vertreter der 24 Abgeordneten, die am 20.3.1931 der Abstimmung über die Panzerkreuzer ferngeblieben seien, das Recht zu einem Koreferat erhalten müßte. Es dürfe bei diesem Tagesordnungspunkt keine Sonderrechte für einzelne Gruppen in der Fraktion geben. Es gehe zudem nicht um das Abstimmungsverhalten speziell, sondern um die Haltung der Partei in der Wehrpolitik. Der Parteivorsitzende Wels unterstützte Künstler. Der Antrag Petrich wurde mit "übergroßer Mehrheit" abgelehnt. Bereits hier zeigte sich, daß die gemäßigte Linke die Parteiführung in wesentlichen Fragen auf diesem Parteitag unterstützen würde. 300)

Trotz dieser deutlichen Niederlage unternahm die radikale Linke noch einen Vorstoß, die Tagesordnung des Parteitages zu verändern. Kleineibst beantragte, daß ein Vertreter des Antrages Graf-Petrich ein Koreferat zum Referat Tarnows zum Thema "Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und

Arbeiterklasse" halten dürfe, da Tarnow das Problem einseitig aufgrund seiner Erfahrung sehe und die Linke zeigen wolle, daß sie ein "positives Programm" zum Kampf der Arbeiterschaft gegen die Wirtschaftskrise besitze. Wels lehnte dieses Ansinnen mit der These ab, es existierten in der Partei nicht zwei Blöcke: "Ich kenne in der Partei keine Rechte und keine Linke und kann Referate für rechts und links nicht einräumen. Fall dieses Axiom wieder geprägt werden sollte, werde ich dem schärfstens entgegentreten." Er warf der Gruppe um den "Klassenkampf" vor, nur auf dem Koreferat zu beharren, "damit nach außen hin die Bedeutung der besonderen Gruppe und die Hoffnungen gewisser Kreise (auf Parteispaltung -E.W.) gesteigert werden." Auch Breitscheid kritisierte, "daß gewisse Parteimitglieder unter allen Umständen als Opposition angesehen werden wollen." Der Antrag Kleineibst wurde gleichfalls mit großer Mehrheit abgelehnt. 301)

Der Vorsitzende der Holzarbeitergewerkschaft Tarnow versuchte in seinem Referat eine Krisenanalyse und eine Strategie zur Überwindung der Krise zu entwickeln. Der ökonomische Hintergrund seines Beitrages war die immer weiter zunehmende Wirtschaftskrise. Ende April 1931 war in Deutschland bereits 32,3 % aller Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos und 17,9 % konnten nur noch Kurzarbeit leisten. 302)

Als allgemeine Ursache der Wirtschaftskrise erkannte er die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, die auf dem Fehlen einer gesamtgesellschaftlichen Planung beruhe. Als konkrete Ursachen der jetzigen Krise nannte er drei Punkte: Die Rationalisierung, die zur Vernichtung vieler Arbeitsplätze geführt habe, die zu geringe Konsumtionsfähigkeit der Massen, die ihre Basis im Abbau des Reallohnes haben und die Fehlleitung von Kapital durch die Konzentration von Investitionen auf bestimmte Sektoren der Wirtschaft, die zu einer Überakkumulation von Kapital geführt habe. Die

Krise werde dadurch verschärft, daß wegen der Marktmacht der Monopole trotz der Krise in den monopolisierten Zweigen der Wirtschaft kein Preisabbau stattfinde und daher der Absatz weiterhin stagniere. Es handele sich um eine besonders schwere konjunkturelle Krise, die aber nicht zu einem ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus führen werde, sondern mit Sicherheit von einem auf jede zyklische Krise folgenden Aufschwung abgelöst werde.

Die Rolle der Sozialdemokratie in dieser ökonomischen Situation beschrieb er in einem Bild: "Nun stehen wir ja allerdings am Krankenlager des Kapitalismus nicht nur als Diagnostiker, sondern auch ... als Arzt, der heilen will oder als fröhlicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann und am liebsten mit Gift noch etwas nachhelfen möchte (Heiterkeit). In diesem Bild drückt sich unsere ganze Situation aus (Sehr gut!). Wir sind nämlich, wie mir scheint, dazu verdammt, sowohl Arzt zu sein, der ernsthaft heilen will, und dennoch das Gefühl aufrechtzuerhalten, daß wir Erben sind, die lieber heute als morgen die ganze Hinterlassenschaft des kapitalistischen Systems in Empfang nehmen wollen." 304) Mit diesem oft mißdeuteten Bild wollte Tarnow ausdrücklich, daß die SPD nicht auf einen Zusammenbruch des Kapitalismus warten dürfe, um dann durch den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, sondern sich bemühen müsse, noch im Rahmen des Kapitalismus für eine Linderung der Krise einzutreten und an der Strategie der schrittweisen Transformation des Kapitalismus festzuhalten. Es gebe kein "Generalrezept" zur Überwindung der Krise. Als Mittel zur Linderung der Krise erwähnte er die bekannten Forderungen der SPD und der freien Gewerkschaften: Die Erhaltung der Massenkaufkraft durch eine Bewahrung der Reallohne und der Sozialleistungen, die Verkürzung der Arbeitszeit durch die Einführung der 40-Stunden-Woche, der Ausbau der staatlichen Investitionen mit dem Ziel der Arbeitsbeschaffung, die

Erleichterung der Aufnahme von ausländischen Krediten, die Verschärfung der Kartellkontrolle und die Senkung der Importzölle mit dem Ziel des Preisausbaus, der die Absatzkrise lindern sollte. Die Grundgedanken seines Referats faßte Tarnow in einer Resolution zusammen.

Die Redner der Parteimehrheit legten in der Debatte zum Referat besonderen Wert auf die Behauptung, daß diese Krise nur eine der üblichen zyklischen Krisen sei, der zwangsläufig eine Phase der Prosperität folgen müsse. Sie distanzierten sich von der von ihnen der Gruppe um den "Klassenkampf" generell unterstellten ökonomischen Zusammenbruchstheorie. Nölting erklärte: "Ich sage deutlicher als Tarnow, ich weiß, daß dies nicht die letzte Krise des Kapitalismus sein wird. Wenn ich in einem Sommer ein Gewitter von bisher unbekannter Stärke erlebe, so prophezeie ich auch nicht gleich den Weltuntergang." 305)

Die Parteimehrheit war sich immer noch sicher, daß nach der Phase des "Überwinterns" der SPD in der Wirtschaftskrise - mit der Absicht, die Demokratie zu bewahren - mit dem notwendigerweise kommenden wirtschaftlichen Aufschwung auch die SPD wieder erstarke und dann wieder sozialistische Forderungen durchsetzbar sein würden, was derzeit unmöglich sei. Dieser Grundgedanke kam in der Rede Heinigs zum Ausdruck: "Wer kann daran zweifeln, daß nach dieser Krisis eine neue Erntezeit kommen wird, daß nach Überwindung der Krisis auch der politische Aufstieg wieder ein rasches Tempo einschlagen wird, daß uns Scharen zufließen werden, die heute aus Unklarheit noch im gegnerischen Lager stehen, während diese ganze Revolution der Geister letzten Endes für uns arbeitete! Wer zweifelt daran, daß dieser politische Wiederaufstieg genau wie die Periode von 1919 bis 1928 auch neue Fortschritte bei dem allmählichen Vordringen der öffentlichen Wirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft bringen wird?" 306) An den Reden der Vertreter

der Parteiopposition kritisierten sie das Fehlen einer positiven, konkreten Alternative. Arndt warf der Linken vor, sie hätte nicht erklären können, "welche Mittel und Methoden wir zu einer möglichst baldigen Verwirklichung des Sozialismus anwenden sollen". 307)

Die Redner der Linken stellten fest, daß in der Analyse der Krisenursachen keine großen Differenzen bestünden. Petrich erklärte ausdrücklich: "Das Referat des Genossen Tarnow enthält viel, dem man vorbehaltlos zustimmen kann." 308) Er bewertete die These Tarnows von der unaufhebbarer Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise als Abkehr von der von Hilferding noch 1927 vertretenen Theorie des weitgehend planbaren und daher wenig krisenempfindlichen, organisierten Kapitalismus: "Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß Genosse Tarnow heute eine Auffassung über die Entwicklung des Kapitalismus vertreten hat, die wir bisher nicht von ihm kannten (Zuruf). Ich weise auf seine Ausführungen über den organisierten Kapitalismus hin, in Verbindung mit der Frage der Wirtschaftsdemokratie. In der Zeit der guten Konjunktur haben wir darüber andere Dinge gehört." 309) Ströbel erklärte die Ursachen der Krise mit denselben Faktoren wie Tarnow: "Die wirklichen Krisenursachen sind Fehlrationalisierung, die Freisetzung der menschlichen Arbeitskräfte durch die Rationalisierung, die politische Unterbindung der Auslandskredite ..., die kolossale Kapitalflucht und der seit 1929 einsetzende verhängnisvolle Lohnabbau." 310)

Kritik übten die Redner der Linken daher nur an der Prognose Tarnows über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und an seiner politischen Strategie der schrittweisen Überwindung des Kapitalismus. Janssen prognostizierte, daß selbst bei einem Aufschwung die Arbeitslosigkeit hoch bleiben werde, da die strukturelle Ursache der Arbeitslosigkeit, die Rationalisierung, fortgesetzt werden werde. Nur durch eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien und eine staatliche Planung - also durch ein sozialistisches

Wirtschaftssystem - könne die Krise wirklich überwunden werden. 311) Petrich warf Tarnow vor, daß seine Forderungen zur Linderung der Krise nicht weitgreifend genug seien, da sie sich meist im Rahmen des Kapitalismus bewegten. 312) Ziegler kritisierte das Bild vom Arzt am Krankenbett des Kapitalismus, da die SPD den Kapitalismus nicht heilen dürfe, sondern ihn den Todesstoß versetzen müsse. 313) Kirstein blieb im Bild Tarnows, wies aber darauf hin, daß im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems die Krise nur zulasten der Arbeiterklasse gelöst werden könne: "Ich glaube, die Arbeiterklasse wird nicht verstehen, weshalb wir den kranken Körper heilen wollen, da wir doch die Medizin schließlich aus den Knochen der Arbeiter herstellen müssen (Sehr gut)." 314) Petrich formulierte den Kernpunkt der Kritik der Linken. Fast alle wirtschaftspolitischen Forderungen der SPD seien mit der Regierung Brüning nicht zu realisieren. Die SPD toleriere eine Wirtschaftspolitik der Reichsregierung, die fast nur das Gegenteil von dem durchführe, was die SPD verlange. Sie werde daher in den Augen der Arbeiterschaft unglaublich: "Wir erklären in der Presse und in Versammlungen, die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning sei nur geeignet, die Krise zu verschärfen, die Schwierigkeiten zu steigern, die Not ins Unendliche wachsen zu lassen. Auf der anderen Seite müssen wir diese Regierung tolerieren. Das ist der Widerspruch, in dem wir in zunehmendem Maße hineingeraten sind." 315)

In seinem Schlußwort konnte Tarnow berechtigterweise feststellen, "daß ich in der Debatte grundsätzliche Gegensätze über die Richtlinien unserer Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftspolitik kaum gefunden habe. Das ist gerade am klarsten bei den Genossen zum Ausdruck gekommen, die man als die Führenden der anderen 'Schattierung' bezeichnen darf. Genosse Graf hat ja ausdrücklich gesagt, daß er mit meinen Ausführungen fast ganz einverstanden sein könnte." 316) Nach Meinung Tarnows herrschte in der Partei nach dieser

Diskussion in vier Punkten vollkommene Einheit: 1. Es gäbe keinen automatischen ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus. 2. Diese Krise müsse nicht die letzte Krise, die Endkrise, des Kapitalismus sein. 3. Der Übergang zum Sozialismus sei kein einmaliger Akt, sondern ein langfristiger Prozeß. 4. Es existiere kein Generalrezept, die Krise rasch zu beseitigen. Die These von unüberbrückbaren Gegensätzen in der Partei sei also nur ein "Mißverständnis" gewesen. 317) Die Forderungen der Resolution Graf-Petrich seien weitgehend mit seiner Resolution identisch. Tarnow erkannte, daß der entscheidende Gegensatz zwischen den beiden Parteiflügeln nicht in der wirtschaftspolitischen Programmatik und in der Wirtschaftstheorie liege, sondern in Differenzen über die am besten zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Ziele geeigneten "politischen Methoden". 318)

Vor der Abstimmung erklärten Vertreter der Linken, daß sie, falls der Antrag Graf-Petrich abgelehnt werden würde, sie der Resolution Tarnow zustimmen würden. Nach der Ablehnung des Antrags Graf-Petrich wurde daher die Resolution Tarnow zur Wirtschaftspolitik einstimmig verabschiedet. 319) Die Linke gestand damit selbst ein, daß die Differenzen mit der Parteiführung nur die Frage der Art der Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Forderungen betrafen.

Am zweiten Verhandlungstag befaßte sich der Parteitag mit der Analyse des Faschismus und dem Bericht der Reichstagsfraktion.

Breitscheid hielt ein Referat zum Thema "Die Überwindung des Faschismus". Er definierte den Faschismus als "Staatsform ... oder die Bewegung zu dieser Staatsform, die im Gegensatz zur Demokratie die oberste Gewalt im Staate und das Recht zur politischen Willensbildung nicht der Gesamtheit der gleichberechtigten Staatsbürger, sondern einem einzelnen oder einer bevorrechtigten Minderheit zuerkennt." 320) Im Ziel seien sich daher Faschisten und Bolschewisten einig, nämlich der Minderheitsdiktatur im Namen des Kapitals oder

des Proletariats. Die Faschisten erstrebten ihre Diktatur "ausgesprochenerweise oder nicht - im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus." 321) Die Massenbasis der NSDAP bildeten sich immer mehr objektiv proletarisierende Bauern, Handwerker, Händler, Angestellte, Beamte und Teile des Lumpenproletariats. Die NSDAP selbst bestehe aus heterogenen Gruppen, die durch eine Ideologie zusammengehalten würden, deren Grundbestandteile Nationalismus, Anti-Marxismus, Antisemitismus und die Idee einer Volksgemeinschaft seien. Der Name "sozialistisch" diene der NSDAP nur als "Aushängeschild", um Arbeiter zu gewinnen, was ihr aber bisher kaum gelungen sei. Die Führung der NSDAP suche zur Zeit "wenn auch vorsichtig, so doch mit vollem Bewußtsein, den Anschluß an die kapitalistische Klasse." 322) Die NSDAP werde von einem "Teil des deutschen Großkapitalistentums" gefördert, der hoffe, sie zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung einsetzen zu können. 323)

Als Strategie zur Bekämpfung des Faschismus nannte Breitscheid die Tolerierungspolitik, die das einzige Mittel sei, eine Regierungsbeteiligung der NSDAP zu verhindern, die mit Sicherheit in einer faschistischen Diktatur enden würde. Sie werde aber von der SPD nur solange praktiziert, wie die Regierung Brüning bereit sei, alle "faschistischen Aspirationen" 324) abzuwehren und die Substanz der Demokratie trotz gelegentlicher Verletzungen ihrer Form zu wahren. Breitscheids Referat endete mit einem Appell, in dem er seine Strategie und damit auch die der Parteiführung zur Bekämpfung des Faschismus darstellte, die auf einer optimistischen Prognose beruhte: "Auf die Dauer kann, wenn wir in diesem Sinne arbeiten, der Faschismus in Deutschland nicht triumphieren. Eine Partei und eine Bewegung, die so wenig gesicherte Grundlagen hat wie die Nationalsozialistische, die ausschließlich mit Gefühlen und Empfindungen, mit dem Appell an niedrige Instinkte des Hasses und des Neides arbeitet, hat keine Zukunft; aber wir dürfen uns keinen

falschen Hoffnungen hingeben. Der Nationalsozialismus wird noch auf längere Zeit in Deutschland stark sein, und wir können diese Frist nur durch rege Arbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments verkürzen durch Arbeit an der Beseitigung seiner ökonomischen Grundlage, durch Arbeit an der Aufklärung der Massen, vor allem durch die immer wiederholte Darstellung unserer eigenen Ziele und indem wir als Sozialdemokraten ein praktisches Beispiel einer klaren, festen, auf den Sozialismus gerichteten Politik geben." 325)

Die Linke brachte auf dem Parteitag eine eigene Resolution Jenssen-Bieligk zur Bekämpfung des Faschismus ein. 326) Die NSDAP wurde darin als Werkzeug der Bourgeoisie dargestellt. Sie sei eine "Kampfwaffe des herrschenden Monopolkapitalismus gegen die Arbeiterklasse". Die Bourgeoisie denke gar nicht daran, die politische Macht an die NSDAP abzutreten". Die Analyse der Massenbasis der NSDAP ähnelte der Breitscheids: "Im Mittelpunkt der faschistischen Bewegung in Deutschland stehen der ökonomisch erschöpfte Mittelstand, die selbständig Gewerbetreibenden, Handwerker, die Angestellten, Geistesarbeiter und auch die bereits ideologisch faschisierten Bauern." Alle diese Gruppen versuchten ihren Abstieg ins Proletariat zu verhindern.

Die Differenz zum Referat Breitscheids bestand, wie schon zuvor beim Referat Tarnows, nicht in der Analyse, sondern in der politischen Strategie zur Bekämpfung des Faschismus. Der Antrag Jenssen-Bieligk vertrat die These, daß die von der SPD praktizierte Tolerierungspolitik genau das Gegenteil von dem erreiche, was sie anstrebe, nämlich eine Schwächung der SPD und der Demokratie und eine Stärkung der NSDAP: "Es ist irrig anzunehmen, daß durch Fernhalten der faschistischen Elemente von der Regierung ein Erfolg erreicht werden kann, wenn damit die Einschränkung, ja oft tatsächliche Aufhebung der Demokratie verbunden ist. Die bis zum Schein verflüchtigte Demokratie in Verbindung mit

dem Abbau oder Stillstand der Sozialpolitik (zum Teil verursacht durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Monopolkapitalismus) wird das Vertrauen der breiten Masse zur Partei erschüttern, ihren Kampfwillen lähmen und sie zu scheinradikalen Parteien abströmen lassen, wenn sie nicht völliger Apathie verfallen". Im Gegensatz zur Parteiführung wurde die Bedeutung einer Koalitionsregierung aus Zentrum und NSDAP im Reich herabgespielt. Diese Gefahr dürfe nicht "überschätzt" werden, da das Zentrum in dieser Regierung mit Rücksicht auf seine Arbeiterwähler Konzessionen an die Arbeiterschaft machen müsse: "Das Zentrum kann unter starkem Druck zum Nachgeben bei wichtigen Tagesforderungen gezwungen werden, oder es wird bei einer Koalitionsregierung mit dem Faschismus diesen hemmen, falls ein starker parlamentarischer und außerparlamentarischer Druck der Partei und der Massen erfolgt." Für die Linke bestand also zwischen der bestehenden Regierung Brüning und einer Koalitionsregierung aus Zentrum und NSDAP kein prinzipieller Unterschied. Sie glaubte im Gegensatz zur Parteiführung nicht, daß eine Beteiligung der NSDAP an der Reichsregierung zwangsläufig zu einer faschistischen Diktatur führen müsse.

Nach dem Referat Breitscheids gab Sollmann den Bericht der Reichstagsfraktion. Im Mittelpunkt stand dabei eine positive Bilanz der Tolerierungspolitik, der es gelungen sei, die Demokratie zu retten und die wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften zu bewahren. Zu ihr gebe es keine realistische Alternative, da die SPD zur Zeit nur die Wahl habe "zwischen einem schlechten Kabinett Brüning und einer offenen und tausendfach schlechteren faschistischen Diktatur." 327) Der SPD sei es gelungen, eine Verstärkung des Gegensatzes des Zentrums und der DVP zur NSDAP zu fördern. Es habe sich gezeigt, daß mit den "bürgerlichen Mittelparteien" eine Zusammenarbeit möglich sei, trotz der Differenzen in der Wirtschaftspolitik. Das Abstimmungsverhalten der 9 SPD-Abgeordneten verurteilte Sollmann als "eine bewußt provokato-

rische Aktion gegen die geheiligte Disziplin der Partei (Zustimmung)" 328) und als schweren Disziplinbruch, der die Geschlossenheit der Fraktion gefährde. Er unterstützte den Antrag des Bezirks Hamburg, einen Abstimmungszwang bei wichtigen Entscheidungen des Reichstages in der Fraktion zu beschließen.

Seydewitz erhielt die Gelegenheit bei der verlängerten Redezeit von einer halben Stunde - statt der üblichen zehn Minuten - die Haltung der 9 Abgeordneten zu begründen. Er wiederholte die grundsätzliche Kritik der radikalen SPD-Linken an der Tolerierungspolitik, die durch die Hinnahme des Abbaus der Sozialpolitik und der demokratischen Rechte die Verankerung der SPD in der Arbeiterklasse vermindere und den Abwehrwillen gegen den Faschismus schwäche. Falls die bürgerlichen Regierungsparteien ihre Ziele nicht mehr mit Hilfe der SPD realisieren könnten, was, wenn die SPD ihren Charakter als Arbeiterpartei behalten wolle, bald der Fall sein werde, würden sie mit der NSDAP ein Bündnis eingehen: "Die Schlußfolgerung ist die, daß es dem Kapitalismus und den hinter der Regierung Brüning stehenden Kräften vorgeschrieben ist, sich eines Tages mit den Nationalsozialisten gegen die Arbeiterklasse zu verbrüdern. ... Wenn dieser Zeitpunkt eintritt, dann wird die sozialdemokratische Arbeiterschaft in ihrem Abwehrkampf einzig und allein auf ihre Kampfkraft angewiesen sein. Mit der Politik des Tolerierens, des Ausweichens, des Opferbringens schwächen wir die Position der Arbeiterklasse für den Zeitpunkt, wo wir allein auf die Kampfkraft der Arbeiter angewiesen sind (Zustimmung und Widerspruch)." 329) Das Abstimmungsverhalten der 9 Abgeordneten begründete er damit, daß die Regierung Brüning auch in der Frage der Panzerkreuzer zu keiner Konzession an die SPD bereit gewesen sei. Mit dem Argument, eine Ausnutzung der vorübergehenden Mehrheit von SPD und KPD im Reichstag hätte eine Koalition des Zentrums mit der NSDAP heraufbeschworen, ver-

wickle sich die Parteimehrheit in einen Widerspruch, da sie andererseits behaupte, der Gegensatz des Zentrums zur NSDAP werde immer größer. Die 9 hätten mit ihrem Verhalten ein Symbol zur Beendigung der Tolerierungspolitik setzen wollen, die früher oder später so und so an der Annäherung aller bürgerlichen Parteien an die NSDAP scheitern werde. Die Geschichte werde den 9 rechtgeben, auch wenn der Parteitag sie verurteilen solle.

In der Debatte unterstützten die Redner der radikalen Linken Rosenfeld, Fleißner, Jenssen, Fortune, Eckstein, Oettinghaus und Siemsen Seydewitz. Alle forderten eine sofortige Beendigung der Tolerierung der Regierung Brüning. Rosenfeld erklärte das Abstimmungsverhalten damit, "daß der Panzerkreuzer nun einmal symbolische Bedeutung für die Stellung der Partei zum Kabinett Brüning und zum Kapitalismus überhaupt erlangt hat." 330) Die 9 hätten nur so abgestimmt, wie die gesamte Fraktion bei den vorhergehenden Reichstagsitzungen zu dieser Frage.

In der Rede Ecksteins zeigte sich, daß die radikale Linke zwischen der jetzigen Regierung Brüning und einer Regierung mit Beteiligung der NSDAP keinen qualitativen Unterschied mehr sah: "Die Regierung Brüning ist scheinbar demokratisch-parlamentarisch-legal, ihre Politik ist aber in ihrem materiellen Inhalt rein faschistische Politik. Die Regierung Brüning ist zu zwei Dritteln oder gar zu drei Vierteln faschistisch ...". 331) In Deutschland bestand nach Meinung Ecksteins gar keine wirkliche Demokratie und kein wirklicher Parlamentarismus mehr, von der Verfassung existiere real fast nur noch der Artikel 48. Bei einem Sturz der jetzigen Regierung werde wieder eine Regierung Brüning gebildet oder ein "ähnlicher Vollzugsausschuß des deutschen Schwerkapitals". 331)

Die Redner der "gemäßigten" Linken bekannten sich zur Tolerierungspolitik und distanzierten sich von den 9 Reichstagsabgeordneten.

Sender bezeichnete die Tolerierungspolitik als einziges Mittel zur Verhinderung einer faschistischen Diktatur. 333) Künstler verurteilte den Disziplinbruch der 9, da er ein Ansatz für die Parteispaltung werden könne: "Um der Einigung und Disziplin bin ich besorgt, weil ich weiß, daß mit Disziplinbruch, mit Fraktionsbesprechungen und Konferenzen seinerzeit die Spaltung der Partei eingeleitet worden ist." 334) Frölich warf den 9 sogar vor, objektiv gesehen dem Faschismus durch ihr Verhalten zu nützen: "Voraussetzung für den Kampf gegen den Faschismus auf parlamentarischen Boden bleibt, daß die Partei einig und geschlossen nach außen hin dasteht (lebhaft Zustimmung). Wer diese Einigkeit und Geschlossenheit stört, arbeitet, wenn auch selbstverständlich ungewollt, für den Faschismus (erneute lebhaft Zustimmung)." 335)

Die Redner der Parteimehrheit verurteilten in derselben Schärfe den Disziplinbruch und werteten die Tolerierungspolitik als einzige erfolgeversprechende Strategie zur Verhinderung der Machtübernahme der Faschisten.

Breitscheid kritisierte in seinem Schlußwort v.a. die Rede Ecksteins. Seine These von der Ähnlichkeit der bürgerlichen Regierungsparteien mit der NSDAP greife die oftmals widerlegte Theorie der einen reaktionären Masse des Bürgertums wieder auf und verkenne die Differenzierung der bürgerlichen Parteien, die die SPD ausnutzen müsse. Auch die Behauptung, in Deutschland existiere faktisch schon eine Diktatur, sei völlig falsch. Bei einer Regierung Hugenberg-Hitler werde Eckstein sehr schnell erkennen, was eine wirkliche Diktatur sei. 336) Sollmann empfahl in seinem Schlußwort im Namen des Parteivorstandes die Ablehnung der wichtigen Anträge der Linken. 337)

Ein Antrag der Linken, die Abstimmung über die Anträge zur geplanten neuen Notverordnung der Regierung Brüning zu vertagen, bis genauere Einzelheiten darüber bekannt seien, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Zu diesem Bereich wurde ein Antrag der gemäßigten Linken Aufhäuser und Künstler

gegen die Stimmen der radikalen Linken angenommen, in dem gefordert wurde, daß die neue Notverordnung keinen Abbau sozialpolitischer Leistungen bringen dürfe. Im Gegensatz zum Antrag Rosenfeld-Seydewitz, der durch die Annahme des Antrages Aufhäuser-Künstler für erledigt erklärt wurde, wurde nicht die Ablehnung der Notverordnung verlangt. Auch der Sturz der Regierung Brüning wurde nicht gefordert, die Stellung der SPD zu ihr wurde so dargestellt: "Die Sozialdemokratische Partei wird in ihrer künftigen Haltung zur Reichsregierung sich davon bestimmen lassen, daß es gelingt, die lebenswichtigen Arbeiterinteressen zu sichern." 338)

Zum Themenbereich "Überwindung des Faschismus" wurde ein Antrag des gemäßigten linken Bezirks Berlin verabschiedet, der nur mit abstrakten Formeln zur Bekämpfung des Faschismus aufrief, aber jede Stellungnahme zur Tolerierungspolitik vermied. Der Antrag Jenssen-Bieligk wurde dadurch ebenfalls für erledigt erklärt. 339)

Auf Antrag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses wurde in einem Beschluß mit großer Mehrheit das Verhalten der 9 Reichstagsabgeordneten mit großer Mehrheit mißbilligt. In namentlicher Abstimmung wurde der zweite Absatz dieses Beschlusses gebilligt, der den Fraktionszwang verschärfte, indem er bei wichtigen Abstimmungen das Recht zum Fernbleiben aufhob: "Der Parteitag forderte von den Fraktionen in allen öffentlichen Körperschaften ein einheitliches und geschlossenes Auftreten. Die Fraktionen werden ermächtigt, vor Abstimmung den Fraktionszwang zu beschließen. Zuwiderhandlungen gelten als parteischädigendes Verhalten." 540a) Ein Disziplinbruch wurde also unter die Androhung der Einleitung eines Parteiausschlußverfahrens gestellt, um eine Wiederholung der Ereignisse vom März 1931 zu vermeiden.

Auch bei dieser Abstimmung zeigte sich, daß große Teile der gemäßigten Linken, die auf dem Magdeburger Parteitag 1929

noch in Opposition zur Parteiführung gestanden waren, inzwischen in allen wichtigen Fragen zusammen mit der Parteimehrheit stimmten. Für diesen Absatz, der mit 324 Ja-Stimmen gegen 62 Nein-Stimmen bei der Nichtbeteiligung von 8 Delegierten gebilligt wurde, votierten so prominente Führer der gemäßigten Linken - wie Arzt, Edel, Dietrich, Künstler, Liebmann und Lipinski -. Andere Vertreter dieser Strömung - wie Aufhäuser, Sender und Litke - beteiligten sich nicht an dieser Abstimmung, was einer Enthaltung gleichkam. Gegen diesen Antrag stimmten v.a. Delegierte aus den Hochburgen der radikalen Linken, den Bezirken Chemnitz-Erzgebirge, Zwickau-Plauen, Breslau, Leipzig und Thüringen. 340b)

Wie groß der Graben zwischen den beiden Parteiflügeln war, bewiesen auch die Wahlen der zentralen Parteigremien. Erstmals nach 1914 wagte es, bei der Wahl der drei Parteivorsitzenden ein Gegenkandidat aufzutreten. Bei 387 abgegebenen Stimmen erhielt Seydewitz jedoch nur 54 Stimmen, Wels 312, Crispian 318 und Vogel 318. Auch Oettinghaus fiel bei der Wahl der Sekretäre des Parteivorstandes mit 67 Stimmen klar durch. Auch bei der Wahl der Beisitzer im Parteivorstand fielen die Kandidaten der Linken Fleißner (99 Stimmen), Anna Siemsen (92), Böchel (80), Ströbel (69) und Rosenfeld (59) durch. Interessant war dabei, daß die harten Exponenten der radikalen Linken, die Herausgeber der Zeitschrift "Klassenkampf" Seydewitz, Rosenfeld und Ströbel bedeutend weniger Stimmen erhielten als Fleißner und Anna Siemsen, die auch die Stimmen der gemäßigten Linken erhielten. Man kann daraus schließen, daß die gesamte Linke etwa 1/4 der Parteitagsdelegierten stellte, die radikale Linke allein knapp 1/6 der Parteitagsdelegierten.

Die Parteiführung setzte ihren weitgehend erfolgreichen Versuch der Integration der gemäßigten Linken fort. Erstmals seit 1922 wurde mit Litke ein Vertreter in den Parteivorstand gewählt, der nicht zur Parteimehrheit gehörte. In die Kontrollkommission wurde der gemäßigte Linke Lipinski

neu gewählt, während die seit 1922 in diesem Gremium vertretene radikale Linke Agnes nicht weidergewählt wurde. 341)

Westphal wandte sich im Bericht des Parteivorstandes scharf gegen die "Schmähungen" der Politik der Partei in den Presseorganen der radikalen Linken. 342) Typisch für den Stil seiner Kritik war der Angriff auf die Autoren des Buches "Die Organisation im Klassenkampf": "Es ist beinahe schwer, in einer kommunistischen oder nationalsozialistischen Zeitschrift so schwere Vorwürfe gegen die Partei zu finden, wie in diesem Buch, das von Parteigenossen für Parteigenossen herausgegeben wird." 343) Er verteidigte die Tolerierungspolitik und führte die Wahlniederlagen der SPD allein auf die schlechte wirtschaftliche Lage zurück. Für die Zukunft hoffte er bei einer sicher zu erwartenden Verbesserung der Konjunktur mit einem erneuten Wachstum der Mitglieder- und Wählerzahlen: "Wir alle werden wieder an unsere Arbeit gehen in dem Bewußtsein, daß der Aufstieg unserer Partei wohl einmal für kurze Zeit aufgehalten werden kann, daß es aber unmöglich ist, ihn ein für allemal zu hemmen." 344)

In der Debatte begründete Bieligk den Antrag der Parteioption, eine Organisationskommission zu bilden, die ein neues Parteistatut ausarbeiten sollte. Ziel dieser Kommission müsse es sein, die Parteidemokratie auszubauen. Die Vorschläge seiner Gruppierung dazu seien im Buch "Die Organisation im Klassenkampf" enthalten. Wichtig sei es aber v.a. in der Praxis zu erreichen, "daß die Demokratie innerhalb der Sozialdemokratie nicht nur im Parteistatut steht, sondern auch wirklich von unten nach oben zum Ausdruck gelangen kann." 345) Als Beispiel für Mängel der innerparteilichen Demokratie führte er an, daß in den meisten Parteizeitungen Gegner der Tolerierungspolitik gar nicht zu Wort kämen. Auch Böschel forderte mehr Demokratie und Toleranz in der Partei nach dem Vorbild der Sozialdemokratischen Parteien in Frankreich und Österreich. 346)

Alle Anträge der radikalen Linken zu dieser Frage wurden abgelehnt. 347) Dazu gehörten der Antrag des Bezirks Zwickau-Plauen, bei wichtigen Entscheidungen Urabstimmungen in der Partei durchzuführen und Anträge, die die Abschaffung des Abstimmungsrechtes der nicht von den Bezirken direkt gewählten Instanzenvertretern und der Reichsparteitagsdelegierten und die Ablösung von Heilmann als Redaktionsleiter der Zeitschrift "Das Freie Wort" wegen seiner einseitigen Auswahl der Kommentare und Leserbriefe forderten. Der Antrag zur Einsetzung einer Organisationskommission zur Reform des Parteistatuts wurde abgelehnt. Westphal begründete dies damit, daß sich das bestehende Parteistatut bewährt habe. Der Ablehnung verfiel auch ein Antrag des Ortsvereins Gera auf die proportionale Vertretung aller Richtungen der Partei in den zentralen Parteigremien. Westphal erklärte diesen Wunsch für sinnlos. "weil eine so fest geschlossene Minderheit gar nicht festgestellt werden kann, abgesehen davon, daß es sie auch nicht gibt. Nehmen Sie einmal die Abstimmungen dieses Parteitages unter die Lupe und stellen Sie die Minderheit fest, die dieses Recht für sich in Anspruch nimmt." 348) Keine Chancen auf Annahme hatten auch Anträge auf Urwahl aller Parlamentskandidaten durch alle Parteimitglieder und auf Streichung des § 28 Absatz 5 des Parteistatuts, der vom Parteivorstand das Recht zum sofortigen Ausschluß von Parteimitgliedern gab.

Zum Schluß des Parteitages machte die radikale Linke die einzige Konzession auf diesem Parteitag. Nach Appellen von Wels und Aufhäuser, vor einer Entscheidung über die Stellung der Partei zur geplanten neuen Notverordnung der Regierung Brüning erst abzuwarten, welchen genauen Inhalt sie habe und daher über den Antrag Rosenfeld-Seydewitz, der eine Ablehnung dieser Notverordnung verlangte, zur Tagesordnung überzugehen bzw. ihn als durch den bereits beschlossenen Antrag Aufhäuser-Künstler als erledigt erklären zu

lassen. Letzteres beschloß der Parteitag bei nur 5 Gegenstimmen. 349)

Im Schlußwort des Parteitages forderte Wels zur Einheit und Geschlossenheit der Partei auf. Er betonte, daß die Tolerierung der Regierung Brüning nicht die Billigung ihrer Politik und auch nicht den Verzicht auf den Klassenkampf bedeute. 350)

Der Ablauf des Leipziger Parteitages führte zu einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen der Parteiführung und der radikalen Linken. Stampfer sah sich in seinem Kommentar zum Ende des Parteitages veranlaßt, die Gruppe um die Zeitschrift "Klassenkampf" vor einem Spiel mit der Parteispaltung zu warnen: "Das Ergebnis von Leipzig bedeutet keine Ablehnung jeder Opposition schlechthin, wohl aber schärfste Ablehnung und entschiedenste Verurteilung jeder organisierten und abgestempelten Opposition. Die kleine Gruppe um Seydewitz ist weit hinter der Zeit zurück, wenn sie glaubt, eine große Partei von heute können sich noch den Luxus organisierter Richtungskämpfe leisten. ... Seydewitz und seine Freunde stehen vor der Wahl, ob sie sich selber immer weiter an die Peripherie der Partei und vielleicht am Ende aus ihr hinausmanövrieren oder ob sie in der Partei ihren Auffassungen Geltung verschaffen wollen. Die Mehrheit ist einig in dem Wunsche, daß sie nicht den Weg betreten mögen, der von der Partei wegführt, sondern den Weg, der zu ihr hin- führt - dazu brauchen sie nur die Mauer zu zerreißen, die sie selbst zwischen sich und der Partei aufgerichtet haben." 351)

Heilmann wertete den Parteitag trotz der schweren Differenzen als "Demonstration der Einheitlichkeit und der Kraft der Sozialdemokratie". 352) Die Überwältigende Mehrheit des Parteitages habe den politischen Kurs der Partei bestätigt. Der radikalen Linken warf er vor, keine positive Alternative zur Tolerierungspolitik gezeigt zu haben.

In der Beurteilung der Ergebnisse des Parteitages traten deutlich die Gegensätze zwischen der "gemäßigten"

und der "radikalen" Linken zutage.

Die "gemäßigte" Linke stellte den Parteitag und seine Beschlüsse als Linkswendung der Partei dar, da er die Reichstagsfraktion zu einer energischeren Haltung gegenüber der Regierung Brüning verpflichtet habe. Die Zeitung "Das Volk" in Jena und die "Leipziger Volkszeitung" notierten erfreut, daß nur wenige Delegierte den Disziplinbruch der 9 nicht verurteilt hätten und damit den Willen zur "Geschlossenheit und Einheit" der Partei bekundet hätten. Die "Leipziger Volkszeitung" betonte, daß es zur Tolerierungspolitik keine Alternative gebe, da "unter dem Zwang der Verhältnisse eine in ihren Grundzügen andere Taktik nicht möglich ist." 353) Edel bemühte sich in der "Dresdner Volkszeitung", die Bedeutung der Konflikte in der SPD herabzuspielen, da sich alle Parteimitglieder in den Grundfragen trotz taktischer Meinungsverschiedenheiten einig seien: "Nicht um jeden Preis kann die Sozialdemokratie die Regierung Brüning tolerieren. Die vom Parteitag angenommene EntschlieÙung Aufhäuser ... spricht das unzweideutig aus. ... So betrachtet, waren die Debatten des Parteitages, trotz der Leidenschaft, mit der sie geführt wurden, taktischer Natur. Die Grenzfragen der Tolerierungspolitik sind strittig, aber Fragen der Taktik können das einheitliche Gefüge der Partei nicht zerstören. Mit dieser Feststellung reduzieren sich die Streitfragen in der Partei. Unüberbrückbar scheinende Gegensätze der Richtungen schrumpfen zusammen." 354)

Der erweiterte Bezirksvorstand Ostsachsen billigte am 8.6. ausdrücklich die Resolution Aufhäuser und den Beschluß zur Einhaltung der Fraktionsdisziplin. 355)

Die Enttäuschung über die Annäherung der "gemäßigten" Linken an die Parteimehrheit aufseiten der "radikalen" Linken kam u.a. in einem Leserbrief von Weckerle an "Das Freie Wort" zum Ausdruck, in dem er den Berliner Bezirksvorsitzenden Künstler als "Hausknecht des Parteivorstandes" beschimpfte. 356)

Die "radikale" Linke bemühte sich nach dem Parteitag,

ihre eklatanten Abstimmungsniederlagen dadurch zu relativieren, daß sie die Behauptung aufstellte, die Parteimehrheit sei wichtigen Entscheidungen aus Schwäche aus dem Weg gegangen. Seydewitz belegte diese These so: "Mit den Mitteln der Geschäftsführung und der Regie wurde von der Parteitageleitung eine klare Stellungnahme zu der weiteren Fortführung der Tolerierungspolitik und der jetzt herauskommenden neuen Notverordnung der Pegierung Brüning verhindert. Insbesondere dadurch, daß alle zur Tolerierungspolitik und zu der neuen Notverordnung Stellung nehmenden Anträge als erledigt erklärt wurden durch andere vom Parteivorstand eingebrachte Anträge oder durch Übergang zur Tagesordnung." 357) Er bewertete dies als Zeichen der "schwachen Position" der Parteiführung und der in Wahrheit weitaus stärkeren Position seiner Gruppierung, als sie in den Abstimmungsergebnissen zum Ausdruck gekommen sei: "Diese Taktik der Parteitageleitung, alle klaren politischen Entscheidungen zu verhindern, ist nicht zuletzt auch ein Beweis dafür, daß die Mehrheit für oder gegen die Tolerierungspolitik auch auf diesem Parteitage eine sehr zweifelhafte und daß darum durchaus nicht erwiesen ist, ob sich bei einer klaren Entscheidung nicht eine Mehrheit gegen die neuen Notverordnungen und gegen die Fortsetzung der Tolerierungspolitik ausgesprochen hätte." 358) Diese Einschätzung sollte sich bald als Illusion erweisen.

Böchel beurteilte den Ausgang des Parteitages ähnlich wie Seydewitz. Die Parteiführung habe sich in der Analyse der Lage der Position der Linken angenähert, was in den Resolutionen Tarnow, Aufhäuser-Künstler und dem Berliner Antrag zur Bekämpfung des Faschismus klar zu erkennen sei, die Formulierungen enthielten, "gegen die man (Parteiführung -E.W.) sich vor einiger Zeit noch entschieden gewehrt hätte." 359) Die Parteitagemehrheit habe sich aber noch geweigert, aus dieser Analyse die richtigen strategischen Konsequenzen zu ziehen. Böchel war aber sicher, daß

die weitere ökonomische und politische Entwicklung der Linken recht geben werde und sich der Erfolg der Mehrheit des Parteitages bald als "Eintagssieg" herausstellen werde. "Was ist das für ein Sieg, der von der harten Dialektik der Gegenwartsgeschichte gezwungen wird, die Gedankengänge der Opposition anzuerkennen, aber den taktischen Konsequenzen zaghaft aus dem Weg geht? Wie lange noch, und der politische Weg der Neun wird zum Weg der ganzen Fraktion geworden sein. Die Frage ist nur, ob es dann nicht schon zu spät ist." 360)

Im Vorwort des Sonderheftes des "Klassenkampf" mit dem Titel "Das Ergebnis des Leipziger Parteitages", in dem die Leitanträge der Linken zusammen mit ausführlichen Kommentaren dazu dargestellt wurden, wurde ebenfalls die These vertreten, daß bei einer offenen Abstimmung über die Alternative Ja oder Nein zur Tolerierungspolitik und Ja oder Nein zur neuen Notverordnung die Mehrheit für den Kurs des Parteivorstandes "sehr zweifelhaft" gewesen wäre. 361) Das Ausweichen der Parteiführung vor einer klaren Entscheidung habe ihre "innere Schwäche und ... Unsicherheit" gezeigt. 362) Es wurde sogar die These vertreten, die Linke sei auf dem Leipziger Parteitag nicht schwächer gewesen als auf dem Magdeburger Parteitag. Die Linke brauche nicht unzufrieden zu sein, da viele ihrer Positionen in die beschlossenen Resolutionen eingegangen seien. Diese Analyse hatte wohl den Sinn, eine Resignation der eigenen Anhänger zu verhindern. Sie war keine realistische Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der SPD.

Die "radikale" Linke kritisierte weniger den Inhalt der Beschlüsse des Parteitages, als die Form des Vorgehens der Parteitagsmehrheit gegen die Minderheit. Petrich registrierte eine "wachsende Unduldsamkeit der Mehrheit gegen die Minderheit", die u.a. in der Ablehnung von Koreferaten zum Ausdruck gekommen sei. 363) Die Entscheidungen des Parteitages

seien nicht "durch die Sachlichkeit und Güte der Argumente, als vielmehr durch die herrschende Atmosphäre, durch die unsichtbaren Kräfte, durch die Regie und den Apparat im voraus geregelt" worden. 364) Auf dem Parteitag habe ein "Kampf mit ungleichen Waffen" stattgefunden, da der Parteiapparat nur der Mehrheit zur Verfügung gestanden habe. 365) Die "Volkszeitung für das Vogtland" kritisierte sogar die "illoyale, unwürdige Geschäftsführung durch den Parteitagevorsitzenden Wels." 366) Seydewitz beklagte sich darüber, daß viele Redner der Parteilmehrheit sich bemüht hätten, "die Opposition herabzusetzen, sie lächerlich zu machen und ihr unehrliche Motive zu unterschieben." 367) Siemsen und Jenssen brachten eine Reihe von Beispielen für diese Vorgehensweise, von denen hier nur zwei herausgegriffen werden. Fortune wurde bei seiner Rede zugerufen: "Was zahlt Moskau für diese Rede?" Nölting wendete an die Linke gewandt: "Die Radikalinskis von heute sind die Deserteure von morgen." 368) Als Schlußfolgerung daraus zog Petrich, daß die Linke auch nach dem Parteitag "um die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Demokratie innerhalb der Sozialdemokratie bis zum Äußersten" fortsetzen werde. 369)

Max Adler warf der Parteitage Mehrheit eine "unsozialistische und undemokratische Intoleranz" gegenüber der Minderheit vor. Er beklagte: "Der Majorität auf dieser Tagung hat der Wille zur Aussprache und zur Verständigung vollständig gefehlt; um was es sich hier in Wirklichkeit gehandelt hat, das war einfach das bedenkenlose Bestreben, die Minorität zu unterwerfen und den "Disziplinbrechern" einen Denkkzettel zu erteilen." 370) Dies habe die Verweigerung der Koreferate, die häufige Wortentziehung und die höhnische Haltung der Tagungsleitung gegenüber Rednern der Parteiopposition und die "kunstvolle Abstimmungstaktik gegenüber den Anträgen der Linken" gezeigt. 371) Der Wille der Parteitage Mehrheit, die Tolerierungspolitik fortzusetzen, sei um so unverständlicher, da ihr Ziel der Erhalt der Demo-

kratie durch die Selbstausschaltung des Reichstages und die Herrschaft Brüning mit Hilfe von Notverordnungen immer weniger erreichbar erscheine. Zudem versuche der Kreis um Brüning immer offener, die Regierung nach rechts zu erweitern: "So entsteht eine Situation, die grotesk wäre, wenn sie nicht so tragisch wäre, daß die Parteimajorität noch darüber diskutiert, wie lange sie die Regierung tolerieren soll, während ihre Gegner schon davon reden, wie lange sie noch diese Tolerierung tolerieren werden." 372)

Max Adler bestritt, daß bei einer Beendigung der Tolerierung der Regierung Brüning durch die SPD es automatisch zu einer Regierungsbeteiligung der NSDAP kommen müsse. Die Gegensätze zwischen den Mittelparteien und der NSDAP seien noch zu groß, v.a. zwischen dem Zentrum und der NSDAP. Außerdem wisse Brüning, daß bei einer Regierungsbeteiligung der NSDAP seine gesamte Außenpolitik in Gefahr wäre und die dringend notwendigen ausländischen Kredite an Deutschland gestoppt oder eingeschränkt würden. 373) Er lehnte den Vorwurf der Parteimehrheit, die Linke spiele mit der Parteisplaltung, entschieden ab. Gerade durch ihren Kampf um die Aktivierung der Parteimitglieder und die Stärkung der innerparteilichen Demokratie versuche die Linke, die Aktionsfähigkeit der Partei zu erhöhen. Max Adler versuchte den Spieß umzudrehen: "Nicht von der Linken droht eine Spaltung der Partei, sondern von einer anderen Seite her und in ganz anderer Form, als es sich die Vertreter der offiziellen Parteipolitik vorstellen, wenn sie gegen uns immer wieder den Vorwurf der Parteisplaltung erheben. Denn es könnte bei weiterer Zurückdrängung und Verfolgung der klassenrevolutionären Elemente des Proletariats geschehen, daß sich gar keine Spaltung im Parteiapparat vollzieht, also eine "Einheit" unverletzt bleibt, aber die Massen weggehen." 374)

4.7 Die Fortsetzung der Tolerierungspolitik nach dem Parteitag und der "Mahnruf" der Führer der radikalen SPD-Linken

Die wahren Kraftverhältnisse in der SPD wurden gleich nach dem Parteitag in der Debatte um die Haltung der Partei zur neuen Notverordnung der Regierung Brüning deutlich.

Am letzten Tag des SPD-Parteitages, am 5.6.1931, veröffentlichte die Regierung ihre Notverordnung zur "Sicherung von Wirtschaft und Finanzen". Ihr Zweck war es, das erwartete Haushaltsdefizit in Höhe von 900 Millionen Reichsmark zu decken. Die Gehälter und Pensionen der Beamten wurden um 4 bis 8 % gesenkt, ebenso die Löhne der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge wurden eingeschränkt. Eine Reihe von Verbrauchersteuern wurden erhöht. 375) Die Regierung Brüning setzte also ihren wirtschaftspolitischen Kurs unbeirrt fort. Sie erklärte zu der neuen Notverordnung: "Die Grenze dessen, was wir unserem Volk an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht!" 376) Preller erklärte in seiner "Sozialpolitik in der Weimarer Republik", daß durch diese Maßnahme v.a. die "minderbemittelte Bevölkerung" belastet wurde. 377)

Die Parteiführung der SPD machte sofort klar, daß sie trotz dieser neuen Notverordnung an der Tolerierung der Regierung Brüning festhalten werde. Der "Vorwärts" kritisierte scharf, daß die Notverordnung "in vielen Punkten den Forderungen sozialer Gerechtigkeit ins Gesicht" schlage und die Besitzenden schone 378). Er schlug jedoch vor, daß die SPD nicht die Aufhebung der gesamten Notverordnung im Reichstag verlangen solle, da im Parlament keine Mehrheit für ein positives anderes Sanierungsprogramm vorhanden sei und dieses Ziel auch durch Reichstagsneuwahlen nicht realisierbar sein werde, sondern in Verhandlungen mit der Regierung eine "durchgreifende Änderung" der Notverordnung durchsetzen solle.

Diese Vorgehensweise wurde am 10.6. vom Vorstand der SPD-Reichstagsfraktion beschlossen. 379)

Die radikale SPD-Linke sah ihre Erwartungen durch diese Notverordnung als bestätigt an. Die "Chemnitzer Volksstimme" bewertete sie als Zeichen einer sozialen "Konterrevolution": "Ein Dokument, das ein so offenes und brutales Diktat der Besitzenden gegen die Nichtbesitzenden enthält, ein Knäuel von Gesetzen, die Ersparnisse und Lasten nach einem aufs feinste ausgetiftelten Plan so ausschließlich auf Kosten der breiten Masse vorsehen, sucht in der ganzen Geschichte nach einem Vorbild. § 380)

Zahlreiche linke Parteigliederungen forderten die Reichstagsfraktion auf, sofort den Zusammentritt des Reichstages zu beantragen und im Parlament die Aufhebung der gesamten Notverordnung zu fordern. Beschlüsse mit diesem Tenor faßten u.a. die Ortsgruppen Zwickau, Frankfurt/Main und Düsseldorf. 381)

Am 12.6. tagte die SPD-Reichstagsfraktion. Sie verurteilte den Inhalt der Notverordnungen, da bei der Durchführung dieses Programms eine "unerträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung des werktätigen Volkes" bewirkt werde. Der Fraktionsvorstand wurde beauftragt, in Verhandlungen mit der Regierung eine tiefgreifende Veränderung der Notverordnung zu erreichen.

Am 16.6. werde die SPD-Reichstagsfraktion endgültig ihre Haltung zu der Notverordnung festlegen. 382)

Breitscheid kündigte im "Vorwärts" an, daß das Ende der Tolerierung der Regierung Brüning bevorstehe, wenn die Regierung nicht Konzessionen an die SPD mache: "Der Regierung indessen und den bürgerlichen Parteien sei mit aller Deutlichkeit gesagt, daß wir unmittelbar vor der Grenze stehen, bis zu der wir gehen können, und daß es daher notwendig ist, den Forderungen, die wir in Bezug auf die Notverordnung an sie richten, Entgegenkommen zu zeigen." 383)

Seydewitz war sich sicher, daß es zu keinem Kompromiß

der SPD mit der Regierung in dieser Frage kommen werde, da die Regierung zu keinerlei Zugeständnissen bereit sein werde und die SPD die Notverordnung in der bestehenden Form unmöglich akzeptieren könne, "wenn ... nicht der weitere Kampf der Arbeiterklasse erheblich geschwächt werden und der Sozialdemokratie die Führung der Massen entgleiten soll". 384) Die Tolerierungspolitik sei jetzt endgültig am Ende: "Mit dieser Notverordnung ist unserer Meinung nach auch für den letzten Sozialdemokraten die endgültige Grenze der Tolerierungspolitik erreicht, und der Zeitpunkt gekommen, wo die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei in die von der Opposition seit langem und leider bisher erfolglos geforderten Oppositionspolitik einschwenken muß." 385) Ziel der Regierung Brüning sei der totale Abbau aller sozialpolitischen Errungenschaften. Die SPD müsse dagegen einen harten Kampf in der Opposition führen, "an dessen Ende der Sieg des Proletariats stehen wird". 386) Als konkrete Strategie der SPD hatte Seydewitz nur die Parole "des proletarischen Klassenkampfes für die revolutionäre Überwindung des an allen Bedrückungen schuldigen kapitalistischen Systems" anzubieten. 387) Er war überzeugt, daß die SPD-Vertreter am 16.6. im Ältestenrat des Reichstages die Einberufung des Reichstages beantragen würden, "was praktisch das Ende der bisherigen Tolerierungspolitik bedeutet und was dann die Sozialdemokratie in die Opposition gegen die alte oder neue Regierung Brüning bringt." 388)

Am 15.6. fand ein Treffen Brünings mit den Vertretern der SPD-Reichstagsfraktion Braun, Breitscheid, Severing und Hilferding statt. Die Delegation der SPD war - entgegen den Hoffnungen von Seydewitz - zu einem Kompromiß bereit. Sie verzichtete darauf, die Einberufung des Reichstages zu fordern und verlangte nur die Einberufung des Hauptausschusses des Parlaments. Breitscheid nannte als Ziel dieser Forderung: "Dadurch werde ein Ventil geschaffen, damit sich die Stimmen der Unzufriedenen Luft machen könne. Durch die Einberufung des 5. Ausschusses werde gewissermaßen eine Ku-

lisse geschaffen. Man könne den Leuten im Lande dann wenigstens verständlich machen, daß Verhandlungen im Gange seien." Brüning lehnte die Sitzung des Hauptausschusses ab, da er befürchtete, daß auf diesem Treffen mit wechselnden Mehrheiten Änderungen der Notverordnung beschlossen werden würden. Selbst als Hilferding erklärte, daß der Hauptausschuß natürlich "im Einvernehmen mit der Regierung" wirken müsse, also anbot, daß die SPD nur zusammen mit den Regierungsparteien stimmen würde, blieb Brüning bei seiner Meinung. Er drohte die Demission seines Kabinetts an, falls mit den Stimmen der SPD der Ältestenrat des Reichstages die Einberufung des Hauptausschusses beschließen würde. Am 16.6. beschloß die Regierung eine Erklärung mit diesem Inhalt. 389)

Am gleichen Tag beschloß die SPD-Reichstagsfraktion, im Ältestenrat für die Einberufung des Hauptausschusses zu stimmen. Damit drohte ein Bruch zwischen der SPD und der Regierung Brüning. Das Ende der Tolerierungspolitik schien erreicht. Doch in letzter Sekunde kam es in Gesprächen Brünings mit Vertretern der SPD zu einem Kompromiß. Brüning erklärte, daß er nichts gegen eine Einberufung des Hauptausschusses in "naher Zeit" habe, der dann auch über Änderungen der Notverordnung debattieren könne. Er lehnte aber weiterhin eine sofortige Einberufung des Hauptausschusses ab. Die SPD gab nach, um den Rücktritt des Kabinetts Brüning zu verhindern. Am Nachmittag des 16.6. machte die SPD-Reichstagsfraktion den Beschluß rückgängig, den sie in der Früh desselben Tages gefaßt hatte. Am Abend des 16.6. stimmten die SPD-Mitglieder im Ältestenrat zusammen mit den Vertretern der Regierungsparteien gegen die Anträge der Oppositionsparteien auf die sofortige Einberufung des Hauptausschusses und des Reichstages, die daher abgelehnt wurden.

Ihren Meinungswandel begründete die SPD-Reichstagsfraktion folgendermaßen: "Nachdem die Regierung sich zur alsbaldigen Aufnahme von Verhandlungen zur Änderung der Not-

verordnung bereiterklärt hat, nimmt die Sozialdemokratische Fraktion von der Einberufung des Haushaltsausschusses angesichts der bedrohlichen Finanz- und Wirtschaftslage Abstand." 390)

Wegen des Protestes in der SPD gegen diese Entscheidung erließ der Parteivorstand am 18.6. einen Aufruf an die Parteimitglieder. Darin wurde versichert, die SPD werde in den Verhandlungen mit der Regierung auf eine Änderung der einseitig die Massen belastenden Notverordnung drängen. Der Beschluß der Fraktion wurde ausdrücklich gebilligt. Er diene dem Hauptziel der Partei eine "Rechtsdiktatur" zu verhindern, die alle politischen und sozialen Rechte der Arbeiterbewegung abbauen würde. Trotz der Fortsetzung der Tolerierungspolitik grenzte sich der Parteivorstand scharf von der Reichsregierung ab: "Die Regierung Brüning ist nicht unsere Regierung. Wir haben mit ihr weiter nichts zu tun, als daß wir ihr gegenüber die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten." 391)

Hilferding erläuterte in der "Gesellschaft" die Haltung der Reichstagsfraktion am 16.6. Ihr Ziel sei es gewesen, einen Sturz der Regierung Brüning zu vermeiden, da die neue Reichsregierung mit Sicherheit eine "Regierung des offenen Verfassungsbruchs und der Ausschaltung des Reichstages" gewesen wäre. 392) Außerdem hätte eine andere Entscheidung das Ende der Regierung Braun in Preußen bedeutet. Die Folge wäre also gewesen: "Das Ziel der Hugenberg und Hitler, die völlige Vernichtung sozialdemokratischer Machtpositionen, es wäre restlos erreicht worden." 393) Die SPD werde weiterhin um eine Änderung der Notverordnung kämpfen. Hilferding warnte die Regierung Brüning ausdrücklich davor, die Beziehung zur SPD durch weitere Maßnahmen in der Art der Notverordnung zu belasten: "Die Regierung darf nicht mehr Konzessionen an die Sozialreaktionäre und an die Feinde der Demokratie machen, auch nicht auf die Gefahr, von rechts gestürzt zu werden. Tut sie es doch, so liegt die Verantwortung klar, und sie liegt nicht bei der Sozialdemokratie." 394)

Die Entscheidung zur Fortsetzung der Tolerierungspolitik stieß in der SPD auf breiten Widerstand.